

Sicherheit 2005

**Aussen-, Sicherheits- und
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend**

Karl W. Haltiner, Andreas Wenger, Tibor Szvircsev Tresch, Silvia Würmli

Hrsg.: Karl W. Haltiner, Andreas Wenger

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich
und Militärakademie an der ETH Zürich

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	7
Kurzzusammenfassung	9
Condensé	10
Breve Riassunto	11
Executive Summary	12
Zusammenfassung der Studie „Sicherheit 2005“	13
Résumé de l'étude « Sécurité 2005 »	21
Riassunto del sondaggio “Sicurezza 2005”	29
Summary of the survey “Security 2005”	35
1 CHRONOLOGIE POTENZIELL MEINUNGSBILDENDER EREIGNISSE 2004/2005	41
1.1 Politische Gewalt im Nahen- und Mittleren Osten – Flutkatastrophe im Indischen Ozean – Ablehnung der EU-Verfassung	41
1.2 Aussenpolitik: Ja zu Schengen/Dublin – Ausbau der Beziehungen zu den USA	43
1.3 Verteidigungs- und Armeepolitik: Anpassung der Planungsgrundlagen – Ablehnung des Rüstungsprogramms 2004 – Fortführung der Auslandseinsätze	45
1.4 Innere Sicherheit: Schaffung eines Krisenstabs – Fall Achraf	47
2 UNTERSUCHUNGSDESIGN	51
3 DATENBASIS	53
4 SICHERHEITS- UND BEDROHUNGSEMPFINDEN	55
4.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden	55
4.2 Einschätzung der Wichtigkeit verschiedener Sicherheitsaspekte	56

5	WAHRNEHMUNG DER SCHWEIZ UND DER WELT	61
5.1	Zukunftseinschätzung der Schweiz	61
5.2	Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage	62
5.3	Bedrohungswahrnehmung und Armeekzeptanz	64
5.4	Zukunftseinschätzung und Sicherheitsempfinden	64
6	VERTRAUEN IN BEHÖRDEN UND INSTITUTIONEN	65
6.1	Vertrauensindex	65
6.2	Vertrauen, Sicherheit, Optimismus und aussenpolitische Kooperationsbereitschaft	66
6.3	Vertrauen in Institutionen nach soziodemographischen Gruppen	68
7	ÖFFNUNG VERSUS AUTONOMIE – DIE WAHRNEHMUNG AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITISCHER OPTIONEN	71
7.1	Eine skalenartige Fragenbatterie als Grundlage	71
7.2	Die 20 Indikatoren der Öffnungswilligkeit bzw. der Autonomiebetonung im Trend	73
7.3	Sicherheit und Frieden durch internationale Kooperation: Bindung und Annäherung an die Europäische Union	73
7.4	Sicherheit und internationale Kooperation: Bindung oder Annäherung an die Nato und erhöhtes Engagement in der Uno	75
7.5	Sicherheit und internationale Kooperation: Ohne institutionelle Bindung	76
7.6	Betonung der nationalen Autonomie	78
7.7	Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationsstypen im Trend 1993–2005	79
7.8	Die Kooperationsstypen nach wichtigen soziodemographischen Merkmalen und nach der politischen Selbsteinstufung	81
7.9	Öffnungsbereitschaft und EU-Beitritt	83
8	DIE NEUTRALITÄT	85
8.1	Indikatoren für verschiedene Neutralitätsfunktionen	87
8.2	Die Neutralitätsindikatoren im Trend 1993–2005	87
8.3	Neutralitätsauffassungen – eine Typologie	92

9	SICHERHEITSPOLITISCHE ASPEKTE DER INTERNATIONALEN KOOPERATION	99
9.1	Wahrnehmung der nationalen Sicherheitsautonomie	99
9.2	Sicherheitspolitische Kooperation im Allgemeinen und mit der Uno im Speziellen	100
10	ASPEKTE DER INNEREN SICHERHEIT UND DES MILITÄRISCHEN BOTSCHAFTSSCHUTZES	105
10.1	Terrorbekämpfung, internationale Polizeizusammenarbeit und Armee als Sicherheitsvermittlerin	105
10.2	Einsatz der Armee zugunsten der Inneren Sicherheit	107
11	AUFGABEN DER ARMEE	111
11.1	Aufgaben der Schweizer Armee im Wandel	111
11.2	Wichtigkeit von Armeeaufgaben	111
11.3	Erwartungen über die künftige Aufgabenentwicklung	113
12	WEHRSTRUKTUR UND ARMEE	119
12.1	Armeeakzeptanz und -umfang	119
12.2	Wehrstruktur: Miliz- versus Berufsarmee	122
13	GESELLSCHAFTLICHER STELLENWERT DER ARMEE	125
14	PRESTIGEWERT EINER MILIZMILITÄRISCHEN KADERPOSITION	129
15	ALTERNATIVE DIENSTLEISTUNGSFORMEN	133
15.1	Durchdiener	134
15.2	Allgemeine Dienstpflicht als Alternative zur heutigen Wehrpflicht	137
15.3	Die Einschätzung alternativer Dienstarten im Spannungsfeld der sicherheitspolitischen Meinungsbildung	142
16	VERTEIDIGUNGS-AUSGABEN	147
17	SICHERHEITSPOLITISCHES INTERESSE	149
	LITERATURHINWEISE	151

ANHANG I	153
<hr/>	
I Die Qualität der Variablen	153
II Korrelationen und Koeffizienten	153
III Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels χ^2 -Test	155
IV Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels t-Test	155
V Die Clusteranalyse	155
VI Die Korrespondenzanalyse	156
ANHANG II	159
<hr/>	
I Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung	159
II Korrespondenzanalysen zum Vertrauen in verschiedene Sicherheitsaspekte, nach Kooperationstypen und zur Einstellung zu Dienstleistungsformen	164
ANHANG III	175
<hr/>	
Sicherheit 2005 - Fragebogen und Tabellen mit prozentualen Häufigkeiten	

VORWORT

Die vorliegende Studie „Sicherheit 2005“ ist die siebte Ausgabe der seit 1999 unter dem Titel „Sicherheit“ erscheinenden Studienreihe. Die Studien beruhen auf einem Kern von Fragestellungen und Daten, die bis 1991 und zum Teil noch weiter zurück reichen. Mit jedem Jahresband werden die Zeitreihen länger und werden damit dem Studienkonzept, Tendenzen und längerfristige Trends in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Schweizer Bevölkerung mittels Repräsentativerhebungen sichtbar zu machen, noch besser gerecht. Die Herausgeber, die *Militärakademie an der ETH Zürich* und die *Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich*, hoffen, auf diese Weise den langfristigen Interessen der Politik, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit zu dienen.

In bewährter Weise beginnt der Band mit den Zusammenfassungen der wichtigsten Ergebnisse in verschiedenen Sprachen und einer „Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse“, bevor die im Januar 2005 erfolgte Erhebung analysiert und die Daten im Einzelnen ausgewiesen werden. Neben langjährigen Standardfragen werden jährlich ergänzende Themen aufgegriffen. Im vorliegenden Band wird *den Armeeaufgaben, dem Durchdiener-Modell und alternativen Dienstleistungsformen* besonderer Raum gewidmet.

Die Autoren und Herausgeber danken Sergio Bonin und Reto Wollenmann von der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik für die Herstellung des Layouts und die Mithilfe bei der Projektkoordination. Sie bedanken sich bei Silvia Rüesch, Elisabeth Matousek, Jonathan Bennett und Fabrizio Gilardi für die Anfertigung der Abbildungen sowie die französische, englische und italienische Übersetzung. Für das Gegenlesen des Manuskripts und für die statistische Überprüfung der Auswertungen geht der Dank an Patrick Arni und Dominik Allenspach.

Prof. Dr. Karl W. Haltiner
Militärakademie
an der ETH Zürich

Prof. Dr. Andreas Wenger
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik
der ETH Zürich

KURZZUSAMMENFASSUNG

87% (+1%) der befragten SchweizerInnen geben an, sich „sehr“ oder „eher“ sicher zu fühlen. Die auf die Schweiz bezogenen Zukunftsaussichten und die künftige weltpolitische Lage werden 2005 tendenziell weniger optimistisch eingeschätzt als 2004.

Schweizer BürgerInnen sprechen sich wiederum vermehrt für Europa aus, ohne indessen einen EU-Beitritt zu befürworten. Sechs von zehn glauben, eine Annäherung an Europa trage zur nationalen Sicherheit bei. Ebenso viele finden, die Schweiz sollte Uno-Friedenstruppen für Auslandseinsätze bereitstellen.

Das Vertrauen in den Bundesrat, in die Gerichte und in die Polizei ist leicht gesunken. Am meisten Vertrauen geniesst nach wie vor die Polizei, am wenigsten die Medien.

Die wahrgenommene Terrorbedrohung hat sich abgeschwächt. Die Bevölkerung erwartet, dass polizeiartige Einsätze der Armee auf Kosten der Verteidigung eher zunehmen werden. Der militärische Botschaftsschutz wird dieses Jahr nur noch von einer Minderheit gebilligt (44%, – 8%).

91% der SchweizerInnen sympathisieren mit der Entsendung von Schweizer Soldaten ins Ausland auf der Basis freiwilliger Beteiligung. Erstmals seit 1999 favorisieren 2005 aber wieder mehr Befragte den waffenlosen, unterstützenden als den friedenssichernden Einsatz mit Bewaffnung zum Selbstschutz.

65% der Schweizer Bevölkerung halten die Armee für notwendig. Weniger als 2004, aber nach wie vor die Hälfte, finden die Verteidigungsausgaben zu hoch. Die gesellschaftliche Bedeutung der Miliz stufen die Befragten höher ein als 1999. Dennoch ist die Akzeptanz für eine Berufsarmee weiter angestiegen. Das Prestige von Kaderpositionen in der Armee hat sich leicht reduziert, wird aber immer noch mehrheitlich positiv bewertet.

Durchdiener finden breiten Anklang (75%), nicht so der Vorschlag, diese Form für alle Pflichtigen einzuführen oder die Durchdiener militärisch besser zu stellen.

Eine Umwandlung der Wehrpflicht in eine obligatorische Dienstpflicht mit freier Wahl zwischen Militär- und anderen Diensten für Männer findet mit 74% Zustimmung, nicht aber deren Ausweitung auf beide Geschlechter (49%).

CONDENSÉ

Le sondage effectué en 2005 révèle que 87% (+1%) des Suisse(sse)s interrogé(e)s affirment se sentir « très en sécurité » ou « plutôt en sécurité ». Cette année, une tendance montre une évaluation moins optimiste qu'en 2004 en ce qui concerne l'avenir de la Suisse et l'évolution de la situation internationale. Les citoyen(ne)s suisses se prononcent à nouveau davantage en faveur de l'Europe, néanmoins sans approuver une adhésion à l'UE. Six personnes sur dix croient qu'un rapprochement avec l'Europe contribue à garantir la sécurité nationale, et autant de sondés trouvent que la Suisse devrait mettre à disposition des troupes de paix onusiennes pour des engagements à l'étranger.

La confiance accordée au Conseil fédéral, aux tribunaux et à la police a légèrement baissé. Comme les années précédentes, les Suisse(sse)s octroient à la police la valeur de confiance maximale et aux médias la valeur minimale. La perception de la menace terroriste est plus faible. En ce qui concerne les tâches de l'armée, la population s'attend plutôt à une augmentation des engagements de soutien à la police au détriment de la défense du territoire. Cette année, seule une minorité des personnes interrogées (44%, -8%) approuve encore la protection militaire des ambassades.

91% des Suisse(sse)s font preuve de sympathie pour l'envoi de soldats suisses volontaires à l'étranger. Toutefois en 2005, pour la première fois depuis 1999, davantage de personnes interrogées privilégient les engagements s'inscrivant uniquement dans le cadre de missions d'appui sans armes aux engagements de maintien de la paix avec des soldats armés pour l'autodéfense.

65% de la population suisse pensent que l'armée est nécessaire. La moitié des sondés, soit moins que l'année précédente, pense encore que les dépenses d'armement sont trop élevées. L'importance sociétale accordée à la milice est plus élevée qu'en 1999. Cependant, les partisans de l'armée de métier sont toujours plus nombreux. Le prestige lié aux positions de cadre dans l'armée a légèrement diminué, mais recueille encore des taux supérieurs à 50%.

Pouvoir accomplir les obligations militaires en un bloc est approuvé par une large majorité (75%). Cependant, la proposition d'appliquer cette forme de service militaire à toutes les personnes astreintes au service militaire ou d'accorder des faveurs militaires aux militaires en service long n'est pas accueillie favorablement.

La transformation des obligations militaires des hommes en un service obligatoire avec option entre service militaire et autres services recueille 74% d'approbation. Par contre, cette forme n'est pas soutenue quand il s'agit de l'étendre aux personnes de sexe féminin (49%).

BREVE RIASSUNTO

L'87% (+1%) degli svizzeri intervistati afferma di sentirsi "abbastanza" o "molto" sicuro. Le prospettive future della Svizzera e la situazione politica mondiale sono invece valutate in modo tendenzialmente meno ottimistico rispetto al 2004.

I cittadini svizzeri si sono nuovamente espressi in favore di un maggiore avvicinamento all'Europa, senza però auspicare un'adesione. Sei persone su dieci ritengono che legami più forti con l'Europa contribuiscano alla sicurezza nazionale, e una percentuale analoga pensa che la Svizzera dovrebbe mettere a disposizione dell'ONU truppe per missioni di mantenimento della pace all'estero.

La fiducia nel Consiglio federale, nei tribunali e nella polizia è diminuita leggermente. Come in passato, la polizia gode della maggior fiducia, mentre i media si ritrovano in fondo alla classifica.

La percezione della minaccia terroristica si è affievolita. La popolazione auspica che le operazioni di polizia dell'esercito abbiano la priorità su quelle di difesa, anche se quest'anno solo una minoranza approva la protezione delle ambasciate da parte dell'esercito (44%, -8%).

Il 91% degli svizzeri si sono espressi in favore di un impiego di soldati svizzeri all'estero su base volontaria. Tuttavia, per la prima volta dal 1999 le missioni di sostegno ottengono maggiori consensi rispetto a quelle di mantenimento della pace, le quali prevedono l'impiego di armi per ragioni di autodifesa.

L'esercito è ritenuto necessario dal 65% della popolazione. Più della metà degli svizzeri continua a pensare che le spese militari siano troppo elevate. Rispetto al 1999, l'importanza sociale dell'esercito di milizia è aumentata secondo degli intervistati, anche se l'accettazione di un esercito professionista ha continuato a crescere. Il prestigio dei quadri dell'esercito si è leggermente indebolito, ma rimane comunque valutato positivamente da una maggioranza della popolazione.

L'introduzione del servizio lungo è largamente approvata (75%), contrariamente alla proposta di estendere questo modello a tutti i soldati o di riservare un trattamento di favore a coloro che lo scelgono.

La trasformazione del servizio militare obbligatorio in un servizio obbligatorio per gli uomini con la possibilità di scegliere liberamente fra servizio militare e altre forme di servizi è sostenuta dal 74% della popolazione. Un allargamento dell'obbligo di servizio a entrambi i sessi è invece approvato solo dal 49%.

EXECUTIVE SUMMARY

87% (+1%) of the questioned Swiss state that they feel “very” or “rather” secure. The potential developments concerning the future of Switzerland and the future global political situation are evaluated less optimistically in 2005 than in 2004.

Swiss citizens vouch more frequently for Europe without, however, favouring an EU-membership. Six out of ten believe that a further approach of Europe would contribute to national security. Just as many find that Switzerland should offer Swiss peacekeeping troops to the UN for international missions.

The trust in the federal government, judicial courts, and in the police has dwindled slightly. The police remain the most highly trusted institution while the media continue to receive the smallest amount of trust.

A looming terrorist threat is perceived less frequently. The population expects military missions of a policing nature to increase at the cost of missions of the traditional defensive type. The protection of international embassies by the military is only supported by a minority (44%, –8%).

91% of the Swiss are sympathetic to sending Swiss soldiers abroad on a voluntary basis. For the first time since 1999 a greater number of the questioned Swiss prefer an unarmed, purely supportive mission over a peacekeeping mission, which includes an armament for self-defensive purposes.

65% of the Swiss population consider the military to be necessary. A lower share than in 2004 – but still more than half of the population – regard defence expenditures as being too high. The societal relevance of the militia system is deemed more important than in 1999. Nevertheless, the acceptance of an all-volunteer professional military has increased. Military cadre positions are held in somewhat lower esteem while still being regarded favourably by a majority.

The possibility to do one’s military service in one uninterrupted stint – instead of returning every year for refresher courses after a short-term basic training – is met with widespread approval (75%). The proposition, however, to make this form of service mandatory for all persons eligible for military service, and the suggestion to improve the standing of military members serving in one interrupted stint are not viewed favourably.

A transformation of conscription into a mandatory general service with a free choice for men between military service and other forms of public commitment is supported by 74%. An extension of this form of general service to include women, however, draws far less support (49%).

ZUSAMMENFASSUNG DER STUDIE „SICHERHEIT 2005“

Ziele und Datenbasis

Die Jahresstudien „Sicherheit“ der *Militärakademie an der ETH Zürich* in Zusammenarbeit mit der *Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich* dienen der Trendermittlung in der sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen der Schweizer Stimmbevölkerung. Die Datenerhebung fand dieses Jahr vom 17. Januar bis 4. Februar telefonisch bei 1'200 Personen in allen Sprachregionen statt. Die \pm -Prozentzahlen in Klammern geben die Differenz zur Erhebung im Februar 2004 an.

Trends und Tendenzen

Sicherheits- und Bedrohungsempfinden: Das allgemeine Sicherheitsempfinden hat sich 2005 weiter abgeschwächt. 87% der befragten SchweizerInnen geben an, sich „allgemein“ und „in der heutigen Zeit“ „sehr“ (26%, -4%) oder „eher“ sicher (61%, +5%) zu fühlen.

Von elf Sicherheitsaspekten aus allen Lebensbereichen hält eine Mehrheit sichere familiäre Beziehungen und Geborgenheit für am wichtigsten. Als am wenigsten wichtig werden Ruhe und Ordnung sowie militärische Sicherheit wahrgenommen.

Im Grossen und Ganzen entspricht die Rangierung der Aspekte jener des Jahres 2004. Die Sicherheit im privaten Nahraum wird der öffentlichen vorangestellt. Aspekte der sozialen und Inneren rangieren vor der Äusseren Sicherheit.

Zukunftseinschätzung der Schweiz: Der schweizbezogene Zukunftsoptimismus nimmt seit 2003 tendenziell ab, nachdem er 2000 bis 2002 Höchstwerte von deutlich über 70% erreichte. 65% (-3%) schätzen die nächsten fünf Jahre für die Schweiz „sehr“ oder „eher“ optimistisch ein.

Weltpolitische Lage: Auch die weltpolitische Lage wird 2005 tendenziell weniger optimistisch eingeschätzt als 2004. 48% (+2%) äussern die Prognose, die weltpolitische Lage werde in fünf Jahren düsterer und angespannter sein als zum Zeitpunkt der Befragung. Die Einschätzung bleibt somit eher pessimistisch, wenn auch nicht so düster wie 2002 und 2003 (55%).

Vertrauen in Behörden und Institutionen: Statistisch signifikant gegenüber 2004 an Vertrauen auf einer 10er-Skala verloren haben der Bundesrat (6.3, -0.18), die Gerichte (6.7, -0.19) und die Polizei (7.1, -0.15). Die Polizei geniesst von den sieben erfassten Institutionen das höchste Vertrauen. Es folgen die Gerichte, der Bundesrat und die Armee (6.3). Wenig tiefer

liegen das Parlament und die Schweizer Wirtschaft (je 6.0). Mit Abstand am wenigsten wird den Medien vertraut (4.9), auch dies eine langjährige Konstante.

Aspekte der Inneren Sicherheit: Seit Messbeginn nimmt der Anteil derjenigen, die meinen, dass der Terror mit allen Mitteln zu bekämpfen sei, auch wenn dabei die persönliche Freiheit eingeschränkt werden müsste, konstant ab. Waren dies 2003 noch 67% und im Folgejahr 59%, so ist es 2005 mit 52% nur noch knapp die Hälfte. Ein Ausbau der internationalen Polizeikooperation wird hoch befürwortet (86%, -2%), selbst wenn dies auf Kosten der nationalen Souveränität gehen sollte (62%, +6%). 2004 wurde erstmals nach der Akzeptanz eines Einsatzes von Milizsoldaten für den Botschaftsschutz gefragt. Das Verhältnis Befürworter-Gegner hat sich dieses Jahr gekehrt: Sprachten sich 2004 noch 52% für einen solchen Einsatz aus, sind es 2005 nur noch 44%.

Allgemein scheint die Intensität der Billigung von Massnahmen zur Wahrung der Sicherheit mit dem Grad an aktueller Bedrohung zu variieren: Steigt der allgemeine oder der spezifische Bedrohungsgrad, so steigt die Forderung nach Abwehrmassnahmen und die Bereitschaft, dafür auch gewisse Opfer zu bringen; sinkt er, lässt die entsprechende Bereitschaft nach. Die politische Selbsteinstufung der Befragten auf einer Links-rechts-Skala ist das Merkmal mit der grössten Erklärungskraft für die Einstellungen zu Sicherheitsfragen.

Internationale Kooperationsbereitschaft: Schweizer BürgerInnen sprechen sich wieder vermehrt für Europa aus, nachdem sie 2003 sehr EU-skeptisch eingestellt waren. Sowohl das Einverständnis zur politischen Annäherung (57%, +6%) als auch mit einem EU-Beitritt (40%, +7%) sind dieses Jahr signifikant gestiegen. Ein weiteres Indiz für die Öffnung ist, dass sich 2005 zwar immer noch viele, aber deutlich weniger als 2004, mit einem Nicht-Beitritt zur EU bei gleichzeitiger Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einverstanden erklären (63%, -4%). Ängste vor einer negativen wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz im Falle eines Beitritts spielen für die EU-Skepsis eine Rolle, 2005 allerdings etwas weniger als früher. Insgesamt zeigt sich aber, dass die Mehrheit der Befragten der EU immer noch skeptisch gegenübersteht.

Die Einstellung zur Uno hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Die Stimmungshausse bezüglich der Vereinten Nationen hält an. 56% (-2%) der BürgerInnen sind sogar der Meinung, die Schweiz sollte einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat anstreben. Seit August 1999, als 72% der Befragten sich für Schweizer Uno-Friedenstruppen aussprachen, sind die Zustimmungszahlen dazu rückläufig. 2005 steigt das Einverständnis erstmals wieder (60%, +4%).

Wie 2004 findet auch 2005 eine Annäherung an die Nato wiederum etwas mehr Unterstützung als im jeweiligen Vorjahr. 37% (+4%), und damit wieder ähnlich viele wie vor dem transatlantischen Zerwürfnis von 2003, streben eine solche an. 22% (+3%) sprechen sich für einen Nato-Beitritt aus.

Die Zustimmungen zu mehr Vermittlungsaktivität der Schweiz in Konflikten, zu einer aktiveren Rolle an internationalen Konferenzen und für das Einbringen des Stellenwertes als Sitz des Roten Kreuzes bleiben mit Werten von über 70% unverändert hoch. Um 7% gegenüber 2004

zugenommen hat das Einverständnis für mehr Entwicklungshilfe (63%). Die Zunahme hängt wahrscheinlich mit der Tsunami-Katastrophe zusammen, die zum Zeitpunkt unserer Erhebung noch nachhallte.

Index der Öffnungsbereitschaft: Wie präsentiert sich die bevölkerungsweite Öffnungsbereitschaft, gemessen an einem seit Jahren erhobenen, auf neun Vorgaben beruhenden Index? Die „autonomistische“ Grundhaltung, d.h. die Ablehnung einer weiteren Intensivierung der internationalen Beziehungen, hatte sich nach einem Tiefststand im August 1999 wieder erhöht und erreichte im Februar 2003 vor Beginn des Irakkrieges mit einem Anteil von 37% einen neuen Höhepunkt. 2004 lag sie dann mit dem Kriegsende im Irak auf 30%. Offensichtlich ist jede Zunahme weltpolitischer Spannungen einem Anstieg des „Autonomismus“ hierzulande förderlich. Im Januar 2005 verliert die so genannte „weiche“ Form der internationalen Kooperation wieder zugunsten des „Autonomismus“ („weiche Öffnung“: 36%, -5%; „Autonomismus“: 35%, +5%). Die Bereitschaft zur „weichen Öffnung“ zeichnet sich dadurch aus, dass sie eine Optimierung der internationalen Kooperation anstrebt, dabei aber mit einem Minimum an Souveränitätseinbussen auskommen möchte. Praktisch unverändert zeigt sich im Trend die Zustimmung zu einer „harten Öffnung“ der Schweiz, also einer Kooperationswilligkeit, die auch Minderungen der nationalen Souveränität durch Bündnisbeitritte (EU, Nato) hinzunehmen bereit ist (29%, ±0%).¹

Sicherheitspolitische internationale Kooperation: Wie 2004 teilt eine klare Mehrheit von 56% (±0%) der SchweizerInnen die Auffassung, die nationale Sicherheit der Schweiz werde immer mehr von anderen Staaten bestimmt. Dies sind mehr als 2001 und 2002 (53%), aber deutlich weniger als 1997 bis 2000, als stets rund 60% dieser Vorgabe zustimmten. Die Möglichkeit einer nationalen Sicherheitsautonomie wird somit weiterhin kritisch beurteilt.

91% der SchweizerInnen sprechen sich für einen freiwilligen Einsatz von Schweizer Soldaten im Ausland aus. Erstmals seit 1999 findet aber der rein unterstützende Einsatz 2005 wieder mehr Anklang (44%, +8%) als der friedenssichernde Einsatz (41%, -5%), der eine Bewaffnung zum Selbstschutz vorsieht. Kampfeinsätze bleiben ausgeschlossen (5%, -1%). Nur 8% (-3%) lehnen jede Art des Engagements von Schweizer Armeeangehörigen ausserhalb der Landesgrenzen ab. Dies ist der tiefste Wert seit der ersten Messung 1993 (20%). Offensichtlich bestimmt mittlerweile die normative Kraft des Faktischen die Meinungsbildung bezüglich Auslandengagements.

Neutralität: Die Befürwortung der Neutralität – seit jeher hoch – ist 2005 konstant geblieben (87%, -2%). Besonders hervorgehoben wird die Solidaritäts- wie auch die Integrationsfunktion der schweizerischen Neutralität. Beinahe neun von zehn SchweizerInnen glauben, dass die

1 18% der Befragten lassen sich keinem der drei Kooperationstypen zuordnen. Die Prozentangaben zu den drei Kooperationstypen beziehen sich deshalb nur auf 984 Personen.

Schweiz dank der Neutralität in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten könne; und drei Viertel der Befragten verbinden die Neutralität untrennbar mit dem schweizerischen Staatsgedanken. Weniger stark wird die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität gewichtet. 58% (-2%) sind überzeugt, dass die Schweiz durch ihre neutrale Haltung nicht in internationale Konflikte hineingezogen werde. Etwas stärkeren Suktors als im Vorjahr findet die Vorgabe, die bewaffnete Neutralität trage zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei (51%, +5%). Deutlich weniger als im Vorjahr, aber immer noch mehrheitlich, wird eine differenzielle Neutralität befürwortet, bei der die Schweiz im Falle von politischen Konflikten klar für die eine oder andere Seite Stellung beziehen, in militärischen Konflikten aber neutral bleiben soll (59%, -3%).

Eine Typologie der Neutralitätsauffassungen zeigt, dass das „traditionalistische“ Neutralitätsverständnis, welches in erster Linie den Ziel- und Identitätscharakter der Neutralität betont, auch dieses Jahr nach einem markanten Anstieg 2003 wieder auf dem Rückzug ist und seinen langjährigen Abwärtstrend fortsetzt. 26% (1993: 48%) können als „Neutralitätstraditionalisten“ bezeichnet werden. Die „Neutralitätskritiker“ verharren seit 1999 mehr oder weniger auf dem gleich tiefen Niveau (16%, -2%). Die „Neutralitätspragmatiker“, die die Neutralität eher unter nüchternen Kosten-Nutzen-Aspekten betrachten, haben dieses Jahr anteilmässig etwas eingebüsst (27%, -7%). Zugenommen hat innert Jahresfrist hingegen der Anteil derjenigen, welche zu einer widersprüchlichen Neutralitätsauffassung neigen (31%, +7%).²

Aufgaben der Armee heute und in Zukunft: Die Wichtigkeit von Armeeaufgaben und deren erwartete künftige Bedeutungsänderung wurden 2005 getrennt ermittelt. Auf der Wichtigkeitsskala werden die Hilfe bei Grosskatastrophen und die Verteidigung als „ausserordentlich wichtig“ eingestuft. Polizeiunterstützende Überwachungs-, Bewachungs- und Schutzaufgaben rangieren im Mittelfeld, als weniger wichtig werden Einsätze für Ruhe und Ordnung und bewaffnete Interventionseinsätze angesehen.

Allgemein erwarten die Befragten, dass nicht-traditionale Aufgaben der Armee mit polizeilichem Charakter zukünftig an Bedeutung gewinnen, während traditionale Militäraufgaben an Bedeutung verlieren werden. Wichtigkeit und Erwartungen hinsichtlich der künftigen Bedeutung der Armeeaufgaben fallen in der Regel zusammen: Je wichtiger eine aktuelle Aufgabe eingestuft wird, desto eher glauben die Befragten auch, dass diese Aufgabe an Bedeutung gewinnen werde. Einzig bei der Landesverteidigung fallen Bedeutung und Wichtigkeit auseinander. Die Verteidigung wird als sehr wichtig für die Armee eingestuft, zugleich indessen als jene Aufgabe, von der man erwartet, dass sie am meisten an Bedeutung verlieren werde. Dadurch öffnet sich eine Art

2 20% der Befragten lassen sich keinem der vier Neutralitätstypen zuordnen. Die Prozentzahlen zu den vier Neutralitätstypen beziehen sich deshalb lediglich auf 960 Personen.

Identitätsfalle: Die Aufgabe, die in den Augen der Bevölkerung traditionell das Wesen der Miliz ausgemacht hat, wird zur Nebensache. Dieses Spannungsfeld mag einige der Irritationen bei der Neuausrichtung der Armee erklären.

Akzeptanz und Bewertung der Armee: 65% (–1%) der SchweizerInnen halten die Armee für notwendig. Die 20–29-Jährigen, d.h. die wehrtragende Alterskohorte, schätzen die Notwendigkeit der Armee, wie stets, geringer ein (56%, +3%). Die in den neunziger Jahren angestiegene Sympathie für eine Berufsarmee nimmt 2005 weiter zu. Seit Messbeginn zum ersten Mal sind die BefürworterInnen einer Berufsarmee (46%, +2%) gegenüber der Anhängerschaft einer Milizarmee (44%, –5%) in der Überzahl. Wie 1999 wurden die SchweizerInnen 2005 auch nach dem gesellschaftlichen Stellenwert der Milizarmee für die Schweiz gefragt. Insgesamt wird dieser höher eingestuft als 1999. 38% halten das Militär für „zentral im schweizerischen Leben“ (1999: 33%), 44% sehen im Militär ein „notwendiges Übel“ (1999: 49%). Der Anteil der ArmeegegnerInnen liegt seit den neunziger Jahren konstant bei einem Sechstel (16%; 1999: 17%). Eine knappe Mehrheit der Befragten befürwortet die Vorgaben, die Armee diene dem Zusammenhalt unserer vielsprachigen Schweiz und die Wehrpflicht sei das notwendige Gegenstück zu den Bürgerrechten.

Im langfristigen Trend verstärkt sich eine instrumentelle Sicht des Militärs als Dienstleistungsorganisation des Staates auf Kosten einer traditionellen Sicht der Miliz als Volksarmee.

Eine gewisse Widersprüchlichkeit in der Armeeeinschätzung ist dieses Jahr unübersehbar: Einerseits nimmt die Sympathie für eine Berufsarmee zu, während andererseits gleichzeitig die Wehrpflicht als erhaltenswürdig eingestuft wird. Diese Inkohärenz lässt auf eine gestiegene Verunsicherung in Armeefragen schliessen.

Durchdiener: Die Möglichkeit zum Durchdiener finden 75% prinzipiell gut, 31% sogar sehr gut. Das Durchdiener-Modell stösst somit in der Form, wie es mit der Armee XXI eingeführt worden ist, auf hohe Akzeptanz. Die Idee, diese Form des Militärdienstes für alle obligatorisch zu erklären, billigen hingegen bloss noch 42%. Ebenfalls keine Mehrheit findet die Idee, durch eine militärische Besserstellung für Durchdiener einen Anreiz zu schaffen, um mehr Kandidaten für dieses Modell zu gewinnen (45%). Offensichtlich würde eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung die Ungleichbehandlung junger Wehrpflichtiger als stossend empfinden.

Wehr- und Dienstpflicht: Von verschiedenen Vorschlägen zu einer allgemeinen Dienstpflicht findet einzig die Idee einer Ausweitung der obligatorischen Männerwehrpflicht zu einer obligatorischen Dienstpflicht für Männer bei freier Wahl zwischen Militär- und anderen Diensten (Bevölkerungsschutz, Sozialdienst) Zustimmung. Und diese ist mit 74% erstaunlich hoch, höher als die Zustimmung zum Status quo, d.h. der Weiterführung der heutigen Männerwehrpflicht (49%). Sobald ein Pflichtdienst mit freier Wahl auch Frauen umfassen soll, schrumpft die Zustimmung deutlich (49%). Noch weniger Begeisterung vermag ein freiwilliger Dienst für beide Geschlechter zu wecken (42%). Die Aufhebung von Zwang in jeglicher Form stösst bloss bei 29% auf Befürwortung.

Milizkader: Im Trend ist das gesellschaftliche Prestige von Kaderpositionen zwar weiter leicht gesunken, aber bei den möglichen Erwägungen für oder gegen ein „Weitermachen“ überwiegen nach wie vor in der Zustimmung die Pro-Argumente bei weitem gegenüber den Contra-Argumenten. So erachtet eine Mehrheit eine militärische Beförderung als ehrenvoll (52%; 1998: 54%), und knapp zwei Drittel der Befragten teilen die Vorgabe „Eine militärische Führungserfahrung bringt auch im Zivilen berufliche Vorteile“ (63%; 1998: 66%).

Eine militärische Weiterausbildung wird 2005 weniger häufig als nachteilig für das Berufsleben beurteilt (42%; 1998: 46%). Bei den Männern ist der Anteil, der diese Ansicht vertritt, jedoch signifikant höher (47%).

Verteidigungsausgaben: Die Meinung, dass für die Verteidigung immer noch „zu viel“ oder „viel zu viel“ Geld ausgegeben wird, teilen 51% (-3%) der Bevölkerung („zu viel“: 33%, „viel zu viel“: 18%). Mehr als 2004, aber nur gerade 8% (+3%) vertreten die Auffassung, das Militär habe zu wenig Geld zur Verfügung. Dieser Zuwachs an Stimmen für eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets ist gering, aber seit Befragungsbeginn erstmalig. Obwohl die Rüstungsausgabenkritik nach wie vor vorhanden ist, bleibt sie aber deutlich unter dem Mittel der achtziger und neunziger Jahre.

Sicherheitspolitisches Interesse: Der Anteil derjenigen, die angeben, sich „sehr“ oder „eher“ für „Fragen der nationalen Sicherheit“ zu interessieren, liegt deutlich höher als 2004 (62%, +4%). Im Gegensatz zu den Vorjahren scheint das Thema Sicherheit die Bevölkerung wieder vermehrt zu interessieren. Männer zeigen zeitstabil ein höheres selbstbekundetes Interesse an Sicherheitspolitik als Frauen (70% versus 55%).

RÉSUMÉ DE L'ÉTUDE « SÉCURITÉ 2005 »

Buts et bases de données

Conduites par l'Académie militaire à l'ETH de Zurich en collaboration avec le Centre de recherche sur la politique de sécurité de l'ETH de Zurich, les études annuelles « sécurité » servent à déterminer les tendances de l'opinion suisse en matière de politique de sécurité et de défense. Ces études se basent sur des enquêtes représentatives menées annuellement auprès de la population suisse ayant le droit de vote. Cette année, le relevé des données a été effectué par téléphone du 17 janvier au 4 février auprès de 1'200 personnes de toutes les régions linguistiques. Les pourcentages \pm entre parenthèses indiquent la différence par rapport au relevé de février 2004.

Courants et tendances

Perception de la sécurité et de la menace: Le sentiment général de sécurité a continué de faiblir en 2005. Ainsi, 87% des Suisse(sse)s interrogé(e)s disent se sentir « en général » et « aujourd'hui » « très » (26%, -4%) ou « plutôt en sécurité » (61%, +5%).

Parmi les onze aspects de la sécurité évalués portant sur tous les domaines de vie, les relations familiales stables et le sentiment de sécurité sont considérés comme les plus importants par la majorité des sondés. Au contraire, la sécurité publique et la sécurité militaire sont perçues comme les moins importantes.

Dans l'ensemble, ce classement des aspects de la sécurité correspond à celui de 2004. La sécurité individuelle passe avant la sécurité publique. Les aspects relatifs à la sécurité sociale et à la sécurité intérieure précèdent les aspects concernant la sécurité extérieure.

Evaluation de l'avenir de la Suisse: Une tendance montre que l'optimisme quant à l'avenir de la Suisse est en baisse depuis 2003, après avoir atteint entre 2000 et 2002 des valeurs record nettement supérieures à 70%. Parmi les personnes sondées 65% (-3%) sont « très » ou « plutôt » optimistes en ce qui concerne l'avenir de la Suisse pour les cinq prochaines années.

Situation internationale: Les tendances révèlent qu'en 2005 les personnes interrogées sont aussi moins optimistes qu'en 2004 en ce qui concerne la situation internationale. En effet, 48% (+2%) pronostiquent une situation internationale plus sombre et plus tendue pour les cinq prochaines années. Bien que cette appréciation soit plutôt pessimiste, elle ne l'est pas autant qu'en 2002/3 (55%).

Confiance dans les autorités et les institutions: Mesurée sur une échelle allant de 1 à 10, la confiance accordée au Conseil fédéral (6.3, -0.18), a subi une baisse statistiquement importante par rapport à 2004. Il en va de même pour les tribunaux (6.7, -0.19) et la police (7.1, -0.15). Des sept institutions recensées, la police recueille la valeur de confiance la plus élevée. Elle est suivie des tribunaux, du Conseil fédéral et de l'armée (6.3). Le Parlement et l'économie suisse se retrouvent au même rang (chacun 6.0). La confiance accordée aux médias est de loin la plus faible (4.9), une constante constatée depuis de nombreuses années.

Aspects de la sécurité intérieure: Depuis le début des évaluations, le pourcentage des personnes pensant que le terrorisme doit être combattu par tous les moyens, même au prix d'une restriction de la liberté individuelle, diminue de manière constante. En 2003, ce taux était encore de 67%, l'année suivante il était de 59% et en 2005 il n'est plus que de 52%, représentant à peine plus d'un sondé sur deux. En outre, l'intensification de la coopération policière au niveau international recueille un taux d'approbation élevé (86%, -2%), même si elle devait s'effectuer aux dépens de la souveraineté nationale (62%, +6%). Pour la première fois en 2004, les personnes interrogées ont dû s'exprimer quant à l'engagement de soldats de milice pour la garde des ambassades. La proportion partisan / adversaire s'est inversée cette année. En 2004, 52% des personnes questionnées approuvaient encore un tel engagement, alors qu'en 2005 ce taux n'est plus que de 44%.

En général, l'intensité de l'approbation de mesures pour garantir la sécurité semble varier en fonction du degré de la menace. Plus le degré de la menace générale ou spécifique s'accroît, plus les exigences en faveur de mesures défensives et la volonté de concessions qui lui est liée augmentent. Mais, si le degré de la menace diminue, cette volonté faiblit. L'autoévaluation des sondés, effectuée sur l'échelle politique gauche-droite, s'avère être le critère le plus explicite pour évaluer les avis concernant les questions de sécurité.

Volonté de coopération internationale: Les citoyennes et citoyens suisses sont à nouveau davantage favorables à l'Europe, après s'être montrés très eurosceptiques en 2003. Aussi bien l'approbation en faveur d'un rapprochement politique (57%, +6%) que l'approbation de l'adhésion à l'UE (40%, +7%) ont nettement augmenté cette année. De plus, les relevés du sondage présentent un autre indice d'ouverture. En 2005, nombreux sont encore ceux qui se déclarent pour la non-adhésion à l'UE, mais en faveur d'une intensification de la coopération économique avec l'UE. Toutefois, ce taux est nettement plus faible qu'en 2004 (63%, -4%). Bien que les craintes relatives aux conséquences négatives d'une adhésion sur le développement de l'économie suisse aient une influence sur l'euroscepticisme, cette incidence est un peu moins marquée en 2005 qu'auparavant. Toutefois, dans l'ensemble, la majorité des personnes interrogées fait encore preuve de scepticisme envers l'UE.

L'attitude des personnes interrogées envers l'ONU est pratiquement inchangée, comparé à l'année précédente. Les Nations Unies continuent de jouir d'une cote de popularité élevée. 56% (-2%) des citoyennes et citoyens sont même d'avis que la Suisse devrait aspirer à un siège au

Conseil de Sécurité. Depuis août 1999, soit lorsque 72% des personnes sondées étaient en faveur de troupes suisses onusiennes, les taux de cette approbation baissent. Mais, en 2005 cette forme de contribution à la paix regagne du terrain (60%, +4%).

Comme en 2004 déjà, un rapprochement avec l'OTAN est un peu plus soutenu en 2005 que l'année précédente, soit par 37% (+4%), un taux à nouveau semblable à celui recueilli en 2003 avant la détérioration des relations transatlantiques. Ainsi, 22% (+3%) des personnes interrogées se montrent en faveur d'une adhésion à l'OTAN.

L'approbation d'une augmentation des activités de médiation de la Suisse dans les conflits et d'un rôle plus actif lors des conférences internationales ainsi que la valeur attribuée à l'importance de la Suisse en tant que siège du Comité international de la Croix-Rouge restent élevées, atteignant des taux inchangés dépassant 70%. Cautionnée par 63%, soit 7% de plus qu'en 2004, l'approbation pour une augmentation de l'aide au développement est probablement liée à la catastrophe causée par le tsunami dont l'écho résonnait encore au moment du sondage.

Index de la volonté d'ouverture: Quelle est l'image de la volonté d'ouverture de la population suisse, mesurée depuis des années à l'aide d'un index de relevés basé sur neuf indicateurs? Après avoir atteint son taux le plus bas en août 1999, l'attitude « autonomiste », soit celle qui consiste à refuser une intensification des relations internationales, avait regagné du terrain et atteignait en février 2003, soit avant le début de la guerre en Irak, un taux à nouveau élevé de 37%. En 2004, c'est-à-dire à la fin de la guerre en Irak, cette attitude était celle de 30% des personnes sondées. Manifestement, les tensions internationales accrues favorisent la montée de « l'autonomisme ». En janvier 2005, « l'autonomisme » l'emporte à nouveau sur la forme appelée « douce » de coopération internationale (« ouverture douce »: 36%, -5%; « autonomisme »: 35%, +5%). La volonté « d'ouverture douce » est caractérisée par un désir d'optimiser la coopération internationale avec des restrictions de souveraineté minimales. Une tendance montre que le taux des partisans de « l'ouverture dure » de la Suisse, soit ceux qui sont prêts à accepter des restrictions de la souveraineté nationale en adhérant à des alliances (UE, OTAN) est presque inchangé (29%, ±0%).¹

Coopération internationale en matière de politique de sécurité: En 2004, une nette majorité de 56% (±0%) des Suisse(sse)s est d'avis que notre sécurité nationale est toujours davantage déterminée par d'autres pays que par nous-mêmes. Ce relevé est supérieur à celui de 2001/2 (53%), mais nettement inférieur à celui enregistré de 1997 à 2000 (60%). Ainsi, l'autonomie en matière de sécurité nationale continue à être considérée d'un œil critique.

¹ 18% des personnes interrogées ne peuvent être assimilées à aucun des trois types de coopération. C'est pourquoi, les pourcentages des trois types de coopération ne se réfèrent qu'à 984 personnes.

91% des Suisse(sse)s sont en faveur des engagements volontaires de soldats suisses à l'étranger. Mais en 2005, soit pour la première fois depuis 1999, les Suisses accordent leur préférence aux engagements s'inscrivant uniquement dans le cadre de missions d'appui (44%, +8%), et non aux engagements de maintien de la paix avec des soldats armés pour l'autodéfense (41%, -5%). Toute participation de soldats suisses à des engagements au combat demeure exclue (5%, -1%). Seuls 8% (-3%) des sondés refusent toute forme d'engagement de soldats suisses au-delà des frontières suisses, ce qui représente la valeur la plus basse enregistrée depuis le premier relevé effectué en 1993 (20%). Manifestement, la force normative réelle détermine l'opinion publique en ce qui concerne les engagements militaires à l'étranger.

Neutralité: La cote de popularité élevée dont jouit la neutralité depuis des années est restée constante en 2005 (87%, -2%). Les fonctions de la neutralité suisse se référant à la solidarité et à l'intégration sont particulièrement importantes. Près de neuf Suisse(sse)s sur dix croient que, grâce à sa neutralité, la Suisse peut jouer un rôle de médiation dans les conflits et offrir ses bons offices. Trois quarts des personnes interrogées pensent que la neutralité est indissociablement liée à notre conception de l'Etat. La pondération de la fonction de la neutralité relative à la politique de sécurité est moins marquée. 58% (-2%) des sondés sont convaincus que, grâce à son attitude neutre, la Suisse ne sera pas impliquée dans des conflits internationaux. Par contre, l'affirmation selon laquelle la neutralité armée contribue à la sécurité et à la stabilité en Europe est légèrement plus soutenue que l'année précédente (51%, +5%). Une majorité des sondés, toutefois plus faible que l'année précédente, est en faveur d'une perception différenciée de la neutralité, c'est-à-dire qu'en cas de conflits politiques la Suisse doit prendre position pour l'une ou l'autre des parties, mais rester neutre dans les conflits militaires (59%, -3%).

Une typologie des perceptions de la neutralité montre que la conception « traditionaliste » de la neutralité, soit celle mettant l'accent sur le caractère de finalité et d'identité de la neutralité, est en recul cette année aussi, après avoir joui d'une importante hausse en 2003, poursuivant ainsi sa tendance à la baisse enregistrée depuis de nombreuses années. Selon les relevés, 26% (1993: 48%) représentent les « traditionalistes » en matière de neutralité. Depuis 1999, le taux de ceux qui représentent « l'attitude critique envers la neutralité » demeure bas (16%, -2%). Le nombre des « pragmatiques », soit ceux qui considèrent la neutralité plutôt sous l'angle du simple rapport coûts-avantages a quelque peu diminué cette année (27%, -7%). Par contre, le nombre de ceux dont la tendance est en faveur d'une perception contradictoire de la neutralité a augmenté cette année (31%, +7%).²

2 20% des personnes interrogées ne peuvent être classées dans aucun des quatre types de neutralité. C'est pourquoi les pourcentages des quatre types de neutralité ne se réfèrent qu'à 960 personnes.

Tâches de l'armée aujourd'hui et à l'avenir: Dans le sondage de 2005, l'importance accordée aux tâches de l'armée et le changement de pondération quant à leur importance à l'avenir ont fait l'objet de relevés séparés. Evaluées sur une échelle d'importance, l'aide en cas de catastrophe et la défense sont des tâches de l'armée considérées comme « extrêmement importantes ». Les tâches de surveillance, garde et protection, soit les engagements de soutien à la police, occupent le milieu du classement, alors que les engagements pour le maintien de la sécurité publique et les engagements à l'étranger avec des soldats armés sont taxés de moins importants.

En général, les personnes interrogées sont d'avis que les tâches non-traditionnelles de l'armée, soit les tâches de soutien à la police, gagneront de l'importance à l'avenir, alors que les tâches militaires traditionnelles perdront de l'importance. L'importance actuelle accordée aux tâches de l'armée coïncide avec le changement de pondération attendu. En effet, plus une tâche actuelle est considérée comme importante, plus les personnes interrogées pensent que cette tâche deviendra encore plus importante. Seule la défense du territoire recueille des avis divergents quant à son importance. Cette tâche de l'armée, considérée comme très importante, est aussi celle que l'on s'attend à voir perdre le plus d'importance. Ainsi, la tâche qui, aux yeux de la population, était traditionnellement inhérente à la milice, devient une tâche secondaire, créant une sorte de crise de légitimité. Ce champ de tensions expliquerait certaines confusions lors de la réorientation de l'armée.

Acceptation et évaluation de l'armée: 65%(-1%) des Suisse(sse)s sont d'avis que l'armée est nécessaire. Comme toujours, les personnes âgées de 20 à 29 ans, c'est-à-dire la cohorte d'âge faisant du service militaire, octroient une valeur moins élevée à la nécessité de l'armée (56%, +3%). La sympathie pour une armée de métier, déjà grandissante dans les années 90, continue d'augmenter en 2005. Pour la première fois depuis le début des relevés, les partisans d'une armée de métier (46%, +2%) sont plus nombreux que les partisans d'une armée de milice (44%, -5%). En 2005, les Suisse(sse)s ont été interrogé(e)s, comme déjà en 1999, sur l'importance sociale de l'armée de milice pour la Suisse. Dans l'ensemble cette importance est supérieure à celle de 1999. 38% considèrent que l'armée « joue un rôle central dans la vie suisse » (1999: 33%) et 44% pensent que l'armée est « un mal nécessaire » (1999: 49%). Le pourcentage des opposants à l'armée est constant depuis les années 90, soit un sixième (16%; 1999: 17%). Une faible majorité des personnes interrogées approuve l'affirmation selon laquelle l'armée sert à la cohésion de notre Suisse plurilingue et que l'obligation de servir est le pendant nécessaire des droits civiques.

Une tendance à long terme montre un renforcement de la perception instrumentale de l'armée en tant qu'organisation de l'Etat offrant des prestations au détriment de la perception traditionnelle de la milice en tant qu'armée de citoyens-soldats.

Cette année, l'évaluation de l'armée présente manifestement une certaine contradiction. D'une part, la sympathie en faveur d'une armée de métier croît, d'autre part les personnes interrogées se montrent en faveur du maintien de l'obligation de servir. Cette incohérence reflèterait un sentiment d'incertitude accru quant aux questions relatives à l'armée.

Militaires en service long: 75% des personnes interrogées trouvent en principe bien, 31% même très bien, de pouvoir faire le service militaire en un bloc. Ce modèle, introduit dans l'Armée XXI, recueille une acceptation élevée. Par contre, l'idée de rendre cette forme de service militaire obligatoire pour tous n'est approuvée plus que par 42%. De même, la proposition d'accorder des avantages aux militaires en service long afin d'attirer plus de candidats pour cette forme de service militaire est rejetée par la majorité des sondés (45%). Visiblement, une majorité de la population suisse rejette cette inégalité de traitement des jeunes astreints.

Obligation de servir et service obligatoire: Parmi les diverses propositions concernant un service obligatoire, seule est approuvée l'idée de transformer les obligations militaires des hommes en un service obligatoire, leur permettant ainsi d'opter entre les obligations militaires et d'autres services (protection de la population, service social). De plus, cette approbation est étonnamment élevée (74%), plus élevée que celle du statu quo, soit le maintien des obligations militaires pour les hommes (49%). Dès qu'il s'agit d'inclure les femmes dans une proposition de service obligatoire avec option, l'approbation diminue nettement (49%). Un service volontaire pour les deux sexes éveille encore moins d'enthousiasme (42%). Supprimer toute forme de contrainte ne recueille que 29% d'approbation.

Cadres de milice: Une tendance révèle une légère baisse continue du prestige social des positions de cadre dans l'armée. Toutefois, lors de la prise de décision de grader ou pas, les arguments en faveur de l'avancement l'emportent de loin sur les arguments contre l'avancement. Ainsi, une majorité considère un avancement militaire comme un honneur (52%; 1998: 54%), et environ deux tiers des interrogés sont d'avis qu'une « expérience militaire en matière de conduite présente un avantage pour la vie civile » (63%; 1998: 66%).

En 2005, la poursuite de la formation militaire est moins souvent considérée comme un désavantage pour la vie professionnelle (42%; 1998: 46%). Toutefois, ce pourcentage est nettement plus élevé chez les hommes (47%).

Dépenses d'armement: L'opinion selon laquelle on dépense encore « trop » ou « beaucoup trop » d'argent pour la défense est partagée par 51% (-3%) de la population (« trop »: 33%, « beaucoup trop »: 18%). Seuls 8% (+3%), toutefois davantage qu'en 2004, sont d'avis que l'armée a trop peu d'argent à disposition. Cette hausse du taux en faveur d'une augmentation du budget de la défense, bien que faible, est une première dans nos sondages. Quoique les dépenses d'armement soient encore critiquées, cette évaluation est nettement inférieure à la moyenne relevée dans les années 80 et 90.

Intérêts pour la politique de sécurité: Le taux des personnes affirmant s'intéresser « beaucoup » ou « plutôt beaucoup » aux « questions de sécurité nationale » est nettement supérieur à 2004 (62%, +4%). Contrairement aux années précédentes, les questions de sécurité semblent à nouveau davantage intéresser la population. En outre, on constate depuis des années que les hommes manifestent un plus grand intérêt que les femmes pour la politique de sécurité (70% versus 55%).

RIASSUNTO DEL SONDAGGIO “SICUREZZA 2005”

Obiettivi e dati

Gli studi “Sicurezza” sono realizzati ogni anno *dall’Accademia militare presso il Politecnico federale di Zurigo (ETHZ)* in collaborazione con il *Centro di ricerca sulla politica di sicurezza dell’ETHZ*. Essi si basano su sondaggi rappresentativi degli elettori svizzeri e rilevano le tendenze dell’opinione nell’ambito della politica di sicurezza e di difesa in Svizzera. Nel 2005, la raccolta dei dati è stata effettuata fra il 17 gennaio e il 4 febbraio tramite interviste telefoniche con 1’200 persone in tutte le regioni linguistiche. Le differenze di percentuale fra parentesi si riferiscono al sondaggio effettuato in febbraio 2004.

Tendenze

Sensazione di sicurezza. Gli svizzeri si sentono tendenzialmente meno sicuri nel 2005. L’87% afferma infatti di sentirsi, “globalmente” e “ai nostri giorni”, “molto” (26%, -4%) o “abbastanza” sicuro (61%, +5%). Per una maggioranza della popolazione, la sicurezza è importante soprattutto nell’ambito familiare, mentre l’ordine pubblico e la sicurezza militare sono gli aspetti a cui viene attribuito meno peso.

Questi risultati sono complessivamente gli stessi dell’anno 2004. La sicurezza individuale ha la priorità su quella pubblica, e quella interna, che comprende gli aspetti sociali, è anteposta a quella esterna.

Valutazione del futuro della Svizzera. Dopo le vette raggiunte fra il 2000 e il 2002 (70% di valutazioni positive), l’ottimismo degli svizzeri si è leggermente eroso. Per quanto riguarda le prospettive della Svizzera nei prossimi cinque anni, il 65% (3%) degli intervistati è “molto” o “abbastanza” ottimista.

Situazione politica internazionale. Anche la situazione politica internazionale viene valutata in modo meno positivo rispetto al 2004. Il 48% (+2%) della popolazione ritiene infatti che la situazione peggiorerà e diventerà più tesa. Gli svizzeri sono tuttavia più ottimisti che nel 2002/2003, quando la percentuale di valutazioni negative era del 55%.

Fiducia nelle autorità e nelle istituzioni. Rispetto al 2004, lo studio ha identificato una diminuzione statisticamente significativa della fiducia nel Consiglio federale (6.3 su una scala di 10; -0.18), nei tribunali (6.7; -0.19) e nella polizia (7.1; -0.15), che ottiene la fiducia più elevata fra le sette istituzioni comprese nel sondaggio. I tribunali, il Consiglio federale e l’esercito si

trovano al secondo posto (6.3). Il parlamento e l'economia svizzera seguono con un punteggio identico (6.0). Come negli scorsi anni, gli svizzeri tendono a diffidare dei mass media (4.9).

Sicurezza interna. La percentuale di persone che ritengono che il terrorismo debba essere combattuto con tutti i mezzi, compresi quelli che riducono le libertà individuali, è in diminuzione costante da quando quest'aspetto è stato incluso nel sondaggio (67% nel 2003, 59% nel 2002, e 52% nel 2005). Un rafforzamento della cooperazione internazionale della polizia è largamente auspicato (86%, -2%), anche a scapito della sovranità nazionale (62%, +6%). Nel 2004 fu rilevata per la prima volta l'opinione degli svizzeri sull'impiego di soldati di milizia per la protezione delle ambasciate. Mentre l'anno scorso la maggioranza si era espressa favorevolmente (52%), nel 2005 la percentuale è scesa al 44%.

Complessivamente, l'approvazione di misure di sicurezza sembra seguire l'evoluzione della percezione dei pericoli. Quando le minacce sono percepite in modo più forte, i cittadini sono in generale più disposti ad accettare anche i costi di una maggiore sicurezza. Il posizionamento politico degli intervistati su un asse destra-sinistra è comunque il fattore che più contribuisce alla formazione dell'opinione sulle questioni di sicurezza.

Cooperazione internazionale. Dopo lo scetticismo del 2003, gli svizzeri sono tornati ad esprimersi in favore dell'Unione europea. Sono infatti aumentati in modo significativo gli assenti dati sia a un avvicinamento sul piano politico (57%, +6%) che a un'adesione (40%, +7%). Un'altra indicazione dell'apertura dei cittadini è la flessione della percentuale di persone, che rimane pur elevata (63%, -4%), che si oppone all'adesione ma auspica un rafforzamento della cooperazione economica. Il timore di un effetto negativo dell'adesione sullo sviluppo economico della Svizzera influenza anche nel 2005 le opinioni sull'adesione, ma in modo meno marcato che negli anni precedenti. Complessivamente, la maggioranza degli intervistati rimane tuttavia scettica nei confronti dell'Unione europea.

L'atteggiamento positivo nei confronti dell'ONU non è invece cambiato rispetto al 2004. Il 56% (-2%) dei cittadini pensa addirittura che la Svizzera dovrebbe cercare di ottenere un seggio permanente nel Consiglio di sicurezza. Un'inversione di tendenza è stata osservata nell'opinione degli svizzeri sull'impiego di truppe svizzere nell'ambito delle missioni di pace dell'ONU, la cui approvazione torna a crescere (60%, +4%) per la prima volta dal 1999 (72%).

Come nel 2004, anche quest'anno un avvicinamento alla NATO gode di un sostegno rafforzato rispetto agli anni precedenti (37%, +4%). Esso torna ai livelli di prima della spaccatura transatlantica del 2003. Il 22% (+3%) degli intervistati si è espresso in favore di un'adesione alla NATO.

Più del 70% della popolazione è stabilmente in favore di una maggior implicazione della Svizzera in attività di mediazione in caso di conflitti, così come di un ruolo più attivo nelle conferenze internazionali e nella valorizzazione della presenza nel nostro paese della sede della Croce rossa. Il sostegno a un incremento dell'aiuto allo sviluppo è aumentato del 7% (63%). Lo tsunami che ha colpito il Sud-est asiatico ha probabilmente svolto un ruolo in questa evoluzione.

Indice di apertura. Da parecchi anni l'apertura della popolazione è misurata tramite un indice composto di nove elementi. Qual è la tendenza nel 2005? La posizione "autonomistica", che consiste nel rifiuto dell'intensificazione delle relazioni internazionali, si è rinforzata a partire d'agosto 1999 e ha raggiunto una nuova vetta nel febbraio del 2003, nell'imminenza della guerra in Iraq (37%). Nel 2004, con la fine della guerra, la percentuale è di nuovo scesa (30%), il che lascia supporre che l'evoluzione degli atteggiamenti "autonomistici" sia almeno in parte legata a quella delle tensioni internazionali. La posizione di "apertura moderata" consiste nel sostegno a un rafforzamento della cooperazione internazionale, a condizione che le perdite di sovranità nazionale siano minime. Nel gennaio 2005, "l'apertura moderata" (36%) ha perso terreno (-5%) in favore di quella "autonomistica" (36%, +5%). Rimane invece invariata la tendenza della posizione di "apertura forte" (29%, ±0%), in cui vengono accettate le limitazioni della sovranità nazionale inerenti all'adesione a organizzazioni come la NATO e l'Unione europea.¹

Politica di sicurezza: cooperazione internazionale. Come nel 2004, una chiara maggioranza degli svizzeri (56%, ±0%) ritiene che la sicurezza nazionale della Svizzera sia sempre più influenzata da altri paesi. Questa percentuale è superiore a quella registrata nel 2001 e nel 2002 (53%), ma sensibilmente inferiore rispetto al periodo 1997-2000 (circa 60%). La possibilità di garantire la sicurezza nazionale in modo autonomo continua dunque ad essere considerata con scetticismo.

Il 91% di cittadini si sono espressi in favore di un impiego di soldati svizzeri all'estero su base volontaria. Tuttavia, per la prima volta dal 1999 le missioni di sostegno ottengono maggiori consensi (44%, +8%) rispetto a quelle di mantenimento della pace, le quali prevedono l'impiego di armi per ragioni di autodifesa (41%, -5%). Solo una piccola minoranza approverebbe missioni di combattimento (5%, -1%). Questa percentuale è simile a quella di coloro che si oppongono a ogni tipo di missione al di fuori dei confini nazionali, che si situa all'8% (-3%), la più bassa da quando la domanda è stata inclusa nel sondaggio nel 1993 (20%).

Neutralità. Il sostegno alla neutralità, da sempre alto, è rimasto stabile nel 2005 (87%, -2%). Particolare rilievo è dato alle sue funzioni di solidarietà e di integrazione. Quasi nove cittadini su dieci credono infatti che grazie alla neutralità la Svizzera possa svolgere un ruolo di mediazione nei conflitti e rendersi utile a livello internazionale, e i tre quarti pensano che essa sia inscindibile dalla concezione dello stato svizzero. Meno importanza viene invece attribuita alla sua funzione di sicurezza. Solo il 58% (-2%) della popolazione è convinto che la neutralità protegga la Svizzera dai conflitti internazionali, mentre rispetto al 2004 è in leggera crescita l'opinione che la neutralità armata possa contribuire alla sicurezza e alla stabilità in Europa

¹ Il 18% degli intervistati non può essere classificato in nessuna delle tre categorie, le cui percentuali si riferiscono quindi a 984 persone soltanto.

(51%, + 5%). Nonostante una flessione, la maggioranza degli intervistati continua a sostenere una neutralità differenziata in cui la Svizzera possa schierarsi in caso di conflitti politici, ma debba rimanere neutrale nei conflitti militari (59%, -3%).

Una tipologia delle concezioni della neutralità indica che dopo una crescita nel 2003, la visione “tradizionalistica”, in cui gli aspetti legati all’identità nazionale sono preponderanti, sta di nuovo perdendo terreno, confermando così la tendenza di lungo periodo. Il 26% (1993: 48%) degli intervistati può essere descritto come “tradizionalista”, mentre i “critici” rimangono dal 1999 a un livello piuttosto basso (16%, -2%). La percentuale di “pragmatici”, che giudicano la neutralità valutando il rapporto costi-benefici, è scesa quest’anno del 7% (27%), mentre è aumentato il numero di coloro che hanno un atteggiamento contraddittorio (31%, +7%).²

Compiti attuali e futuri dell’esercito. Nel 2005 lo studio ha identificato separatamente le opinioni sull’importanza e sull’evoluzione dei compiti dell’esercito. Per quanto riguarda l’importanza, l’aiuto in caso di catastrofe e la difesa sono stati valutati in modo eccezionalmente positivo. Le operazioni di sorveglianza e protezione a sostegno della polizia sono ritenute mediamente importanti, mentre gli interventi armati e quelli per la salvaguardia dell’ordine pubblico arrivano in fondo alla classifica.

In generale, gli intervistati si aspettano che in futuro i compiti non tradizionali dell’esercito, come quelli legati a operazioni di polizia, acquisiscano maggiore importanza a scapito delle funzioni militari tradizionali. Le attese nei confronti dell’importanza dei vari compiti dell’esercito è in linea con la loro evoluzione: gli svizzeri credono che in futuro diventeranno più importanti i compiti che attualmente ottengono migliori voti in termini di rilevanza. L’unica eccezione è la difesa del territorio, che è vista come un compito molto importante dell’esercito, ma che allo stesso tempo, secondo gli intervistati, perderà gran parte della sua rilevanza. Si sta quindi profilando una crisi di identità: i compiti che per i cittadini costituiscono tradizionalmente l’essenza dell’esercito stanno progressivamente diventando attività accessorie. Questa tensione potrebbe spiegare alcune reazioni negative nei confronti del nuovo orientamento dell’esercito.

Accettazione e valutazione dell’esercito. L’esercito è necessario per il 65% (-1%) degli svizzeri. Come in precedenza, i giovani che sono soggetti all’obbligo di leva (20-29 anni) hanno espresso un giudizio più negativo (56%, +3%). La simpatia per un esercito professionista, che era cresciuta negli anni ‘90, è di nuovo aumentata nel 2005. Per la prima volta da quando questa domanda è inclusa nel sondaggio, i sostenitori di un esercito professionista (46%, +2%) sono più numerosi di quelli di un esercito di milizia (44%, -5%). Come nel 1999, anche quest’anno i cittadini hanno potuto esprimersi sull’importanza dell’esercito di milizia per la società svizzera.

2 Il 20% degli intervistati non può essere classificato in nessuna delle quattro categorie, le cui percentuali si riferiscono quindi a 960 persone soltanto.

Nel 2005 essa è stata valutata più positivamente. Il 38% degli intervistati ritiene che l'esercito sia "essenziale per la società svizzera" (1993: 33%), il 44% crede che sia un male necessario (1999: 49%), mentre coloro che vi si oppongono costituiscono circa un sesto della popolazione (16%; 1999: 17%). Una piccola maggioranza pensa che l'esercito contribuisca alla coesione della Svizzera e che l'obbligo di leva sia una giusta compensazione dei diritti dei cittadini.

Una tendenza di lungo periodo è il rafforzamento della visione dell'esercito come un'organizzazione che fornisce dei servizi, a scapito dell'idea tradizionale dell'esercito come milizia popolare.

Nella valutazione dell'esercito è emersa quest'anno una certa contraddizione. Se da un lato la simpatia per l'esercito professionista è aumentata, dall'altro gli svizzeri ritengono che valga la pena di mantenere l'obbligo di leva. Questa incoerenza indica una più grande incertezza per quanto riguarda le questioni legate all'esercito.

Servizio lungo. La possibilità di effettuare il servizio militare in una sola volta è sostenuta dal 75% degli svizzeri; il 31% trova che questo cambiamento sia molto positivo. Il modello di servizio lungo introdotto dalla riforma Esercito XXI gode quindi di un'alta approvazione. L'idea di rendere questa forma di servizio obbligatoria è invece meno condivisa (42%), così come la proposta di attribuire migliori impieghi militari ai soldati che scelgono il servizio lungo in modo da renderlo più attrattivo (45%). Probabilmente la maggioranza della popolazione svizzera percepirebbe un trattamento differenziato dei giovani soldati come discriminatorio.

Obbligo di leva e di servizio. Fra le varie proposte di obbligo di servizio generale, l'unica ad essere approvata è quella che prevede un servizio obbligatorio per gli uomini, ma con la possibilità di scegliere liberamente fra servizio militare e altre forme di servizi (protezione civile, servizio sociale). Questo modello è sostenuto da ben il 74% della popolazione, mentre lo status quo, cioè il servizio militare obbligatorio per gli uomini, è approvato solo dal 49%. D'altro canto, l'approvazione di un servizio obbligatorio con libera scelta fra varie opzioni scende al 49% se l'obbligo comprende anche le donne. Un servizio volontario per entrambi i sessi suscita ancor meno entusiasmo (42%) e l'eliminazione di ogni forma di obbligo è sostenuto solo da una minoranza (29%).

Quadri di milizia. Tenzialmente il prestigio sociale delle posizioni di quadri si è ulteriormente eroso, anche se solo leggermente. Tuttavia, nelle considerazioni pro o contro una carriera militare, secondo gli intervistati i vantaggi continuano a essere più numerosi degli svantaggi. Una maggioranza della popolazione pensa che un avanzamento militare sia rispettabile (52%; 1998: 54%), e quasi i due terzi sono d'accordo con l'affermazione secondo cui "un'esperienza di comando militare conferisce dei vantaggi anche nella vita professionale civile" (63%; 1998: 66%).

Nel 2005, meno persone rispetto al 1998 ritengono che un proseguimento della formazione militare sia penalizzante per la carriera professionale (42%; 1998: 46%). La percentuale è tuttavia significativamente superiore per gli uomini (47%).

Spese per la difesa. Il 51% (-3%) della popolazione ritiene che le spese per la difesa siano eccessive (“eccessive”: 33%, “decisamente eccessive”: 18%). Solo l’8% pensa che il budget dell’esercito sia insufficiente, anche se per la prima volta la percentuale è in leggero aumento (+3%). Anche se le critiche alle spese per l’armamento rimangono presenti, esse si situano sensibilmente al di sotto della media degli anni ‘80 e ‘90.

Interesse per la politica di sicurezza. La percentuale di coloro che affermano di essere “molto” o “abbastanza” interessati alle “questioni di sicurezza nazionale” è aumentata rispetto al 2004 (62%, +4%). Quest’anno il tema della sicurezza sembra suscitare di nuovo più interesse. Come negli anni scorsi, si riscontra una grande differenza fra uomini e donne (70% e 55%).

SUMMARY OF THE SURVEY “SECURITY 2005”

Aims and Database

The annual survey “Security”, realized jointly by the *Military Academy at the ETH Zurich* and the *Center for Security Studies of the ETH Zurich*, aims to analyse trends in Swiss foreign and security policy. It is based on annual representative surveys of the Swiss voting population. In 2005, the survey was carried out from January 17 to February 4 among 1'200 persons from all language regions. The \pm percentages in brackets indicate the differences in comparison to the survey of February 2004.

Basic Trends and Tendencies

Feelings of security and threat perception: The general feeling of security has further decreased in 2005. 87% of the questioned Swiss indicate that “in general” and “in our present time” they feel “very” (26%, -4%) or “rather” secure (61%, +5%).

Out of a selection of 11 aspects of security, including all domains of living, secure family ties and a feeling of shelter are considered most important. Law and order and military security are considered to be least important.

On the whole, the 2005 ranking of the aspects is similar to that of 2004. In terms of relevance, security aspects of the private realm are ranked more highly than aspects of public security. Moreover, aspects of social and domestic security are considered more important than foreign security.

Assessment of Switzerland's future: Optimism concerning Switzerland has shown a tendency of diminution after having reached maximum levels above 70% from 2000 to 2002. With regard to the next five years, 65% (-3%) are “very” or “rather” optimistic.

Global political situation: The global political situation is also regarded with less optimism in 2005 than in 2004. 48% (+2%) make the prognosis that the global political situation will be more sinister and tense in five years' time than at the time of the survey. Thus, the assessment remains rather pessimistic although not as much so as in 2002/3 (55%).

Trust in authorities and institutions: On a scale of 1 to 10, the federal government (6.3, -0.18), the judicial courts (6.7, -0.19), and the police (6.7, -0.15) have lost a statistically significant amount of trust compared to 2004. Of the seven institutions and authorities in question, the police receive the highest level of trust. They are followed by the judicial courts, the federal

government and the military (6.3). The same level of trustworthiness, a bit below of the former, is reached by the federal parliament and the Swiss economy (each 6.0). By far the least amount of trust is attributed to the media – a stable result throughout many years (4.9%).

Aspects of domestic security: Since the first assessment, the share of persons who believe that terrorism must be fought by all means, even if personal freedoms would have to be curtailed in this process, has lost support from year to year. While in 2003 67% were in favour of such a policy, this number dropped to 59% in 2004 and in 2005 only 52% express such a belief. An extension of international police cooperation is met with strong approval (86%, -2%), even if such a cooperation would include a certain loss of national sovereignty (62%, +6%). In 2004, a question concerning the acceptance of using militia soldiers to protect embassies was posed for the first time. Since then, a reversal of the proportion between acceptance and refusal has taken place. While as many as 52% were in favour of such a mission in 2004, this number has dropped to 44% in 2005.

In general, the strength of support for measures guaranteeing security seems to vary according to the current level of perceived threat: If the general or specific level of threat rises, the call for defensive measures becomes more frequent and the readiness for certain sacrifices in order to reach this goal increases; if, on the other hand, the level of perceived threat drops, the readiness for sacrifice does so as well. The respondents' self-assessment on a scale of political leftism-rightism explains a large amount of the variance found in attitudes concerning the various aspects of security.

Readiness for international cooperation: Swiss citizens are more supportive of the European Union in 2005 after having shown strong EU-skepticism in 2003. Both the agreement with a further political approach (57%, +6%) as well as the readiness to actually join the EU (40%, +7%) have risen significantly in 2005. A further indication of an increased openness of Switzerland is the fact that the number of persons preferring an increased economic cooperation with the European Union over an actual EU-membership is considerably lower than in 2004 (63%, -4%). Fear of a negative economic development in the case of an EU-membership continues to play a role but a somewhat smaller one than in the past. On the whole, however, a majority of respondents continues to have a sceptical attitude towards the EU.

Opinions on the UN have hardly changed in comparison to 2004. The UN continue to stand in high regard. 56% (-2%) of the Swiss citizens even believe that Switzerland should strive for a seat in the security council. Since August 1999, when 72% of respondents expressed a positive view on Swiss UN peacekeeping troops, the level of support has decreased. In 2005, support for Swiss peacekeepers is present among 60% (+4%) of the respondents.

As in 2004, an approach of NATO is met with more widespread support than in the preceding year. 37% (+4%) – and thus almost as many persons as before the transatlantic disagreements of 2003 – believe that Switzerland should strive for a closer relationship with NATO. 22% (+3%) voiced their support for NATO membership.

The agreement with an increased amount of Swiss diplomatic activity in cases of conflict and a more active Swiss role in international conferences remains strong (above 70%) as does the support for a more active promotion of Switzerland's role as the host of the International Committee of the Red Cross. The readiness for increased developmental aid has risen by 7% (63%). This rise is probably related to the Tsunami disaster, which was still very present during the time of the data collection.

An index of readiness for international openness: How does the nation-wide readiness for international openness – as measured by a well-established index consisting of nine questions – present itself? The basic attitude of “autonomism”, that is, the refusal of intensified international relations relapsed from an all-time low of August 1999, and reached a new maximum of support (37%) in February 2003, immediately before the Iraq war. In 2004, with the end of the Iraq war, this attitude was supported by 30%. Apparently, an increase in global political tensions serves as a catalyst for Swiss “autonomism”. The so-called “cautious” form of international cooperation has lost support in favour of “autonomism” (“cautious openers”: 36%, –5%; “autonomism”: 35%, +5%). The readiness for a “cautious opening-up” of Switzerland is characterised by the attempt to optimize international cooperation while compromising Swiss sovereignty only minimally. The level of support for an “unambiguous opening-up” of Switzerland is all but unaltered (29%, ±0%). An “unambiguous opening-up” of Switzerland would include the acceptance of potential compromises of national sovereignty through the joining of international alliances such as the EU or NATO.¹

International cooperation in security policy: As in 2004, a clear majority of 56% (±0%) of the Swiss shares the view that Switzerland's national security is increasingly determined by other states. This is a higher percentage than in 2001/2 (53%) but a clearly lower number of persons than in the years from 1997 to 2000 when a stable 60% agreed with this statement. The probability of autonomous security continues to be regarded with skepticism.

91% of the Swiss are in favour of a voluntary mission of Swiss soldiers abroad. For the first time since 1999, however, a purely supportive mission (44%, +8%) is preferred over a peace-keeping mission (41%, –5%), which includes an armament for purposes of self-defence. Combat missions continue to be ruled out (5%, –1%). A mere 8% (–3%) refuse any kind of international commitment of Swiss soldiers. This is the lowest percentage since this attitude was first measured in 1993 (20%). Apparently, the shaping of opinions concerning international military missions is now determined by the normative power of the factual.

1 18% of respondents cannot be allocated to one of the three types of cooperation. Percentages referring to the three types of international cooperation are thus based on only 984 respondents.

Neutrality: As always, support for neutrality is strong (87%, -2%). The functions of Swiss neutrality that are especially emphasized are solidarity and integration. Nearly nine out of ten Swiss believe that it is thanks to its neutrality that Switzerland is able to mediate in conflicts and offer its good services internationally. Three quarters of the respondents believe that neutrality is inseparable from the central notions of the Swiss state. The security policy function of neutrality is considered as being somewhat less important. 58% (-2%) are convinced that Switzerland is not drawn into international conflicts because of its neutral position.

The statement that an armed neutrality contributes to Europe's security and stability is supported somewhat more strongly than in 2004 (51%, +5%). A differential neutrality, meaning that Switzerland would have to choose sides in cases of political conflict but would remain neutral in military conflicts, draws less support than in 2004 (59%, -3%).

A typology of neutrality attitudes shows that the "traditional" understanding of neutrality, which gives priority to the goal and identity features of neutrality, is on the retreat again and continues its long-term loss of terrain. 26% (1993: 48%) of the respondents can be dubbed "neutrality traditionalists". The share of "neutrality critics" has remained stable on a low level since 1999 (16%, -2%). The "neutrality pragmatics", who regard neutrality from a sober costs-and-benefits viewpoint, make up a lower share of respondents than in 2004 (27%, -7%). Conversely, the segment of persons who have a contradictory attitude on neutrality has grown over the last year (31%, +7%).²

Military tasks today and tomorrow: The current importance of military tasks and expected changes of importance of different military tasks were surveyed separately in 2005. On the scale of importance, help in case of a large-scale disaster and defence are considered "extremely important". Tasks in which the military supports the police in surveillance, guarding, and protection missions are attributed a medium rank of importance. Missions aimed at establishing or guaranteeing law and order as well as armed interventions are seen as less important.

In general, the respondents expect that non-traditional military tasks of a policing nature will gain importance in the future, while traditional military tasks will lose significance. As a rule, evaluations of importance and expectations concerning the future importance of military tasks go hand in hand. The more importance is attributed to a certain current task, the greater the likelihood that respondents believe this task to gain importance in the future. The only exception to this rule concerns national defence which is considered very important for the military but is at the same time expected to experience the highest loss in importance. This creates a kind of identity trap: The very task that defined the nature of the militia is becoming insignificant. This ten-

2 20% of respondents cannot be allocated to one of the four types of neutrality. Therefore, the percentages are based on merely 960 persons.

sion may explain some of the irritations that were caused by the re-conception of the military called Army XXI.

Acceptance and evaluation of the military: 65% (-1%) of the Swiss believe the military to be necessary. As usual, the 20–29-year-olds, that is, the age-cohort currently serving, rate the necessity of the military more lowly (56%, +3%). Sympathy for an all-volunteer corps, having risen throughout the 1990s, has further increased in 2005. For the first time since the introduction of this survey, those favouring an all-volunteer force (46%, +2%) outnumber the supporters of a militia military (44%, -5%). As in 1999, the respondents were asked to evaluate the societal rank of the militia military. On the whole, the militia military is ranked more highly than in 1999. 38% consider the military to be “central to Swiss life” (1999: 33%), 44% view the military as a “necessary evil” (1999: 49%). The share of opponents of the military has been resting constantly at around a sixth of the population (16%; 1999: 17%). A slight majority of respondents supports the statement that conscription serves the cohesion of multi-lingual Switzerland and represents the necessary complement to citizens’ rights.

In the long-term trend an instrumental approach towards the military is gaining ground, which defines the military as a federal organisation of the public service and no longer as an army of the people in the traditional sense of the militia.

In 2005, a certain contradiction in the evaluation of the military cannot be neglected. On the one hand, the sympathy for the all-volunteer corps is increasing while, on the other hand, the maintenance of conscription is regarded as valuable. This incoherence can be interpreted as a rising insecurity in military matters.

Mandatory military service in a single bout: In principle, the option of doing one’s military service in a single bout, as introduced by Army XXI, is regarded favourably by 75%, 31% even state that they find this alternative “very good”. However, making this form of service mandatory is supported by only 42%. Improving the military standing of “single-bout-conscripts” as an incentive for choosing this model of service and attracting more recruits is not supported by a majority either (45%). Apparently, the greater part of the Swiss population opposes an unequal treatment of young conscripts.

Conscription and general mandatory service: From a series of propositions on the introduction of a general mandatory service the only idea drawing a considerable amount of support is the extension of conscription (concerning only men) into a mandatory general service for men with a free choice between military and other forms of service (civil protection, social service). The support for such an extension reaches an astonishing 74% and is thus stronger than the support for maintaining the status quo of male conscription (49%). However, if such a general mandatory service were to include women, support dwindles strikingly (49%). A voluntary service for both men and women is met with even less enthusiasm (42%). The abolition of every kind of coercive service is supported by only 29%.

Militia cadre positions: While the societal prestige of military cadre positions has further decreased, the perceived pros of striving for an officer position in the militia military still outweigh the cons by far. A majority considers a military promotion as honourable (52%; 1998: 54%), and roughly two thirds of the respondents share the view that “military leadership experience leads to advantages in one’s civilian professional career” (63%; 1998: 66%).

In 2005, continued education in the military is less frequently regarded as a disadvantage for professional life (42%; 1998: 46%). However, the share of those who do take such a critical view is significantly higher among men (47%).

Defence expenditures: 51% (–3%) of the population share the opinion that “too much” or “much too much” money is being spent on defence (“too much”: 33%, “much too much”: 18%). More persons than in 2004 but still only 8% (+3%) believe that the military has too little money at its disposal. This rise in support for an augmentation of the defence budget is minimal but represents a premiere since the introduction of this survey. Although the criticism of defence expenditures remains strong, it is below the average of the 1980s and 1990s.

Interest in security policy: The share of those who state that they are “very” or “rather” interested in “matters of national security” is clearly higher than in 2004 (62%, +4%). Compared to the preceding years, the population seems to take a greater interest again in the topic of security. As a constant across time, men show a greater self-admitted interest in security policy than women (70% versus 55%).

1 CHRONOLOGIE POTENZIELL MEINUNGSBILDENDER EREIGNISSE 2004/2005

Wie sich in früheren Jahren gezeigt hat, kann das Interesse der SchweizerInnen an sicherheitspolitischen Themen – das Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, die internationale Kooperationsbereitschaft sowie die Neutralitätsauffassung – kurzfristigen Schwankungen unterliegen, die von tagesaktuellen Ereignissen im In- und Ausland geprägt sind. Der Analyse wichtiger Meinungstrends auf Befragungsbasis wird deshalb eine Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse vorangestellt. Die Auswahl der Ereignisse ist naturgemäss selektiv und auf die Wahrnehmung in der öffentlichen Debatte ausgerichtet. Es ist anzumerken, dass die Chronologie auch Ereignisse erfasst, die *nach* der Datenerhebung stattgefunden haben. Diesen Ereignissen kann selbstverständlich keine meinungsbildende Wirkung zugesprochen werden. Die Angaben beruhen auf der Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik, welche die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich im Rahmen des Projekts „Netzwerk Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik“ auf dem Internet unterhält (<http://www.ssn.ethz.ch/>).¹

1.1 Politische Gewalt im Nahen- und Mittleren Osten – Flutkatastrophe im Indischen Ozean – Ablehnung der EU-Verfassung

Ereignisse und Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Phänomen der politischen Gewalt im weiteren Mittleren Osten dominierten die Agenda der internationalen Politik im Berichtszeitraum (Juni 2004 bis Juni 2005). In keiner anderen Region verdichteten sich die neuartigen Risiken an der Schnittstelle von Staatenzerfall, autoritären Regimes, globalem Terrorismus und Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu einem vergleichbaren Potenzial an Instabilität. Auch nach den Wahlen im Irak (30.01.2005) machte sich das Gemisch aus Widerstandsbewegung und zugewanderten Terroristen beinahe täglich mit Terroranschlägen bemerkbar. Der langwierige Ämterschacher während der Bestimmung der neuen Regierung verdeutlichte die anhaltenden Schwierigkeiten des Iraks auf dem Weg zur politischen Neuordnung. Der Reformdruck und die Unruhe in den Gesellschaften der Region stiegen weiter an, wie beispielsweise die Ereignisse in Libanon und Ägypten verdeutlichten. Die politische Agenda der Region blieb aber bestimmt durch den blockierten Verhandlungsprozess zwischen der EU und Teheran um die

¹ Roland Tribelhorn wird für die Zusammenstellung und Aufbereitung des Materials gedankt.

Zukunft des iranischen Nuklearprogramms einerseits sowie durch die Zunahme der Unsicherheit in Israel und in den besetzten Gebieten in Zusammenhang mit der Wahl von Mahmud Abbas zum neuen Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde (10.01.05) und der bevorstehenden Räumung israelischer Siedlungen im Gazastreifen andererseits.

Ende 2004 rief eine Flutkatastrophe im Indischen Ozean schlagartig in Erinnerung, dass Menschen überall auf der Welt von Naturkatastrophen überrascht werden können. Am 26. Dezember 2004 richtete eine durch ein Seebeben mit der Stärke von 8.9 Punkten auf der Richter-Skala ausgelöste Flutwelle in den Anrainerstaaten des Indischen Ozeans grosse Zerstörungen an. In den sechs bis 15 Meter hohen Wellen verloren über 300'000 Menschen ihr Leben. Gemäss Informationen vom 28. März 2005 fielen der Katastrophe 60 SchweizerInnen zum Opfer – 65 Personen aus der Schweiz werden nach wie vor vermisst. Die Bilder der Schreckensereignisse im Indischen Ozean lösten weltweite Hilfsbemühungen und eine Spendenwelle von bisher nicht erreichter Grössenordnung aus; auch dies ein Zeichen des anhaltenden Globalisierungsprozesses.

Mit den Madrider Anschlägen vom 11. März 2004 hatten sich nur wenige Monate zuvor die Schattenseiten der Globalisierung in der Form des globalen Terrorismus auch im europäischen Raum bemerkbar gemacht. Anfang Mai 2004 rückte die EU als Folge der Erweiterung von 15 auf 25 Mitgliedstaaten näher an die instabilen Regionen des weiteren Nahen- und Mittleren Ostens. Damit verbunden stellte sich in den vergangenen Monaten die Frage nach der Vertiefung und der Handlungsfähigkeit der EU im aussereuropäischen Raum mit zunehmender Dringlichkeit. Nachdem die EU-Verfassung bereits in neun EU-Staaten ratifiziert worden war, verwarfen die französischen (29.05.2005) und kurz darauf auch die niederländischen (01.06.2005) Stimmberechtigten das geplante europäische Grundgesetz. Daraufhin unterbrachen sieben EU-Staaten das Ratifikationsverfahren. Die Ratifizierungsfrist wurde bis Mitte 2007 verlängert (16./17.06.2005).

Nach den gescheiterten Plebisziten in zwei Gründungsmitglieder befindet sich die EU in einer tiefen Krise. Der Integrationsprozess wird damit aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt, zumal der Kernbestand des Vertragswerkes – der Grundrechtskatalog, die Vereinfachung der Entscheidungsprozesse, eine gewählte Präsidentschaft, ein europäisches Aussenministeramt – breite Unterstützung findet. Wie bereits bei der Abstimmung über die Assoziation der Schweiz zu den Abkommen von Schengen und Dublin und der Währungsunion wird sich die Integration in Zukunft zunehmend in differenzierter Form – und, sofern es um vertiefte Integrationsschritte geht, zumindest zeitweise ausserhalb des EU-Vertragswerkes – vollziehen. Die Differenzierung bietet dabei eine neue Form der Gestaltungsmöglichkeit für die erweiterte EU. Darüber hinaus wird die EU zunächst verstärkt auf Konsolidierung und weniger auf neue Erweiterungsrunden setzen.

1.2 Aussenpolitik: Ja zu Schengen/Dublin – Ausbau der Beziehungen zu den USA

Für einmal, stellte die internationale Presse vor dem Hintergrund der Niederlage der französischen und niederländischen Regierungen mit Erstaunen fest, hätten sich ausgerechnet die SchweizerInnen als pragmatische EuropäerInnen erwiesen. Angespielt wurde dabei auf die Zustimmung von 54.6% des schweizerischen Stimmvolks zur Assoziation der Schweiz zu den Abkommen von Schengen/Dublin (05.06.2005). Diesem Abstimmungserfolg bei den bilateralen Abkommen II vorangegangen waren allerdings ein langwieriges Vernehmlassungsverfahren (am 30.06.2004 vom Bundesrat beschlossen) und ein teilweise eher hart geführter Abstimmungskampf.

Im Herbst 2004 unterzeichneten Bundespräsident Joseph Deiss und Bundesrätin Micheline Calmy-Rey in Luxemburg die bilateralen Abkommen II und das Protokoll zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten (26.10.2004). Kurz darauf genehmigte der Ständerat sämtliche acht bilateralen Verträge des zweiten Pakets (30.11.2004–02.12.2004). Dabei wurden die fünf unumstrittenen Abkommen (landwirtschaftliche Erzeugnisse, Beteiligung an der europäischen Statistik, Beitritt zur europäischen Umweltagentur, Teilnahme am Filmförderungsprogramm MEDIA, Besteuerung pensionierter EU-Beamter in der Schweiz) ohne Gegenstimmen und Enthaltungen gutgeheissen. Ebenso oppositionslos wurden die Verträge über die Betrugsbekämpfung und die Zinsbesteuerung angenommen. Anlass zu kontroversen Debatten gab jedoch der Vertrag über das Polizei- und Asylabkommen (Schengen/Dublin), der vor allem von VertreterInnen der SVP und der Auns bekämpft wurde. Mit 38 zu 3 Ja-Stimmen schickte die kleine Kammer aber auch diesen Vertrag zusammen mit dem ganzen Paket an den Nationalrat.

Im Nationalrat gaben neben dem Dossier Schengen/Dublin auch die Dossiers Betrugsbekämpfung und Zinsbesteuerung Anlass zu heftigen Diskussionen (07.12.2004–09.12.2004). Aber auch der Zweirat trat schliesslich mit deutlicher Mehrheit auf das ganze Paket der Vorlagen ein. Damit begannen am 21. Dezember 2004 die 100 Tage Frist für die Ergreifung des fakultativen Referendums. VertreterInnen der SVP und der Auns lancierten das Referendum dann auch wie erwartet. Die Bundeskanzlei gab bekannt, dass das Referendum gegen Schengen/Dublin mit 86'732 gültigen Unterschriften zu Stande gekommen sei (31.03.2005).

Am 5. Juni 2005 folgten die Schweizer StimmbürgerInnen bei einer Stimmbeteiligung von 56% der durch den Bundesrat und das Parlament vorgeschlagenen Assoziation an die Verträge. Zwar konnten die Gegner eine Mehrheit der Kantone (die in dieser Abstimmung nicht massgebend war) für ihr Anliegen gewinnen. Alle Westschweizer Kantone sowie Zürich, Bern, Solothurn, Zug und beide Basel stimmten aber teilweise deutlich für das Abkommen. Während sich in dieser Europaabstimmung für einmal kein „Röstigraben“ bemerkbar machte, fielen die Unterschiede in der Verteilung der Ja- und Nein-Stimmen zwischen Stadt und Land recht deutlich aus. Bundespräsident Samuel Schmid zeigte sich im Namen des Gesamtbundesrates zufrieden mit

dem erzielten Resultat. Der Bundesrat verstehe das Ja als Bestätigung der Schweizer Europapolitik des bilateralen Weges. Ein EU-Beitritt sei in den nächsten Jahren kein Ziel (05.06.2005).

Bereits am 2. Dezember hatte sich der Ständerat als erste Kammer mit 30 zu 0 Stimmen für die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten ausgesprochen. Während allerdings Bundesrat Joseph Deiss von klaren Vorteilen für die Exportwirtschaft sprach, warnte Bundesrat Christoph Blocher vor negativen Auswirkungen auf den Schweizer Arbeitsmarkt. Ende des Jahres stimmten nach einem Differenzbereinungsverfahren, das hinsichtlich der Frage einer Verknüpfung der Vorlage mit den flankierenden Massnahmen nötig geworden war, sowohl der Ständerat als auch der Nationalrat der Vorlage zu (13./14.12.2004). Gleichzeitig kündigten die Schweizer Demokraten an, dass ein „überparteiliches Komitee gegen die Ost-Personenfreizügigkeit“ das Referendum ergreifen werde (13.12.2004). Am 22. April 2005 gab die Bundeskanzlei bekannt, dass das Referendum gegen die Personenfreizügigkeit zu Stande gekommen sei. Das Abkommen zur Personenfreizügigkeit wird am 25. September 2005 zur Abstimmung gelangen. Die Europadebatte wird die Schweiz damit auch in Zukunft beschäftigen.

Bereits im August 2004 hatte Bundesrätin Micheline Calmy-Rey den Bundesrat über den Rücktritt von Staatssekretär Franz von Däniken auf Mitte Februar 2005 informiert (18.08.2004). Ende des Jahres ernannte der Bundesrat Michael Ambühl, Chef des Integrationsbüros EDA/EVD und Chefunterhändler der bilateralen Abkommen II, zum Staatssekretär und politischen Direktor des EDA (10.12.2004).

In einer Klausursitzung des Bundesrates zur Schweizer Aussenpolitik beschloss der Bundesrat im Mai 2005, dass Europa eine Priorität der schweizerischen Aussenpolitik bleibe, aber dass die Beziehungen zu anderen wichtigen Partnern, vor allem zu den USA, ausgebaut werden sollen (18.05.2005). Das EDA wurde beauftragt, entsprechende Optionen in den Bereichen Freihandel, Amtshilfe im Zollbereich sowie Wissenschafts- und Technologieaustausch auszuloten. Wie sich anlässlich von Besuchen des Staatssekretärs und der Aussenministerin (26.06–28.06.2005) in Washington zeigte, reagierten die USA grundsätzlich positiv auf die verstärkten Bemühungen der Schweiz im Bereich der bilateralen Zusammenarbeit. Ferner entschied der Bundesrat, auch die Kontakte zu Russland, China, Japan, Brasilien, Indien, Südafrika, zur Türkei sowie zu den Balkanstaaten zu intensivieren.

1.3 Verteidigungs- und Armeepolitik: Anpassung der Planungsgrundlagen – Ablehnung des Rüstungsprogramms 2004 – Fortführung der Auslandseinsätze

Einzelne Elemente der Armeepolitik waren in der Berichtsperiode in aller Munde – allerdings zu oft in Form von Einzelinformationen, politischen Luftballons und organisatorischen Detailfragen ohne Zusammenhang. In der Öffentlichkeit manifestierte sich eine grosse Verunsicherung in

Bezug auf die politischen Vorgaben der Armeepanung. Kritisiert wurde unter anderem, dass die Schweizer Armee den Schwerpunkt bezüglich Einsatzdoktrin und Strukturen nach wie vor auf die Landesverteidigung im herkömmlichen Sinne lege. Das grosse Gewicht auf subsidiäre Einsätze löste insbesondere auf der Seite der politischen Linken Unbehagen aus. Politisch rechts stehenden Kreisen waren dagegen die Auslandseinsätze ein Dorn im Auge. All dies macht deutlich, dass in der Schweiz zur Zeit kein Konsens hinsichtlich der Armeeaufgaben besteht.

Der Start der Armee XXI erfolgte unter denkbar schwierigen Rahmenbedingungen: Die Stichworte dazu sind die akzentuierte Finanzknappheit des Bundes und der sinkende Investitionsrahmen für die Armee sowie die zu wenig vorbereiteten USIS-Entscheide des Bundesrates vom November 2002 und der verstärkte Einsatz der Armee zur subsidiären Unterstützung der zivilen Kräfte für Grenz-, Konferenz- und Objektschutz. Turbulenzen im Zusammenhang mit der vorzeitig in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen „Leistungsanalyse Sicherheitspolitik“ und der Entlassung von Generalsekretär Juan F. Gut trugen wenig zur Beruhigung der politischen Lage bei. Die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats sprach Bundesrat Samuel Schmid und dem Chef der Armee, Korpskommandant Christophe Keckeis, mit dem Ziel einer Beruhigung der Lage das volle Vertrauen aus (17.08.2004). Die interimistische Leitung des Generalsekretariats übernahm Markus Seiler, der Ende des Jahres zum neuen Generalsekretär des VBS ernannt wurde (22.12.2004).

In dieser Situation sah sich der Bundesrat im September 2004 zu gewissen Anpassungen der Planungsgrundlagen der Armee gezwungen: Auf Grund des Leistungs- und Finanzdruckes kündigte er eine Schwergewichtsverlagerung von der Verteidigung zur Raumsicherung an (08.09.2004). Diese geht einher mit organisatorischen Massnahmen im Zeichen einer Rollenspezialisierung: Die Infanterieformationen sollen auf die Raumsicherung ausgerichtet werden, während sich die mechanisierten Formationen auf den Erhalt der Verteidigungskompetenz konzentrieren sollen.

Im Mai 2005 bestätigte und präziserte der Bundesrat die angekündigten Prioritätenverschiebungen für den Einsatz der Armee (11.05.2005). Die Veränderung der Bedrohungslage sowie die Verknappung der Finanzmittel würden diese Massnahmen notwendig machen, argumentierte der Bundesrat. Die Sicherungseinsätze sollen verstärkt und die Mittel für klassische Verteidigungsaufgaben verringert werden. Das Gros der Infanterieformationen und ein Teil der bestehenden Panzer-, Panzergrenadier- und Panzersappeurbataillone sollen in Zukunft in Ausbildung, Ausrüstung und Einsatz auf Raumsicherung ausgerichtet werden. Die Verteidigungskräfte sollen eine verringerte Anzahl an Kampf- und Unterstützungstruppen umfassen, die den so genannten Aufwuchskern Verteidigung bilden. Die Kapazitäten für die Friedensförderung sollen in den nächsten Jahren auf die Grössenordnung von 500 Armeeinghörigen ausgebaut werden. Die vorab negativen Reaktionen von Parteien und Interessenverbänden auf die angekündigte Neuausrichtung der Armee veranschaulichten einmal mehr die Heterogenität der Meinungen zu den

künftigen Aufgaben der Armee. Der Umsetzungsprozess der Armee XXI wird auch in Zukunft eine aktive politische Führung brauchen.

Dem Scheitern des Rüstungsbudgets 2004 kam im Zusammenhang mit den nicht abreissen wollenden Grundsatzdebatten zur künftigen Ausrichtung der Armee Signalcharakter zu. Bereits im Dezember 2004 lehnte der Ständerat die vom Bundesrat beantragte Beschaffung von Geniepanzern mit 112 zu 65 Stimmen ab (16.12.2004). Im neuen Jahr ging der Nationalrat sogar noch einen Schritt weiter: Eine Koalition aus linken und rechten GegnerInnen verwehrte nicht nur den Geniepanzern, sondern auch dem beantragten Kauf von Transportflugzeugen die Zustimmung (08.03.2005). Als sich der Nationalrat am 17. März 2005 mit 97 gegen 82 Stimmen bei sechs Enthaltungen zum vierten Mal gegen den Kauf von zwei Transportflugzeugen aussprach, war das Rüstungsprogramm 2004 definitiv gescheitert – ein für Schweizer Verhältnisse in historischer Perspektive unüblicher Ausgang von Differenzbereinigungsbemühungen des Parlaments.

Nur einige Wochen später legte der Bundesrat das rund eine Milliarde Franken schwere Rüstungsprogramm 2005 vor (25.05.2005). Unter den neun Projekten, die gegenüber dem Parlament zur Beschaffung beantragt werden, befinden sich das Integrierte Funkaufklärungs- und Sendesystem (IFASS) sowie der Leichte Transport- und Schulungshelikopter (LTSH). Ein weiterer Bestandteil des Programms ist die Beschaffung eines ABC-Dekontaminationssystems. Mit dem vorliegenden Rüstungsprogramm findet eine Schwerpunktverlagerung in den Führungs- und Aufklärungsbereich statt. Da keine Beschaffungsvorhaben mit ähnlicher Symbolwirkung wie jene für Geniepanzer und Transportflugzeuge enthalten sind, hat das Rüstungsprogramm 2005 bessere Chancen, vom Parlament angenommen zu werden.

Jenseits der Grundsatzdebatten leistete die Armee zunehmend nachgefragte Einsätze im Ausland. Bereits im August 2004 begann die siebenwöchige Ausbildung für das 11. Swisscoy-Kontingent (16.08.2004), das im Oktober seinen Einsatz im Kosovo aufnahm (06.10.2004). Ende des Jahres sprach sich der Bundesrat für die Fortführung des Swisscoy-Einsatzes mit rund 220 Soldaten bis Ende 2008 aus (03.12.2004). Dieser Antrag wurde im März vom Ständerat einstimmig genehmigt (14.03.2005).

Ebenfalls Ende des Jahres stimmten die Räte der Entsendung eines bewaffneten Beobachtungs- und Verbindungsteams sowie zweier Stabsoffiziere nach Bosnien-Herzegowina zu (Herbstsession). Dabei handelte es sich um einen Beitrag zur Unterstützung der European Stabilization Force (Eufor), die die Nato-geführte Stabilization Force (Sfor) ablöste. Im neuen Jahr beschloss der Bundesrat, zusätzlich ein Helikopter-Detachment für den Einsatz der Eufor in Bosnien-Herzegowina zur Verfügung zu stellen (02.02.2005). Auch dieser Antrag wurde im März von den beiden Kammern des Parlaments genehmigt (07./14.03.2005).

Auf Anfrage des UNHCR beschloss der Bundesrat im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe im Indischen Ozean, ein Detachment der Schweizer Armee für den humanitären Einsatz auf Sumatra zur Verfügung zu stellen (06.01.2005). Es sollten maximal 50 Armeeinghörige und drei Transporthelikopter vom Typ Super Puma zum Einsatz gelangen. Nachdem sich die indone-

sische Regierung bereit erklärt hatte, den Schutz der ausländischen Streitkräfte sicherzustellen, entschloss sich Bundesrat Samuel Schmid, auf eine Bewaffnung des Kontingents zu verzichten (12.01.2005). Während sechs Wochen transportierten die drei Super Puma insgesamt 195 Tonnen Hilfsgüter und über 1'200 Personen. Am 12. März 2005 kehrten die letzten 29 Angehörigen der Schweizer Armee aus Sumatra zurück.

1.4 Innere Sicherheit: Schaffung eines Krisenstabs – Fall Achraf

Auf Grund der Zunahme asymmetrischer Risiken und Bedrohungen und der Erfahrungen bei Grossereignissen beschloss der Bundesrat im Herbst 2004, einen übergeordneten Krisenstab zu schaffen (08.09.2004). Der Stab soll dem Sicherheitsausschuss des Bundesrates unterstellt werden, zu dessen Vorsitzendem bis auf weiteres der Vorsteher VBS mit dem Vorsteher EJPD als Stellvertreter ernannt wurde. Damit beschloss der Bundesrat, vom Prinzip des jährlichen Wechsels des Vorsitzenden seines Sicherheitsausschusses abzurücken. Gleichzeitig sistierte er die Abklärungen im Zusammenhang mit der Schaffung eines Sicherheitsdepartements, wie sie von Bundesrat Samuel Schmid als Reaktion auf die Erfahrungen im Rahmen des G-8-Gipfels initiiert worden waren. Mit diesen Neuerungen erhalten die Kantone einen permanenten Ansprechpartner, was mit Blick auf die zunehmende Kooperation zwischen der Armee und der Polizei im sicherheitspolizeilichen Bereich grundsätzlich zu begrüssen ist.

Die Aufgaben des neuen Krisenstabs umfassen das Durchdenken möglicher Bedrohungsszenarien, die Durchführung von Stabsübungen, die Führung einer permanenten Alarm- und Auskunftsstelle sowie die Übernahme einer zentralen Rolle im Krisenfall. Die Detailarbeiten zu den Ausführungsbestimmungen scheinen allerdings nur zähflüssig voranzukommen. Die auf Ende 2004 in Aussicht gestellte Konkretisierung zum Aufgabenbereich und zur personellen Ausgestaltung steht nach wie vor aus. Dafür beschloss der Bundesrat eine engere Kooperation der Nachrichtendienste (22.06.2005). Die Koordination zwischen dem Dienst für Analyse und Prävention (DAP) des EJPD und dem strategischen Nachrichtendienst (SND) des VBS soll in Zukunft durch die Schaffung dreier gemeinsamer Auswertungs- und Analyseplattformen zu den Themenbereichen Terrorismus, organisierte Kriminalität und Waffenhandel gewährleistet werden. Die Funktion des Nachrichtenkoordinators wird abgeschafft. Das von ihm geführte Lage- und Früherkennungsbüro soll in den übergeordneten Krisenstab überführt werden.

Probleme der Koordination und Kooperation zwischen den Behörden traten unter anderem im Zusammenhang mit dem so genannten Fall Achraf zutage. Die Behörden waren erst durch einen Zeitungsbericht auf den mutmasslichen Terroristen aufmerksam geworden. Am 3. November 2004 informierte Bundesrat Christoph Blocher die Öffentlichkeit über die Festnahme des mutmasslichen Terroristen Mohamed Achraf, wobei er den Fall als Fahndungserfolg darstellte. Mohamed Achraf wurde vorgeworfen, der Anführer einer islamischen Terrorzelle in Spanien gewesen zu sein, die einen Anschlag auf das oberste Gericht in Spanien geplant haben soll. Die-

selbe Terrorzelle sei für die Anschläge auf Madrider Vorortszüge verantwortlich, bei denen im März 2004 gegen 200 Menschen getötet und mehr als 1'200 verletzt worden waren.

Mohamed Achraf war am 28. August 2004 wegen eines Bagatelldelikts in Zürich in Ausschaffungshaft genommen worden. Die Abklärungen zu seiner Person hatten keine Hinweise über terroristische Aktivitäten ergeben. Erst am 19. Oktober 2004 wurde die Schweiz durch Spanien darüber informiert, dass Mohamed Achraf vorgeworfen wurde, ein Attentat zu planen. Anfang des Jahres gab das Bundesamt für Justiz bekannt, dass dem spanischen Auslieferungsgesuch entsprochen werde (28.01.2005). Die Auslieferung von Mohamed Achraf erfolgte am 22. April 2005.

Nicht bekannt ist, ob der Überfall auf das spanische Konsulat vom 7. Februar 2005 politisch motiviert war und im Zusammenhang mit dem Fall Achraf gesehen werden muss, oder ob es sich um einen Raubüberfall handelte. Offenbar drangen drei bewaffnete Männer in das spanische Konsulat in Bern ein und nahmen mehrere Personen als Geiseln. Die Behörden wurden durch eine Polizeipatrouille informiert, die auf einer Routinefahrt einen verletzten Wachmann gefunden hatte. Daraufhin wurde die Gegend grossräumig abgesperrt und das Konsulat von der Polizei und Sondereinsatzkräften umstellt. Kurz vor Mittag meldeten die spanischen Behörden, dass die Geiselnahme beendet sei, obwohl das Konsulat nicht befreit worden war. Als die Sondereinheit um 14:00 Uhr das Gebäude stürmte, fand sie keine Täter mehr vor. Es ist nicht bekannt, wie sich diese absetzen konnten.

Bereits im Dezember 2004 hatten der Ständerat und der Nationalrat die Einsätze der Armee zugunsten des World Economic Forum (WEF) für die Jahre 2005 und 2006 bewilligt. Anfang des Jahres befanden sich rund 5'500 Armeeangehörige für das WEF im Einsatz; dies stellte den bisher grössten Einsatz zugunsten der Sicherheit des Forums dar. Bereits eine Woche vor Beginn der Veranstaltungen in Davos (am 17.01.2005) begann die Armee mit dem Gros den subsidiären Einsatz. Ungefähr 2'000 Soldaten waren dabei für die Sicherung des Luftraumes zuständig, weitere rund 3'500 Soldaten waren mit logistischen und übermittlungstechnischen Aufgaben betraut. Ein Einsatz im Ordnungsdienst war nicht vorgesehen, da dieser durch die Polizei sichergestellt wurde. Die Luftwaffe hatte im Vergleich zu den 14 Interventionen von 2004 nur gerade sechs Interventionen zu verzeichnen, wobei keines der Flugzeuge in die Sperrzone vordrang.

Im Mai 2005 veröffentlichte das Bundesamt für Polizei zum vierten Mal den „Bericht Innere Sicherheit der Schweiz“ (26.05.2005). Die Gewaltbereitschaft von Hooligans sowie links- und rechtsextremer Gruppen habe zugenommen. Die Aktivitäten von kriminellen Gruppierungen mit mafiösen Strukturen seien zunehmend besorgniserregend. Der Bericht kam ferner zu dem Schluss, es gebe keine konkreten Hinweise, dass die Schweiz ein Hauptziel für einen Anschlag von fundamentalistischen islamischen Terrorgruppierungen darstelle. Angesichts der internationalen Vernetzung der Schweiz bestehe aber eine Verwundbarkeit der Schweiz durch terroristische Akte. Laut dem Bericht ist die Schweiz von mutmasslichen Delikten im Bereich der

logistischen Unterstützung und der Finanzierung des islamistischen Terrorismus mit betroffen, spiele hierbei aber keine zentrale Rolle.

2 UNTERSUCHUNGSDESIGN

Seit mehr als zehn Jahren führen die Dozentur für Militärsoziologie der *Militärakademie an der ETH Zürich* und die *Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich* in regelmässigen Abständen bevölkerungsrepräsentative Befragungen „Sicherheit“ zur Wahrnehmung von Themen der nationalen Sicherheit im weitesten Sinne durch.

Ziel dieser Erhebungen ist die Ermittlung von Trends und Tendenzen in Bezug auf:

- das allgemeine Sicherheits- und Bedrohungsempfinden,
- das Vertrauen in Institutionen und Behörden,
- den Grad an aussen- und sicherheitspolitischer Kooperationsbereitschaft,
- die Neutralität allgemein und verschiedene Auffassungen von Neutralität,
- die Einstellung zur militärischen Landesverteidigung,
- das sicherheitspolitische Interesse und den sicherheitspolitischen Informationsstand.

Neben einem Kern von stets oder in unregelmässigen Abständen gestellten Fragen werden jährlich auch solche zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen gestellt. Dies betrifft 2005 mehrere Fragen zur Wehrpflicht und zur Einschätzung verschiedener Armeeaufgaben. Ferner werden Fragen zur gesellschaftlichen Bedeutung des Militärs, die letztmals 1999 untersucht wurden, erneut aufgegriffen.

3 DATENBASIS

Die Daten 2005 beruhen auf einer Repräsentativbefragung (CATI: Computer Assisted Telephone Interview) von 1'200 Schweizer StimmbürgerInnen aus allen drei Landesteilen. Die Interviews wurden vom 17. Januar bis zum 4. Februar 2005 durch das Befragungsinstitut DEMOSCOPE durchgeführt.

Die Stichprobenauswahl erfolgte nach der „Random-Quota“-Methode. Die Ausschöpfung beträgt 55%.

Tabelle 3.1 zeigt die Verteilung der Interviews nach Geschlecht, Alter und Region. Insgesamt wurden zum Beispiel 76 Männer im Alter zwischen 18 und 24 Jahren befragt. Dies entspricht 14% der männlichen Stichprobe.

Tabelle 3.1: Quotenplan 2005 und Altersstruktur Dezember 2003 (BFS)

		Dt. Schweiz	Frz. Schweiz	It. Schweiz	Schweiz Total	% Stichprobe, nach Geschlecht	% Bevölke- rung 2003, nach Geschlecht ¹
Mann	18–24	58	14	4	76	14%	11%
	25–34	75	27	5	107	19%	16%
	35–54	144	52	8	204	36%	38%
	55+	128	41	7	176	31%	35%
	Total	405	134	24	563	100%	100%
Frau	18–24	54	14	4	72	11%	9%
	25–34	79	29	5	113	18%	14%
	35–54	155	50	9	214	34%	36%
	55+	169	59	10	238	37%	41%
	Total	457	152	28	637	100%	100%
Region Total		862	286	52	1200		
% Stichprobe		72%	24%	4%	100%		

1 Quelle: BFS, ESPOP, Ständige Wohnbevölkerung am Jahresende 2003, Schweizer.

Gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) fielen Ende 2003 11% der männlichen Wohnbevölkerung mit Schweizer Bürgerrecht in diese Gruppe. Von den 76 befragten Männern zwischen 18 und 24 Jahren wohnen 58 in der Deutschschweiz, 14 in der französischen und weitere vier in der italienischen Schweiz.

Die Häufigkeitsverteilungen der Antworten auf die gestellten Fragen sind in Anhang III aufgeführt.

Der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% beträgt in ungünstigsten Fall $\pm 3\%$.

Wo nicht anders erwähnt, sind sämtliche angegebenen Zusammenhangsgrössen mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 5% signifikant.

Zusätzliche Informationen zur Methodik und zu den verwendeten Einstellungstypologien finden sich in Anhang I bzw. in Anhang II.

Die \pm -Prozentwerte geben Veränderungen im Vergleich zur letzten Erhebung von Februar 2004 an.

4 SICHERHEITS- UND BEDROHUNGSEMPFINDEN

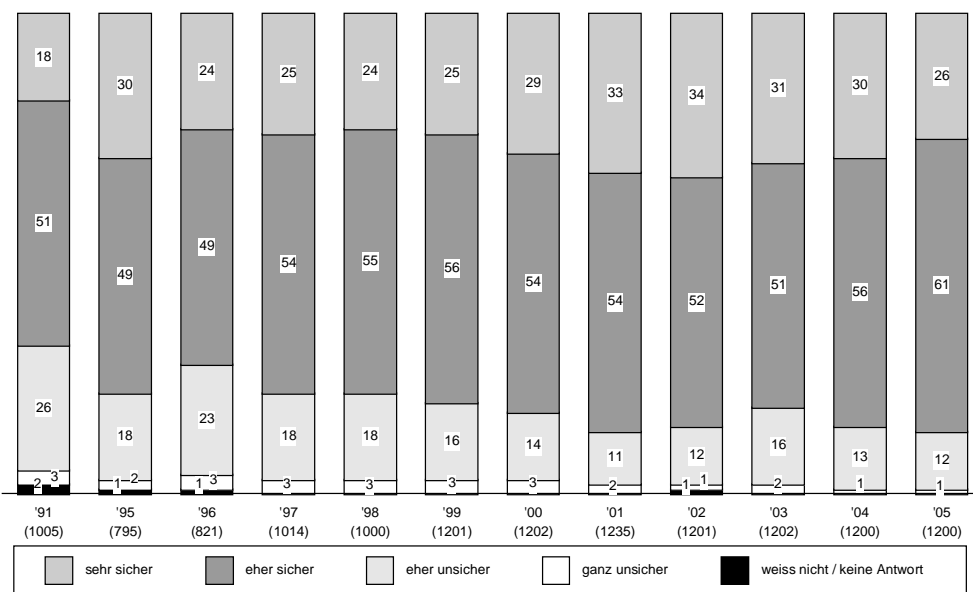
4.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden

87% (+1%; siehe Abbildung 4.1) der befragten SchweizerInnen geben an, sich „allgemein“ und „in der heutigen Zeit“ „sehr“ oder „eher“ sicher zu fühlen. Dabei muss allerdings beachtet werden, dass die Antwortkategorie „sehr sicher“ mit 26% (–4%) weniger häufig als im Februar 2004 gewählt wird. Der Anteil jener Personen, die sich als „sehr sicher“ bezeichnen, sinkt seit 2002, als sich noch 34% „sehr sicher“ gaben. Mit 13% (–1%) liegt der Anteil derjenigen, die sich „eher“ oder „ganz“ unsicher fühlen, auch dieses Jahr tief.

Abbildung 4.1

Allgemeines Sicherheitsgefühl

„Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?“ (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner Si/371/05/P6/rw

Wie im Vorjahr variiert das Sicherheitsempfinden mit dem Alter, dem Geschlecht, der politischen Einstellung und der Schulbildung signifikant. Dass das Sicherheitsgefühl bei Männern und jüngeren Personen ausgeprägter ist als bei Frauen und älteren Personen, entspricht dem langjährigen Trend. Gleiches zeigt auch die Studie „Sicherheitsgefühl, Image der Stadtpolizei Zürich“, welche im Frühjahr 2004 im Auftrag der Stadtpolizei Zürich durch ISOPUBLIC durchgeführt wurde.¹ Zwischen der Deutsch-, West- und Südschweiz konnte bezüglich Sicherheitsgefühl in unserer Studie kein Unterschied festgestellt werden.

Das Sicherheitsgefühl ...

- steigt mit dem Bildungsniveau ($\gamma=-.28$),
- ist bei Männern ausgeprägter als bei Frauen ($CC=0.12$),
- ist bei politisch links Eingestellten stärker als bei Personen der politischen Mitte oder des rechten Spektrums ($CC=0.12$).

4.2 Einschätzung der Wichtigkeit verschiedener Sicherheitsaspekte

Die Befragten hatten die Möglichkeit, auf einer Skala von 1 („völlig unwichtig“) bis 10 („ausserordentlich wichtig“) anzugeben, welche Facetten von Sicherheit aus einer Reihe vorgegebener Aspekte ihnen besonders am Herzen liegen. Tabelle 4.1 gibt Auskunft über die Rangierung dieser allgemeinen Sicherheitsaspekte nach Wichtigkeit.

Im Grossen und Ganzen entspricht diese Rangierung jener des letzten Jahres. Einzig die militärische Sicherheit erhält dieses Jahr ein leicht höheres Rating als im Vorjahr (+3%). Hingegen werden dieses Jahr einige Aspekte weniger häufig als „ausserordentlich wichtig“ eingestuft als 2004. Der stärkste Rückgang ist bei der sozialen Sicherheit (-5%) zu verzeichnen. Hier scheint sich die öffentliche Debatte um die Zukunft der Sozialwerke verunsichernd bemerkbar zu machen. Weiter werden 2005 die Sicherheit des Einkommens, die Sicherheit vor Verbrechen sowie die demokratischen Grundrechte weniger häufig als wichtig eingestuft als im Vorjahr (je -3%).

¹ „Sicherheitsgefühl, Image der Stadtpolizei Zürich“, <http://www3.stzh.ch/internet/pd/stp/praevention/home.html>, 30.05.2005.

Tabelle 4.1

Prozentanteil der Befragten, die den genannten Sicherheitsaspekt als „ausserordentlich wichtig“ beurteilen (Wert 10; Rangierung nach Kategorie und dem Grad der Zustimmung)

„Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist.“ Der Wert 1 bedeutet „völlig unwichtig“, der Wert 10 „ausserordentlich wichtig“.

Sicherheitsaspekt	Rangierung nach Zustimmung	Relative Häufigkeit			
		2002	2003	2004	2005
Private Sicherheit					
Gute, sichere familiäre Beziehungen, Geborgenheit	01	55% (-1%)	58% (+3%)	55% (-3%)	55% (±0%)
Gesicherte Gesundheitsversorgung	03	–	–	41%	39% (-2%)
Soziale Sicherheit (z.B. AHV, ALV)	04	36% (-4%)	39% (+3%)	43% (+4%)	38% (-5%)
Sicherheit des Arbeitsplatzes	04	34% (-2%)	40% (+6%)	39% (-1%)	38% (-1%)
Sicherheit des Einkommens	06	35% (-1%)	34% (-1%)	35% (+1%)	32% (-3%)
Sicherheit in meiner Gemeinschaft					
Schutz vor Gewalt	02	–	–	43%	41% (-2%)
Sicherheit vor Verbrechen	04	36% (-6%)	41% (+5%)	41% (±0%)	38% (-3%)
Sicherheit der demokratischen Grundrechte	04	36% (-4%)	34% (-2%)	41% (+7%)	38% (-3%)
Ökologische Sicherheit, Umweltschutz	06	32% (-5%)	34% (+2%)	33% (-1%)	32% (-1%)
Schutz vor Drogenmissbrauch	07	–	–	30%	29% (-1%)
Verkehrssicherheit	08	30% (±0%)	33% (+3%)	28% (-5%)	28% (±0%)
Ruhe und Ordnung	09	26% (+1%)	27% (+1%)	23% (-4%)	22% (-1%)
Sicherheit meiner Gemeinschaft					
Sicherheit vor Terrorismus	05	37%	40% (+3%)	34% (-6%)	34% (±0%)
Militärische Sicherheit	10	16% (±0%)	16% (±0%)	12% (-4%)	15% (+3%)

© K. W. Haltiner Si/791/05/rw

Die hier untersuchten Sicherheitsaspekte lassen sich in drei Kategorien einteilen, je nachdem, ob sie die private Sicherheit, die Sicherheit innerhalb unserer Gemeinschaft oder die Sicherheit *der Gemeinschaft* betreffen. Die Rangierungen in der Tabelle 4.1 machen ersichtlich, dass die Sicherheit im privaten Nahraum der öffentlichen vorangestellt wird.

Es ist anzunehmen, dass die Beurteilung der Sicherheitsaspekte mit dem persönlichen Sicherheitsempfinden in Beziehung steht. Folgende Sicherheitsbereiche werden von SchweizerInnen, die sich allgemein unsicher fühlen, signifikant häufiger als wichtig empfunden als von sich sicher fühlenden BürgerInnen (nach Zusammenhangsstärke rangiert):

- militärische Sicherheit ($\gamma=0.18$)
- Sicherheit vor Terrorismus ($\gamma=0.17$)
- Schutz vor Drogenmissbrauch ($\gamma=0.15$)

Zwischen den übrigen Sicherheitsaspekten und dem allgemeinen Sicherheitsempfinden besteht kein Zusammenhang. Bei den oben genannten Aspekten handelt es sich um solche der öffentlichen Sicherheit (Sicherheit *meiner* Gemeinschaft und *in* meiner Gemeinschaft). Obwohl diese weniger häufig als wichtige Aspekte bezeichnet werden als solche der privaten Sicherheit, stehen sie dennoch in Beziehung mit dem persönlichen Sicherheitsempfinden, während dies bei Aspekten der inneren und privaten Sphäre, welche tendenziell auch eher im Einflussbereich der Befragten liegen, nicht der Fall ist.

Die von uns erfassten soziodemographischen Gruppen beurteilen die verschiedenen Sicherheitsaspekte unterschiedlich. Frauen stufen zum Beispiel die meisten Aspekte als signifikant wichtiger ein als Männer. Einzig bei den demokratischen Grundrechten sowie bei Ruhe und Ordnung kann kein Unterschied festgestellt werden. Tabelle 4.2 weist signifikante Differenzen nach soziodemographischen Kriterien tabellarisch aus.

Tabelle 4.2

Signifikante Unterschiede in der Beurteilung der Wichtigkeit von Sicherheitsaspekten
(Übersicht t-Test)²

	Geschlecht	Sprachregion	Alter	Bildung
Sicherheit des Arbeitsplatzes	x	x		x
Militärische Sicherheit	x	x	x	x
Soziale Sicherheit (z.B. AHV oder Arbeitslosenversicherung)	x		x	
Sicherheit des Einkommens	x			x
Ökologische Sicherheit, also Umweltschutz	x	x		
Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität	x	x		
Sicherheit vor Terrorismus	x			x
Verkehrssicherheit	x	x	x	x
Sicherheit der demokratischen Grundrechte				x
Gute, sichere familiäre Beziehungen	x	x	x	
Ruhe und Ordnung		x	x	x
Schutz vor Gewalt	x			
Schutz vor Drogenmissbrauch	x		x	x
Gesicherte Gesundheitsversorgung	x			x

© K. W. Haltiner Si/914/05/sb

Fazit: Das allgemeine Sicherheitsempfinden hat sich 2005 weiter abgeschwächt. Damit verstärkt sich ein Trend, der seit 2002 zu beobachten ist. Die von uns seit einigen Jahren untersuchten Sicherheitsaspekte werden verglichen zum Vorjahr generell als weniger wichtig eingestuft. Die persönliche Sicherheit liegt den Befragten mehr am Herzen als die öffentliche, gemeinschaftliche Sicherheit. Personen, die sich unsicher fühlen, bezeichnen Aspekte, die die Gemeinschaft betreffen (militärische Sicherheit, Sicherheit vor Terrorismus), häufiger als wichtig als sich sicher Wählende. Denkbar ist, dass die eher schwache Wirtschaftskonjunktur und die öffentliche Debatte um die Sozialwerke die Sicherheitsstimmung drücken.

2 Zum t-Test vgl. Anhang I.

5 WAHRNEHMUNG DER SCHWEIZ UND DER WELT

5.1 Zukunftseinschätzung der Schweiz

Der landesbezogene Zukunftsoptimismus hat sich im Vergleich zu 2004 leicht reduziert (65%, –3%; siehe Abbildung 5.1) und liegt damit wieder auf dem Niveau von 2003. Nachdem der Anteil der optimistisch Eingestellten seit 1996 kontinuierlich gestiegen ist und in den Jahren 2001 und 2002 mit 78% bzw. 75% Höchstwerte erreicht hat, nimmt der Zukunftsoptimismus wie das allgemeine Sicherheitsempfinden derzeit ab.

Während sich 2004 die politischen Lager betreffend Zukunftsprognose signifikant unterschieden haben, kann 2005 keine Differenz mehr festgemacht werden. Sich rechts einstuftende Personen gaben sich 2004 deutlich optimistischer als die in der Mitte und links positionierten Befragten – möglicherweise auf Grund der Erfolge der Rechten in den National- und Bundesratswahlen 2004. Politisch links Stehende haben sich dieses Jahr der Mitte und den rechts Stehenden wieder angenähert. Sie sehen die Lage deutlich optimistischer als im Vorjahr (65%, +11%), die politische Mitte und die Rechte stufen die Zukunft weniger positiv ein als 2004 (67%, –4% bzw. 66%, –6%).

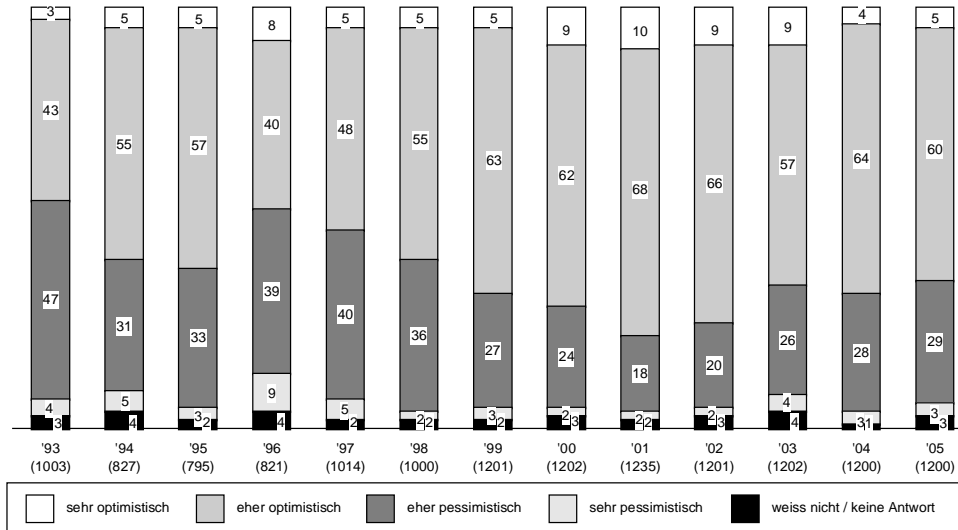
In den Sprachregionen schätzt man 2005, wie schon in den Vorjahren, die Entwicklung der Schweiz unterschiedlich ein. Der Anteil derjenigen, welche die nähere Zukunft „sehr“ oder „eher“ optimistisch sehen, präsentiert sich in den drei Sprachregionen wie folgt:

- Deutschschweiz: 68% (–4%)
- Westschweiz: 55% (–4%)
- Tessin: 63% (+11%)

Abbildung 5.1

Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz

„Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz?“
(Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner SI/370/05/P5/rw

5.2 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage

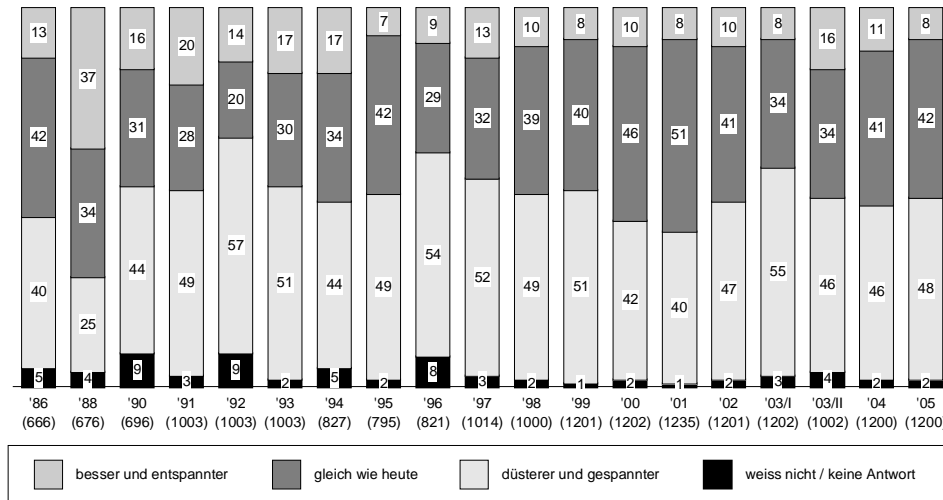
Während der näheren Zukunft der Schweiz trotz leichtem Schwund des Optimismus nach wie vor mehrheitlich zuversichtlich entgegengeschaut wird, meinen 48% (+2%; siehe Abbildung 5.2), dass die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren „düsterer und gespannter“ sein wird. Nur 8% (–3%) glauben an eine „bessere und entspanntere“ Situation.

2003 und kurz vor dem Irakkrieg war der weltpolitische Pessimismus mit 55% besonders ausgeprägt. 2004 verlor diese düstere Einschätzung an Gewicht – was wohl auf Hoffnungen auf eine Beruhigung im Irak zurückzuführen war. Dies zeigte sich auch deutlich in einer Zusatzbefragung, die auf Grund des Irakkrieges im April 2003 durchgeführt worden war. Damals hatten überraschenderweise 16% der Befragten eine weltpolitische Entspannung prognostiziert. Eine Marke, die wohl unter dem Eindruck einer vermeintlich geklärten Situation im Irak zu Stande gekommen war.

Abbildung 5.2

Einschätzung der weltpolitischen Lage

„Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird, oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?“ (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner SI/372/05/P5/rw

Wie bereits bei den Zukunftsprognosen für die Schweiz können auch bei der Einschätzung der weltpolitischen Lage die 2004 bestehenden Differenzen zwischen Personen, die sich als politisch links, mittig oder rechts einstufen, dieses Jahr nicht bestätigt werden. Das liegt daran, dass politisch rechts stehende Personen im Vergleich zum Vorjahr die Lage signifikant düsterer prognostizieren (49%, +8%), während dieser Anteil unter den übrigen Befragten konstant geblieben ist (Mitte: 47% bzw. linkes Spektrum: 49%).

Männer und Frauen sowie Süd-, West- und DeutschschweizerInnen unterscheiden sich bezüglich ihrer weltpolitischen Prognosen nicht. Die Einschätzung der Lage fällt hingegen mit steigendem Bildungsniveau positiver aus. Personen mit höherem Bildungsabschluss schätzen die Entwicklung der Weltlage weniger pessimistisch (41%) ein als Personen aus mittleren und tiefen Bildungsmilieus (52% bzw. 50%).

Weltpolitische PessimistInnen prognostizieren auch die Entwicklung in der Schweiz tendenziell düsterer ($\gamma=0.42$) als ihre MitbürgerInnen.

5.3 Bedrohungswahrnehmung und Armeeakzeptanz

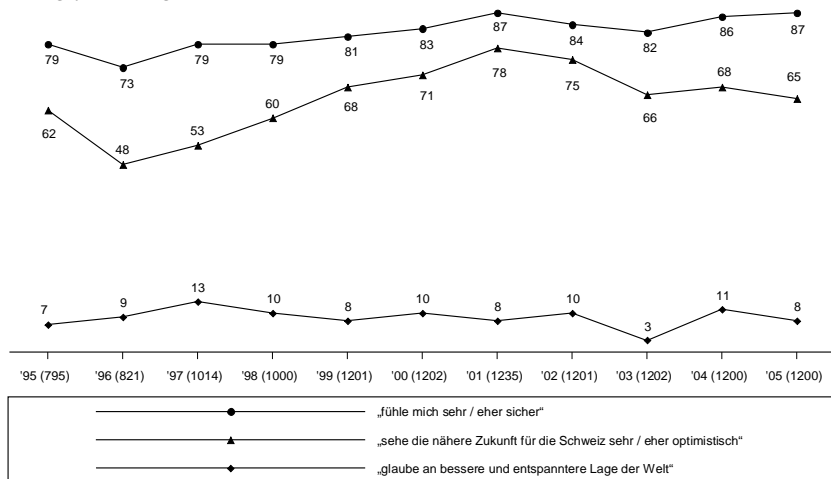
Gemäss unserer langjährigen Erhebung weist die Beurteilung der Notwendigkeit einer Schweizer Armee keine Zusammenhänge zur landesbezogenen Zukunftseinschätzung oder zur Beurteilung der weltpolitischen Lage auf. Dies trifft auch 2005 zu. Unter den PessimistInnen lassen sich also nicht mehr ArmeebefürworterInnen finden als unter jenen Personen, die zuversichtlich in die Zukunft blicken. Dasselbe gilt auch für allfällige Zusammenhänge zwischen der bevorzugten Wehrform und den Zukunftsprognosen. BefürworterInnen einer Milizarmee sind weder zuversichtlicher noch pessimistischer, was die nähere Entwicklung der Schweiz bzw. der Weltpolitik angeht, als UnterstützerInnen einer Berufsarmee.

5.4 Zukunftseinschätzung und Sicherheitsempfinden

Sicherheit ist ein zukunftsgerichtetes Gefühl. Personen, die an eine positive Entwicklung glauben, fühlen sich, wie Abbildung 5.3 zeigt, auch sicherer. Wie in den Vorjahren ist auch 2005 der Zusammenhang zwischen dem Sicherheitsgefühl und der Zukunftseinschätzung für die Schweiz ($\gamma=0.36$) stärker als zwischen dem Sicherheitsgefühl und der aussenpolitischen Einschätzung ($\gamma=0.17$). Die subjektiv wahrgenommene nationale Entwicklung scheint das Sicherheitsgefühl eher zu beeinflussen als eigene globale Prognosen. Sicherheit wird also vor allem aus dem nahen Umfeld gewonnen.

Abbildung 5.3

Einschätzungen der näheren Zukunft der Schweiz, der weltpolitischen Lage und allgemeines Sicherheitsgefühl (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner SI/999/05/P2/rw

6 VERTRAUEN IN BEHÖRDEN UND INSTITUTIONEN

6.1 Vertrauensindex

Mittels einer Skala von 1 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 10 „volles Vertrauen“ konnten die Befragten ihr Vertrauen in verschiedene Institutionen bekunden. Über die Bewertungen und Trends gibt Tabelle 6.1 summarisch Auskunft.

Tabelle 6.1

Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen 1997 bis 2005

Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 10 (1 = „kein Vertrauen“, 10 = „volles Vertrauen“)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Saldo 04/05	Ø 97–05
Polizei	6.5	6.5	6.7	6.8	7.0	7.1	7.1	7.2	7.1	-0.1	6.9
Gerichte allg.	-	6.3	-	6.4	6.7	6.6	6.7	6.9	6.7	-0.2	6.6
Bundesrat	5.5	5.8	6.5	6.3	6.9	6.5	6.4	6.4	6.3	-0.1	6.3
Armee	6.1	6.2	6.1	6.3	6.4	6.4	6.6	6.3	6.3	0.0	6.3
CH-Wirtschaft	5.6	5.7	6.3	6.1	6.8	6.1	5.7	6.0	6.0	0.0	6.0
Eidg. Parlament	5.2	5.4	5.9	5.8	6.3	6.2	6.1	6.1	6.0	-0.1	5.9
Medien	4.8	4.8	4.8	4.7	5.0	4.9	5.0	4.9	4.9	0.0	4.9

© K.W. Haltiner Si 397/05/sb

An Vertrauen etwas eingebüsst haben in diesem Jahr die drei Institutionen, die im langjährigen Trend stets das grösste Vertrauen der Bevölkerung genossen haben: die Polizei (7.1, -0.15), die Gerichte (6.7, -0.19) und der Bundesrat (6.3, -0.18). Deutlich an Vertrauen gewonnen hat hingegen keine Institution. Trotzdem liegen die Vertrauenswerte im oder leicht über dem langjährigen Durchschnitt von 1997 bis 2005. Die Rangliste der Institutionen hat sich gegenüber 2004 nicht verändert: Die Polizei ist nach wie vor Spitzenreiterin in der Hitliste des Vertrauens, während die Medien stets das Schlusslicht bilden. Die Differenzen der Mittelwerte zwischen den Institutionen sind statistisch signifikant.

Die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen vertrauen den Institutionen teilweise unterschiedlich. So wird dem Bundesrat ($\gamma=0.1$) und der Justiz ($\gamma=0.27$) von Personen mit tieferem

Bildungsniveau weniger Vertrauen geschenkt als von SchweizerInnen mit höherem Bildungsstand. Diese vertrauen hingegen der Armee ($\gamma=-.23$) und den Medien ($\gamma=-.12$) weniger als ihre MitbürgerInnen mit tieferem Bildungsniveau. Die Armee ist es auch, welche die politischen Lager am deutlichsten spaltet: Rechts der Mitte ist man eher geneigt, ihr zu vertrauen, als in der politischen Linken ($CC=0.31$). Ausser der Armee vertrauen links Stehende auch der Polizei etwas weniger, als rechts Stehende dies tun ($CC=0.13$). Eine Umkehrung bisheriger Verhältnisse ist in der Beziehung zwischen politischer Positionierung und dem Vertrauen in Bundesrat und Parlament zu konstatieren: Waren es 2003 noch die Linken, die Bundesrat und Parlament signifikant mehr Vertrauen geschenkt hatten als die Rechten, verhielt es sich 2004 genau umgekehrt. Für 2005 kann wieder von einer Annäherung gesprochen werden: Linke und Rechte unterscheiden sich bezüglich ihres Vertrauens in diese beiden Institutionen nicht mehr.

6.2 Vertrauen, Sicherheit, Optimismus und aussenpolitische Kooperationsbereitschaft

Es ist plausibel anzunehmen, dass das Vertrauen in Institutionen und Behörden mit dem Sicherheitsgefühl und dem Zukunftsoptimismus zusammenhängt, dass also Sicherheitsgefühl, Zukunftsoptimismus und Vertrauensstärke voneinander abhängig sind. Denkbar ist ferner, dass auch die aussenpolitische Kooperationsbereitschaft vom Vertrauen in landeseigene Institutionen tangiert wird. Stellvertretend für andere mögliche Zusammenhänge sollen deren drei hier näher betrachtet werden. Tabelle 6.2 zeigt die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Vertrauenswerten einerseits und dem allgemeinen Sicherheitsgefühl, dem schweizbezogenen Zukunftsoptimismus sowie – als Kerngrösse der aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft – der EU-Beitrittswilligkeit andererseits.

Am stärksten sind die Zusammenhänge zwischen den Vertrauensvariablen und dem Zukunftsoptimismus für die Schweiz. Wer vertrauen kann, ist optimistischer und wer optimistisch ist, schenkt auch eher Vertrauen. Besonders eng fallen 2005 die Zusammenhänge zwischen dem Zukunftsoptimismus und dem Vertrauen in den Bundesrat und das Schweizer Parlament aus ($\gamma=0.37$ bzw. $\gamma=0.35$).

Gemäss unserer Erfahrung aus den bisherigen Studien besteht zwischen den meisten Vertrauensvariablen und dem Sicherheitsgefühl in der Regel eine Wechselwirkung. Diese lässt sich aktuell aber lediglich für den Bundesrat und die Gerichte feststellen. Erstmals seit Messbeginn fallen 2005 das Sicherheitsgefühl und das Vertrauen ins Parlament nicht zusammen. Bis 2000 (sowie 2004) galt, dass, wer der Polizei mehr vertraute, sich sicherer fühlte. Seither hat sich dieser Zusammenhang aufgelöst. Auch kann dieses Jahr, wie schon 2003, keine Wechselwirkung

gefunden werden zwischen der Sicherheitswahrnehmung und der Vertrauensbekundung in die Schweizer Wirtschaft.

Die Einstellung zu einem allfälligen EU-Beitritt der Schweiz steht ebenfalls in einem statistisch signifikanten Zusammenhang zu verschiedenen Vertrauensvariablen. Dieses Jahr kann auch wieder ein Bezug zwischen dem Vertrauen in den Bundesrat bzw. in das Parlament und der EU-Beitrittsfrage festgestellt werden. Daraus ist zu schliessen, dass EU-BeitrittsgegnerInnen dem Bundesrat und dem Parlament weniger Vertrauen schenken als 2004. Wie bereits im Vorjahr zeigt sich das Negativverhältnis zwischen Armeevertrauen und EU-Beitrittswilligkeit wiederum deutlich. Wer der Armee stark vertraut, tendiert in der Regel zu einer Ablehnung des EU-Beitritts.

Tabelle 6.2

Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen nach dem allgemeinen Sicherheitsgefühl, dem Zukunftsoptimismus für die Schweiz und der Befürwortung eines EU-Beitritts (Gamma-Koeffizienten) in den Jahren 2001 bis 2005

	Sicherheitsgefühl					Zukunftsoptimismus					Befürwortung EU-Beitritt				
	2001	2002	2003	2004	2005	2001	2002	2003	2004	2005	2001	2002	2003	2004	2005
Bundesrat	0.20	0.17	0.14	0.21	0.12	0.24	0.24	0.28	0.38	0.37	0.14	0.14	0.2	-.05 n.s.	0.08
Eidg. Parlment	0.14	0.16	0.14	0.19	0.05 n.s.	0.24	0.26	0.26	0.30	0.35	0.11	0.13	0.15	0.04 n.s.	0.10
Polizei	0.01 n.s.	0.05 n.s.	0.04 n.s.	0.14	0.06 n.s.	0.17	0.12	0.16	0.24	0.21	-.08	-.05 n.s.	0.03 n.s.	-.09 n.s.	-.06 n.s.
Armee	-.11	-.03 n.s.	-.05 n.s.	-.05 n.s.	-.08 n.s.	0.08 n.s.	0.08 n.s.	0.15	0.22	0.19	-.23	-.19	-.03 n.s.	-.27	-.25
Gerichte	0.15	0.15	0.14	0.29	0.21	0.17	0.15	0.17	0.25	0.28	0.12	0.05 n.s.	0.11	0.08 n.s.	0.13
Medien	0.04 n.s.	0.08 n.s.	0.01 n.s.	0.09	0.02 n.s.	0.11	0.11	0.07 n.s.	0.13	0.03 n.s.	0.14	0.06 n.s.	0.16	0.19	0.16
CH-Wirtschaft	0.13	0.14	0.04 n.s.	0.14	0.06 n.s.	0.24	0.25	0.20	0.41	0.28	0.05 n.s.	-.03 n.s.	0.05 n.s.	-.10	-.10

Bemerkung: n.s. = nicht signifikant

© K.W. Haltiner SI/418/05/P6/rw

6.3 Vertrauen in Institutionen nach soziodemographischen Gruppen

Welche soziodemographischen Merkmale beschreiben das Mass an Vertrauen in Institutionen am besten? Eine Korrespondenzanalyse³ (siehe Abbildung 6.1) veranschaulicht im Überblick die Zusammenhänge zwischen soziodemographischen Daten (in der Abbildung unterstrichen) und dem Mass des Vertrauens, das den verschiedenen Behörden und Institutionen geschenkt wird (in der Abbildung nicht unterstrichen). Dabei interessieren unter anderem Verschiebungen: Hat sich das Vertrauen bestimmter soziodemographischer Gruppen in die erfassten Institutionen im Verlaufe des letzten Jahres verändert?

Die waagrechte Dimension erklärt den Grossteil der Variation (76%): Die sozialen Gruppen unterscheiden sich hauptsächlich hinsichtlich ihres Vertrauens in die Armee. Auch das Mass an Vertrauen in die Wirtschaft erklärt – zwar etwas weniger ausgeprägt – Unterschiede zwischen den sozialen Gruppen. Am deutlichsten zeigen sich diese Differenzen je nach politischer Selbsteinschätzung. Dieses Merkmal erklärt die unterschiedlichen Vertrauenswerte am besten. Das Vertrauen in die jeweilige Institution variiert auch mit dem Alter. So schenken links Orientierte und Personen zwischen 18 und 29 Jahren insbesondere der Armee, aber auch der Wirtschaft, relativ häufig weniger Vertrauen. Personen ab 60 Jahren und politisch rechts Stehende hingegen vertrauen diesen beiden Institutionen überdurchschnittlich häufig stark.

Die senkrechte Achse ist für die Beschreibung des Zusammenhangs zwischen Vertrauen und sozialen Gruppen sekundär; sie erklärt bloss 13% der Varianz. Am besten lässt sich diese Achse als bildungsspezifische oder als „Justiz-Medien-Achse“ bezeichnen. Das heisst, die soziodemographischen Gruppen lassen sich nach ihrem Vertrauen in die Justiz und die Medien trennen. Dabei beschreibt der Bildungsgrad diese unterschiedliche Vertrauensstärke am besten. Anders ausgedrückt: Das Mass an Vertrauen in die Armee lässt sich überwiegend durch die erste Achse der politischen Positionierung und des Alters beschreiben. Auf einer zweiten Dimension beschreibt die Bildung – wenn auch zu einem geringeren Teil – die unterschiedlichen Werte des Vertrauens in die Institutionen.

Besonders drastisch sind die Lageveränderungen über das letzte Jahr nach politischer Selbsteinstufung, die in der Grafik anhand der Pfeile verdeutlicht werden. So zeigten sich 2004 Personen, die sich politisch rechts einstufen, gegenüber der Justiz besonders vertrauensvoll. Umgekehrt gaben sich 2004 Personen mit eher linker politischer Orientierung gegenüber der

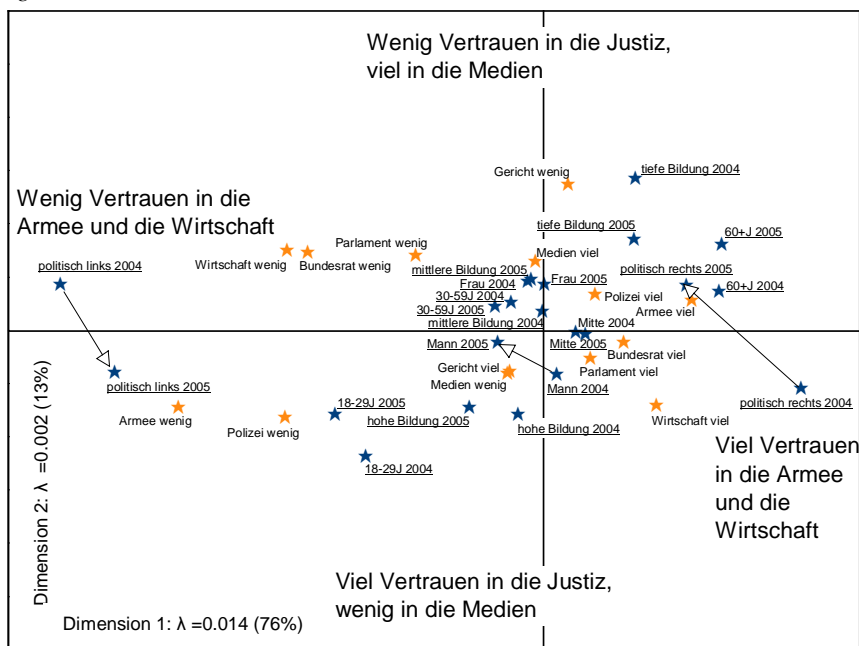
3 Näheres zur Methode der einfachen Korrespondenzanalyse im Allgemeinen sowie die Kennwerte der hier durchgeführten Anwendung im Besonderen sind in Anhang I bzw. in Anhang II zu finden.

Justiz misstrauischer als die Rechte. Dieses Jahr verhält sich dies, wie schon 2003⁴, anders. Während sich an der Einstellung zu Armee und Wirtschaft wenig geändert hat, ist es nun wieder die Linke, die sich näher beim Pol „Viel Vertrauen in die Justiz“ befindet, wohingegen die Rechten ein deutlich geringeres Vertrauen gegenüber ebendieser Institution zeigen.

Erwähnenswert ist ferner, dass das Vertrauen der Männer in die Armee und in die Wirtschaft im Verlaufe des letzten Jahres tendenziell gesunken ist.

Abbildung 6.1

Grafische Darstellung einer zweidimensionalen Korrespondenzanalyse der Vertrauensbekundungen in verschiedene Behörden und Institutionen nach soziodemographischer Gruppenzugehörigkeit in den Jahren 2004 und 2005



Bemerkung: © K.W. Haltiner Si/910/05/sb
Es wurden lediglich die Wertebereiche 1–4 (wenig Vertrauen) und 7–10 (viel Vertrauen) berücksichtigt.

4 Wie die Auswertungen im Bericht zur „Sicherheit 2004“ gezeigt haben.

Fazit: 2005 ist kein Zuwachs des Vertrauens in die Institutionen zu beobachten, eher ein leichter Rückgang (Polizei, Gerichte, Bundesrat). Das Vertrauen in die Institutionen geht einher mit der Zuversicht in die Zukunft der Schweiz. Für das Mass an Vertrauen vor allem in Armee und Wirtschaft, sowie in geringerem Ausmasse auch in die Polizei, ist die politische Positionierung der Befragten von vorrangiger Bedeutung. 2004 vertrauten politisch rechts Stehende der Institution Gericht überdurchschnittlich häufiger als Personen aus dem linken Lager. 2005 verhält es sich umgekehrt.

7 ÖFFNUNG VERSUS AUTONOMIE – DIE WAHRNEHMUNG AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITISCHER OPTIONEN

7.1 Eine skalenartige Fragenbatterie als Grundlage

Die aussenpolitische Kooperationsbereitschaft lässt sich mit einer Einzelfrage nicht angemessen beurteilen. Dieser Tatsache wird im Rahmen der Befragungsreihe „Sicherheit“ seit längerem Rechnung getragen, indem die Kooperationsbereitschaft über einen sogenannten Index, also eine Zusammenstellung mehrerer Indikatoren, erfasst wird (vgl. Haltiner & Spillmann, 1994). Diesem Index – bestehend aus insgesamt 20 Variablen – liegt die Überlegung zugrunde, dass sich eine maximale Öffnungsbereitschaft bzw. ein stark ausgeprägter Autonomiewunsch als Extreme eines Kontinuums verstehen lassen. Innerhalb dieses Kontinuums sind demnach auch mildere Ausprägungsformen sowohl der Autonomie wie der Öffnung denkbar. Maximal Öffnungsbereite zeichnen sich dadurch aus, dass sie Beitritte zu supra- bzw. internationalen Institutionen wie der EU und der Nato befürworten und sich eine Schweiz wünschen, die sich innerhalb der Uno stark engagiert. Eine abgemilderte Form der Öffnungsbereitschaft liesse sich dadurch charakterisieren, dass man etwa der Uno durchaus sehr wohlwollend gegenüber steht, hingegen von einem EU-geschweige denn einem Nato-Beitritt nichts wissen will. Als „Autonomismus“ kann jene Haltung definiert werden, die jeglicher Art von internationaler Kooperation kritisch gegenübersteht und generell danach trachtet, das aussenpolitische Engagement der Schweiz zu minimieren.

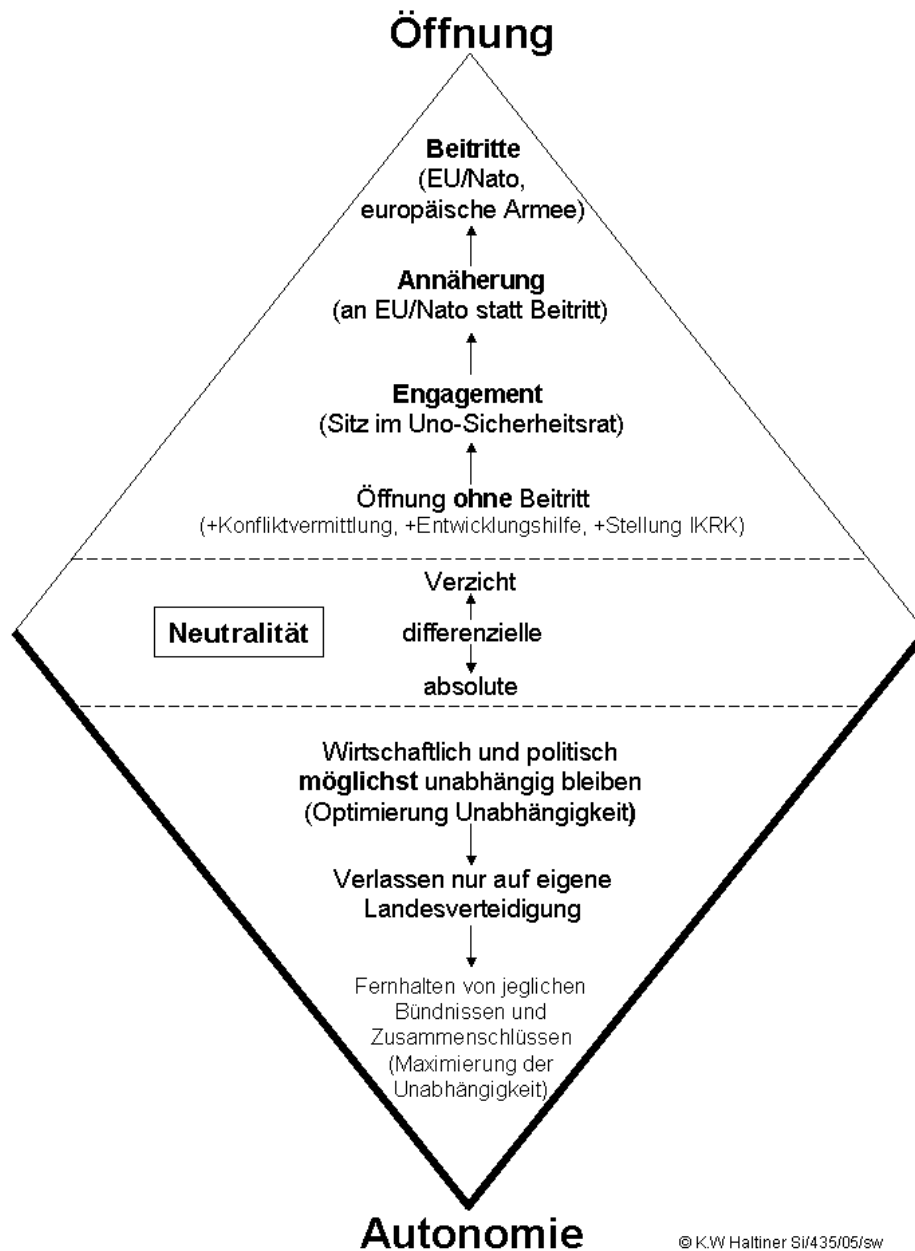
Eine besondere Rolle kommt in der Frage der aussenpolitischen Öffnungsbereitschaft der Neutralitätseinstellung zu. So ist eine Aufgabe der Neutralität lediglich für maximal Öffnungsbereite denkbar, während Personen, die auf einer maximalen Unabhängigkeit der Schweiz beharren, auch an einem traditionellen Neutralitätsverständnis festhalten wollen.

Für jene BürgerInnen, die eine differenzierte Öffnungsbereitschaft an den Tag legen, sind auch verschiedene Varianten des Neutralitätsverhaltens denkbar – so zum Beispiel klare Stellungnahmen der offiziellen Schweiz in politischen Konflikten bei gleichzeitiger Zurückhaltung im Falle von militärischen Auseinandersetzungen.

Abbildung 7.1 stellt das oben geschilderte Kontinuum zwischen Autonomie und Öffnung grafisch dar.

Abbildung 7.1

Kontinuum von maximaler Öffnungsbereitschaft zu maximalem Autonomismus



7.2 Die 20 Indikatoren der Öffnungswilligkeit bzw. der Autonomiebetonung im Trend

Die 20 Indikatoren sind gegliedert nach der

- Bereitschaft zur internationalen Kooperation durch institutionelle Annäherung oder Beitritte zur EU (siehe Abbildung 7.2) und zur Nato (siehe Abbildung 7.3),
- Bereitschaft zu einem verstärkten Engagement innerhalb der Uno (siehe Abbildung 7.3),
- Bereitschaft zur Öffnung der Schweiz ohne institutionelle Bindungen an inter- bzw. supranationale Institutionen (siehe Abbildung 7.4),
- Einstellung zur Beibehaltung verschiedener Grade der Neutralität (siehe Abbildung 8.1, Kapitel 8),
- Betonung verschiedener Grade nationaler Autonomie (siehe Abbildung 7.5).

7.3 Sicherheit und Frieden durch internationale Kooperation: Bindung oder Annäherung an die Europäische Union

Seit die Zustimmung zur europäischen Integration als sicherheitspolitische Massnahme 2003 einen neuen Tiefpunkt erreichte, ist diese wiederum im Steigen begriffen – 2005 noch deutlicher als 2004.

Mit einem Beitritt zur EU erklären sich dennoch nur 40% (siehe Abbildung 7.2) „sehr“ oder „eher“ einverstanden – dies, nachdem der Beitritt 1996 sowie 1998 und 1999 (57%) mehrheitsfähig geworden war. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil der Beitritts-BefürworterInnen signifikant um 7% gestiegen.

Zugleich wünschen sich indessen 63% (-4%) eine Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der EU ohne Beitritt. Hier ist gegenüber dem Vorjahr ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Auch eine verstärkte politische Annäherung an die EU findet bei der Mehrheit (57%, +6%) Zuspruch, dieser Wert liegt aber nach wie vor unter dem langjährigen Mittel (1993–2005: 59%). Wie die mehrjährige Untersuchung zeigt, verläuft die Zustimmung zur Beteiligung an einer europäischen Armee zwar auf einem tieferen Niveau, aber in der Tendenz gleich wie die Befürwortung einer politischen Annäherung.

Diese Forderungen fallen je nach Region, politischer Selbsteinschätzung und Bildung hoch signifikant unterschiedlich aus. So sprechen sich Befragte aus tieferen und mittleren Bildungsschichten, DeutschschweizerInnen und politisch rechts Orientierte deutlich weniger häufig für eine Integration aus als ihre MitbürgerInnen.

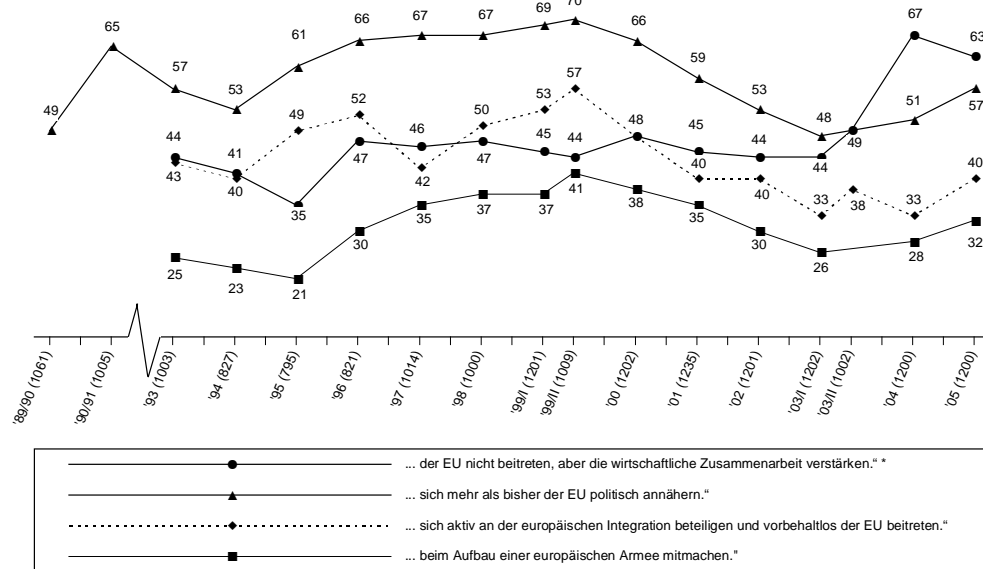
Beim Für und Wider betreffend EU-Integration bzw. -Annäherung spielen ökonomische Bedenken eine wichtige Rolle. Befragte, die bei einem EU-Beitritt an eine wirtschaftliche Besserentwicklung glauben, sprechen sich hoch signifikant häufiger für eine Integration ($\gamma=0.6$) oder politische Annäherung aus ($\gamma=0.55$).

Der bereits festgestellte Trend abnehmender EU-Skepsis spiegelt sich auch im Ausmass der ökonomischen Bedenken wider. Diese sind 2005 weniger stark ausgeprägt als 2004. 43% (-5%) der SchweizerInnen sind der Ansicht, dass sich im Falle eines EU-Beitritts die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz verschlechtern würde. 30% (-1%) glauben, ein Beitritt würde die Schweizer Wirtschaftslage nicht tangieren, während 23% (+3%) die Auffassung vertreten, ein Beitritt könnte sich wirtschaftlich günstig auf die Schweiz auswirken.

Abbildung 7.2

Europäische Integration (Zustimmung „sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)

„Die Schweiz sollte ...



*Bis 2003: „Dem EWR, nicht aber der EU beitreten.“

7.4 Sicherheit und internationale Kooperation: Bindung oder Annäherung an die Nato und erhöhtes Engagement in der Uno

Nach einem harten Abstimmungskampf wurde am 3. März 2002 die Volksinitiative für den Uno-Beitritt mit 55% Ja-Stimmen angenommen. Seither wird anhand dreier Vorschläge gemessen, inwieweit SchweizerInnen denken, dass die Uno zu mehr Sicherheit für die Schweiz beiträgt. Die Zustimmung zur Uno hat sich seit dem Beitritt unwesentlich verändert.

56% (-2%; siehe Abbildung 7.3) sprechen sich dafür aus, dass die Schweiz sich um einen Sitz im Sicherheitsrat bemüht. Sechs von zehn SchweizerInnen (60%, -3%) meinen zudem, die Schweiz solle sich „aktiv und an vorderster Front“ für Anliegen der Uno einsetzen. Der Anteil derjenigen, die Schweizer Uno-Friedenstruppen befürworten, hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht (60%, +4%), liegt aber nach wie vor tiefer als um die Jahrtausendwende.

Die Einstellung zu den Vereinten Nationen variiert stark mit der politischen Gesinnung. Keine der drei Vorgaben findet bei politisch rechts Orientierten eine Mehrheit. Die Zustimmungswerte liegen zwischen 44% für das aktive Engagement in Uno-Belangen und 47% für die Schweizer Uno-Friedenstruppen.

Am stärksten polarisiert die Forderung, die Schweiz solle sich aktiv für die Anliegen der Uno einsetzen. Je nach Bildung, Geschlecht und Wohnregion fallen die Zustimmungswerte hoch signifikant stärker oder schwächer aus.⁵ Sind es in der Romandie drei von vier Befragten (72%, -4%), die wünschen, dass die Schweiz sich aktiv für Anliegen der Uno einsetzt, erklären sich in der Deutschschweiz lediglich 55% (-3%) mit dieser Vorgabe einverstanden. In den oberen Bildungsschichten (Hochschulabschluss) sind es ebenfalls überdurchschnittlich viele Befragte, die möchten, dass sich die Schweiz für Uno-Anliegen engagiert (68%, -5%).

Ganz anders beurteilen die befragten SchweizerInnen die Vorgaben, mehr Sicherheit durch Kooperation mit der Nato zu erlangen. Zwar finden die Forderungen einer Annäherung oder eines Beitritts zur Nato 2005 wie schon 2004 wiederum mehr Unterstützung. An der Tatsache, dass ein Nato-Beitritt oder eine Annäherung nur für wenige Schweizer BürgerInnen in Frage kommt, hat sich hingegen nichts geändert. Wie in den Vorjahren variiert die Haltung zur Nato-Annäherung kaum nach soziodemographischen Merkmalen.⁶

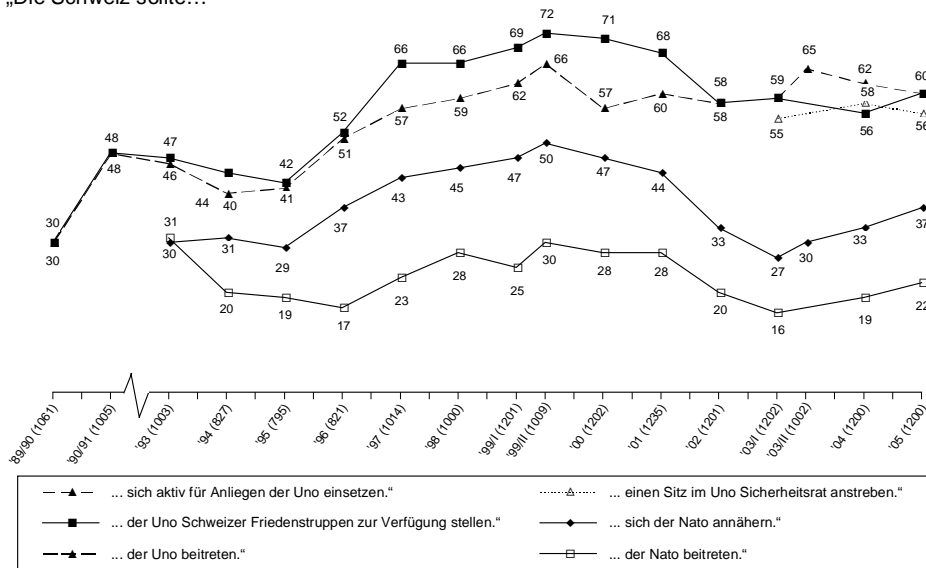
5 Zum Teil werden diese Effekte durch den Einfluss der politischen Gesinnung überlagert.

6 Einzig Frauen zeigen sich etwas Nato-freundlicher und befürworten einen Annäherung zu 39%. Dass bei dieser Frage 12% der Frauen ins „weiss nicht“ ausgewichen sind, zeigt den eher geringeren Kenntnisstand von Frauen in Nato-Fragen. Deshalb ist das unterschiedliche Antwortverhalten von Männern und Frauen mit Vorsicht zu interpretieren.

Abbildung 7.3

Einstellung zu Uno bzw. Nato (Zustimmung „sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)

„Die Schweiz sollte...



© K.W. Haltiner Si/374/05/P2/rw

7.5 Sicherheit und internationale Kooperation: Ohne institutionelle Bindung

Die Zustimmung zu mehr Vermittlungsaktivität der Schweiz in Konflikten (71%, ±0%; siehe Abbildung 7.4), zu einer aktiveren Rolle der Schweiz an internationalen Konferenzen (71%, +2%) und für das Einbringen des Stellenwertes der Schweiz als Sitz des Roten Kreuzes (79%, +1%) bleibt mit Werten von je über 70% gegenüber dem Vorjahr unverändert hoch.

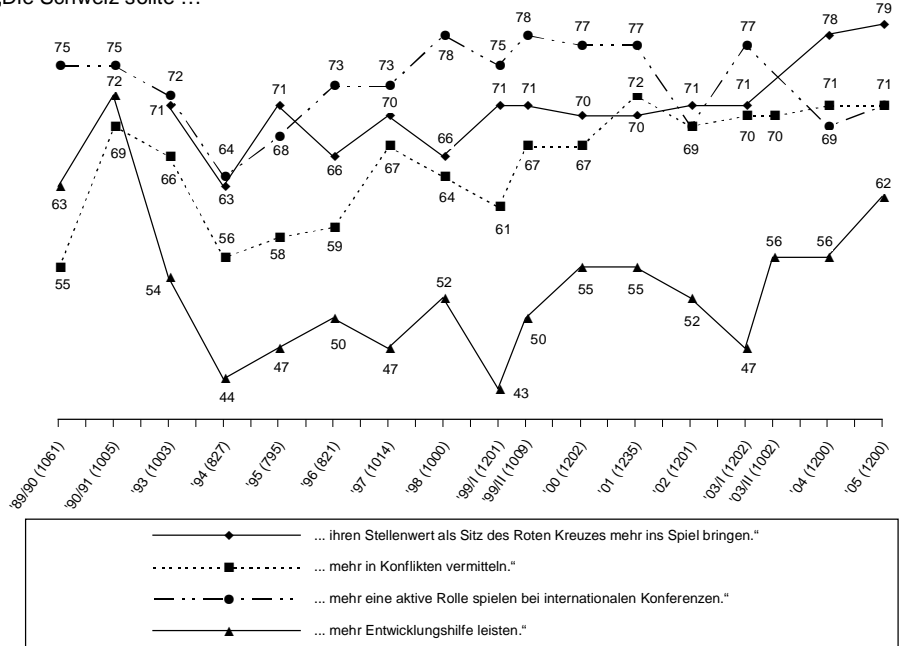
Nochmals signifikant zugenommen hat das Einverständnis für mehr Entwicklungshilfe (62%, +5%). Die diesjährige Zunahme lässt sich wahrscheinlich mit der Tsunami-Katastrophe erklären, die zur Zeit der Erhebung im Januar bei den Befragten unmittelbar präsent war.

Insbesondere bei der Entwicklungshilfe treten hoch signifikante Differenzen zwischen den soziodemographischen Gruppen auf. Von den politisch rechts Gesinnten spricht sich nur knapp die Hälfte für mehr Entwicklungshilfe aus (48%), bei den politisch links Stehenden und den Mitte-Orientierten ist es deutlich über die Hälfte (79% bzw. 66%). Hoch signifikant ist auch der Unterschied zwischen der Zustimmung der RomandEs (79%) oder Personen aus der Südschweiz (78%) und den DeutschschweizerInnen (58%).

Abbildung 7.4

Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft ohne institutionelle Bindungen („weiche“ Kooperation – Zustimmung „sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)

„Die Schweiz sollte ...



© K.W. Haltiner SI/375/05/P5/rw

7.6 Betonung der nationalen Autonomie

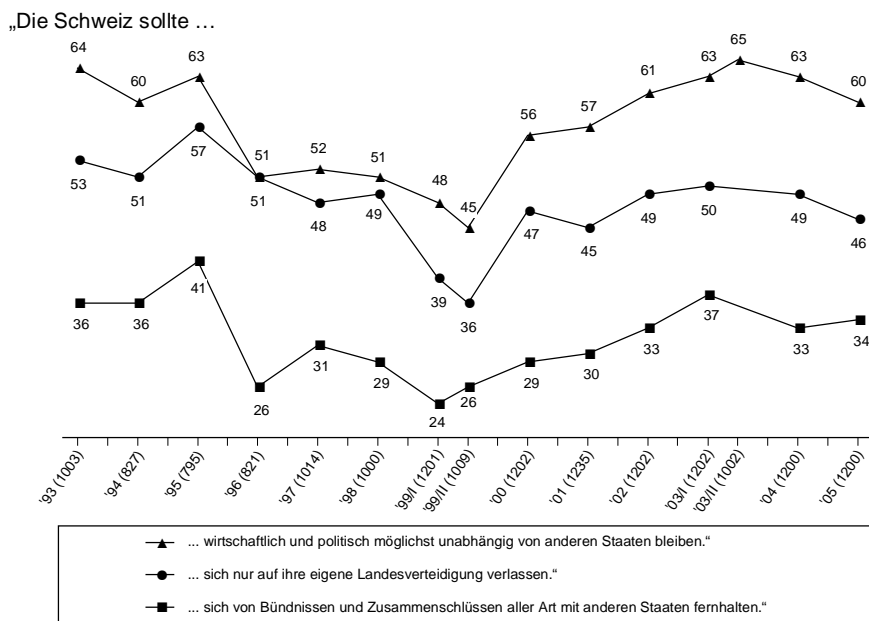
Die nationale Autonomie wird 2005 leicht schwächer betont als im Vorjahr; für die Sicherheit der Schweiz erachtet aber nach wie vor ein Grossteil die Unabhängigkeit als wichtig. 60% (–3%; siehe Abbildung 7.5) der Befragten sind der Ansicht, die Schweiz solle „wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig“ bleiben. Zum Vergleich: Im Januar 1999 vertraten lediglich 48% diese Ansicht.

Beinahe jedeR Zweite (46%, –3%) ist der Meinung, die Schweiz habe sich lediglich „auf ihre eigene Landesverteidigung zu verlassen“. Die zugespitzte Aussage, wonach die Schweiz „sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten“ fernzuhalten habe, findet die Zustimmung von 34% (+1%).

Nationale Autonomie wird je nach Bildungsabschluss, Wohnregion und politischer Positionierung hoch signifikant unterschiedlich betont. BefürworterInnen der Autonomie sind überdurchschnittlich häufig politisch rechts Stehende, Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss und BürgerInnen der deutschen und italienischen Schweiz.

Abbildung 7.5

Indikatoren der Betonung nationaler Autonomie (Zustimmung „sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)



© K.W. Haltiner SI/377/05/P5/rw

7.7 Wie viel Öffnung braucht die Schweiz?

Die Kooperationstypen im Trend 1993–2005

Die aussenpolitische Öffnungsbereitschaft der SchweizerInnen wird mit insgesamt 20 Fragen beleuchtet, wie in den vorangegangenen Abschnitten dargestellt wurde. Neun besonders stark differenzierende Fragen werden seit mehreren Jahren dazu verwendet, eine sogenannte Kooperationstypologie zu bilden. Diese Typologie unterscheidet drei charakteristische Haltungen gegenüber der aussenpolitischen Öffnung der Schweiz.

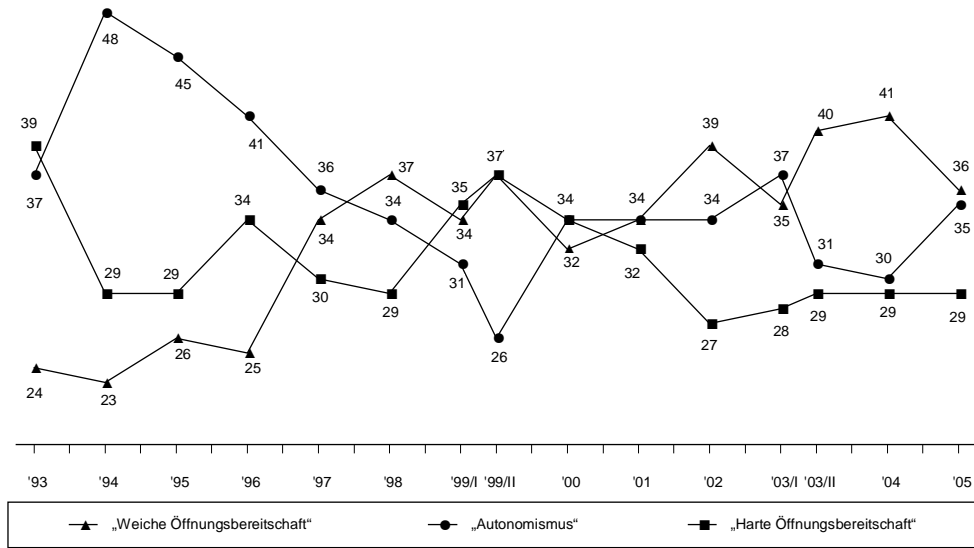
Als „harte Öffnungswillige“ können Personen bezeichnet werden, die eine aussenpolitische Öffnung der Schweiz selbst unter Inkaufnahme gewisser Souveränitätseinbussen befürworten. Sie sind nicht nur für einen EU-Beitritt der Schweiz, sondern unterstützen auch einen Nato-Beitritt. Die Schweizer Neutralität halten sie für ein Auslaufmodell und plädieren für deren Aufgabe. Selbstredend verlangen sie ein verstärktes Schweizer Engagement in der Uno.

Die diametral entgegengesetzte Haltung wird von den sogenannten „Autonomisten“ eingenommen. Sie lehnen nicht nur den EU- und den Nato-Beitritt ab, sie sprechen sich auch für eine nur aufs Notwendigste begrenzte Kooperation mit diesen Institutionen aus. Nach dem gegen ihren Willen erfolgten Beitritt zur Uno unterstützen sie nun die Verhinderung eines verstärkten Engagements innerhalb der Weltorganisation und stellen sich gegen Bestrebungen der Schweiz, einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat zu erlangen.

„Weiche Öffnungswillige“ sind zwischen den beiden eben geschilderten Kooperationstypen anzusiedeln. Der aussenpolitischen Kooperation stehen sie grundsätzlich positiv gegenüber, insbesondere was die Uno angeht. Einen EU- oder gar einen Nato-Beitritt lehnen sie allerdings ab. Man könnte auch sagen, dass sich die „weichen Öffnungswilligen“ eine maximale Kooperation bei minimaler Souveränitätseinbusse wünschen.

Abbildung 7.6

Die Kooperationstypen und ihre anteilmässige Veränderung 1993–2005
(Angaben in Prozent)



Die Kooperationstypen verteilen sich 2005 anteilmässig wieder wie 2003 vor dem Irakkrieg. Im Januar 2005 verliert die so genannte „weiche“ Form der internationalen Kooperation wieder auf Kosten des „Autonomismus“ („Autonomismus“: 35%, +5%; „weiche Öffnung“: 36%, –5%; siehe Abbildung 7.6). Praktisch unverändert bei 29% zeigt sich seit 2002 die Zustimmung zu einer „harten Öffnung“ der Schweiz.

Abbildung 7.7

Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? – Aussenpolitische Kooperationstypen im Vergleich



7.8 Die Kooperationstypen nach wichtigen soziodemographischen Merkmalen und nach der politischen Selbsteinstufung

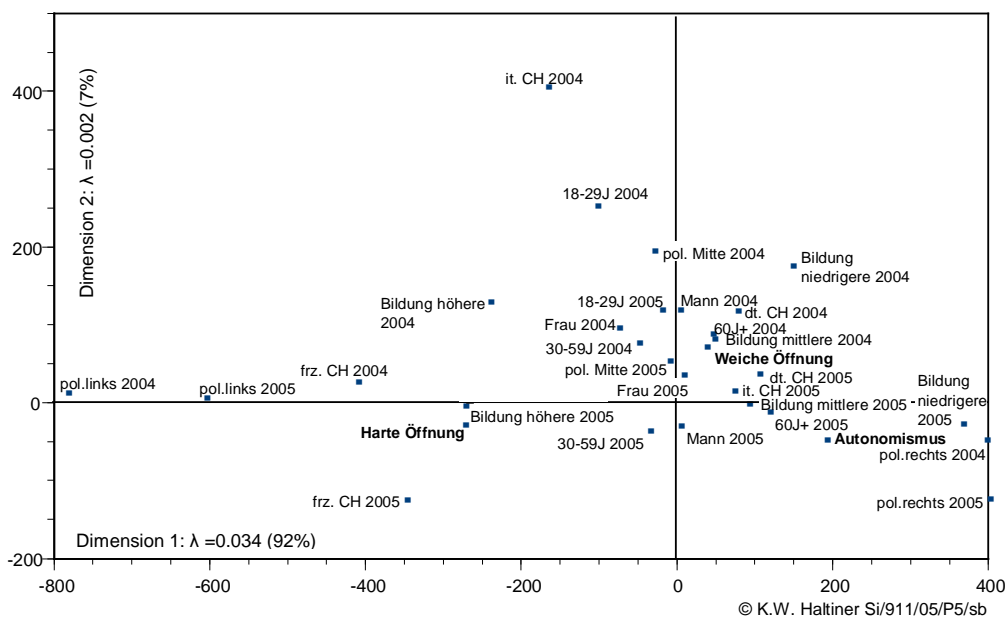
Wie setzen sich die Kooperationstypen soziodemographisch zusammen? Und hat sich diese Zusammensetzung im letzten Jahr verändert? Die folgende Korrespondenzanalyse (siehe Abbildung 7.8) zeigt einerseits, dass der Kooperationstyp „weiche Öffnung“ dem „Autonomismus“ näher steht als den „harten Öffnungswilligen“ und andererseits, dass das Merkmal der politischen Selbsteinstufung am besten geeignet ist, die Kooperationstypen zu beschreiben.⁷ Politisch links stehende können häufiger dem Kooperationstypus „harte Öffnung“ zugeteilt werden, während

7 Die waagrechte Achse, die Dimension der politischen Selbsteinstufung, gibt 92% der Varianz wieder.

dies bei Personen politischer Rechtsorientierung relativ selten der Fall ist. Dasselbe gilt – etwas abgeschwächt – auch für die Bildung. Personen aus bildungsfernen Schichten sind dem „Autonomismus“ überdurchschnittlich häufig verbunden, Personen mit hohem Bildungsabschluss dem Lager der „harten Öffnungswilligen“. Ersichtlich ist ferner, dass Personen der französischen Schweiz relativ öfter zur „harten Öffnung“ neigen, während DeutschschweizerInnen überdurchschnittlich oft „autonomistisch“ oder den „weichen Öffnungswilligen“ nahe sind. Gab es 2004 bei den Personen der italienischen Schweiz überdurchschnittlich viele „harte Öffnungswillige“, finden sich 2005 unter diesen relativ viele „Autonomisten“.⁸ Alter und Geschlecht eignen sich weniger, die Nähe zu einem der Kooperationsstypen zu erklären. Alles in allem sind die Einstellungsmuster hinsichtlich der aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft trotz einiger Verschiebungen von 2004 auf 2005 grösstenteils gleich geblieben.

Abbildung 7.8

Grafische Darstellung einer zweidimensionalen Korrespondenzanalyse der Kooperationsstypen nach soziodemographischer Zugehörigkeit 2004 und 2005



8 Infolge der geringen Absolutzahlen der VertreterInnen der Südschweiz in unserer Stichprobe sind diese Zahlen mit Vorsicht zu geniessen.

7.9 Öffnungsbereitschaft und EU-Beitritt

Besonders deutlich unterscheiden sich die drei Kooperationstypen in ihrer Haltung zu einem allfälligen EU-Beitritt. Die „harten Öffnungswilligen“ und die „Autonomisten“ nehmen in diesem Punkt Gegenpositionen ein. Während die „harten Öffnungswilligen“ einem EU-Beitritt praktisch uneingeschränkt zustimmen (92%, +2%), lehnen die „Autonomisten“ ihn ebenso vehement ab (89%, -4%). Die „weichen Öffnungswilligen“ nehmen hier keine mittlere Position ein, sondern lehnen, ähnlich wie die „Autonomisten“, einen EU-Beitritt ab (72%, -14%).

8 DIE NEUTRALITÄT

Die Neutralität genießt in der Schweizer Bevölkerung eine ungebrochen hohe Akzeptanz. 2005 sind 87% (−2%) „sehr“ oder „eher“ damit einverstanden, dass die Schweiz die Neutralität beibehalten solle. Als Prinzip der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik wird sie seit 2002 generell noch stärker akzeptiert als zu Beginn der neunziger Jahre (siehe Abbildung 8.1). Bemerkenswert in der langfristigen Analyse ist, dass sich der bis anhin grosse Unterschied nach dem Alter der Befragten abschwächt. Nach wie vor beurteilt zwar die Alterskohorte der 18–29-Jährigen die Neutralität am kritischsten, ihr Befürworteranteil ist aber im Steigen begriffen. Unverändert zeigt sich hingegen die Differenz nach der politischen Einstellung. Politisch sich rechts Einstufende (91%) stehen deutlich stärker hinter der Neutralität als politisch sich links positionierende Befragte (75%; $CC=0.18$).

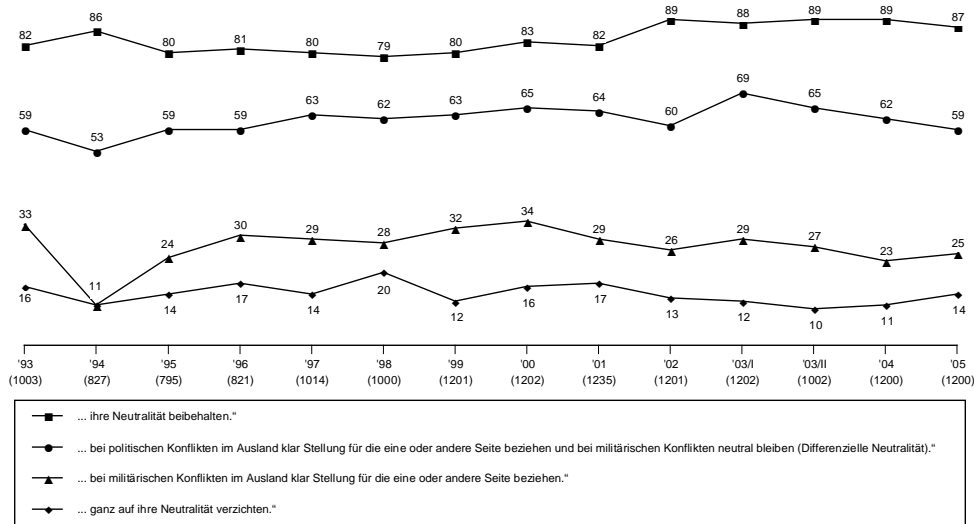
Ganz auf die Neutralität verzichten möchten 14% (+3%) der Befragten. Überdurchschnittlich stark sind Personen aus der Romandie dieser Meinung (20%, +5%). Analog zur Beibehaltung der Neutralität lassen sich für den Neutralitätsverzicht Differenzen nach der politischen Einstellung ausmachen. Politisch links Stehende befürworten zu 19% (−6%) die Abschaffung der Neutralität, wohingegen rechts Stehende die Aufhebung der Neutralität weniger stark befürworten (12%, +5%). Eine Annäherung im Meinungsbild der politischen Lager zum Neutralitätsverzicht scheint 2005 aber dennoch stattzufinden, indem die Neutralität im linken Lager eher wieder stärker als früher gutgeheissen wird.

Die Zustimmung zur differenziellen Neutralität – ermittelt mit der Aussage „Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben“ – lässt gegenüber den letzten zwei Jahren kontinuierlich nach (59%, −3%; siehe Abbildung 8.1). Deutlich unterscheidet sich die Gutheissung der differenziellen Neutralität nach dem Grad der nationalen Öffnungsbereitschaft: „Weiche Öffnungsbereite“ (vgl. Kapitel 7) unterstützen eine differenzielle Neutralität am stärksten (77%, +1%). Auf der anderen Seite wollen die „Autonomisten“ einzig an einer traditionellen Auffassung von Neutralität als Leitlinie der Schweizer Politik festhalten, von der differenziellen Neutralität halten sie wenig. Das zeigt sich dieses Jahr wiederum deutlich (40%, ±0%).

Abbildung 8.1

Verschiedene Einstellungen zur Neutralität („sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)

„Die Schweiz sollte...



© K. Haltiner Si/376/05/P8/rw

Die De-facto-Aufhebung der Neutralität – d.h. die Auffassung, dass die Schweiz auch in militärischen Konflikten klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen sollte – wird im Januar 2005 von einem Viertel der Bevölkerung unterstützt. Früher vorhandene soziodemographische Unterschiede gleichen sich an. Die fortgesetzte Abnahme in der Zustimmung zur Aufhebung der Neutralität auf der linken politischen Seite zeigt, dass der Irakkrieg verunsichernd gewirkt haben dürfte. Der Wunsch nach einem neutralen Abseitsstehen erhält in Krisenzeiten über alle politischen Lager hinweg Auftrieb.

Fazit: Das Prinzip „Neutralität“ genießt in der Schweiz eine ungebrochen hohe Zustimmung. Seit Beginn des neuen Jahrtausends bewegen sich die Werte auf demselben Niveau wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Die Neutralität wird als staatstragende Maxime par excellence betrachtet.

8.1 Indikatoren für verschiedene Neutralitätsfunktionen

Die schweizerische Neutralität diene bekanntlich stets verschiedenen Zielen. Die StaatsrechtlerInnen sprechen daher von Neutralitätsfunktionen. Unser Interesse gilt seit 1993 der Wahrnehmung der verschiedenen Funktionen der Neutralität in der Bevölkerung. Mit anderen Worten: Ermittelt wird, welche Art von Vorteilen bzw. Nachteilen die SchweizerInnen mit der Neutralität in Zusammenhang bringen. Vereinfachend unterscheiden wir dabei wie folgt:

1 *Solidaritätsfunktion:*

Gute Dienste als Vermittler in Konflikten (zwei Fragevorgaben gemäss Abbildung 8.2).

2 *Identitätsfunktion:*

Vorbildwirkung der schweizerischen Neutralität und symbolische Verknüpfung mit dem Staat „Schweiz“ (zwei Fragevorgaben gemäss Abbildung 8.3).

3 *Sicherheitspolitische Funktion:*

Verschonung vor dem Einbezug in internationale Konflikte, Stabilitätsbeitrag für Europa und militärische Schutzwirkung (drei Fragevorgaben gemäss Abbildung 8.4).

Zusätzlich wird erhoben, ob die Neutralität ihrem Wesen nach als Instrument der Aussenpolitik wahrgenommen wird oder ob man ihr in der Durchschnittsbevölkerung finalen Charakter zuschreibt (eine Fragevorgabe gemäss Abbildung 8.2).

Die Vorgaben sind als positive bzw. negative Lageeinschätzungen formuliert. Bei der Formulierung der Fragen musste zudem beachtet werden, dass eine entsprechende Fachterminologie bei den zu Befragenden nicht vorausgesetzt werden darf. Wir haben jene Neutralitätsmeinungen erhoben, die es uns ermöglichen, anhand einer Clusteranalyse wie in den früheren Studien verschiedene Neutralitätstypen (vgl. Abschnitt 8.3) zu bilden.

8.2 Die Neutralitätsindikatoren im Trend 1993–2005

Wie die Abbildungen 8.2 bis 8.4 zeigen, stossen vor allem die Solidaritäts- und die Identitätsfunktion in der Bevölkerung auf sehr hohe Akzeptanz. Alle positiv formulierten Aussagen werden klar gutgeheissen, alle negativen Formulierungen abgelehnt. Seit 1993 – dem ersten Messzeitpunkt – bewegen sich diese Werte auf gleichem Niveau. Lässt sich diesbezüglich hohe Stabilität erkennen, so ist das für die sicherheitspolitische Schutzfunktion nicht der Fall. Sie folgt in ihrem Verlauf der wahrgenommenen Bedrohungsintensität: In Zeiten wachsender Bedrohungswahrnehmung steigt ihre Wertschätzung, um bei abnehmender Bedrohungswahrnehmung wieder zu sinken.

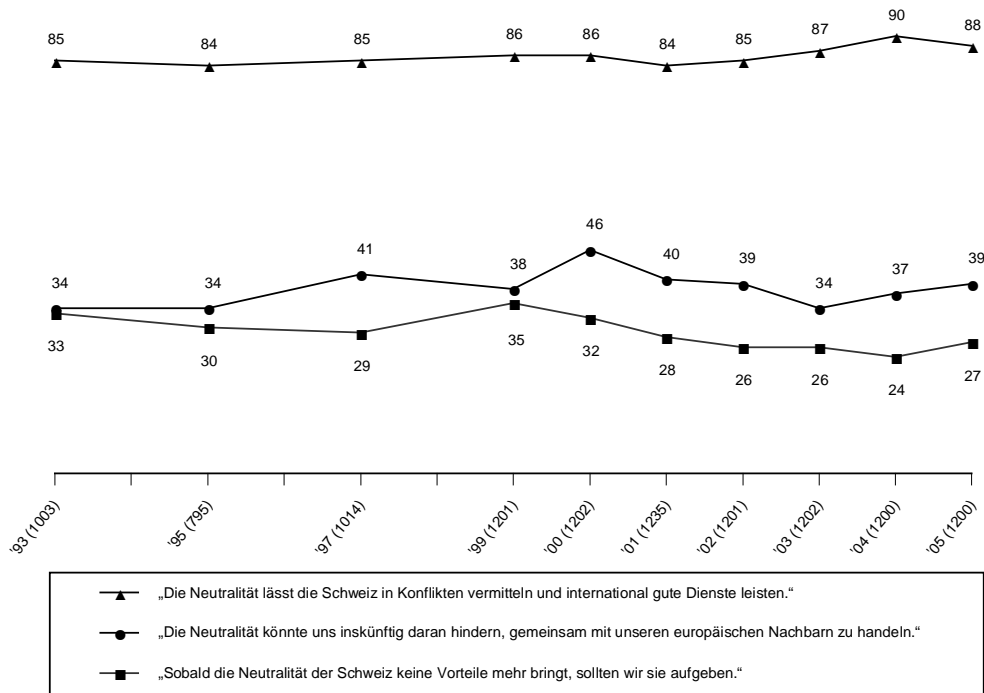
8.2.1 Die Solidaritätsfunktion der Neutralität

Der Glaube, die Schweiz könne dank ihrer Neutralität in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten, ist ungebrochen stark (88%, -2%; siehe Abbildung 8.2). Die positiv formulierte Solidaritätsfunktion wird nach Alter, Geschlecht, Region und politischer Einstellung mehr oder weniger gleich bewertet. Wesentliche Unterschiede lassen sich nur in Zusammenhang mit der Frage der Öffnungsbereitschaft konstatieren. Die „harten Öffnungswilligen“ sind der Solidaritätsfunktion gegenüber deutlich kritischer (83%, -2%) als die „weichen Öffnungswilligen“ und die „Autonomisten“ (93%, -2% bzw. 89%, -3%; $CC=0.18$).

Vier von zehn Befragten sehen in der schweizerischen Neutralität ein Hindernis für gemeinsames europäisches Handeln (39%, +2%). Damit bewegt sich diese Meinung im langjährigen Mittel. Besonders kritisch sind diesbezüglich die „harten Öffnungswilligen“ (53%), Befragte aus der Westschweiz (45%) und die 18–29-Jährigen (44%). Der bis anhin ebenfalls beobachtete Links-rechts-Unterschied bei der Beurteilung einer möglichen solidaritätsmindernden Wirkung der Neutralität verschwindet beinahe (links: 41%, Mitte: 38%, rechts: 35%).

Abbildung 8.2

Die Wahrnehmung der Solidaritätsfunktion und des instrumentellen Stellenwertes der Neutralität („sehr“ oder „eher“ einverstanden in Prozent)



© K.W. Halliner Si/279/05/P2/rw

Ob die Neutralität als Instrument der Aussenpolitik wahrgenommen wird oder ob man ihr in der Bevölkerung finalen Charakter zuschreibt, wird durch die Aussage „Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben“ erfragt. Diese Vorgabe wird zwar nur von einer Minderheit, aber stärker als letztes Jahr gebilligt (27%, +3%). Die Schweizer Bevölkerung interpretiert die Staatsmaxime überwiegend final. Einzig die 18–29-Jährigen (41%) und Befragte aus der Romandie (34%) teilen eher die Meinung, dass die Neutralität aufzugeben sei, wenn sie keine Vorteile mehr biete. Überhaupt nicht damit einverstanden sind die ab 60-Jährigen. Nur zu 20% befürworten sie diese Vorgabe.

Die Schweizer Bevölkerung betrachtet die Neutralität weiterhin in hohem Masse als Wert an sich. Diese besitzt in ihren Augen einen zwecksetzenden Charakter. Die Überzeugung, dass die Neutralität den Guten Diensten unseres Landes besonders förderlich sei, ist landesweit ungebrochen.

8.2.2 Die Identitätsfunktion der Neutralität

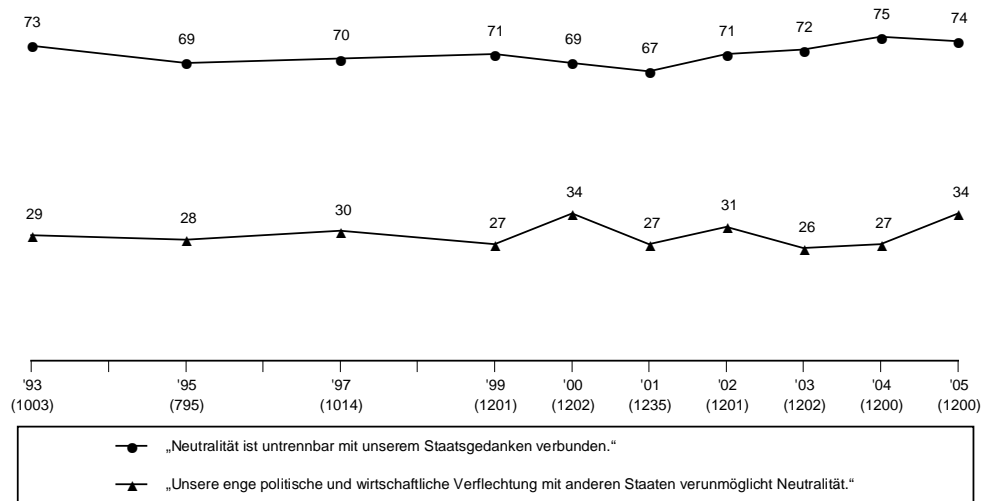
Knapp drei Viertel der SchweizerInnen verbinden die Neutralität untrennbar mit dem schweizerischen Staatsgedanken (74%, -1%; siehe Abbildung 8.3). Besonders stark assoziieren politisch rechts stehende die Neutralität mit der Schweiz (82%, -2%). Im langjährigen Mittel erweist sich diese Haltung als äusserst stabil. Umgekehrt zeigen sich politisch links positionierende Personen kritischer gegenüber der Verbindung von Neutralität und Staatsidentität (60%, ±0%). Gleich verhalten sich die „harten Öffnungswilligen“. Auch sie identifizieren die Schweiz nur unterdurchschnittlich mit der Neutralität (60%, ±0%).⁹

Ein Drittel der Befragten ist überzeugt, dass die enge politische und wirtschaftliche Verflechtung der Schweiz mit anderen Staaten eine echte Neutralität verunmögliche (34%, +7%; siehe Abbildung 8.3). Diese Negativbewertung hat noch nie zuvor in unserer Erhebungsreihe einen derart hohen Anklang gefunden. Dieser Anteil ist gemessen an der Tatsache, dass die Bevölkerung fast geschlossen hinter der Beibehaltung der Neutralität steht, beachtlich. Vor allem stimmen die 18–29-Jährigen (41%, +4%) und die sich politisch links positionierenden Befragten (46%, +6%) überdurchschnittlich dieser Vorgabe zu. Dennoch, auch in diesen beiden soziodemographischen Gruppen glauben nur Minderheiten an eine verminderte Wirkung der Neutralität als Folge der internationalen Verflechtung der Schweiz.

9 „Weiche Öffnungswillige“: 79%, -4%; „Autonomisten“: 84%, -5%; CC=0.27.

Abbildung 8.3

Die Wahrnehmung der Identitätsfunktion der Neutralität („sehr“ oder „eher“ einverstanden in Prozent)



© K.W. Haltiner Si/278/05/P2/rw

8.2.3 Die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität

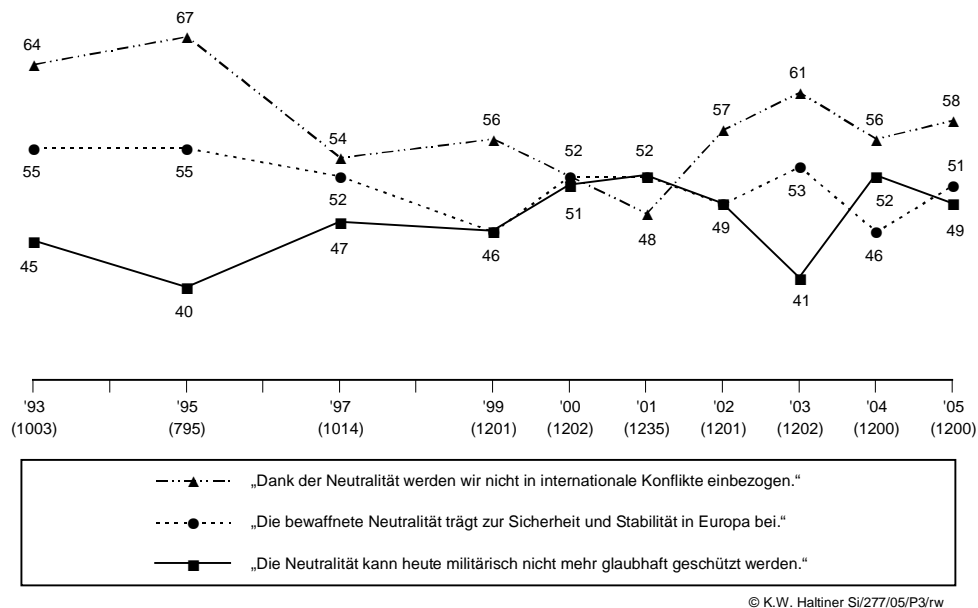
Die Wahrnehmung der sicherheitspolitischen Schutzwirkung der Neutralität verläuft im langfristigen Trend anders als jene der Identitäts- und der Solidaritätswirkung. Während letztere sich einer stabilen Akzeptanz erfreuen, verlor erstere in den Augen der Bevölkerung seit 1995 bis zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA stetig an Glaubwürdigkeit (siehe Abbildung 8.4). Dieser Trend erfuhr nach den Anschlägen eine klar erkennbare Wende. Die früheren Zweifel verflogen mit der aktuellen Bedrohungswahrnehmung und machten erneut dem Glauben an einen „Schutz durch Neutralität“ Platz. 2005 hat sich diese Einstellung nochmals leicht verstärkt. 58% (+2%) sind überzeugt, dass die Schweiz durch ihre neutrale Haltung nicht in internationale Konflikte hinein gezogen werde. Noch stärkeren Sukkurs als letztes Jahr erfährt die Vorgabe, die bewaffnete Neutralität trage zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei (51%, +5%). Nur eine knappe Minderheit von 49% (-3%) teilt die Meinung, die Neutralität könne militärisch nicht glaubhaft geschützt werden. Die Schutzfunktion der Neutralität erfährt somit derzeit eine Art Renaissance.

Sie wird von den demographischen Merkmalsgruppen unterschiedlich wahrgenommen. Besonders Personen mit politisch rechter Einstellung und tiefer Schulbildung glauben an den dissuasiven Charakter der Neutralität. Diese Meinung wird – wenn auch in geringerer Masse – in der Deutschschweiz und in der Südschweiz sowie von älteren SchweizerInnen geteilt. Hingegen

zeigen sich höher Gebildete, politisch links Stehende und Personen aus der Westschweiz wesentlich skeptischer.

Abbildung 8.4

Die Wahrnehmung der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität („sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)



Es scheint, als ob die Terrorbedrohung und der Irakkrieg der Meinung Auftrieb gegeben hätten, die Schweiz werde dank ihrer Neutralität nicht in aktuelle Krisen und Konflikte hineingezogen.

8.3 Neutralitätsauffassungen – eine Typologie

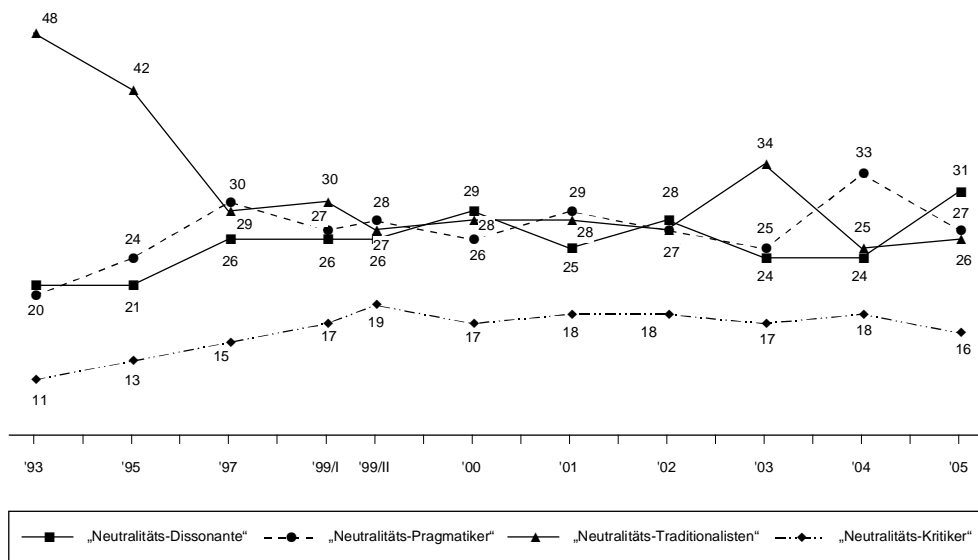
Wie im Falle der ausserpolitischen Kooperationsbereitschaft lassen sich mit Hilfe einer Clusterbildung die verschiedenen Auffassungen von Neutralität besser differenzieren und im Trendverlauf analysieren (vgl. Abbildung B in Anhang II). Eine befriedigende Lösung zur Erklärung der Varianz bildet eine Vier-Cluster-Variante (vgl. Anhang I). Ihr lassen sich von 1'200 Befragten deren 960 eindeutig zuordnen.

Die Typologie der Neutralitätsauffassungen zeigt, dass das „traditionalistische“ Neutralitätsverständnis, das in erster Linie den Ziel- und Identitätscharakter der Neutralität betont, dieses Jahr nach einem Zwischenhoch 2003 wieder auf dem Rückzug ist und seinen langjährigen Ab-

wärtstrend fortsetzt. 26% (+1%) können als „Neutralitätstraditionalisten“ bezeichnet werden (siehe Abbildung 8.5). Die „Neutralitätskritiker“ verharren seit 1999 mehr oder weniger auf dem gleich tiefen Niveau (16%, -2%). Im Vorjahr stieg der Anteil der „Neutralitätspragmatiker“, welche die Neutralität eher unter nüchternen Kosten-Nutzen-Aspekten betrachten, beträchtlich an. Diesen Zuwachs an Zustimmung haben sie dieses Jahr verloren. Ihr Anteil liegt wieder im langjährigen Mittel (27%, -6%). Gestiegen ist hingegen der Anteil derjenigen, die einer widersprüchlichen Neutralitätsauffassung zuneigen (31%, +7%). Seit 2003 ist die Zustimmung zu den unterschiedlichen Neutralitätsauffassungen wechselhaft. Die vier Typen können wie folgt charakterisiert werden:

Abbildung 8.5

Die Neutralitätsauffassungen (Typen) und ihre anteilmässigen Veränderungen 1993–2005
(Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner SI/262/05/P6/rw

- „Neutralitätskritiker“: Personen dieses Meinungstyps stehen der Solidaritätsfunktion ambivalent gegenüber und lehnen die Identitätsfunktion und besonders die sicherheitspolitische Funktion deutlich ab (vgl. Abbildung B in Anhang II). Sie bezweifeln die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität, die ihrer Meinung nach nicht zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen kann und bestreiten, dass die Schweiz dank ihrer Neutralität von Konflikten verschont bleibe. Hingegen stimmen sie den negativen Neutralitäts-

funktionen zu. Eine nützlichkeitsorientierte Bewertung der Neutralität billigen sie knapp, d.h. die Maxime soll dann aufgegeben werden, wenn sie keine Vorteile mehr bringt. Sie meinen – wenn auch wiederum knapp –, dass unsere enge internationale Verflechtung Neutralität verunmögliche. „Kritiker“ halten die schweizerische Neutralität offensichtlich für ein nationalegoistisches Konzept, das die Schweiz daran hindert, ihre internationale Mitverantwortung wahrzunehmen. Es lässt sich somit folgern, dass aus ihrer Sicht die Neutralität den heutigen politischen Gegebenheiten, nämlich der internationalen Verflechtung der Schweiz und den sich daraus ergebenden Forderungen an solidarischem Handeln nicht mehr entspricht. Der Typus des „Neutralitätskritikers“ bewegt sich anteilmässig im Beobachtungszeitraum von 1993 bis 2005 zwischen 11% und 19%. 2005 beträgt sein Anteil 16% ([13%]¹⁰; –2%) aller typologisierungsfähigen Befragten (siehe Abbildung 8.5). Seit 1999 ist sein Anteil an den Neutralitätstypen bei leichten Schwankungen stabil geblieben.

- „*Neutralitätspragmatiker*“: Sie glauben an eine internationale Solidaritätsfunktion der schweizerischen Neutralität und stimmen der Identitätsfunktion klar zu (vgl. Abbildung B in Anhang II). Eine sicherheitspolitische Schutzwirkung können sie hingegen nicht erkennen. Sie glauben nicht, dass die Schweiz dank ihrer Neutralität vor Konflikten verschont bleibe und dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen könne. Diese Meinung teilen sie mit den „Neutralitätskritikern“. Ob die Neutralität heute militärisch noch glaubhaft geschützt werden könne, darüber ist ihre Meinung geteilt. Die „Neutralitätspragmatiker“ betrachten die Neutralität nicht nur nützlichkeitsorientiert. So würden sie diese nicht aufgeben, selbst wenn sie der Schweiz keinen Nutzen mehr bringt. Weiter glauben sie nicht, dass die Neutralität die Schweiz am gemeinsamen Handeln mit ihren europäischen Nachbarn hindern könne. Ebenso wenig teilen sie die Meinung, die internationale Verflechtung der Schweiz verunmögliche echte Neutralität.

Die „Neutralitätspragmatiker“ bewegen sich im Beobachtungszeitraum von 1993 bis 2005 zwischen 20% und 33%. 2005 können 27% ([22%]; –6%) der Befragten zu ihnen gezählt werden.

- „*Neutralitätsdissonante*“: Personen dieses Auffassungstyps beantworten die positiven und fast alle negativen Neutralitätsfunktionen zustimmend (vgl. Abbildung B in Anhang II). Ihr Antwortverhalten ist also widersprüchlich. Besonders hohe Zustimmung erhält die Solidaritätsfunktion, aber auch die Identitätsfunktion erfreut sich eines hohen Stellenwerts. Dass die Neutralität eine positive Wirkung auf die europäische Sicherheit und Stabilität ausübe, wird

10 20% der Befragten lassen sich keinem Neutralitätstypus zuordnen. Die erstgenannte Prozentzahl nennt deshalb den Anteil eines Typus an allen Personen, die einem Typus zugeordnet werden können. In eckigen Klammern wird der Anteil eines Typus an der Gesamtstichprobe von 1'200 Personen angegeben.

von einer Mehrheit geglaubt. Der sicherheitspolitische Nutzen der Neutralität wird von diesem Meinungstypus bejaht. Personen dieses Typs stimmen jedoch auch den gegenteiligen Vorgaben zu, nämlich die Neutralität könne militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden, sie könne die Schweiz vom gemeinsamen Handeln mit den europäischen Nachbarn abhalten und unsere internationale Zusammenarbeit verunmögliche die Neutralität sowieso. „Neutralitätsdissonante“ würden nicht auf die Neutralität verzichten, auch wenn klar wäre, dass diese der Schweiz keine Vorteile mehr brächte. In dieser Widersprüchlichkeit manifestiert sich ein erhebliches Mass an Verunsicherung in Neutralitätsfragen. Personen dieser Auffassungsrichtung sehen die sich verstärkenden Hindernisse für die schweizerische Neutralität, möchten aber subjektiv und emotional trotzdem an ihr festhalten. Entweder sind sie sich der Widersprüchlichkeit ihrer Haltung bewusst und nehmen ihre kognitive Dissonanz wahr, oder sie realisieren ihre gegensätzliche Haltung gar nicht, sind tendenziell apolitisch und haben sich noch kaum eingehend mit Fragen der Neutralität auseinandergesetzt.

Anteilmässig schwankt die Gruppe der „Neutralitätsdissonanten“ im Zeitraum von 1993 bis 2005 zwischen 20% und 31%. Mit 31% ([25%]; +7%) erreicht sie dieses Jahr den höchsten Wert.

- „*Neutralitätstraditionalisten*“: Im Vergleich zu den anderen Neutralitätstypen erfahren insbesondere die Solidaritätsfunktion und die Identitätsfunktion unter den „Traditionalisten“ eine überdurchschnittlich hohe Zustimmung. Sie nehmen wie in den vorhergehenden Jahren alle Neutralitätsfunktionen als überaus positiv wahr und lehnen ganz klar jegliche Negativaussagen ab (vgl. Abbildung B in Anhang II). Vor allem die Solidaritätsfunktion wird sehr hoch bewertet. Der Glaube an die der Neutralität zu verdankenden Gelegenheiten für Gute Dienste im internationalen Umfeld ist ungebrochen. „Traditionalisten“ lehnen die Vorgabe, wonach die schweizerische Neutralität ein Hindernis für gemeinsames Handeln mit anderen europäischen Staaten darstellen könnte, klar ab. Eine rein instrumentelle Betrachtung der Neutralität weisen sie deutlich zurück, d.h. auch wenn die Neutralität aus ihrem Blickwinkel keine Vorteile mehr bringen sollte, würden sie diese nicht aufgeben. Der Neutralität wird eine hohe symbolische Wirkung zugeschrieben und sie wird wertmässig zum Selbstzweck erhoben. Sie ist aus der Sicht der „Traditionalisten“ eng mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden.

Im Zeitverlauf von 1993 bis 2005 ist der Anteil der „Neutralitätstraditionalisten“ gesunken, nämlich von 48% auf 26% ([21%]; +1%; siehe Abbildung 8.5). Dieser Wert bewegt sich unter dem langjährigen Mittel.

Fazit: Im Trend fluktuieren die Neutralitätsauffassungen. Dieses Jahr kann eine Zunahme beim „Dissonanz“-Typ auf Kosten der „Pragmatiker“ beobachtet werden.

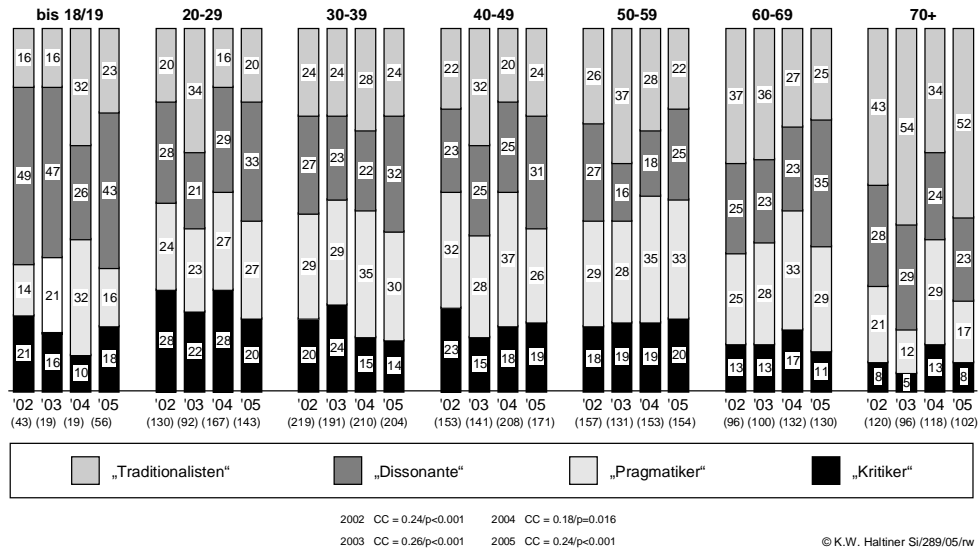
8.3.1 Die Neutralitätsauffassungen nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen

In den Abbildungen 8.6 und 8.7 werden die Neutralitätstypen aufgeschlüsselt nach Alter und Bildung dargestellt.

Der Zusammenhang zwischen dem Alter und den verschiedenen Typen der Neutralitätsauffassung ist hoch ($CC=0.24$, $p<0.001$). Als allgemeine Tendenzaussage gilt: Je älter die Befragten, desto höher ihre Unterstützung für eine „traditionalistische“ Neutralitätsauffassung und je jünger die Befragten, desto stärker hebt sich der „dissonante“ Typ hervor (siehe Abbildung 8.6). Auffallend ist, dass bei der ältesten Generation sich 2005 eine eigentliche Rückbesinnung zum „Traditionalismus“ breit macht, nachdem letztes Jahr vermehrt eine „pragmatische“ Sichtweise vorherrschte. Umgekehrt haben unter den Jungen bis 20 Jahre die „Traditionalisten“, sowie auch die „Pragmatiker“ und die „Kritiker“, wieder deutlich an Terrain verloren zugunsten der „Dissonanten“. Die mittleren Alterskategorien bleiben weiterhin der Neutralität gegenüber am kritischsten eingestellt.

Abbildung 8.6

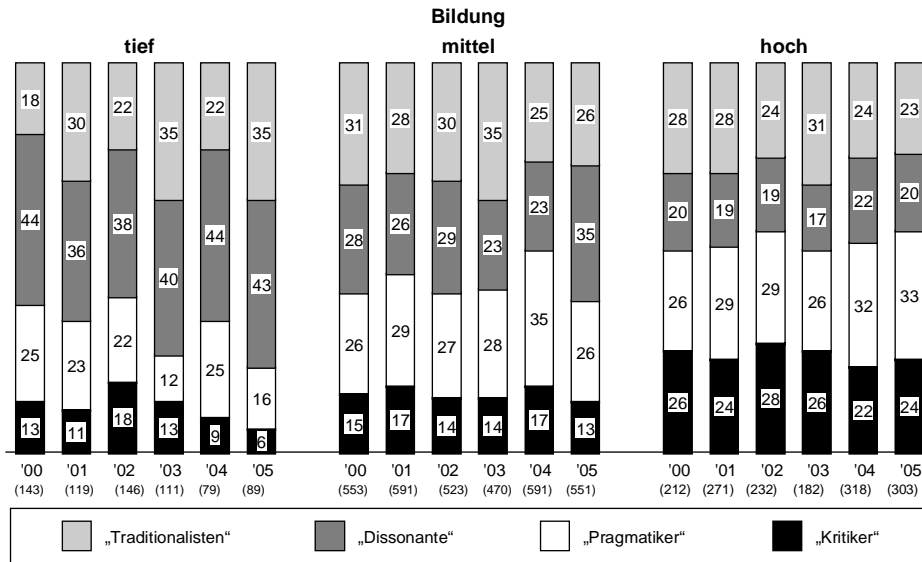
Neutralitätsauffassungen nach verschiedenen Altersgruppen (Angaben in Prozent)



In den unteren Bildungsschichten ist die Verunsicherung in der Beurteilung der Neutralität notorisch: Die „Dissonanten“ überwiegen hier auch dieses Jahr (siehe Abbildung 8.7). Zugleich macht sich unter ihnen eine „traditionalistische“ Sichtweise breit. Eine gewisse Verunsicherung über die den heutigen Gegebenheiten angemessene Neutralitätsbeurteilung zeigt sich zunehmend auch in den mittleren Bildungsschichten. Dies vor allem auf Kosten der „Pragmatiker“ und in geringerem Masse der „Kritiker“. Die oberen Bildungsgruppen zeigen sich über die Zeit am stabilsten. Es dominieren die „pragmatische“ und die „kritische“ Neutralitätssicht.

Abbildung 8.7

Neutralitätsauffassungen nach dem soziodemographischen Merkmal Bildung
(Angaben in Prozent)



K. W. Haltiner Si/290/05/rw

Es bestehen ferner Differenzen nach der politischen Selbsteinstufung ($CC=0.24$), die hier grafisch nicht dargestellt ist. Dem „Kritikertypus“ lassen sich 32% der sich links positionierenden Personen zuordnen, aber nur 9% der politisch rechts Stehenden. Bei letzteren findet sich der höchste Anteil an „Traditionalisten“ mit 35%. Eine solche Auffassung teilen hingegen nur 12% der politisch links stehenden Befragten. Weiter besteht ein Zusammenhang zwischen den Typen der aussenpolitischen Öffnungsbereitschaft und den Neutralitätstypen ($CC=0.35$). Die „traditionalistische“ Neutralitätsauffassung wird von 36% (-3%) der „Autonomisten“ geteilt, und die „harten Kooperationswilligen“ sind grundsätzlich „neutralitätskritisch“ eingestellt (35%, -6%).

Fazit: Die Neutralitätsauffassungen variieren nach Alter, Bildung und politischer Einstellung. Am bekannten Muster, wonach die mittlere Altersgeneration und Personen mit hohem Bildungsstand sich überdurchschnittlich „neutralitätskritisch“ geben, während ältere Personen und die deutsche Schweiz sich weiterhin eher dem „Neutralitätstraditionalismus“ verpflichtet fühlen, hat sich nichts geändert.

9 SICHERHEITSPOLITISCHE ASPEKTE DER INTERNATIONALEN KOOPERATION

9.1 Wahrnehmung der nationalen Sicherheitsautonomie

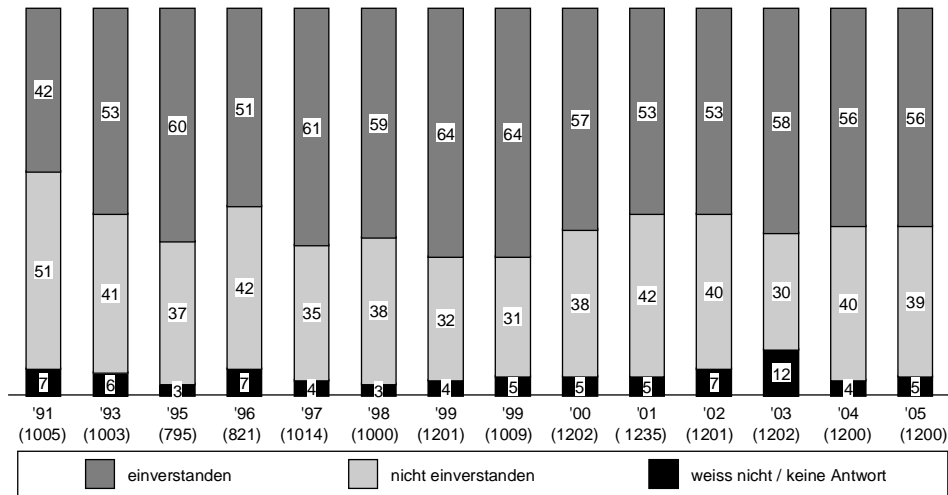
Die Einschätzung der nationalen Sicherheitsautonomie erweist sich über die Jahre hinweg als ausserordentlich stabil. Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung ist nach wie vor der Ansicht, die nationale Sicherheit werde immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt (56%, $\pm 0\%$; siehe Abbildung 9.1). Im Vergleich sind aktuell mehr Befragte dieser Meinung als 2001/2 (53%), aber auch deutlich weniger als 1997 bis 2000, als stets rund 60% mit dieser Vorgabe einverstanden gewesen waren. Die Überzeugung, verteidigungspolitisch autonom bleiben zu können, hat sich zwischenzeitlich wieder verfestigt, was sich auch in einer Renaissance des „Autonomismus“ hierzulande bemerkbar macht (vgl. Kapitel 7). Besonders skeptisch gegenüber einer schweizerischen Sicherheitsautonomie eingestellt sind Personen aus der Romandie (67%, +2%) sowie Befragte aus höheren Bildungsschichten (64%, +2%). Der Anteil jener, die nicht einverstanden sind, dass die Sicherheit der Schweiz immer mehr von anderen Staaten bestimmt werde, bleibt gegenüber dem letzten Jahr fast unverändert (39%, -1%). Nur eine Minderheit der Schweizer Bevölkerung ist somit von der autonomen Sicherheitsgewährleistung überzeugt.

Die grössten Meinungsdivergenzen in Bezug auf die sicherheitspolitische Fremdbestimmung der Schweiz finden sich zwischen den Neutralitätstypen (CC=0.18). „Neutralitätskritiker“ bestreiten konsequenterweise die Möglichkeit einer nationalen Sicherheitsautonomie deutlich (68%, $\pm 0\%$). Hingegen glaubt eine knappe Mehrheit der „Neutralitätstraditionalisten“ an eine autonom zu gewährleistende Sicherheit der Schweiz (50%).

Abbildung 9.1

Wahrgenommene nationale Sicherheitsautonomie (Angaben in Prozent)

„Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt.“



©Haltiner SI/379/05/rw

9.2 Sicherheitspolitische Kooperation im Allgemeinen und mit der Uno im Speziellen

Die Frage „Sind Sie damit einverstanden, dass Schweizer Soldaten, die sich freiwillig zur Verfügung stellen, ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?“¹¹ wird seit 1993 gestellt (siehe Abbildung 9.2). Damit soll die Bereitschaft zur sicherheitspolitischen internationalen Kooperation gemessen werden, ohne diese auf eine bestimmte Organisation, wie zum Beispiel die Uno oder die Nato, zu beziehen. Diesbezüglich fand 2000 eine eigentliche Trendwende statt. Erstmals wurde nicht mehr der rein unterstützende, sondern der friedenssichernde Einsatz, der eine Bewaffnung zum Selbstschutz vorsieht, von den befragten Personen favorisiert. 2005 nun findet wieder wie 1999 der rein unterstützende Einsatz mehr Anklang (44%, +8%) als der friedenssichernde Einsatz, der eine Bewaffnung zum Selbstschutz vorsieht (41%, -5%). Diese Neubewertung von freiwilligen Auslandseinsätzen der Schweizer Armee könnte sich im Zusammenhang mit dem Irakkrieg verändert haben: Der waffengestützten friedenssichernden Aufgabenerfüllung

erwächst seither wieder grössere Skepsis. Nur 8% (–3%) lehnen hingegen jede Art des Engagements von Schweizer Armeeangehörigen ausserhalb der Landesgrenzen ab. Dies ist der tiefste Wert seit der ersten Messung 1993 (20%). Die Haltung, sich unter keinen Umständen in bewaffneten Konflikten im Ausland zu engagieren, ist somit einer kleinen Minderheit vorbehalten. Auch das andere Extrem, dass Schweizer Soldaten im Ausland zu Kampfeinsätzen beigezogen werden sollten, bleibt weiterhin nur für eine kleine Minderheit denkbar (5%, –1%).

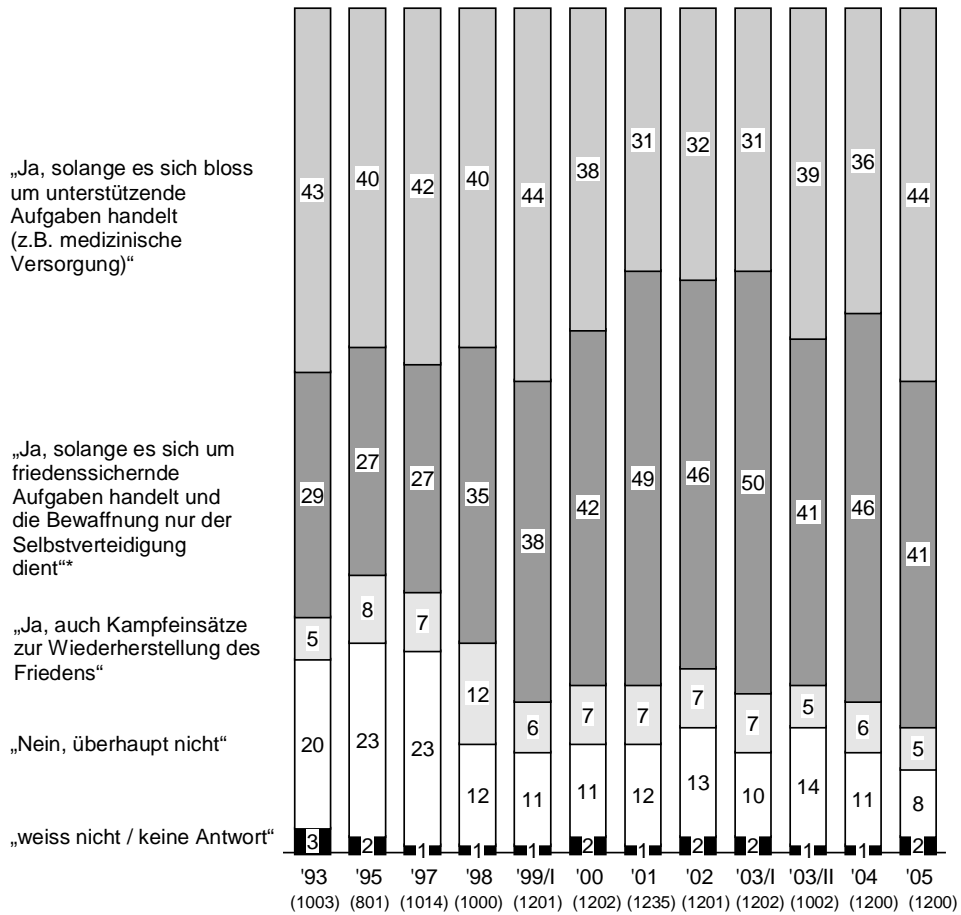
Weiterhin befürworten Befragte aus der deutschsprachigen Schweiz (45%) und Personen mit einer höheren Bildung (48%) die zum Selbstschutz bewaffneten, friedenssichernden Operationen überdurchschnittlich, aber nicht mehr mit jener Deutlichkeit wie in den Jahren zuvor. Sowohl die „harten“ wie auch die „weichen Öffnungsbereiten“ befürworten knapp mehrheitlich friedenssichernde Einsätze (50%). Überdurchschnittlich ablehnend zeigen sich gegenüber dem militärischen Auslandengagement politisch rechts Stehende (16%) und Personen ab 60 Jahren (12%).

¹¹ Bis 1999 lautete die Fragestellung wie folgt: „Könnten Sie sich vorstellen, dass Schweizer Soldaten einmal ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?“

Abbildung 9.2

Auslandeinsatz von Schweizer Soldaten (Angaben in Prozent)

„Sind Sie damit einverstanden, dass Schweizer Soldaten, die sich freiwillig zur Verfügung stellen, ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?“



*1998: „Ja, solange es sich um friedenssichernde Aufgaben handelt.“ © K.W. Haltiner Si/378/05/P5/rw

Bloss unterstützende Einsätze befürworteten in erster Linie Befragte aus der französischsprachigen Schweiz (60%) sowie Frauen (49%). Des Weiteren gilt auch dieses Jahr, dass – trotz überdurchschnittlich hohem Ablehnungsanteil – sowohl sich als rechts einstuftende Personen wie auch „Autonomisten“ die Auslandeinsätze der Armee grossmehrheitlich wohlwollend beurteilen – dies im Gegensatz zu einzelnen rechten Parteien.

Ein weiterer Hinweis darauf, was die Bevölkerung hierzulande von einem militärischen Friedensengagement im Ausland hält, ergibt sich aus der Zustimmung zur regelmässig gestellten Vorgabe, die Schweiz solle der Uno Friedenstruppen zur Verfügung stellen (siehe Abbildung 7.3, Kapitel 7). Während in der ersten Hälfte der neunziger Jahre dafür zu keinem Zeitpunkt eine Mehrheit zu Stande kam, ist die Billigung seit 1996 nie mehr unter die 50%-Schwelle gesunken. Auch 2005 erklärt sich eine klare Mehrheit der Befragten einverstanden damit, dass die Schweiz der Uno Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte (60%, +4%). Weiterhin überdurchschnittlich stark heissen politisch linke Kreise (69%) und die 18–29-Jährigen (68%) Schweizer Uno-Friedenstruppen gut, aber nur eine Minderheit der sich politisch rechts positionierenden Befragten unterstützt diese Vorgabe (47%).

Differenzen hinsichtlich der Uno-Friedenstruppen bestehen nach wie vor zwischen den internationalen Kooperationstypen (CC=0.32). Über drei Viertel der „harten Öffnungswilligen“ (77%) sind der Überzeugung, dass die Schweiz auf Anfrage der Uno Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte. Die „Autonomisten“ teilen diese Sichtweise jedoch nur zu 42%.

Fazit: Grossmehrheitlich sprechen sich die SchweizerInnen 2005 für einen freiwilligen Einsatz von Schweizer Soldaten im Ausland aus. Geteilter Meinung sind sie über die Form solcher Operationen. Der rein unterstützende Einsatz von Schweizer Soldaten wird 2005 eher bevorzugt. Die Unterstützung der Uno durch Schweizer Friedenstruppen stösst vermehrt auf Zuspruch. Über die letzten Jahre manifestiert sich ein solider Trend zur Akzeptanz von schweizerischen Friedenseinsätzen im Ausland, die normative Kraft des Faktischen hat eingesetzt. Dennoch werden bewaffnete Einsätze kritischer betrachtet. Für militärische Friedenssicherungsoperationen scheinen Neutralität und Allianzfreiheit in den Augen der Bevölkerungsmehrheit keine Hindernisse mehr darzustellen, aber die Einsätze müssen sich an diesen beiden aussenpolitischen Maximen orientieren.

10 ASPEKTE DER INNEREN SICHERHEIT UND DES MILITÄRISCHEN BOTSCHAFTSSCHUTZES

Allgemein haben seit der gestiegenen Terrorbedrohung im neuen Jahrhundert Aspekte der Inneren Sicherheit auf Kosten der Äusseren an Bedeutung gewonnen. Oder richtiger: Innere und Äussere Sicherheit lassen sich offensichtlich immer weniger trennen und kaum mehr mit separierten Mitteln bekämpfen. Seit dem Jahre 2002 sind deshalb vermehrt Fragen in unsere Erhebung aufgenommen worden, die der Wahrnehmung der inneren Sicherheitslage durch die Bevölkerung gelten. Auch wird dabei ermittelt, wie die Rolle der Armee beurteilt wird, die seit einigen Jahren bekanntlich vermehrt subsidiär für Zwecke der inneren Landessicherheit eingesetzt wird.

10.1 Terrorbekämpfung, internationale Polizeizusammenarbeit und Armee als Sicherheitsvermittlerin

Die wenigen Indikatoren¹² zur Wahrnehmung der Inneren Sicherheit (siehe Abbildung 10.1), die in diesem Jahr in unsere Erhebung aufgenommen wurden, zeugen von hoher Stabilität der Einschätzungen durch die Bevölkerung über die Zeit von 2003 bis 2005. Mit einer Ausnahme: Bei der Vorgabe, man müsse den Terror mit allen Mitteln bekämpfen, auch unter Hinnahme von Freiheitseinbussen, zeigt sich eine Zustimmungsabnahme um 15% von 2003 zu 2005. Darin manifestiert sich sowohl ein Rückgang in der Terrorangst als auch eine gesunkene Bereitschaft, zur Bekämpfung des Terrors grössere Opfer zu bringen. Ob die neuartige Bedrohungslage die Akzeptanz für eine engere internationale Polizeikooperation im Aufwind hält, lässt sich den vorliegenden Daten nur theoretisch entnehmen. Vieles spricht dafür. So erhalten die entsprechenden Vorgaben in der Abbildung 10.1 von 2003 bis 2005 eine sehr hohe Zustimmung von durchschnittlich fast 90% mit einer bloss geringfügigen Abnahme im Vergleich von 2003 (91%) zu 2005 (86%). Sollte der Ausbau der internationalen Polizeikooperation mit einer nationa-

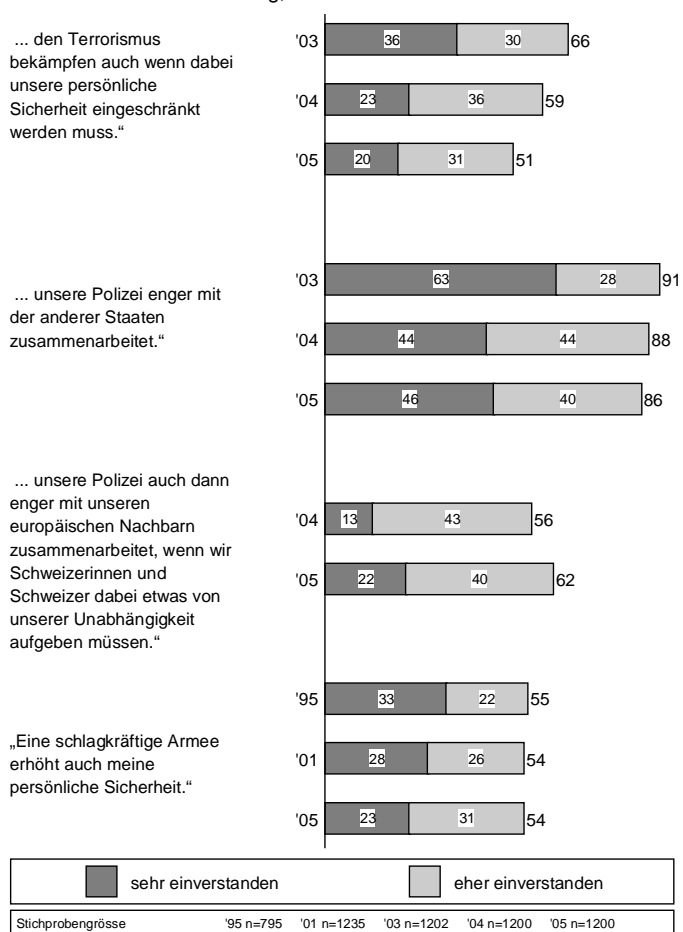
12 Unterschiedliche Schwerpunktsetzungen – dieses Jahr Armeeaufgaben und alternative Dienstleistungsformen – zwingen zum Verzicht bei der Erhebung anderer sicherheitsrelevanter Einstellungsfelder. Die Innere Sicherheit stand als Schwerpunktthema 2003 und 2004 im Vordergrund.

len Souveränitätseinbusse verbunden sein, so nimmt die Akzeptanz dafür ab. Sie verbleibt aber im Mehrheitsbereich. Gegenüber dem Vorjahr ist diesbezüglich sogar eine leichte Zunahme in der Zustimmung zu verzeichnen (62%, +6%). Damit zeichnete sich im Januar 2005 das Urnen-Ja bereits ab, das dann an der Abstimmung vom 5. Juni 2005 zum Vertrag von Schengen/Dublin eher knapp zu Stande kam. Etwas anderer Natur ist die zuunterst aufgelistete Vorgabe in Abbildung 10.1. Sie indiziert das persönliche Sicherheitsgefühl, das die Armee zu vermitteln vermag. Dieses liegt seit 1995 ungebrochen auf einem Zustimmungsniveau von etwas über 50%.

Abbildung 10.1

Aspekte der Inneren Sicherheit (Angaben in Prozent)

„Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass wir ...



© K.W. Haltiner 908/05/P1/sb

Praktisch unumstritten über alle soziodemographischen Gruppen und Sprachregionen hinweg ist das Postulat für eine intensivere internationale Polizeikooperation. Die Variationen nach Gruppen sind minim. Alle anderen Vorgaben hingegen variieren vor allem entlang der politischen Positionierung links versus rechts. So sind beispielsweise sich politisch links einstufoende Befragte bloss zu 30% bereit, eine Terrorbekämpfung gutzuheissen, die notfalls auch Freiheitseinbussen fordert, während dies auf der Rechten bei 68% der Fall ist. Gleiches gilt für das Alter: Die jüngste Befragtengruppe vermag nur zu 40% dieser Vorgabe zuzustimmen, die älteste hingegen zu 67%. Oder bezüglich Bildung: Die tiefste Bildungsgruppe heisst zu 64% die Vorgabe gut, die höchste zu 41%. In der Frage der internationalen Polizeizusammenarbeit, die mit Souveränitätseinbussen einhergeht, manifestiert sich dasselbe Muster an Zustimmungintensitäten, das bereits beim Thema der Öffnung des Landes (vgl. Kapitel 7) festzustellen war: Überdurchschnittlich einverstanden sind hier politisch sich links einstufoende Personen (71%) und die AbsolventInnen der höchsten Bildungsstufe (71%), ferner auch Befragte aus der lateinischen Schweiz (franz. Schweiz: 78%, ital. Schweiz: 67%). Deutlich skeptischer gegenüber einer souveränitätsmindernden internationalen Polizeizusammenarbeit zeigen sich politisch rechts Stehende (56%) und die ab 60-Jährigen (56%). Noch ausgeprägter sind die soziodemografischen Differenzen in der Frage des Sicherheitsgefühls, das von einer „schlagkräftigen“ Armee ausgeht: Sich links Einstufoende stimmen hier bloss zu 23% zu, 18–29-Jährige zu 44%, Befragte mit Hochschulabschluss zu 43%. Hoch gebilligt wird indessen die Vorgabe von sich rechts Einstufoenden (71%), der ältesten Befragtengruppe (71%) sowie Personen, die nur über einen obligatorischen Schulabschluss verfügen (71%).

10.2 Einsatz der Armee zugunsten der Inneren Sicherheit

Nachdem das USIS-Programm zur Reform des Polizeiwesens in der Schweiz ohne Ergebnisse endete, entschied der Bundesrat im November 2002, der Armee weitere Aufgaben polizeilicher Natur im Inneren zu übertragen, so unter anderem den Schutz ausländischer Vertretungen. Diesen Entscheid stützte in der Erhebung des Vorjahres eine knappe Mehrheit von 52%; 46% lehnten ihn ab. Dieses Jahr hat sich das Akzeptanzverhältnis umgekehrt: 44% billigen den Entscheid, 53% billigen ihn nicht (siehe Tabelle 10.1). Dabei liegt die Zustimmung in der deutschen Schweiz wie schon im Vorjahr höher als in der Westschweiz, hat sich aber innert Jahresfrist in beiden Landesteilen gleichläufig abgeschwächt. Einzig in der Südschweiz heisst eine absolute Mehrheit den militärischen Botschaftsschutz gut, nachdem im Vorjahr nur eine relative dafür einstand. Infolge der geringen Absolutzahlen ist die Häufigkeitsverteilung aber mit Vorsicht zu geniessen. Stärker noch als nach den Sprachregionen sind die Differenzen einmal mehr nach der politischen Gesinnung: Sich links positionierende Befragte lehnen den militärischen Botschaftsschutz ab – dieses Jahr noch stärker als schon im Vorjahr –, sich als rechts Bezeichnende stimmen zu, im Vergleich zum Vorjahr (63%) allerdings nur noch knapp (53%),

–10%). Die Zustimmungswerte der politischen Mitte reflektieren die Totalzahlen. Eine Zunahme an politischer Polarisierung ist in dieser Frage nicht zu verzeichnen. Vielmehr hat sich die Zustimmung zum Bundesratsentscheid im Durchschnitt der befragten Stimmbevölkerung insgesamt abgeschwächt. Es zeigen sich auch Variationen nach Alter und Bildung. Diese sind indessen im Vergleich zu jener nach der Sprachregion und der politischen Selbsteinstufung von nachgeordneter Bedeutung.

Tabelle 10.1

Botschaftsschutz durch die Armee (Einverständnis in Prozent)

„Weil das Geld knapp ist, hat der Bundesrat entschieden, dass statt einer Aufstockung der Polizei mehr Milizsoldaten als bis jetzt zur Unterstützung der Polizei eingesetzt werden sollen. Sind Sie damit einverstanden oder nicht einverstanden?“

	Total		Sprachen						Politische Selbsteinstufung					
			dt		frz		it		links		Mitte		rechts	
	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005
einverstanden	52	44	56	47	44	32	49	57	37	24	53	44	63	53
nicht einverstanden	46	53	43	51	54	53	47	37	63	74	46	54	37	42
weiss nicht / keine Antwort	2	3	1	2	2	5	4	6	–	2	1	2	–	5
	(1200)	(1200)	(868)	(862)	(280)	(286)	(53)	(52)	(178)	(188)	(717)	(633)	(244)	(251)

© K. W. Haltiner 909/05/sb

Allgemein gilt: Wer sich zu Terrorbekämpfung unter Hinnahme von Freiheitseinbussen bekennt und sich von einer „schlagkräftigen“ Armee hohe Sicherheit verspricht, neigt auch eher zur Bejahung des militärischen Botschaftsschutzes ($CC=0.37$ bzw. $CC=0.38$). Das lässt die Vermutung zu, dass mit einer verminderten Terrorangst, wie sie dieses Jahr konstatiert werden kann (siehe Abbildung 10.1), sich auch die Billigung des militärischen Polizeidienstes abgeschwächt haben könnte. Diese These lässt sich aber mit den vorliegenden Daten allein nicht stützen.

Fazit: Es bestätigen sich die Befunde der Erhebungen von 2002 bis 2004, wonach nämlich im Einstellungsfeld „Sicherheit“

- die Intensität der Billigung von Massnahmen zur Wahrung der Sicherheit mit dem Grad an aktueller Bedrohung zu variieren scheint: Steigt der allgemeine oder spezifische Bedrohungsgrad, so steigt die Forderung nach Abwehrmassnahmen und die Bereitschaft, dafür auch gewisse Opfer zu bringen, sinkt er, lässt die entsprechende Akzeptanz nach.
- die politische Verortung der Befragten das soziologische Merkmal mit der grössten Erklärungskraft beinhaltet. Subsidiär gilt dies für das Alter und den Bildungsgrad der Befragten, die beide mit der politischen Positionierung relativ stark korrelieren ($CC=0.15$ bzw. $CC=0.21$). Tendenziell gilt, dass die politische Selbsteinstufung rechts der Mitte mit steigendem Alter zunimmt. Ebenso gilt als Tendenz: je höher der Bildungsgrad, desto eher eine Selbsteinstufung links.

11 AUFGABEN DER ARMEE

11.1 Aufgaben der Schweizer Armee im Wandel

Die sicherheitspolitische Neuausrichtung der Armee findet in der Schweiz, wie anderswo in Europa, ihren Ausdruck unter anderem in der Ausweitung des Aufgabenfeldes. Sichtbarste Konsequenz dieser Neuorientierung in der Schweiz ist das Konzept Armee XXI, das im Wesentlichen eine erhebliche Flexibilisierung der Organisationsstrukturen für ein vielfältiger gewordenen Aufgabenspektrum beinhaltet. Trotz der Inkraftsetzung der Armee XXI anfangs 2004 hält die Diskussion um die strategische und operative Ausrichtung der Armee an. So sind die Reaktionen von einzelnen Medien und politischen Parteien wie auch von Teilen der Bevölkerung auf weitere Schwerpunktverlagerungen und Strukturanpassungen Richtung polizeilicher Arbeit der Armee im Mai dieses Jahres zum Teil heftig ausgefallen (vgl. Kapitel 1). Ebenso hat sich, wie gezeigt, die Stimmung betreffend der Verwendung der Armee für den Botschaftsschutz innert Jahresfrist gewendet (vgl. Kapitel 10). Vielerorts tut man sich offenbar schwer mit dem Identitäts- und Aufgabenwandel der Miliz.

Aus diesen Gründen sind in die diesjährige Erhebung zwei ergänzende Fragebatterien aufgenommen worden: Mittels der ersten soll die aktuelle Beurteilung der Wichtigkeit von potenziellen Armeeaufgaben durch die Bevölkerung ermittelt werden, mittels der zweiten sollen Erwartungen über die künftige Bedeutung dieser Aufgaben ermittelt werden. Allfällige Differenzen zwischen beiden indizieren mögliche Spannungsfelder in der aktuellen Armeedebatte.

11.2 Wichtigkeit von Armeeaufgaben

Für die Wichtigkeitszumessung bekamen die Befragten insgesamt 13 denkbare oder zumindest mögliche Armeeaufgaben vorgelegt. Sie konnten deren Wichtigkeit auf einer 10er-Skala einstufen (1 = „völlig unwichtig“, 10 = „ausserordentlich wichtig“). Die Abbildung 11.1 gibt die Einstufung „ausserordentlich wichtig“ sowie die Mittelwerte nach dem Grad abnehmender Wichtigkeit wieder. Wie der Abbildung 11.1 zu entnehmen ist, liegt die Bandbreite der Zumessung „ausserordentlich wichtig“ zwischen 8% und 64%. Dabei erreichen Katastropheneinsätze im Inland sowie die Verteidigung Spitzenwerte, gefolgt von Hilfeinsätzen bei Katastrophen im Ausland und dem Einsatz zur Verhinderung von Terroranschlägen. Kaum jemand (1%) findet die

Hilfeleistung der Armee im Katastrophenfall (Inland) völlig unwichtig. Diese Aufgabe wird überwiegend unabhängig von Alter, Geschlecht, Wohnregion, politischer Einstellung und Bildung sehr ähnlich beurteilt. Schlusslichter in der Wichtigkeitszumessung bilden Bewachungsaufgaben (Konferenzen, Botschaften), Einsätze zur Wahrung der Inneren Ordnung bei Streiks und Demonstrationen sowie bewaffnete Einsätze im Ausland im Auftrag der Uno oder anderer internationaler Organisationen. Die Mittelwerte ändern an der Rangierung wenig, differenzieren aber in der Wichtigkeitszumessung feiner.

Abbildung 11.1

Wichtigkeit verschiedener Aufgaben der Schweizer Armee (Bewertung „ausserordentlich wichtig“ (10) in Prozent sowie Mittelwerte)



© K.W. Haltiner Si/884/05/P4/rw

Das in Abbildung 11.1 sichtbare Rating lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die klassischen Spontanhilfe- und Verteidigungsaufgaben prägen nach wie vor das Armeebild in der Bevölkerung. Von einer Teilnahme der Schweiz an bewaffneten militärischen Interventionen im Ausland, die über das Bisherige hinaus gehen, wie auch von Einsätzen zugunsten der Aufrechterhaltung der Inneren Ordnung bei Streiks und Demonstrationen hält man in der Stimmbevölkerung wenig. Das dazwischen liegende Feld von Aufgaben vor allem polizeilicher Natur wird zwar als wichtig gebilligt, aber ohne grossen Enthusiasmus. Nennenswerte Variationen nach soziodemographischen Gruppen finden sich kaum bei den Aufgaben an der Spitze, wohl aber bei nachgeordneten. Weiter hält mindestens ein Sechstel der Befragten die folgenden Aufgaben für „unwichtig“:

- Bewaffnete militärische Einsätze im Ausland im Auftrag der Uno oder anderer internationaler Organisationen (21%),
- Einsätze zur Aufrechterhaltung der Inneren Ordnung bei Streiks und Demonstrationen (16%).

11.3 Erwartungen über die künftige Aufgabenentwicklung

Entsprechen die als wichtig eingestufteten Aufgaben auch den für die Zukunft erwarteten? Ausser der Wichtigkeit wurde in der diesjährigen Erhebung, wie schon 2000 und 2003, auch die künftige Bedeutung der einzelnen Aufgaben erfragt. Damit werden indirekt Erwartungen der Bevölkerung an die Armee-Entwicklung indiziert und mögliche Enttäuschungspotenziale sichtbar.

Absolut mehrheitlich wird eine steigende Bedeutung der Armee erwartet bei (Abb. 11.2):

- Hilfe bei Grosskatastrophen im Inland (67%) und Ausland (62%),
- Verhinderung von Terroranschlägen (50%).

Aufgaben, für die relative Mehrheiten eine steigende Bedeutung sehen, nach absteigender Reihenfolge:

- Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes (46%),
- Unterstützung der zivilen Grenzwaache bei grossen Flüchtlingsströmen (45%),
- Mithilfe bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens (43%),
- Einsatz im Ausland als Friedenstruppen, die zum Selbstschutz bewaffnet sind (43%).

Aufgaben, für die relative Mehrheiten ein Gleichbleiben gegenüber heute erwarten:

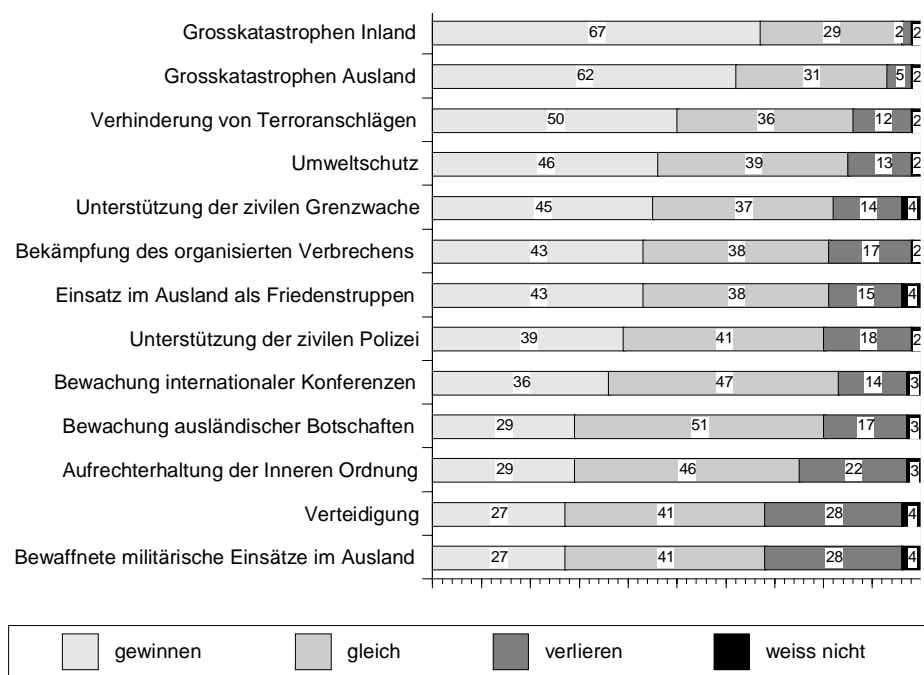
- Bewachung von ausländischen Botschaften (51%) und von internationalen Konferenzen (47%),
- Einsatz zur Aufrechterhaltung der Inneren Ordnung (46%),
- Unterstützung der zivilen Polizei (41%).

Aufgaben, für die der relative Anteil jener Befragten, welche einen Bedeutungsverlust erwarten, höher ist, als der Anteil für Bedeutungsgewinne:

- Bewaffnete militärische Einsätze im Ausland im Auftrag der Uno oder anderer internationaler Organisationen (28% versus 27%),
- Verteidigung der Schweiz im Kriegsfall (28% versus 27%).

Abbildung 11.2

Armeeaufgaben, die künftig an Bedeutung gewinnen bzw. verlieren werden oder gleich bleiben (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner SI/912/05/sb

Dabei sind die Variationen nach den Merkmalen Sprachregion, Geschlecht und Alter allgemein eher gering. Über alle soziodemographischen Gruppen hinweg besteht die Überzeugung einer zunehmenden Bedeutung von Hilfeleistungen durch die Armee im Katastrophenfall – und damit die entsprechende Gewünschtheit dieser Existenzsicherungsaufgabe des Militärs. Deutlich fallen für die übrigen Aufgaben die Unterschiede bezüglich der Links-rechts-Polarisierung und der Bildung aus, besonders im Bereich Verteidigung. Dabei gilt, dass linkerseits – und über dem Mittel in höheren Bildungsschichten – eine steigende Bedeutung des Armeeeingagements erwar-

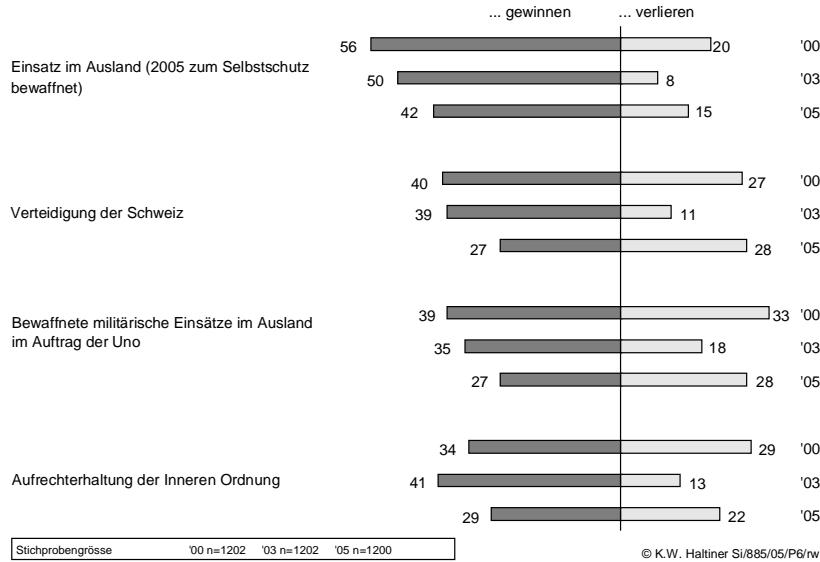
tet wird bei Auslandseinsätzen und Umweltaufgaben, vorwiegend eine abnehmende bei der Verteidigung und den Polizeiaufgaben. Auf der rechten Seite wird hingegen gerade von letzteren ein Anstieg erwartet. So glauben beispielsweise sich links positionierende Personen zu 31% an einen Bedeutungsanstieg von bewaffneten Militärinterventionen der Schweiz im Auftrag einer internationalen Organisation und nur zu 22% an eine Abnahme, während rechterseits sich hier die Erwartungshaltungen umgekehrt spiegeln (24% zu 31%). Bei der Unterstützung der Polizei erwarten 45% der sich politisch rechts Positionierenden einen Bedeutungsanstieg gegenüber 26% linkerseits. Man geht also nicht fehl in der Annahme, dass in der verlangten Bedeutungseinschätzung ein erhebliches Mass an politischer Wünschbarkeit mitschwingt.

Allgemein, so lässt sich das Bild zusammenfassend charakterisieren, meint die Durchschnittsbevölkerung, dass nicht-traditionale Aufgaben der Armee mit polizeilichem Charakter eher an Bedeutung gewinnen werden, während insbesondere die territoriale Verteidigung an Bedeutung verlieren wird, obwohl man ersteren nur mittlere Wichtigkeit zubilligt. An bewaffnete Interventionen von Schweizer Truppen im Ausland, schon bislang politisch chancenlos, vermögen auch für die Zukunft nur wenige zu glauben.

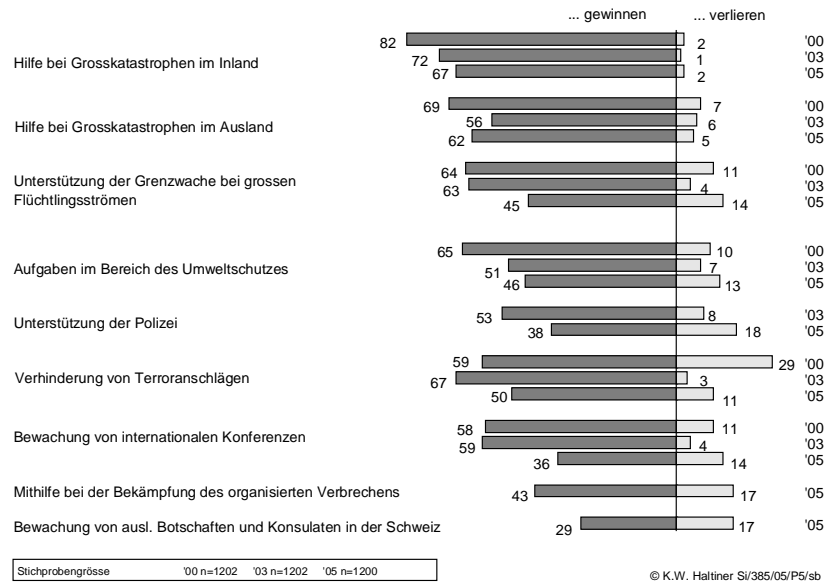
Abbildung 11.3

Armee-Aufgaben, die künftig an Bedeutung gewinnen bzw. verlieren werden im Vergleich zu früheren Erhebungen (2000, 2003) (Angaben in Prozent)

Traditionale Aufgaben der Armee, die künftig an Bedeutung ...



Nicht-traditionale Aufgaben der Armee, die künftig an Bedeutung ...

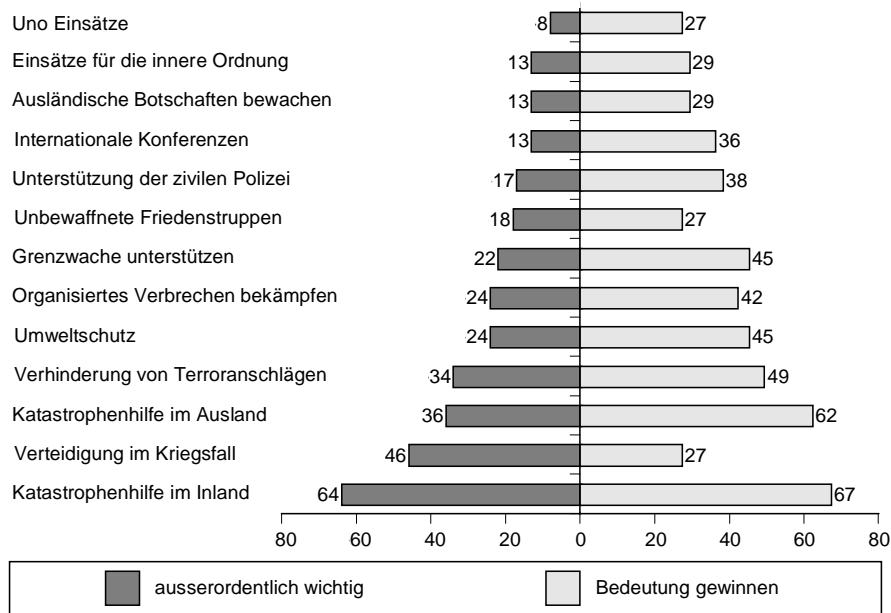


Der Vergleich mit früheren Erhebungen zeigt kein klares Trendbild (siehe Abbildung 11.3). Für die meisten Aufgaben kann im Vergleich zu 2003 ein höchst signifikanter Bedeutungsverlust ausgemacht werden: Die Befragten glauben 2005 weniger oft an eine Bedeutungszunahme und häufiger an einen Bedeutungsverlust von Aufgaben. Einzig für die Hilfeleistung im Falle von Grosskatastrophen im Ausland kann 2005 ein weiterer Bedeutungszuwachs beobachtet werden (Tsunami-Effekt?). Im Vergleich zum Erfassungsjahr 2000 fällt auf, dass die meisten Werte für einen Bedeutungsverlust ähnlich wie 2005 liegen, sich die Prozentwerte für den allgemeinen Bedeutungsgewinn hingegen deutlich verringert haben. Diese Fluktuationen bezüglich des erwarteten Aufgabenprofils der Armee könnten zumindest auf eine gestiegene diesbezügliche Verunsicherung in der Bevölkerung hindeuten. Das durchschnittliche Interesse an Sicherheitspolitik darf, wie unsere langjährigen Fragen dazu zeigen, als gering bezeichnet werden und damit auch die Bereitschaft, sich mit ihr auseinander zu setzen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass dieses Interesse dieses Jahr überdurchschnittlich hoch liegt (vgl. Kapitel 17). In dieser Situation können rasche Transformationen verunsichernd wirken, weil man den Geltungsverlust des Gewohnten zwar wahrnimmt, den Ersatz dafür, das Neue, aber noch nicht zu erkennen vermag. Für die Vermutung einer gestiegenen Verunsicherung gibt es noch andere Hinweise. So etwa die dieses Jahr auszumachende Widersprüchlichkeit in der Armeeeinschätzung (vgl. Kapitel 12): Einerseits nimmt die Sympathie für eine Berufsarmee zu, während andererseits gleichzeitig die Wehrpflicht als erhaltenswürdig eingestuft wird. Auch diese Inkohärenz lässt auf gewisse Orientierungsschwierigkeiten in Armeefragen in der Bevölkerung schliessen.

Das Wichtigkeits- und das für die Zukunft erwartete Bedeutungsprofil von Armeeaufgaben fallen weitgehend zusammen (siehe Abbildung 11.4).

Abbildung 11.4

Das Wichtigkeits- und aufgabenbezogene Erwartungsprofil der Armeeaufgaben 2005
(Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner Si/913/05/P5/sb

Je wichtiger eine aktuelle Aufgabe eingestuft wird, desto eher glauben die Befragten auch, dass diese Aufgabe an Bedeutung gewinnen werde. Einzig für die Landesverteidigung fallen Bedeutung und Wichtigkeit klar auseinander. Die Verteidigung wird als sehr wichtig für die Armee eingestuft, zugleich indessen als jene Aufgabe, von der man erwartet, dass sie am meisten an Bedeutung verlieren werde. Dadurch öffnet sich eine Art Identitäts- und Legitimationsfalle: Die Aufgabe, die in den Augen der Bevölkerung traditionell das Wesen der Miliz ausgemacht hat, wird zur Nebensache, vormals als Nebenaufgaben eingeschätzte Tätigkeiten hingegen rücken in den Vordergrund. Die instrumentelle Auffassung des Militärs als multifunktionale Dienstleistungsorganisation des Staates steht einer traditionellen Sicht der Miliz als Volksverteidigungsarmee zunehmend entgegen. Dieses Spannungsfeld vermag einige der eingangs erwähnten Irritationen bei der Neuausrichtung der Armee zu erklären. Es darf erwartet werden, dass dies auch für die Zukunft noch eine Weile so sein wird, und dass die Armee dabei mehr als bisher in die sich hierzulande akzentuierende Links-rechts-Polarisierung einbezogen werden wird bei der Frage nach der strategischen Ausrichtung der schweizerischen Sicherheitspolitik.

12 WEHRSTRUKTUR UND ARMEE

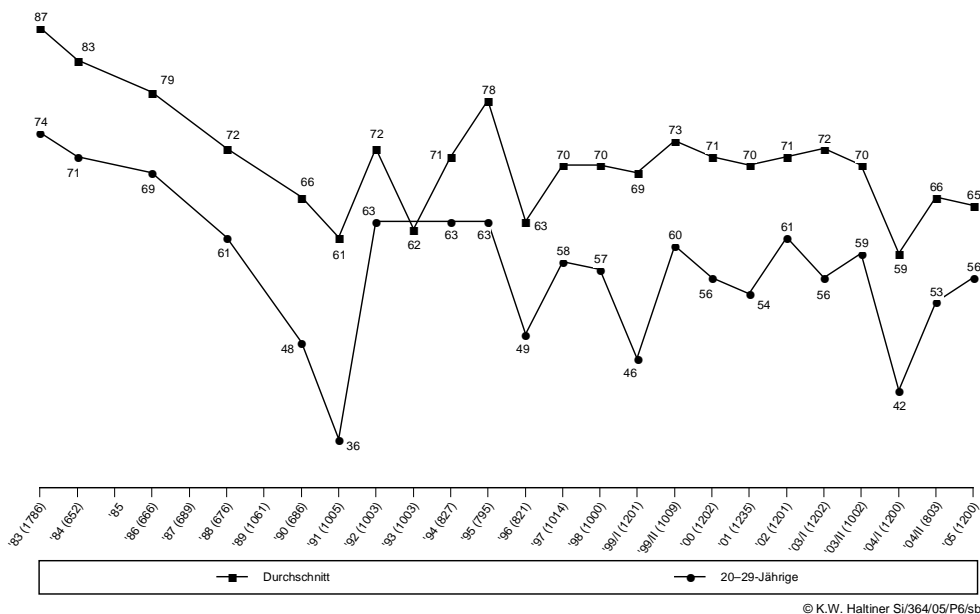
In diesem Kapitel wird die Akzeptanz der Armee in der Schweiz im Trend von 1983 bis 2005 analysiert, der gewünschte Umfang der Verteidigung eruiert und die Beurteilung der Wehrstruktur – insbesondere die Frage nach der Wehrpflicht oder einer Berufsarmee – untersucht.

12.1 Armeeakzeptanz und -umfang

Die Frage nach der Notwendigkeit der Schweizer Armee wird als Hinweis auf die Akzeptanz der schweizerischen Landesverteidigung verstanden. Sie wird seit 1970 in unregelmässigen, seit 1990 in regelmässigen Abständen gestellt.

Abbildung 12.1

Notwendigkeit der Schweizer Armee („sehr“ und „eher“ notwendig in Prozent)



© K.W. Haltiner SI/364/05/P6/sb

Nach einer Periode hoher Akzeptanzraten im Bereich von über 80% konnte in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ein steter Rückgang der Armeebefürwortung beobachtet werden (siehe Ab-

bildung 12.1). Nach einem Tiefpunkt im Jahre 1991 (61%) machte sich eine gewisse Entkrampfung im Verhältnis zur Armee bemerkbar. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre zeigten die Umfragen ein unstetes Meinungsbild. Ab 1997 pendeln sich die Werte um die 70% ein. Die schwach signifikant angestiegene Zustimmung im August 1999 ist mit einer stärkeren Akzeptanz der Sicherheitspolitik zu erklären, die im Nachgang zum Kosovo-Krieg auch in anderen Datenbeständen festgestellt werden konnte (vgl. Haltiner et al., 1999).

Im Februar 2004 – also unmittelbar nach Einführung der Armee XXI – wurde ein starker Rückgang der Zustimmung zur Armee verzeichnet. Nur mehr 59% der Schweizer Bevölkerung fanden die Armee notwendig. Wie die zweite Befragung im März 2004 zeigte, stieg die Akzeptanz kurz darauf wieder an. Der Akzeptanzwert im Jahr 2005 bewegt sich im Bereich der März-Befragung des Vorjahres: 65% der SchweizerInnen halten die Armee für notwendig (März 2004: 66%), unter den 20–29-Jährigen sind es 56%, 3% mehr als noch im März 2004. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Schweizer Armee liegt bei den 20–29-Jährigen – der hauptsächlich wehrtragenden Alterskohorte – wiederum im langjährigen Mittel; im Gegensatz zum Februar 2004, als nur noch eine Minderheit von ihnen die Schweizer Armee als notwendig erachtete (42%). Generell verläuft die Akzeptanzrate der 20–29-Jährigen im langjährigen Trend jeweils deutlich unter dem Mittel der Gesamtpopulation.

Die in der Sicherheitsstudie 2004 vorgestellten möglichen Ursachen für den Zustimmungsrückgang im Januar 2004 – übertriebene Erwartungen an die Armee reform einerseits und die Schlagzeilen über Pannen insbesondere in der Personalplanung im ersten Quartal 2004 andererseits – scheinen von kurzfristiger Dauer gewesen zu sein. Der mögliche Enttäuschungseffekt in Zusammenhang mit dem Start der Armee XXI hat sich 2005 inzwischen wieder gelegt.

Deutlich unterdurchschnittliche Zustimmung findet die Armee – auch dies der langjährige Normalfall – bei Befragten, die sich als politisch links einstufen (32%). Akzentuiert zeigt sich die Skepsis gegenüber der Schweizer Armee auch bei Personen aus der Westschweiz (57%) und Befragten mit einem höheren Bildungsabschluss (58%).

Die Frage nach der Notwendigkeit der Schweizer Armee, also nach der eigentlichen Militärakzeptanz, steht schon seit Jahren im Spannungsfeld zwischen Alt und Jung, Links und Rechts und auch, zwar weniger stark, zwischen der Deutschschweiz und der Romandie. Über die Zeit zeigen sich die Differenzen in der wahrgenommenen Notwendigkeit der Armee nach demographischen Merkmalen überaus deutlich und konstant.

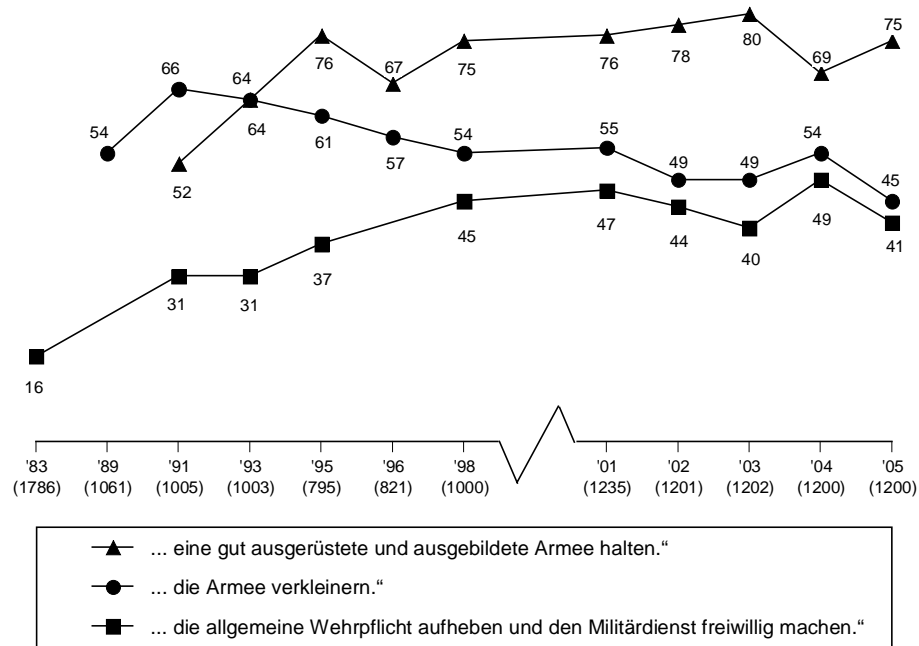
Die Zustimmung zur Vorgabe, die Schweiz solle eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee halten, bewegt sich nach dem „Taucher“ des letzten Jahres wieder im langjährigen Mittel (75%, +6%; siehe Abbildung 12.2). Vor allem politisch rechts Stehende (85%) und die ältere Generation (84%) wünschen sich eine moderne Armee. Sie sind es auch, die die Notwendigkeit der Armee am stärksten betonen. Nach den kontroversen Diskussionen infolge des Starts der Armee XXI herrscht wieder grössere Einigkeit darüber, dass die Schweiz über eine schlagkräftige und moderne Armee verfügen sollte. Dies zeigt sich auch darin, dass nur noch eine Minderheit

von 45% (-9%) der Meinung ist, die Armee solle weiter verkleinert werden (siehe Abbildung 12.2).

Abbildung 12.2

Armeeumfang und Wehrstruktur („sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)

„Die Schweiz sollte...



© K.W. Haltiner SI/383/05/P2/sb

Die Frage der Armeeverkleinerung wird von den soziodemographischen Gruppen unterschiedlich beantwortet. Die Mehrheit der politisch links Stehenden (74%), der Höhergebildeten (55%), der jüngsten Generation (56%) sowie eine knappe Mehrheit der Befragten aus der Westschweiz sind nach wie vor der Überzeugung, die Schweizer Armee solle noch stärker verkleinert werden. Auch die „Neutralitätskritiker“ (78%) und die „harten Öffnungsbereiten“ (67%) wünschen sich grossmehrheitlich eine kleinere Armee. Weniger stark ausgeprägt teilen die „Neutralitätspragmatiker“ diese Meinung (54%). Ablehnend gegenüber einer weiteren Verschlinkung der Armee äussern sich vor allem die ab 60-Jährigen, sich politisch rechts Positionierende sowie Personen aus tieferen Bildungsschichten.

Zwischen der Beurteilung des Armeeumfangs und dem Wunsch nach einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Schweizer Armee besteht ein starker Zusammenhang (CC=0.56). Wer die

Meinung teilt, die Armee müsse nach der Reform Armee XXI noch weiter abgebaut werden, bezweifelt auch, dass die Schweiz eine moderne und gut ausgerüstete Armee benötigt.

12.2 Wehrstruktur: Miliz- versus Berufsarmee

Während die Notwendigkeit der Schweizer Armee trotz Einbrüchen im Grad der Akzeptanz nach wie vor unbestritten ist, trifft das für die Wehrform nicht zu. In der Frage, wie die Armee sich personell rekrutieren soll, sind sich die Befragten seit Mitte der neunziger Jahre nicht mehr einig.

Im Zentrum steht nicht nur die Frage, wie die Bevölkerung über die Art und Weise der Rekrutierung denkt – also hinsichtlich Wehrpflicht oder Freiwilligkeit –, sondern auch, welche Streitkräfteform die nationale Sicherheit in Zukunft besser gewährleisten kann. Hier geht es um die Frage nach Milizarmee oder Berufsstreitkraft. In unserer Erhebung wird seit 1976 die Einstellung zur Milizarmee versus Berufsarmee erfragt (siehe Abbildung 12.3) und seit 1991 die Frage nach der Freiwilligkeit des Militärdienstes gestellt. Wer eine Berufsarmee befürwortet, will klarerweise auf die Wehrpflicht verzichten. Und wer die Milizarmee weiterhin als adäquates Mittel der schweizerischen Landesverteidigung sieht, steht deutlich hinter der allgemeinen Wehrpflicht. Der Zusammenhang zwischen den beiden Vorgaben ist hoch signifikant ($CC=0.38$).

Vier von zehn SchweizerInnen sprechen sich dafür aus, dass der Militärdienst als freiwillig erklärt werden sollte (41%, -8%; siehe Abbildung 12.2). Die Zustimmung zu dieser Vorlage hat sich innert Jahresfrist abgeschwächt. Die Wehrpflicht gewinnt in der Bevölkerung wieder an Bedeutung. Diese Einschätzung ist nicht ganz widerspruchsfrei, denn gleichzeitig haben die BefürworterInnen einer Berufsarmee im Verlaufe des Jahres zugelegt. Für die freiwillige Militärdienstleistung votieren weiterhin mehrheitlich „Neutralitätskritiker“ (66%, -5%), politisch links Stehende (63%, +5%), 18–29-Jährige (57%, -10%) und Personen aus der französischsprachigen Schweiz (54%, -11%). Obwohl die jüngste Altersgruppe nicht mehr in dem hohen Masse wie 2004 die Freiwilligkeit der Dienstleistung fordert, kann dennoch die nach wie vor gültige „Ja-aber-ohne-mich“-Haltung deutlich herausgelesen werden.

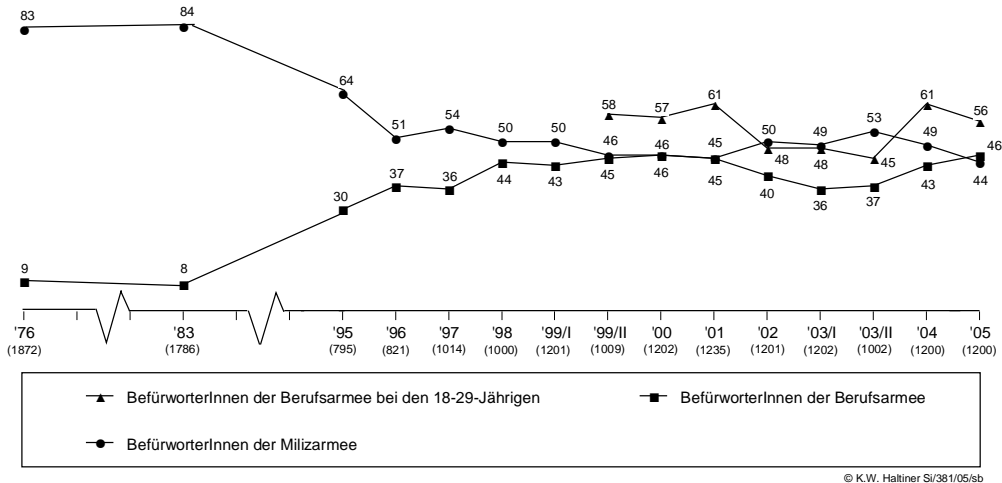
Die in den neunziger Jahren angestiegene Sympathie für eine Berufsarmee nimmt 2005 weiter zu (siehe Abbildung 12.3). Konnte zwischen 1998 und 2000 eine steigende Tendenz zur Befürwortung einer Berufsarmee festgestellt werden, bewegten sich die Zustimmungswerte von 2000 bis 2003 – wie andere traditionelle Werte (Neutralität, Autonomie) auch – wieder auf dem Niveau von Mitte der neunziger Jahre. Dieser Trend wird 2004 und 2005 durchbrochen. Wenn auch nur leicht – aber seit Messbeginn zum ersten Mal – sind die BefürworterInnen einer Berufsarmee (46%, +3%) gegenüber der Anhängerschaft einer Milizarmee (44%, -5%) in der Überzahl. Insbesondere der Anteil derjenigen, die sich für eine Milizarmee aussprechen, ist gesunken und liegt damit so tief wie noch nie. Deutlich weniger als im Vorjahr, aber immer noch mehrheitlich befürworten die 18–29-Jährigen eine Berufsarmee (56%, -5%). Vor allem die wehrtragende Alterskohorte sieht demnach einen schwindenden Sinn in der allgemeinen Wehrpflicht. Dabei

kann wiederum konstatiert werden, dass junge Erwachsene, welche die Armee als nicht notwendig erachten, eher eine Berufsarmee fordern.

Abbildung 12.3

Milizarmee versus Berufsarmee (Angaben in Prozent)

„Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?“



© K.W. Haltiner SI/381/05/sb

Der Wunsch nach einer Berufsarmee scheint vor allem ein linkes Anliegen zu sein, denn einer Professionalisierung wird von linker Seite zu 53% (+5%), von rechter Seite aber nur zu 40% (-1%) zugestimmt. Dass eine Berufsarmee unsere Landesverteidigung besser sicherstellen könne als die Milizarmee, erhält nach wie vor eine Mehrheitszustimmung von Personen aus der französischen Schweiz (54%, -1%). Personen, die eine Professionalisierung der Schweizer Armee unterstützen, fordern zusätzlich eine weitere Verkleinerung des Armeebestandes, die Annäherung an die Nato und den Aufbau einer europäischen Armee.

Fazit: Auf der einen Seite können sich zum ersten Mal mehr Personen eine Berufsarmee als eine Milizarmee vorstellen. Auf der anderen Seite ist jedoch gleichzeitig nur noch eine Minderheit der Überzeugung, dass die Armee weiterhin verkleinert werden sollte. Zudem wird wieder stärker die Forderung nach einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Streitkraft laut. Der Widerspruch zwischen gesunkener Forderung nach Aufhebung der Wehrpflicht einerseits und gesteigener Zustimmung zu einer Berufsarmee andererseits könnte auf eine gewisse Verunsicherung in Armeefragen in der Bevölkerung hindeuten. Selten zuvor sind im Verlaufe eines Jahres derart viele Vorschläge zu alternativen Wehrformen in der medialen Öffentlichkeit präsentiert worden (vgl.

Kapitel 15). Zudem sind von Seiten der Armee weitere Reform- und Abbauschritte angekündigt worden. Für die sicherheitspolitisch mittelmässig interessierten DurchschnittsbürgerInnen dürfte die laufende Armeedebatte derzeit nicht mehr voll überschaubar sein.

13 GESELLSCHAFTLICHER STELLENWERT DER ARMEE

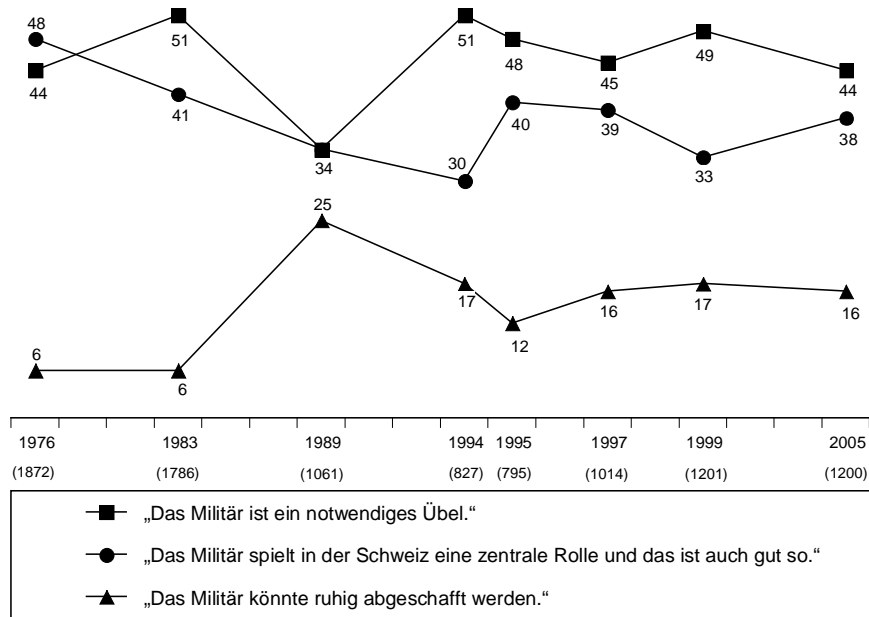
Mit der veränderten militärischen Sicherheitswahrnehmung der Bevölkerung und dem Wertewandel ändert sich die Identifikation mit der Landesverteidigung und die Bewertung des Militärischen in der Schweiz. Die Schweizer Armee mit ihrem ausgeprägten Milizsystem verliert dabei ihre ehemals zentrale Stellung als gesellschaftliche Bezugsgrösse und als Symbol nationaler Identität seit den siebziger Jahren kontinuierlich. Es kann in diesem Zusammenhang von einer Art „Entzauberung“ gesprochen werden. Kumuliert zeigte sich dieser Effekt am deutlichsten 1989, als in unserer Erhebung 25% der Befragten das Militär abschaffen wollten (siehe Abbildung 13.1) und der Armeeabschaffungsinitiative der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) am 26. November 1989 sogar 35.6% des Stimmvolkes zustimmten. Dieser Prozess der „Entzauberung“ hat sich seit 1995 verlangsamt, als mit dem gestiegenen Bedürfnis nach nationaler Identität die Armee allgemein und besonders bei der älteren Alterskohorte eine Renaissance erfuhr (vgl. Haltiner, 1996). Zugleich dürfte sich aber die Rolle der Armee als nationales Integrationssymbol und als Symbol der Bürgerpflicht in den Augen der Bevölkerung weiter abgeschwächt haben.

Seit 1994 sieht die relative Mehrheit im Militär nicht viel mehr als ein „notwendiges Übel“. Eine eher instrumentelle, d.h. eher nützlichkeitsorientierte Sicht der Bevölkerung in Bezug auf das Schweizer Militär lässt sich hier klar ablesen. Insgesamt wird dieses ähnlich wie Mitte der neunziger Jahre, aber anders als 1999, eingestuft. 38% halten die Armee für „zentral im schweizerischen Leben“ und bewerten dies positiv (1999: 33%; siehe Abbildung 13.1). 44% sehen im Militär ein „notwendiges Übel“ (1999: 49%). 16% befinden, man könne das Militär „ruhig abschaffen“ (1999: 17%).

Abbildung 13.1

Bedeutung der gesellschaftlichen Rolle des Militärs (Angaben in Prozent)

„Über die Bedeutung des Militärs für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können.“



© K.W. Haltiner Si/259/05/sb

Der Stellenwert der Schweizer Milizarmee wird nach soziodemographischen Gruppen sehr unterschiedlich bewertet. Differenzen lassen sich in Bezug auf das Alter, die Bildung, die politische Einstellung und nach der Region feststellen. Mehrheitlich und signifikant überdurchschnittlich bewerten Personen aus der Südschweiz, die ab 60-Jährigen, sich politisch rechts Einstufende (je 54%) und Personen mit einer tieferen Bildung (53%) die zentrale Rolle des Militärs in der Schweiz als positiv. Eine instrumentelle Sicht der Miliz teilen vor allem Personen mit höherem Bildungsniveau (52%), Befragte aus der Romandie (51%), die 30–59-Jährigen (49%) wie auch politisch in der Mitte stehende SchweizerInnen (48%). Für die Abschaffung plädieren überdurchschnittlich stark die 18–29-Jährigen (28%) und besonders Personen mit selbstdeklariertem politischer Linksorientierung (43%).

Zu den eigentlichen Parafunktionen der Miliz gehört es, so etwas wie die Schule der Nation zu sein. Hinweise auf diese Sichtweise und ihre Veränderung im Laufe der letzten 20 Jahre geben zwei Vorgaben, die 1983 erstmals, 1989 und 1995 zum zweiten und dritten und 2005 zum

vierten Male gestellt werden. Nämlich die Vorgaben, die Armee diene dem Zusammenhalt der vielsprachigen Schweiz und die Wehrpflicht bilde das notwendige Gegenstück zu den Bürgerrechten (siehe Tabelle 13.1).

Tabelle 13.1

Die Armee als politischer und gesellschaftlicher Faktor (Zustimmung „sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)

	1983	1989	1995	2005
„Die Armee dient dem Zusammenhalt der vielsprachigen Schweiz.“	56	37	47	51
„Die Wehrpflicht ist das Gegenstück zu den Bürgerrechten.“	69	43	61	54

Erstere Funktion, nämlich zum Zusammenhalt des Landes beizutragen, erhält eine Mehrheitszustimmung von 51% – damit wieder deutlich mehr als 1995 (47%) und 1989 (37%), unmittelbar nach der Abstimmung über die Initiative der GSoA, aber weniger als 1983 (56%). Überdurchschnittlich heissen Befragte aus der Südschweiz (58%), Männer (55%), die ab 60-Jährigen (67%) sowie Personen, die sich politisch rechts einstufen und Bildungsferne (je 68%) die Vorgabe gut. Deutlich unter dem Mittel billigen sie Personen mit hohem Bildungsniveau (42%), politisch sich links Positionierende (27%) und die 18–29-Jährigen (47%). Sahen 1989, noch vor der GSoA-Abstimmung, nur 43% in der Wehrpflicht das Gegenstück zu den Bürgerrechten, so sind es 2005 54%, also eine Mehrheit der Bevölkerung. Gegenüber 1983 (69%) und 1995 (61%) scheint sich indes im Trend die Zustimmung abzuschwächen. Überdurchschnittlich wird die Vorgabe erstaunlicherweise in der eher armeeskeptischen lateinischen Schweiz gutgeheissen (Romandie: 65%, italienische Schweiz: 72%), während die Zustimmung in der deutschsprachigen Schweiz unter dem Mittel liegt (50%). Über dem Mittel billigen die Vorgabe überdies die ab 60-Jährigen (67%), sich politisch rechts einstufoende Personen (66%) und Personen mit tiefem Bildungsniveau (71%). Unter dem Mittel stimmen hingegen Angehörige der höchsten Bildungsgruppe (48%), politisch links Stehende (26%) sowie die jüngste Befragtengruppe (45%) zu. Erwartungsgemäss besteht zwischen der Einschätzung der gesellschaftlichen Rolle der Armee und den ihr zugeschriebenen sozialen Funktionen ein enger Zusammenhang (CC=0.57).

Fazit: Die Rolle der Miliz scheint sich somit alles in allem im langfristigen Trend etwas abzuschwächen. Ihre gesellschaftliche Symbolik ist aber nach wie vor in weiten Teilen der Bevölkerung ungebrochen. Es scheint, als hätte sich in der Bewertung der gesellschaftlichen Bedeutung der Armee im langfristigen Trend insbesondere der Links-rechts-Gegensatz verstärkt. Für sich als politisch rechts stehend bekennde Personen ist die Armee wieder mehr als früher Ausdruck

einer wieder belebten nationalen Identität, während sie für politisch links Stehende diese Bedeutung fast vollständig verloren hat.

Personen, die dem Militär nach wie vor eine zentrale Rolle in der schweizerischen Gesellschaft zuweisen, treten überdurchschnittlich für die Miliz als Wehrform ein (CC=0.23). In noch stärkerem Masse gilt dieser Zusammenhang für die Neutralitätsauffassung (CC=0.36): Vor allem „Traditionalisten“ betrachten die Armee als nationales Symbol, wohingegen „Kritiker“ die Armee ruhig abgeschafft sehen könnten.

14 PRESTIGEWERT EINER MILIZMILITÄRISCHEN KADERPOSITION

Der Fortbestand des Milizwehrmodells lässt sich in der Schweiz nur solange und nur in dem Masse gewährleisten, als sich auch weiterhin genügend partizipationswillige Wehrpflichtige für die Übernahme einer Kaderposition finden lassen. Die Frage des Wertes einer milizmilitärischen Karriere ist insofern von grosser Bedeutung, als ein angemessenes Prestige der militärischen Kaderposition in der Schweizer Bevölkerung eine wichtige Voraussetzung dafür darstellt, dass sich überhaupt genügend Freiwillige in der Miliz finden lassen. Denn nur bei genügend grossem Ansehen der Armee durch die Öffentlichkeit werden junge Erwachsene bereit sein, sich für den militärischen Beförderungsdienst zu entscheiden und auch Unterstützung an ihrem zivilen Arbeitsplatz zu finden.

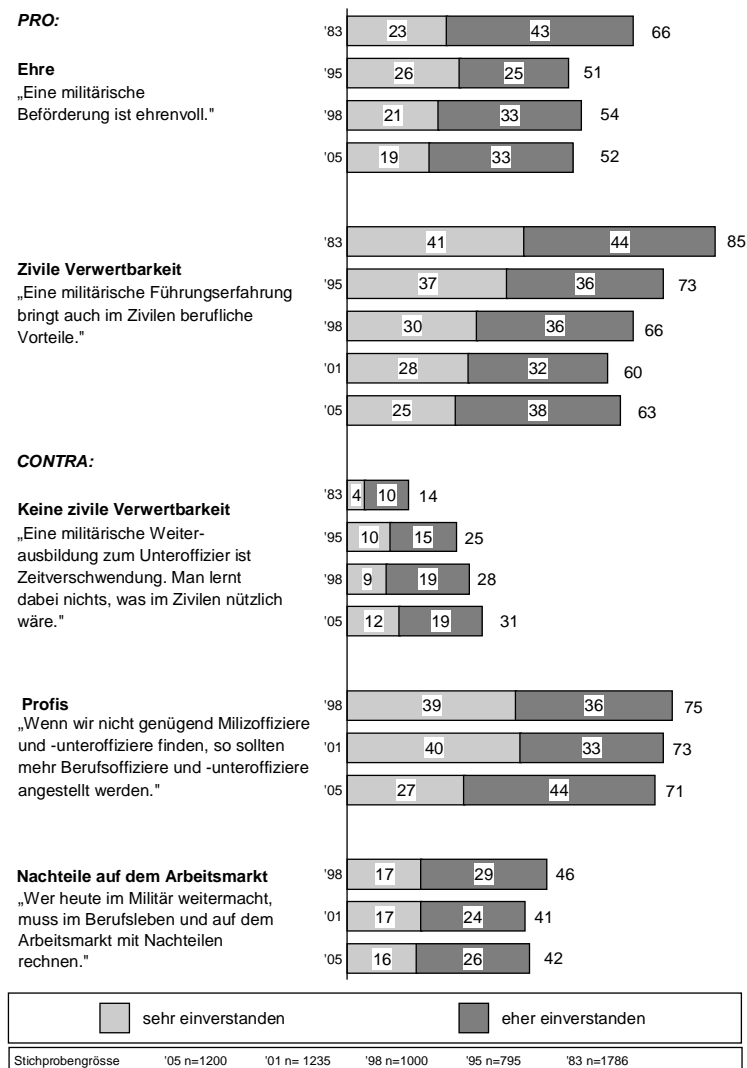
Bei den möglichen Erwägungen für oder gegen ein Weitermachen überwiegen immer noch in der Zustimmung die Pro-Argumente bei weitem die Contra-Argumente. Aus Abbildung 14.1 lässt sich entnehmen, dass die positiven Erwägungen etwas an Gewicht eingebüsst haben, das Contra-Argument „Eine militärische Weiterbildung zum Unteroffizier ist Zeitverschwendung“ dagegen an Zustimmung gewonnen hat.

Die zivile Verwertbarkeit der militärischen Karriere wird allgemein höher eingestuft als Ehrgesichtspunkte. Doch gerade das in früheren Erhebungen (vgl. Haltiner, 1998) wichtigste Karrieremotiv – der zivile Nutzen des Weitermachens – hat über die letzten 20 Jahre deutlich an Zugkraft verloren. Der Rückgang der Zustimmung von 85% im Jahr 1983 auf 63% im 2005 zeigt diesen Trend klar. Es scheint, dass die vermutete zivile Verwertbarkeit der militärischen Weiterbildung seit 1998 von der Schweizer Bevölkerung in etwa gleich bewertet wird. Überdurchschnittlich stark erkennen die ab 60-Jährigen (71%), politisch sich rechts positionierende Befragte (73%) und vor allem Personen aus tieferen Bildungsschichten (77%) einen positiven Nutzen der militärischen Führungserfahrungen für das Zivilleben. Auch das Pro-Argument „Eine militärische Beförderung ist ehrenvoll“ erweist sich seit Mitte der neunziger Jahre als stabil. Jeweils eine knappe Mehrheit kann dem zustimmen, 2005 sind es 52% der Befragten. Doch zwischen den verschiedenen soziodemographischen Gruppen lassen sich grosse Unterschiede ausmachen. Das Ehre-Argument wird nicht geteilt von Personen mit hoher Bildung (39%) und von Befragten, die sich politisch links einstufen (30%). Auch die Alterskategorien der 18–29-Jährigen und der 30–59-Jährigen stehen nicht mehrheitlich hinter der Vorstellung, dass eine militärische Karriere ehrenvoll sei. Nur je 47% stimmen zu. Regionenspezifisch sind vor allem Befragte aus der Romandie skeptisch gegenüber dem Ehre-Argument eingestellt (39%). Es scheint, dass diese genannten soziodemographischen Gruppen den militärischen Beförderungs-

dienst vor allem aus einer funktionalistischen Perspektive betrachten und ehemals gesellschaftlich wichtige Prestigeaspekte kritisch beurteilen.

Abbildung 14.1

Einstellung zu den Beförderungsdiensten in der Armee
(„sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)



© K.W. Haltiner SI/390/05/sb

Dennoch, eine militärische Weiterausbildung wird keinesfalls als unnützlich betrachtet. Nur 31% (+3%) meinen, diese sei auf Stufe Unteroffizier reine Zeitverschwendung, da man nichts lerne, was im Zivilen nützlich sein könnte. Am stärksten glauben dies politisch sich links positionierende Befragte (49%). Beachtenswert ist, dass eine relativ grosse Zahl der Befragten sich keine Meinung dazu bilden kann (11%). Vor allem Frauen fällt es schwer, die Nützlichkeit militärischer Führungsausbildung für die Zivilwirtschaft abzuschätzen.

Vier von zehn Befragten, etwa gleich viele wie 2001, sehen mögliche Nachteile des Weitermachens auf dem Arbeitsmarkt (42%, 2001: 41%). Männliche Befragte stimmen dieser Einschätzung eher zu (47%) als weibliche (37%). Ob hier die entsprechenden Erfahrungen der männlichen Arbeitsbevölkerung einfließen, kann nur vermutet werden. Regionenspezifisch sehen Personen aus der Südschweiz mehrheitlich negative Auswirkungen der militärischen Karriere auf das zivile Arbeitsleben (56%). Dieser Befund muss aber auf Grund der kleinen Stichprobe in der italienischen Sprachregion mit Vorsicht interpretiert werden.

Um eine Unterdotierung an Kadern zu vermeiden, stimmen sieben von zehn Befragten der Vorgabe „Wenn nicht genügend Milizoffiziere und -unteroffiziere gefunden werden, sollen Berufsoffiziere und -unteroffiziere angestellt werden“ zu (71%). Diese Zustimmung zur Professionalisierung des Kadern – vorausgesetzt, dass zu wenig Milizkader vorhanden sind – erweist sich über die Zeit hinweg als stabil. Unterdurchschnittlich mit einer stärkeren Professionalisierung einverstanden sind die ab 60-Jährigen und sich politisch links positionierende Befragte (64% bzw. 62%).

Fazit: Der gesellschaftliche Prestigewert einer Militärkarriere hat im langfristigen Trend abgenommen. Seit Mitte der neunziger Jahren bleibt er mit geringen Schwankungen stabil. Dabei werden eher funktionale Aspekte einer militärischen Beförderung (z.B. Führungserfahrung) gegenüber traditional-emotionalen Faktoren einer Weiterausbildung (z.B. Ehre) als wichtig erachtet. Eine grosse Minderheit sieht im militärischen Engagement einen möglichen Nachteil im Berufsleben und auf dem Arbeitsmarkt. Wenn zu wenig Milizkader rekrutiert werden können, so kann sich die Schweizer Bevölkerung grossmehrheitlich vorstellen, dass vermehrt Berufsoffiziere und -unteroffiziere angestellt werden. Dies bedeutet letztlich, dass die mit der Armee XXI erfolgte Erweiterung des professionellen Kadern akzeptiert wird.

15 ALTERNATIVE DIENSTLEISTUNGSFORMEN

Obwohl rund drei Viertel (76%) der Schweizer Stimmbevölkerung am 18. Mai 2003 die Konzeption Armee XXI guthiessen und diese auf 2004 umgesetzt wurde, hat sich die öffentliche Debatte um die Zukunft der Schweizer Armee keineswegs gelegt. Parteien, ParlamentarierInnen, politische Gruppierungen und die Medien brachten und bringen stets neue Vorstellungen und Vorschläge in die militärpolitische Debatte (vgl. Haltiner/Szvircev Tresch, 2005). Dabei spielen alternative Formen der Dienstleistung eine besondere Rolle:

- Mit der Armee XXI besteht neu die Möglichkeit für einen Teil der Angehörigen der Armee die gesamte Dienstleistung en bloc abzuleisten anstatt gestaffelt nach dem herkömmlichen Milizmodus. Davon wird durch die jungen Wehrpflichtigen, gemessen am Bedarf der Armee, derzeit zu wenig Gebrauch gemacht. Durchdiener leisten ihre Pflichtdienstleistung von 300 Tagen am Stück und sind danach nur noch einer Reserve zugehörig, d.h. sie sind von weiteren aktiven Dienstleistungen befreit. Der Durchdienerstatus mag seinem Wesen nach der Idee der Miliz, d.h. dem nicht stehenden Heer, widersprechen, ermöglicht es aber, bedrohungsgerecht und funktional angemessen, Truppenteile in erhöhter Bereitschaft und Verfügbarkeit zu halten, ohne das Milizsystem grundsätzlich in Frage zu stellen.
- Weil mit der Verschlankung der Armee die Wehrgerechtigkeit geschwächt zu werden droht, sind von verschiedener Seite – ParlamentarierInnen und politische Gruppierungen – in den letzten Monaten Vorschläge zur Umwandlung der Männerwehrpflicht in Formen einer allgemeinen Dienstpflicht gemacht worden. In der Regel soll dabei der Militärdienst eine Option bleiben, die Dienstpflicht aber auch sozialpolitischen Zwecken dienen. Die Idee scheint sich vor allem in der bürgerlichen Mitte einiger Beliebtheit zu erfreuen, obwohl eine im Dezember 1992 vom Bundesrat eingesetzte Studienkommission „Allgemeine Dienstpflicht (SKAD)“ 1996 empfahl, diese Idee nicht weiter zu verfolgen.

Um die Akzeptanz alternativer Dienstleistungsmodelle zu ermitteln, sind in der diesjährigen Studie „Sicherheit“ sowohl Fragen zum Durchdienen nach dem Modell der Armee XXI wie auch Fragen zu verschiedenen Formen einer potenziellen allgemeinen Dienstpflicht aufgenommen worden.

15.1 Durchdiener

Der Anteil Durchdiener wird vom Militärgesetz auf maximal 15% eines Aushebungsjahrganges beschränkt. Eine im Jahre 1998 durchgeführte Befragung bei jungen Auszuhebenden ergab, dass drei Viertel von ihnen es vorziehen würden, ihre Dienstleistung nach herkömmlicher Art zu absolvieren. Drei Viertel bestanden zudem darauf, auf jeden Fall die freie Wahl zu haben (Haltiner/Bennett, 1999). Gemessen an der armeeseitigen Nachfrage blieb das Angebot an Durchdienern bisher unter den Erwartungen. Das kann daran liegen, dass die Möglichkeit zur Ableistung des Dienstes am Stück bei der jungen Wehrgeneration noch zu wenig bekannt oder zu wenig attraktiv ist. Von daher drängen sich Fragen nach der Akzeptanz des Durchdienens in der Bevölkerung ebenso auf wie Fragen nach einem allfälligen Ausbau dieser Dienstleistungsart durch Attraktivitätssteigerungsmassnahmen (siehe Tabelle 15.1).

Tabelle 15.1

Wehrpflichtableistung an einem Stück (Durchdiener) (Zustimmung „eher“ und „sehr“ gut bzw. „sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)

	Total	dt.	frz.	M	F	18–29	30–59	60+	Bildung		
									tief	mittel	hoch
Akzeptanz des Durchdienens	75	75	74	78	71	77	76	70	70	74	78
Attraktivitätssteigerung des Durchdienens durch Besserstellung der Freiwilligen	45	42	50	40	47	40	47	45	52	46	42
Übergang zum Durchdienen für alle Wehrpflichtigen	42	38	53	54	41	38	47	36	53	42	40

K.W. Haltiner 883/05/sb

Akzeptanz des Durchdienens

Die Möglichkeit, dass junge Männer ihre Militärdienstpflicht an einem Stück absolvieren können, wenn sie das wollen und danach ihre aktive Dienstzeit beenden, finden 31% „sehr“, 44% „eher“ gut. Von 21% wird sie als „eher“ oder „sehr“ schlecht abgelehnt, 4% weichen ins „weiss nicht“ aus oder verweigern die Antwort. Mit 75% Zustimmung wird somit die grundsätzliche Möglichkeit des Durchdienens in hohem Masse akzeptiert. Dabei sind nach Sprachregionen

keine Differenzen auszumachen (deutsche Schweiz: 75%, Romandie: 74%, Südschweiz: 79%). Männer begrüssen die neue Dienstform etwas mehr als Frauen (78% versus 72%), jüngere Befragte mehr als ältere (18–29 Jahre: 77%, 30–59 Jahre: 76%, 60+ Jahre: 70%). Die Zustimmung steigt zudem tendenziell mit dem Bildungsgrad an (obligatorische Schule: 70%, Hochschulabsolventen: 78%). Sich rechts positionierende Befragte stimmen mit 68% der Vorgabe etwas weniger zu als solche, die sich links einstufen (73%). Nicht unerwartet sind es eher jene, welche eine Berufsarmee der Miliz vorziehen würden, die das Durchdienen zu 80% eher gutheissen als die AnhängerInnen der Miliz (71%).

Attraktivitätssteigerung des Durchdienens durch Besserstellung der Freiwilligen

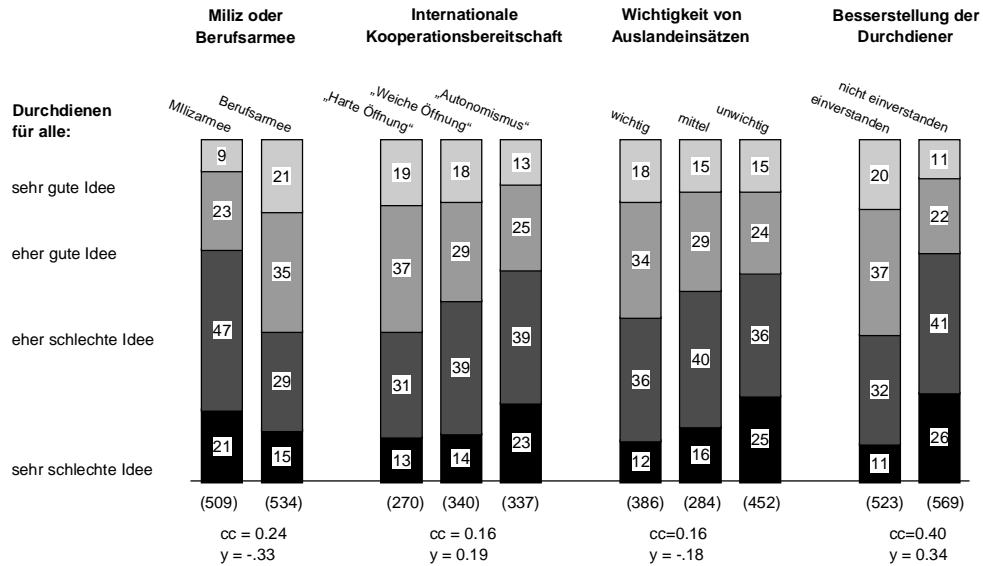
Um die Bereitschaft zum Durchdienen zu fördern, könnte eine Besserstellung eben dieser Freiwilligen gegenüber Soldaten des herkömmlichen Dienstleistungsrhythmus ins Auge gefasst werden. Eine solcherart begründete „Besserstellung gegenüber den WK-Dienstleistenden“ wird nur von einer Minderheit von 45% der Befragten gutgeheissen (17% „sehr“, 28% „eher“ einverstanden). Der mit 6% relativ hohe Anteil an Personen, die ins „weiss nicht“ ausweichen oder die Antwort verweigert (Frauen: 8%, ab 60-Jährige: 9%, Personen mit tiefer Bildung: 10%), verweist auf einen erhöhten Grad an Verunsicherung bei dieser Frage. Dabei liegt die Zustimmung in der italienischen Schweiz mit 67% und jene der französischen mit 50% signifikant höher als in der deutschen Schweiz (42%); Männer stimmen weniger zu als Frauen (40% versus 47%), HochschulabsolventInnen weniger (42%) als AbsolventInnen der obligatorischen Schule (52%). Keine Unterschiede gibt es diesbezüglich hinsichtlich der politischen Positionierung.

Übergang zum Durchdienen für alle Wehrpflichtigen

Von einer Umwandlung der gestaffelten Milizwehrpflicht in eine am Stück für alle Dienstpflichtigen hält die Schweizer Stimmbevölkerung wenig. Bloss 42% halten die Vorgabe für eine „sehr gute“ (15%) oder „eher gute“ Idee (27%). Nicht nach der politischen Einstellung, dem Geschlecht oder dem Bildungsabschluss differiert das Antwortverhalten, sondern nach der Sprachzugehörigkeit und dem Alter. Während Befragte der deutschen Schweiz bloss zu 38% von einer „eher guten“ Idee sprechen mögen, ist es in der französischen Schweiz eine 53-prozentige Mehrheit. Auch Befragte der italienischen Schweiz heissen sie mit 54% überdurchschnittlich gut. Offensichtlich ist die Miliztradition in der deutschen Schweiz nachhaltiger verankert als in der lateinischen. Bei den Altersgruppen ist es die mittlere Generation der 30–59-Jährigen, also schergewichtig die Erwerbsgeneration, die mit 47% die Idee gut heisst, während die jüngste und die älteste (60+) diesbezüglich zurückhaltender sind (38% bzw. 36%). Vor allem bei der jüngsten Altersgruppe dürften Interessen der individuellen Lebensplanung eine grössere Rolle spielen als gesellschaftliche Traditionsgesichtspunkte. Für voll im Erwerbsleben stehende Personen sind zyklische Dienstleistungen belastender als für andere.

Abbildung 15.1

Einstellungen zur Wehrform, zu Auslandseinsätzen und zur Besserstellung von Durchdienern nach der Befürwortung der Vorgabe, alle sollten durchdienen (Angaben in Prozent)



© K. Haltiner 895/05/rw

Durchdiener und Wehrform

Alles in allem sind Aspekte der Wehrtradition für die Einschätzung der Rolle der Durchdiener und damit letztlich für die Beurteilung eines denkbaren Übergangs zu einer stehenden Wehrpflichtarmee nach europäischem Muster, in der die Wehrpflichtigen ihre Dienstleistung kompakt ableisten, durchaus bedeutsam (siehe Abbildung 15.1). Wer für eine Berufsarmee eintritt, heisst zu 56% einen Übergang zu einem Armeeformat gut, in dem alle dienstpflichtigen Männer ihren Dienst am Stück ableisten. AnhängerInnen der Milizarmee hingegen lehnen eine solche zu über zwei Dritteln ab (68%). Wer militärische Auslandseinsätze für wichtig hält, stimmt einer solchen Änderung mehrheitlich (52%) zu, wer das nicht oder nur in mittleren Masse tut, lehnt sie mehrheitlich ab (siehe Abbildung 15.1). Offensichtlich bestimmt die aussen- und sicherheitspolitische Öffnungsbereitschaft und die dabei der Armee zugeschriebene Funktion für die Einschätzung des Durchdienens bei den Befragten eine Rolle. So erklären sich „harte Öffnungsbereite“ zu 56% mit einem Übergang zum Durchdienen für alle Dienstpflichtigen einverstanden, „weiche“ bloss zu 47% und „Autonomisten“ nur noch zu 38%. Zudem zeigt sich, dass zwischen der Bereitschaft, Durchdiener besser zu stellen und der Ansicht, einen Übergang zum Durchdienen für alle ins Auge zu fassen, ein deutlich positiver Zusammenhang besteht (siehe Abbildung 15.1).

Fazit: Der Durchdienerstatus, wie er mit der Armee XXI eingeführt wurde, stösst in der Bevölkerung auf hohe Zustimmung. Hingegen begegnet eine Mehrheit einer Attraktivitätssteigerung und einer Ausdehnung des Durchdienerstatuts mit Skepsis. Hier bestimmen möglicherweise sowohl lebensplanerische Aspekte wie auch grundsätzliche aussen- und sicherheitspolitische Orientierungen die Beurteilung der künftigen Rolle der Durchdiener in der Schweizer Armee. Ein Grossteil der StimmbürgerInnen ist sich offensichtlich bewusst, dass mit einer quantitativen und qualitativen Veränderung des Durchdienerstatus die Prinzipien der Miliz berührt würden. Jedoch lässt die hohe Akzeptanz des Durchdienerprinzips – d.h. die hohe prinzipielle Gutheissung von dessen Schaffung mit der Armee XXI – vermuten, dass mit guter politischer Überzeugungsarbeit eine Steigerung des militärischen Bereitschaftsgrades mittels Erhöhung der Durchdieneranteile nicht auf unüberwindliche Hürden stossen würde.

15.2 Allgemeine Dienstpflicht als Alternative zur heutigen Wehrpflicht

Es kann europaweit ein Trend beobachtet werden, die Wehrpflicht im Zuge der umfangmässigen Verkleinerung der Streitkräfte zwar nicht abzuschaffen, wohl aber auszusetzen (vgl. Szvircev Tresch, 2005). Die Absenkung der Bestände unterhöhlt die Wehrgerechtigkeit, sodass die politische Diskussion um diese in einigen Staaten zum bestimmenden Motiv für die Aussetzung der allgemeinen Männerdienstpflicht wurde. In der Schweiz gehen die Bestrebungen in eine andere Richtung, nämlich dahin, die Wehrgerechtigkeit durch eine Ausdehnung der heute auf den militärischen Dienst beschränkten Verpflichtungen auf eine allgemeine Dienstpflicht auszudehnen. Dazu sind innerhalb der letzten Jahre mehrere Vorstösse innerhalb und ausserhalb des Parlamentes erfolgt.¹³ Dies, obwohl gewichtige völkerrechtliche Verbote wie zum Beispiel Art. 4 der Europäischen Menschenrechtscharta, die die Schweiz unterzeichnet hat, der Realisierung solcher Ideen entgegenstehen. Der Bundesrat hat denn auch allen diesbezüglichen Vorstössen bisher eine Absage erteilt. Es ist in diesem Zusammenhang aber durchaus interessant zu sehen wie sich die Schweizer Bevölkerung zu verschiedenen Alternativen zur Männerwehrpflicht stellt. In der diesjährigen Erhebung sind dazu fünf Fragen aufgenommen worden, die vom Status quo über die

13 Motionen von Nationalrat Buehler und Ständerat Frick: Buehler, Jakob. Allgemeine Dienstpflicht für Männer. Motion an den Bundesrat 04.3379. Eingereicht von der Christlichdemokratischen Fraktion im Nationalrat, 17. Juni 2004. http://www.parlament.ch/afs/data/d/gesch/2004/d_gesch_20043379.htm; Frick, Bruno. Allgemeine Dienstpflicht für Männer. Motion an den Bundesrat 04.3369. Eingereicht im Ständerat, 17. Juni 2004. http://www.parlament.ch/afs/data/d/gesch/2004/d_gesch_20043369.htm. Darbellay, Christophe. Allgemeine Dienstpflicht für Männer. Parlamentarische Initiative 05.409. Eingereicht im Nationalrat, 18. März 2005. http://www.parlament.ch/afs/data/d/gesch/2005/d_gesch_20050409.htm. Stiftung Libera'll. Von der allgemeinen Wehrpflicht zur allgemeinen Dienstpflicht. Diskussionsbeitrag zu Gunsten eines gesellschaftspolitisch und volkswirtschaftlich tragfähigen Life-cycle-Modells. August 2004. <http://www.allgemeine-dienstpflicht.ch>.

Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für Männer oder für beide Geschlechter zum einen, über die Einführung eines freiwilligen Dienstes zum zweiten, bis hin zur ersatzlosen Aufhebung der Wehrpflicht zum dritten reichen (siehe Tabelle 15.2).

Diese fünf Fragen wurden eingeleitet mit dem Hinweis, dass „im vergangenen Jahr in den Schweizer Medien und von einigen Politikern die Einführung einer allgemeinen obligatorischen Dienstpflicht anstelle der heutigen Wehrpflicht diskutiert“ worden sei. Die Fragen waren durch die Befragten also unter der Perspektive einer Dienstpflicht zu beantworten.

Tabelle 15.2

Meinungen zu Vorschlägen für die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht
(Zustimmung „sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)

	Total	dt	frz.	it.	M	F	18–29	30–59	60+	links	Mitte	rechts
Zustimmung zum Status quo (Wehrpflicht für Männer ohne Dienstpflicht).	49	51	44	52	49	50	49	47	56	34	51	54
Umwandlung Wehrpflicht in Dienstpflicht für Männer, wobei ein Teil Militär, ein anderer Zivil- und Sozialdienst zu leisten hätte.	74	73	82	60	71	77	72	75	75	74	77	69
Allg. Dienstpflicht für Männer und Frauen, wobei Männer zwischen Militär- und anderen Diensten wählen müssten.	49	50	46	42	49	48	43	48	55	48	48	51
Freiwilliger Militär-, Zivilschutz- und Sozialdienst für Männer und Frauen unter Aufhebung der Wehrpflicht.	42	37	52	58	40	43	48	44	31	59	41	28
Wehrpflicht ersatzlos aufheben.	29	25	38	38	28	30	38	30	21	44	27	21

K.W. Haltiner 882/05/sb

Zustimmung zum Status quo, der Beibehaltung der heutigen Männerwehrrpflicht unter Verzicht auf eine allgemeine Dienstpflicht

Rund die Hälfte aller Befragten (49%, davon 20% „sehr“, 29% „eher“ dafür) spricht sich für die Beibehaltung der heutigen Männerwehrrpflicht aus und möchte diese „auf keinen Fall“ in eine obligatorische Dienstpflicht für Männer umgewandelt wissen. 43% wenden sich gegen die Vorgabe, 8% zeigen hierzu keine Meinung oder verweigern die Antwort. Die Zustimmung zum Status quo ist überdurchschnittlich hoch bei der ältesten Befragtengruppe (ab 60-Jährige: 56%), bei Personen, die sich politisch rechts einstufen (54%), sowie in der deutschsprachigen und italienischsprachigen Schweiz (51% bzw. 52%). Deutlich unterdurchschnittlich halten am Status quo fest: die RomandEs (44%), Personen, die sich politisch links einstufen (34%) und solche, die über einen hohen Bildungsabschluss verfügen (40%).

Umwandlung der heutigen Wehrrpflicht in eine obligatorische Dienstpflicht für Männer, wobei ein Teil der Männer Militärdienst, der andere Teil Sozialdienst oder Zivildienst zu leisten hätte

Die Ausweitung der Männerwehrrpflicht in eine Männerdienstpflicht mit Option für verschiedene Dienstarten erreicht mit 74% (33% „sehr“, 41% „eher“) eine eindrücklich hohe Zustimmung. Bloss 21% der SchweizerInnen lehnen diese ab, 5% haben keine Meinung oder geben keine Antwort. Die Idee findet überdurchschnittlich Anklang in der Westschweiz (82%), wird aber unterdurchschnittlich gutgeheissen in der Südschweiz (60%), bei Personen die sich selbst politisch rechts positionieren und solchen mit tieferem Bildungsstand (je 69%).

Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für Männer und Frauen mit freier Wahl für Militärdienst, Zivildienst oder Sozialdienst

Der Einbezug von Frauen in eine obligatorische Dienstpflicht mit freier Wahl der Dienstart findet keine mehrheitliche Zustimmung. Nur 49% heissen sie gut (21% „sehr“, 28% „eher“), 48% lehnen sie ab, 3% bekunden hierzu keine Meinung. Deutliche Zustimmung findet der Vorschlag einzig bei den ab 60-Jährigen (55%) aus Gründen, die sehr wohl mit den Interessen der Betagten an einem Sozialdienst zusammenhängen dürften, sowie bei Personen mit tieferem Bildungsniveau (60%). Deutlich unter dem Mittel billigen die jüngste Befragtengruppe (43%), die RomandEs (46%) und Personen der italienischsprachigen Schweiz (42%) diesen Vorschlag.

Aufhebung der heutigen Wehrpflicht für Männer und Einführung eines freiwilligen Militär-, Zivilschutz- und Sozialdienstes für Männer und Frauen

Einen freiwilligen Dienst anstelle eines Obligatoriums für beide Geschlechter heissen 42% der Befragten gut (20% „sehr“, 22% „eher“), 56% lehnen ab, 2% sind ohne Meinung. Wenig von der Aufhebung des Dienstzwangs halten insbesondere sich selbst als politisch rechts Einstufende (28%), ältere StimmbürgerInnen (31%) sowie die Befragten der deutschen Schweiz (37%). Über dem Durchschnitt befürworten Angehörige der italienischen und französischen Schweiz (58% bzw. 52%), sich als links bezeichnende Personen (59%) und die jüngste Befragtengruppe (18–29-Jährige: 48%) den Übergang zu einem freiwilligen Dienstmodell.

Verzicht auf die heutige Wehrpflicht für Männer und auf jede Form einer allgemeinen Dienstpflicht

Die Aufhebung jeglicher Form von Zwangsdiensten erhält wenig Akzeptanz, knapp drei von zehn Personen stimmen der Vorgabe zu (29%, wovon 12% „sehr“, 17% „eher“). Zustimmung findet die Idee in keiner soziodemographischen Merkmalsgruppe, jedoch überdurchschnittliche Billigung bei sich als politisch links einstuftenden Personen (44%), bei der jüngsten Befragtengruppe (18–29-Jährige: 38%) sowie in der lateinischen Schweiz (Südschweiz und Romandie je 38%).

Fazit: Von allen Vorschlägen zu einer allgemeinen Dienstpflicht findet einzig die Idee einer Ausweitung der obligatorischen Männerwehrpflicht zu einer allgemeinen Männerdienstpflicht bei den StimmbürgerInnen Zustimmung. Und diese ist beachtlich hoch, höher als die Zustimmung zum Status quo, d.h. der Weiterführung der heutigen Männerwehrpflicht. Sobald ein Pflichtdienst auch Frauen umfassen soll, schrumpft die Zustimmung deutlich. Noch weniger zu begeistern vermögen Vorschläge für freiwillige Dienstmodelle. Die Aufhebung des Zwangs ganz allgemein wird von weniger als einem Drittel der Befragten gebilligt.

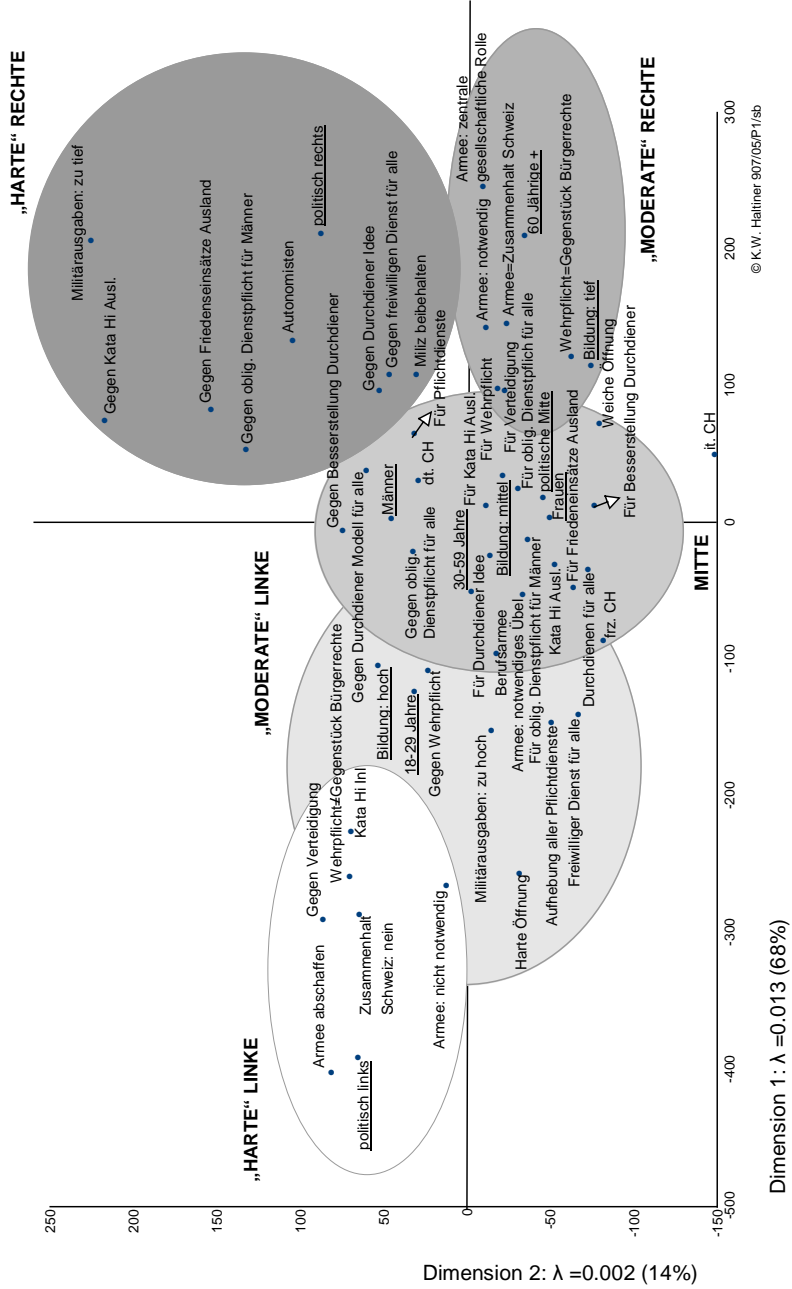
15.3 Die Einschätzung alternativer Dienstarten im Spannungsfeld der sicherheitspolitischen Meinungsbildung

Wo lassen sich die Pros und Contras zu alternativen Dienstleistungsformen in der sicherheitspolitischen Meinungslandschaft verorten? Eine Korrespondenzanalyse¹⁴ veranschaulicht im Überblick die Zusammenhänge zwischen soziodemographischen Daten (unterstrichen) und den

14 Näheres zur Methode der so genannten Korrespondenzanalyse im Allgemeinen sowie die Kennwerte der hier durchgeführten Anwendung im Besonderen finden sich in Anhang I bzw. II.

zustimmenden bzw. ablehnenden Haltungen diesbezüglich sowie weiteren Einstellungen zur Höhe der Militärausgaben, zur Armee (Aufgaben, Notwendigkeit, Form, gesellschaftlicher Stellenwert) und der Wahrnehmung aussenpolitischer Optionen („harte Öffnung“, „weiche Öffnung“, „Autonomismus“). Abbildung 15.2 lässt sich, vereinfachend ausgedrückt, wie eine Meinungslandkarte lesen. Zwei sich nahe liegende Einstellungen stehen statistisch in einem engeren Zusammenhang als zwei entfernt voneinander liegende. (Lesebeispiel im Feld „moderate“ Linke: Wer die Militärausgaben als zu hoch einstuft, sieht in der Armee eher ein notwendiges Übel, neigt zur Befürwortung einer Berufsarmee und unterstützt das Durchdienen für alle.)

Abbildung 15.2
 Mehrvariablenanalyse: Alternative Dienstformen und Einschätzung der Armee im Kontext der sicherheitspolitischen Meinungsbildung



Die waagrechte Dimension vermag insgesamt 68% der Varianz zu erklären, die senkrechte 14%. Erstere ist die dominantere Dimension, sie entspricht in Abbildung 15.2 weitgehend der Links-rechts-Achse. Dadurch wird einmal mehr deutlich, in welcher hohen Masse die aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung von der politischen Grundeinstellung bestimmt wird. Wer sich selbst als politisch links einstuft, bekennt sich zu grundsätzlich anderen sicherheits- und militärpolitischen Postulaten als wer sich politisch rechts oder in der Mitte einstuft. Die Links-rechts-Polarisierung überwiegt in ihrer Bedeutung bei weitem die soziodemographischen Merkmale. Unter diesen spielt, auch entlang der Waagrechten, das Alter eine wichtige Rolle, gefolgt von der Bildung. Kaum ins Gewicht fällt hingegen das Geschlecht. Eingezeichnet sind die politischen Einstellungskomplexe in Abbildung 15.2 nach der politischen Verortung als „harte“ Linke, „moderate“ Linke, „Mitte“, „harte“ Rechte und „moderate“ Rechte.

- Das politische Mittelfeld wird dominiert von der Gruppe der 30–59-Jährigen, dem Gros der Erwerbsbevölkerung, und den mittleren Bildungsgruppen sowie der Zugehörigkeit zur deutschen Schweiz. Die Armee wird befürwortet als notwendiges Übel. Hier wird eine Ausweitung der Wehrpflicht in eine obligatorische Männerdienstpflicht inklusive Beibehaltung des Zwangs anstelle von Freiwilligkeit sowie das Durchdienermodell überwiegend gutgeheissen. Man wünscht sich in erster Linie eine Armee für Existenzsicherungsaufgaben (Katastrophenhilfe im In- und Ausland). Hingegen ist man gespalten bezüglich der Idee, künftig nicht nur einen Teil, sondern alle Wehrpflichtigen durchdienen zu lassen. Diese findet, wie gezeigt, eher Anklang in der Westschweiz und bei Personen, die Friedenseinsätze und Katastrophenhilfe im Ausland als wichtig einstufen. Zudem: Wer diese gutheisst, ist auch eher bereit, Durchdiener zu privilegieren, um mehr davon für diese Art der Ableistung der Wehrpflicht zu motivieren. Die politische Mitte ist zugleich verunsichert über den wünschenswerten Grad an Öffnung der Schweiz. Man neigt zur „weichen Öffnung“.
- Das Einstellungsfeld „Links“ ist weit weniger kohärent als die politische Mitte. Links aussen – „harte“ Linke – wird der Abschaffung der Armee das Wort geredet, ihre Rolle als Instrument der Verteidigung und der Existenzsicherung (Katastrophenhilfe im Inland) ebenso bestritten wie ihre sozio-politische Bedeutung für den Zusammenhalt der Schweiz. Dass die Wehrpflicht ein Komplement zu den Bürgerrechten darstelle, wird vehement bestritten.
- Näher an der politischen Mitte und damit moderater ausgeprägt, aber tendenziell immer noch dem linken Meinungsfeld zuzurechnen, finden wir die jüngere Stimmbürgerschaft und die höheren Bildungsschichten. Man ist hier der Wehrpflicht gegenüber kritisch eingestellt, neigt dazu, ihre Abschaffung und die Einführung einer Berufsarmee über dem Mittel gutzuheissen. Deshalb wird auch die Schaffung einer obligatorischen Dienstpflicht eher abgelehnt, ein freiwilliger Dienst für beide Geschlechter hingegen unterstützt. Man neigt zur

„harten Öffnung“ der Schweiz und beurteilt die Verteidigungsausgaben weiterhin als zu hoch. Von einer Besserstellung der Durchdiener, um dieser Option mehr Chancen zu geben, hält man hier, möglicherweise aus Gleichheitsüberlegungen, wenig.

- Auch das rechte Meinungsfeld ist nicht konsistent. Im oberen rechten Quadranten finden wir eine „harte“ rechte Position, geprägt von einer betont „autonomistischen“ Grundhaltung. Sie ist keinem soziodemographischen Merkmal direkt zuzuordnen. Die Armeeaussgaben werden hier als zu tief eingestuft, Katastrophenhilfeeinsätze der Armee im Ausland ebenso abgelehnt wie Friedenseinsätze. Vom Durchdienermodell hält man wenig und lehnt fast alle Alternativen zur heutigen Wehrpflicht, inklusive einer obligatorischen Männer-Dienstpflicht, ab.
- Moderater im rechten Meinungsfeld sind die Einstellungen, die im unteren rechten Quadranten und näher der politischen Mitte zu finden sind. Mit den „harten“ Rechten vereint sie die Einschätzung der Armee und der Wehrpflicht als notwendig und von zentraler gesellschaftlicher Bedeutung. Indessen wird hier vor allem die gesellschaftspolitische Rolle der Armee betont, ihre hohe Bedeutung für den Zusammenhalt des Landes genannt und die Wehrpflicht als Gegenstück der Bürgerrechte legitimiert. Die Verteidigung des Landes wird weiterhin als wichtige Militäraufgabe eingestuft. Man neigt hier aber eher zur „weichen Öffnung“ des Landes als zum „Autonomismus“. Über dem Mittel ist dieses Einstellungsfeld bei der älteren Stimmbürgerschaft und den unteren Bildungsschichten verbreitet.

16 VERTEIDIGUNGS-AUSGABEN

Die Meinung, dass für die Verteidigung immer noch „zu viel“ oder gar „viel zu viel“ Geld ausgegeben wird, wird von 51% (2004: 54%; siehe Abbildung 16.1) der Bevölkerung geteilt („zu viel“: 33%, „viel zu viel“: 18%). 8% (+3%; 2001: 4%) vertreten die Auffassung, das Militär habe „zu wenig“ Geld zur Verfügung. Dieser Zuwachs an Stimmen für eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets ist gering, aber seit Befragungsbeginn erstmalig. Offenbar sind die Sparbemühungen im Verteidigungsbereich mittlerweile in breiten Bevölkerungskreisen wahrgenommen worden. Ein gutes Drittel (36%) hält die Ausgaben für „gerade richtig“.

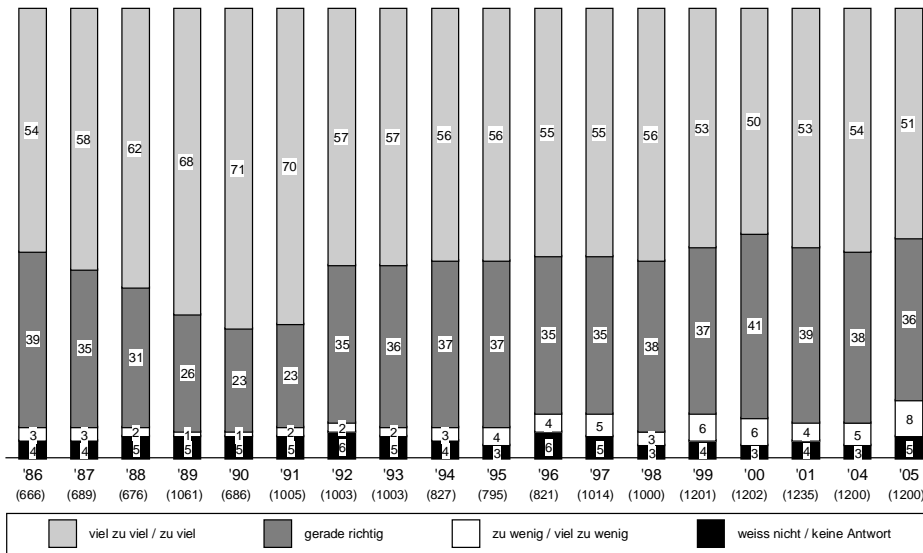
Die Rüstungsausgabenkritik ist nach wie vor vorhanden, bleibt aber deutlich unter dem Mittel der achtziger und neunziger Jahre. Während von 1986 bis 1991 die Zahl derjenigen, welche die Armee knapper halten wollten, deutlich zunahm und die Rüstungskritik 1990 mit 71% einen Höhepunkt erreichte, ist seit 1992 eine Stabilisierung in der Ausgabenkritik auf tieferem Niveau eingetreten. Trotz der weltweiten Bedrohung durch Terrorismus ist die Schweizer Bevölkerung nicht der Meinung, dass die Verteidigungsausgaben gleich bleiben, geschweige denn gar erhöht werden sollten. Es scheint aber, als würde der Abbaudruck schwächer.

In der Auffassung, wie hoch die Verteidigungsausgaben sein müssten, herrscht seit jeher eine Differenz zwischen politisch sich links positionierenden Befragten und Personen mit einer selbstbekundeten rechten politischen Einstellung (CC=0.31). Erstere sind grossmehrheitlich (77%) der Meinung, dass „zu viel“ für die Verteidigung ausgegeben werde. Hingegen teilen diese Meinung nur 36% der letzteren. Überdurchschnittlich sind sie der Ansicht, dass die Armee zu wenig Mittel zugesprochen erhalte (18%). Mit der momentanen finanziellen Situation der Schweizer Armee sind die ab 60-jährigen SchweizerInnen am zufriedensten: 48% sind der Meinung, dass die Ausgaben der Schweiz für die Verteidigung derzeit „gerade richtig“ lägen. Wer der Meinung ist, die Schweiz gebe „zu viel“ für die Verteidigung aus, befürwortet auch überdurchschnittlich stark eine Verkleinerung der Armee (CC=0.51).

Abbildung 16.1

Allgemeine Einstellung zu den Verteidigungsausgaben (Angaben in Prozent)

„Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?“



K.W.Haltiner Si/380/05/sb

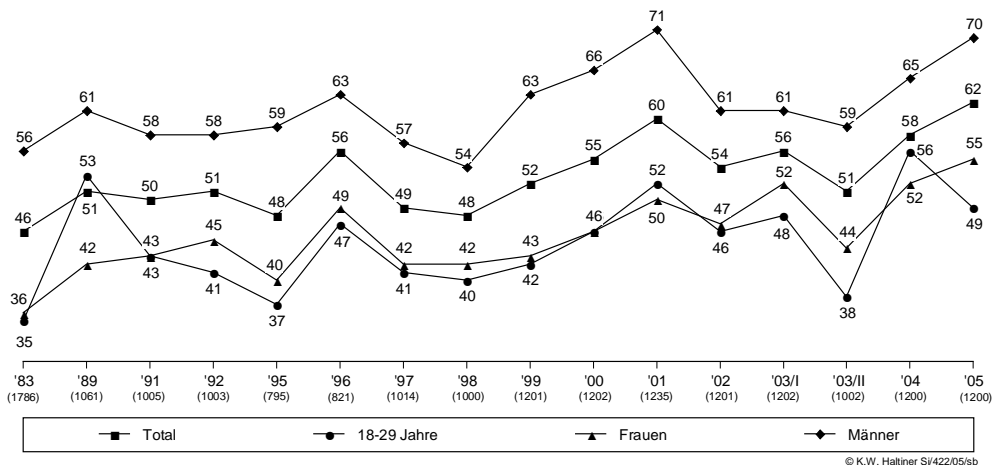
17 SICHERHEITSPOLITISCHES INTERESSE

Nur wer sich für Sicherheitspolitik interessiert, wird relevante Informationen aufnehmen und sich sicherheitspolitisch engagieren. Für eine Sicherheitspolitik, die auf ein hohes Mass an Bürgerengagement angewiesen ist, bleibt die öffentliche Anteilnahme am sicherheitspolitischen Geschehen von hoher politischer Bedeutung. Seit dem 11. September 2001, den nachfolgenden Kriegen in Afghanistan und im Irak und der Bedrohung durch den weltweiten Terrorismus haben Fragen der Sicherheit und der Sicherheitspolitik in den Medien eine vergleichsweise hohe Gewichtung erhalten. Es kann somit erwartet werden, dass die stärkere Medialisierung das allgemeine Interesse an Sicherheitspolitik in der Schweiz beeinflusst. Diese These scheint, zumindest für die Jahre 2002 und 2003 nicht zuzutreffen (siehe Abbildung 17.1). Das Interesse reduzierte sich im Jahr 2003 sogar deutlich. Seither ist aber wieder ein massgeblicher Anstieg zu verzeichnen. Noch nie seit Messbeginn 1983 zeigte sich die Schweizer Bevölkerung so interessiert an Sicherheitspolitik wie dieses Jahr (62%, +4%). Ob die anhaltende Diskussion um die „richtige“ Armee darauf Einfluss hat, ist schwer zu beurteilen.

Abbildung 17.1

Sicherheitspolitisches Interesse (Anteil „sehr“ und „recht“ stark in Prozent)

„Sie haben in dieser Umfrage einige Fragen zur Sicherheitspolitik beantwortet. Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit, sehr stark, recht stark, ein bisschen oder überhaupt nicht?“



Zwei gegensätzliche Trends sind sichtbar: Erstens scheint das kurzfristig höhere sicherheitspolitische Interesse der wehrtragenden Alterskohorte der 18–29-Jährigen wieder deutlich abzuflachen (49%, –7%), ist aber im langjährigen Mittel immer noch überdurchschnittlich hoch. Es scheint, dass die jüngere Generation sich dann für Sicherheitspolitik interessiert, wenn sie direkt betroffen ist, wie dies anfangs 2004 mit der Einführung der Armee XXI der Fall war. Dazumal wurde bei ihnen auch das grösste Interesse seit je gemessen.

Zweitens steigt der Anteil an sicherheitspolitisch interessierten Frauen kontinuierlich. Eine deutliche Mehrheit von 55% (+3%) zeigt sich interessiert. Dennoch bleibt die Differenz zu den Männern weiterhin bestehen, da diese gegenüber 2004 noch interessierter an Sicherheitspolitik sind (70%, +5%). Nachdem 2004 der regionenspezifische Unterschied nicht mehr vorhanden war, akzentuiert er sich 2005 wieder so stark wie früher, d.h. die französischsprachigen SchweizerInnen geben sich weniger interessiert an Sicherheitspolitik als DeutschschweizerInnen (52% versus 64%). Als Konstante über Jahre hinweg gilt, dass politisch rechts stehende gegenüber politisch links stehenden Befragten ein signifikant stärkeres Interesse an Sicherheitspolitik zeigen (rechts: 71%, links: 54%).

Die Meinungsführerfunktion – man wird von Bekannten und Freunden häufig um Rat und Auskunft zu politischen Themen angegangen – spielt eine Rolle in der Höhe des sicherheitspolitischen Interesses. Personen, die „öfters“ um ihre politische Meinung gefragt werden, interessieren sich zu 80% ($\pm 0\%$) „recht“ bzw. „sehr“ stark für Sicherheitspolitik. Befragte, die angeben, „nie“ um politischen Rat gebeten zu werden, zeigen bloss zu 42% (+7%) ein sicherheitspolitisches Interesse. Es gilt weiterhin, wie in früheren Studien schon in gleicher Art und Weise formuliert: Die erhöhte Beschäftigung mit sicherheitspolitischen Belangen kann als Ausdruck eines überdurchschnittlichen Interesses für Politik ganz allgemein gesehen werden.

LITERATURHINWEISE

- Bacher, J. (1994). Clusteranalyse. München: Oldenbourg.
- Blasius, J. (2001). Korrespondenzanalyse. München; Wien: R. Oldenbourg.
- Bortz, J. (1984). Lehrbuch der empirischen Forschung. Berlin: Springer.
- Bortz, J. (1993). Statistik. Für Sozialwissenschaftler (4. Aufl.). Berlin: Springer.
- Bortz, J., Döring, N. (2002). Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler (3., überarb. Aufl.). Berlin: Springer.
- Buri, Ch., Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1991). Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 18. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Greenacre, M. (1990). SimCA User's Manual. Pretoria: University of South Africa, Department of Statistics (unveröffentlicht).
- Haltiner, K.W. (1994). Sicherheit '94. Unveröffentlichte Bevölkerungsrepräsentativbefragung. Au/ Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1995). Sicherheit '95. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte - Militärische Führungsschule, Heft Nr.1. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1996). Sicherheit '96. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte - Militärische Führungsschule, Heft Nr. 3. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1998). Sicherheit '98. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte - Militärische Führungsschule, Heft Nr. 4. Au-Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1994). Öffnung oder Isolation der Schweiz? Ausen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 32. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1997). Sicherheit '97. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 42. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner, K.W., Bennett J. (1999). Mehrheit der Rekruten für bisheriges Dienstmodell. ASMZ, Nr. 10, S. 15-18.
- Haltiner K.W., Wenger A., Bennett J., Szvircsev T. (1999). Sicherheit 1999 - Ausen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zü-

rich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.

Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev, T. (2000). Sicherheit 2000 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.

Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev, T. (2001). Sicherheit 2001 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.

Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev, T. (2002). Sicherheit 2002 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.

Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev, T., Tresch, T. (2003). Sicherheit 2003 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.

Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircsev, T., Tresch, T. (2004). Sicherheit 2004 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.

Haltiner, K.W., Szvircsev, T., Tresch, T. (2005). Bürgerheer wohin? Alternative Wehrformen in der aktuellen politischen Diskussion. Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik 2005. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.

Meyer, R., Haltiner, K.W., Hofer, R., Iff, H., Rüegg, W. (1982). Fragen an die Zukunft. Die Bedeutung von Beruf, Bildung und Politik für die zwanzigjährigen Schweizerinnen und Schweizer. Pädagogische Rekrutenprüfungen, Wissenschaftliche Reihe Band 6. Aarau: Sauerländer.

Riklin, A., Frei, Ch. (1986). Bericht zum UniVox-Thema IVb „Verteidigung“. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.

Riklin, A., Laggner, B. (1988). Bericht zum UniVox-Thema IVb „Verteidigung“. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.

Riklin, A., Hafen, Th. (1990). Bericht zum UniVox-Thema IVb „Verteidigung“. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.

Szvircsev, T., Tresch, T. (2005). Europas Streitkräfte im Wandel: Von der Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenstreitkraft (Dissertation, im Druck).

ANHANG I

I Die Qualität der Variablen^I

Eine Menge von Objekten, die mittels einer Zahl dargestellt werden können, wird als Skala bezeichnet. Je nachdem, welche Eigenschaften und Beziehungen der Zahlen auf die Menge der Objekte sinnvoll übertragbar sind, unterscheidet man Skalen von verschiedenem Niveau. In der Statistik spricht man vom Skalenniveau der Variablen oder der Merkmale.

Eine Skala, die nur Identifikationen, nicht aber eine Zählung zulässt, heisst *Nominalskala* (z.B. Automarke, Beruf), eine, deren Zahlen lediglich „Grösser-kleiner“-Relationen abbilden, *Ordinalskala* (z.B. militärische Grade, Bildungsgrade). Eine Skala, bei der gleiche Zahlendifferenzen auch gleiche Merkmalsdifferenzen repräsentieren, wird als *Intervallskala* bezeichnet (z.B. Körpertemperatur, Metermass).

In dieser Studie wird hauptsächlich mit Nominal- und Ordinalvariablen gearbeitet.

II Korrelationen und Koeffizienten^{II}

Zusammenhangsmasse sind wichtige Instrumente der beschreibenden Statistik. Als geeignete Masse haben sich so genannte Korrelationskoeffizienten erwiesen, die Werte zwischen 0 und 1 annehmen können, wobei Werte nahe bei 0 auf einen geringen, Werte nahe bei 1 auf einen engen Zusammenhang hinweisen.

Viele Korrelationskoeffizienten geben zusätzlich noch die Richtung des Zusammenhangs an, indem sie positive Werte annehmen, wenn sich die beteiligten Variablen gleichläufig verhalten, oder negative, wenn sich die Variablen gegenläufig verhalten. Stimmt also beispielsweise die Mehrheit der Befragten, die der Frage A zustimmt, auch der Frage B zu, und lehnen gleichzeitig diejenigen, die Frage A ablehnen, auch Frage B mehrheitlich ab, spricht man von einem positiven Zusammenhang. Eine negative Korrelation ergäbe sich dann, wenn die Personen, die A zustimmen, B mehrheitlich ablehnen und umgekehrt.

Es gibt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Korrelationskoeffizienten, die sich für unterschiedliche Arten der Fragestellung und Beschaffenheit der Daten eignen. In dieser Studie werden als Masse für nominalskalierte Variablen (Merkmale, die sich nur qualitativ voneinander unterscheiden lassen, wie z.B. die Staatszugehörigkeit, die Religion oder der Beruf) und ordinalskalierte Variablen (d.h. solche mit Rangcharakter, wie z.B. „grösser als...“ oder „wichtiger als...“) der so genannte Kontingenzkoeffizient (CC) und der Gamma-Koeffizient (γ) verwendet.

Der *Kontingenzkoeffizient*, abgekürzt CC, erfasst den Zusammenhang (die Assoziation) zweier nominalskalierter Merkmale. Der Wertebereich von CC variiert zwischen 0 und 1 (nur positive

I Nach Bortz (1984) und Bortz / Döring (2002).

II Nach Bortz (1984), Bortz / Döring (2002), Meyer / Haltiner / Hofer / Iff / Rüegg (1982).

Koeffizienten). Dabei bedeutet 0 völlige Unabhängigkeit und 1 einen absoluten Zusammenhang zwischen den Merkmalen.

Der *Gamma-Koeffizient* (γ) gelangt zur Anwendung, wenn die zu analysierenden Variablen Ordinalcharakter aufweisen. Der Wertebereich des Gamma-Koeffizienten variiert zwischen -1 und $+1$.

Signifikanz: Korrelationskoeffizienten sind ein Mass für den Zusammenhang zweier oder mehrerer Variablen. Dieser kann aber manchmal bloss zufälligen Charakter haben. Eine festgestellte Korrelation ist also in der Stichprobe gegeben, kann aber nicht auf die Grundgesamtheit übertragen werden. Anders ausgedrückt: Der Schluss von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit ist statistisch nicht gesichert. Konkret würde dies in unserem Fall bedeuten, dass eine Verallgemeinerung eines zwischen zwei Variablen gegebenen Zusammenhangs von unserer 1'200-Personen-Stichprobe auf die Gesamtheit der schweizerischen Stimmbevölkerung unsicher ist. Ist die Verallgemeinerung von Merkmalen einer Untergruppe (Stichprobe) auf die Grundgesamtheit hingegen möglich, so ist der festgestellte Zusammenhang zwischen den Variablen signifikant. Dies wird in der Regel mit $p < 0.05$ (signifikanter Zusammenhang), $p < 0.01$ (sehr signifikanter Zusammenhang) oder $p < 0.001$ (hochsignifikanter Zusammenhang) ausgedrückt. Bei $p > 0.05$ ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Zusammenhang bloss zufällig ist, nicht mehr als gering zu veranschlagen.

III Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels χ^2 -Test

Der im Rahmen dieses Berichtes ebenfalls verwendete χ^2 -Test beruht auf dem k-l- χ^2 -Verfahren zur Überprüfung von Unterschiedshypothesen, wobei k die Zahl der zu vergleichenden Stichproben und l die Zahl der Ausprägungen des zu untersuchenden Merkmals bezeichnet (Bortz, 1993, S. 160). Es wird geprüft, ob sich k voneinander unabhängige Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B in unterschiedlicher Weise verteilen. Ein signifikantes Ergebnis bedeutet, dass die Unterschiede in der Verteilung von k unabhängigen Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit (in der Regel höchstens 5%) nicht durch Zufall zu Stande gekommen sind.

IV Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels t-Test

Anhand des t-Test wird untersucht, ob die Differenz im Mittelwert zweier Stichproben zufällig für diesen Anteil der Grundgesamtheit zu Stande gekommen ist, oder ob aus der Differenz in der Stichprobe auf eine Differenz in der Grundgesamtheit geschlossen werden kann. Der Mittelwert ist der Durchschnittswert aller Nennungen und errechnet sich durch die Summe aller genannten Werte, geteilt durch die Anzahl Nennungen.

V Die Clusteranalyse^{III}

Die Clusteranalyse ist ein statistisches Datenreduktionsverfahren zur systematischen Klassifizierung von Objekten einer gegebenen Menge. Die durch eine bestimmte Anzahl von Merkmalen beschriebenen Objekte werden nach Massgabe ihrer Ähnlichkeit in Gruppen (Cluster) zusammengefasst, wobei die Cluster untereinander möglichst homogen und extern möglichst gut voneinander unterscheidbar sein sollen. Mit anderen Worten: Es sollen die Elemente eines Clusters möglichst ähnlich sein, und jedes Element eines Clusters soll sich möglichst stark von den Objekten anderer Cluster unterscheiden. Ziel der Clusteranalyse ist es also, Gruppen so zu bestimmen, dass die Korrelationen der Variablen einer Gruppe zu den Variablen aller anderen Gruppen möglichst niedrig sind.

Es gibt zwei grosse Familien von clusteranalytischen Verfahren: Die optimierenden und die hierarchischen. In der Regel muss bei den ersteren eine Startgruppierung vorgegeben werden. D.h., das erste Objekt jedes Clusters (Startwert) und die Anzahl der gewünschten Cluster wird vorgegeben. Es wird dann versucht, diese Startgruppierung durch schrittweise Verschiebung jedes neu in Betracht gezogenen Objekts von einem Cluster zu einem anderen zu verbessern; man verfährt so lange, bis keine Verbesserung mehr möglich ist. Die ständige Verbesserung der Elementeverteilung ist der Vorteil der optimierenden gegenüber den hierarchischen Verfahren, bei welchen keine Startgruppierung notwendig ist.

Für unsere Berechnungen haben wir ein optimierendes Verfahren gewählt. Die Prozedur QUICK CLUSTER, welche auf dem K-Means-Verfahren basiert, eignet sich besonders bei grossen

III Nach Bortz (1989), Bacher (1994).

Fallzahlen. Es wird dabei wie folgt vorgegangen: In einem ersten Schritt werden die Startwerte für die Clusterzentren bestimmt. Im zweiten Schritt wird bei nur einem Durchgang durch die Daten nacheinander jeder Fall dem nächstgelegenen Clusterzentrum zugeordnet. Nach jeder Zuordnung wird die Lage des Clusterzentrums so neu berechnet und korrigiert, dass es zum Schwerpunkt der zugehörigen Fälle wird. Im dritten Schritt schliesslich werden die Fälle wiederum dem (verschobenen) Zentrum zugeordnet, das nunmehr am nächsten liegt. Unter einem Clusterzentrum hat man sich aber nicht ein konkretes sondern nur ein künstliches Objekt vorzustellen. Man könnte sich das als Sonnensystem visualisieren. Dabei wäre das Zentrum des Clusters die Sonne, und die anderen Clusterobjekte würden die um die Sonne schwebenden Planeten darstellen.

Die Clusteranalyse erzeugt zwei wichtige Informationen: Jedem einzelnen Clusterzentrum wird ein Wert zugeordnet und jedes Objekt wird einem Cluster zugeteilt. Daraus ergibt sich die Clusterzugehörigkeit, die als eine neue Variable betrachtet werden kann, mit der sich arbeiten lässt.

VI Die Korrespondenzanalyse^{IV}

Die einfache Korrespondenzanalyse ist eine Hauptkomponentenanalyse nominalskaliertter Daten. Eine Hauptkomponentenanalyse erklärt die Varianz einer bestimmten Datenmatrix durch rechtwinklige, d.h. voneinander unabhängige Hauptachsen. In der Korrespondenzanalyse wird die Gesamtvarianz einer Datenmatrix durch das in Kreuztabellen übliche χ^2 gemessen, welches den Grad der Unabhängigkeit von Reihen und Kolonnen angibt. Es ist also das χ^2 , welches durch die Hauptachsen erklärt wird. Genau genommen, wird die *Inertia* erklärt, welche dem χ^2 dividiert durch das Gesamttotal (Gesamtsumme der Häufigkeiten in allen Reihen addiert mit der Gesamtsumme der Häufigkeiten in allen Kolonnen) entspricht.

In der klassischen Hauptkomponentenanalyse bestimmen Reihen und Kolonnen eine einzige Punktwolke im mehrdimensionalen Raum. Die Hauptachsen zeigen auf, welche Subdimensionen diesen Punkten am nächsten kommen. Die Korrespondenzanalyse kennt dagegen zwei Punktwolken – so genannte Reihen- und Kolonnenprofile. Diese Profile entsprechen der Zellgrösse dividiert durch das jeweilige Reihen- bzw. Kolonnen-total.

Eine Besonderheit der Korrespondenzanalyse ist die Masse jedes Reihen- und Kolonnenpunktes. Jeder Variablen wird auf Grund ihrer Auftretenshäufigkeit ein gewisses Gewicht beigemessen, welches proportional zur jeweiligen Reihen- oder Kolonnensumme ist. In der klassischen Hauptkomponentenanalyse fliesst dagegen in der Regel jede Variable mit dem gleichen Gewicht in die Analyse ein. Ähnlich wie in der Hauptkomponentenanalyse Faktorladungen angegeben werden, berechnet die Korrespondenzanalyse die Korrelationen zwischen Reihen bzw. Kolonnen und den Hauptachsen.

Bei Variablen mit mehr als einer Antwortmöglichkeit werden die einzelnen Antworten als eigenständige Variablen betrachtet. Einen sehr guten deutschsprachigen Überblick zur Korrespondenzanalyse bietet Blasius (2001).

IV Nach Greenacre (1990) und Blasius (2001).

ANHANG II

I Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung

Ein Verfahren zur Typenbildung von Personen mit verwandten Eigenschaften bietet die Clusteranalyse. Sie erlaubt es, Befragte mit einem weitgehend ähnlichen Einstellungsprofil zu Typen zusammenzufassen. Der eine Typ soll dabei zu Typen mit anderen Einstellungsprofilen möglichst wenig Ähnlichkeit aufweisen. Die Typenbildung erfolgt in einem Optimierungsprozess, d.h. es gibt mehr oder weniger optimale Lösungen (vgl. Anhang I, Abschnitt IV).

Die hier vorgelegten Typenbildungen wurden erstmals mit den Daten des Jahres 1993 vorgenommen. Sie dienen seither als Grundlage für die Ermittlung dominanter Einstellungsmuster mit Blick auf die internationale Kooperationsbereitschaft, die Neutralitäts- und die Sicherheitsauffassung in der schweizerischen Bevölkerung.^V

Im Folgenden sind die Zentren der berechneten Cluster der Typologien „internationale Kooperationsbereitschaft“ und „Neutralitätsauffassung“ für die Daten 2005 numerisch wiedergegeben (Tabellen I und III) und durch die Abbildungen A und B grafisch verdeutlicht. Für Vergleichszwecke werden ebenso die numerischen Clusterzentren der Daten 2004 abgebildet (Tabellen II und IV).

^V Wer sich für das theoretische Konzept der Typologie näher interessiert, sei auf den Jahresband *Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend* verwiesen (Haltiner & Spillmann, 1994, S. 15ff.).

Tabelle I

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2005

Variable	Zentrum Cluster 1 („Harte Öffnung“)	Zentrum Cluster 2 („Weiche Öffnung“)	Zentrum Cluster 3 („Autonomisten“)
„Die Schweiz sollte...			
...sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten.“	1.58	2.93	3.47
...sich der Nato annähern.“	2.55	2.50	3.21
...sich aktiv für Anliegen der Uno einsetzen.“	1.82	1.98	3.08
...mehr in Konflikten vermitteln.“	1.84	1.77	2.58
...mehr Entwicklungshilfe leisten.“	1.81	2.12	2.77
...der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.“	3.31	1.65	1.95
...politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben.“	2.38	1.97	2.75
...die Neutralität beibehalten.“	2.13	1.43	1.25
...wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.“	3.12	2.02	1.76

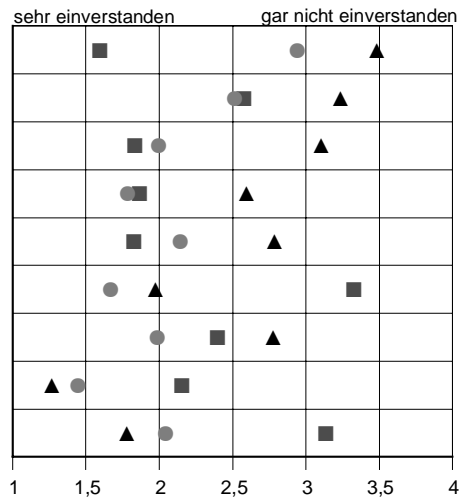
* 1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Abbildung A

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2005 (Mittelwerte)

„Die Schweiz sollte...

- ...sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten.“
- ...sich der Nato annähern.“
- ...sich aktiv für Anliegen der Uno einsetzen.“
- ...mehr in Konflikten vermitteln.“
- ...der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärken.“
- ...mehr Entwicklungshilfe leisten.“
- ...politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben.“
- ...die Neutralität beibehalten.“
- ...wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.“



■ „Harte Öffnung“ ● „Weiche Öffnung“ ▲ „Autonomisten“

© K. W. Haltiner Si/529/05/P3/sb

Tabelle II

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2004

Variable	Zentrum Cluster 1 („Harte Öffnung“)	Zentrum Cluster 2 („Weiche Öffnung“)	Zentrum Cluster 3 („Autonomisten“)
„Die Schweiz sollte...			
...sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten.“	1.66*	3.28	3.70
...sich der Nato annähern.“	2.51	2.72	3.35
...sich aktiv für Anliegen der Uno einsetzen.“	1.66	1.92	3.35
...mehr in Konflikten vermitteln.“	1.73	1.76	2.76
...mehr Entwicklungshilfe leisten.“	1.79	2.25	3.05
...der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.“	3.10	1.64	1.84
...politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben.“	2.24	2.00	2.73
...die Neutralität beibehalten.“	2.04	1.38	1.16
...wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.“	3.06	1.91	1.63

* 1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Tabelle III

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2005

Variable	Zentrum Cluster 1 („Kritiker“)	Zentrum Cluster 2 („Pragmatiker“)	Zentrum Cluster 3 („Dissonante“)	Zentrum Cluster 4 („Traditionalisten“)
• Internationale Gute Dienste dank der Neutralität	2.29	1.68	1.64	1.24
• Die Neutralität ist untrennbar mit schweizerischem Staatsgedanken verbunden	2.84	2.08	1.84	1.34
• Dank der Neutralität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont	3.03	2.76	1.96	1.70
• Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei	3.38	3.04	2.06	1.67
• Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden	1.70	2.45	2.24	3.29
• Wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben!	1.97	3.37	2.63	3.59
• Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität	2.10	3.34	2.34	3.31
• Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern	1.95	3.24	2.16	3.41

* 1= sehr einverstanden, 2= eher einverstanden, 3= eher nicht einverstanden, 4= gar nicht einverstanden

Abbildung B

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2005 (Mittelwerte)

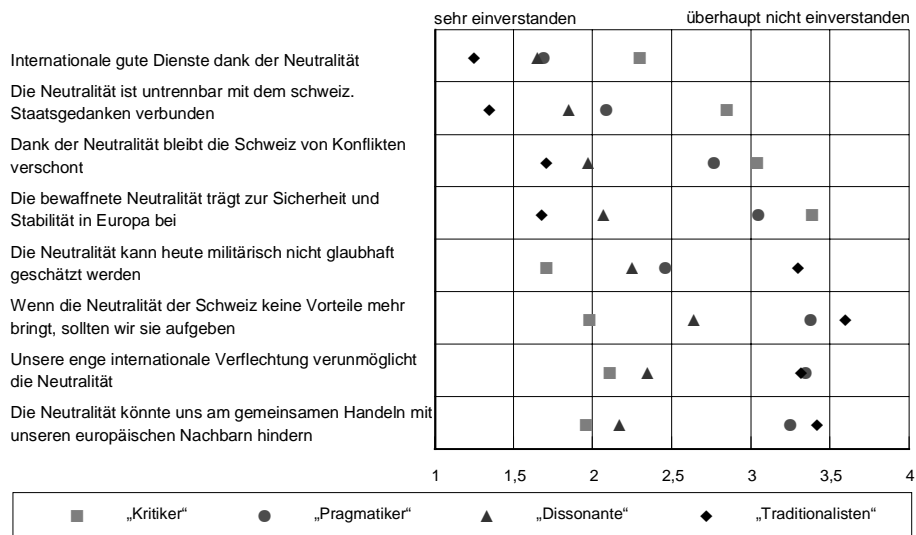


Tabelle IV

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2004

Variable	Zentrum Cluster 1 („Kritiker“)	Zentrum Cluster 2 („Pragmatiker“)	Zentrum Cluster 3 („Dissonante“)	Zentrum Cluster 4 („Traditionalisten“)
• Internationale Gute Dienste dank der Neutralität	2.25*	1.68	1.54	1.25
• Die Neutralität ist untrennbar mit schweizerischem Staatsgedanken verbunden	2.93	2.07	1.71	1.31
• Dank der Neutralität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont	3.07	2.82	1.92	1.61
• Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei	3.27	2.97	2.05	1.93
• Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden	1.75	2.41	2.12	3.12
• Wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben!	2.13	3.31	2.75	3.61
• Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität	2.26	3.19	2.60	3.41
• Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern	1.91	3.26	2.11	3.43

* 1= sehr einverstanden, 2= eher einverstanden, 3= eher nicht einverstanden, 4= gar nicht einverstanden

II Korrespondenzanalysen zum Vertrauen in verschiedene Sicherheitsaspekte, nach Kooperationstypen und zur Einstellung zu Dienstleistungsformen

An dieser Stelle werden Kennwerte zur Korrespondenzanalyse in Kapitel 6, 7 und 15 angegeben.

Tabelle V

Rohdatenmatrix der Korrespondenzanalyse der Vertrauensbekundungen in verschiedene Behörden und Institutionen nach soziodemographischer Gruppenzugehörigkeit in den Jahren 2004 und 2005

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	sum
	bw	pw	gw	ow	rw	ew	ww	bv	pv	gv	ov	rv	ev	wv	
1 Ma	75	93	56	38	125	225	95	329	243	388	408	313	125	267	2780
2 Fr	95	99	59	32	116	218	124	312	264	375	465	315	145	222	2841
3 li	44	39	15	19	77	65	67	71	59	122	100	48	46	38	810
4 Mi	86	104	70	37	137	252	114	378	302	454	530	378	158	287	3287
5 re	20	28	17	9	15	99	28	169	125	162	200	174	53	140	1239
6 a1	39	32	12	23	70	93	44	104	101	149	136	82	49	94	1028
7 a2	103	121	68	34	138	255	129	343	258	420	492	340	133	251	3085
8 a3	29	39	35	14	34	95	46	194	148	193	245	206	88	144	1510
9 ti	19	17	12	5	11	31	16	54	43	57	83	66	32	37	483
10 mi	102	121	76	44	138	274	137	387	295	437	527	375	160	296	3369
11 ho	44	48	23	20	87	132	59	187	157	257	248	174	71	146	1653
sum	656	741	443	275	948	1739	859	2528	1995	3014	3434	2471	1060	1922	22085

Bemerkungen: Die Reihenvariablen lauten in voller Länge: ma=Männer, fr=Frauen, li=politisch links stehend, Mi=politisch in der Mitte stehend, re=politisch rechts stehend, a1=18-29-Jährige, a2=30-59-Jährige, a3=ab 60-Jährige, ti=obligatorische Schulbildung, mi=Mittelschulabschluss / Berufsmatur, ho=Hochschulabschluss.

Die Spaltenvariablen lauten in voller Länge: bw=wenig Vertrauen in den Bundesrat, bv=grosses Vertrauen in den Bundesrat, pw=wenig Vertrauen in das Parlament, pv=grosses Vertrauen in das Parlament, gw=wenig Vertrauen in die Gerichte, gv=grosses Vertrauen in die Gerichte, ow=wenig Vertrauen in die Polizei, ov=grosses Vertrauen in die Polizei, rw=wenig Vertrauen in die Armee, rv=grosses Vertrauen in die Armee, ew=wenig Vertrauen in die Medien, ev=grosses Vertrauen in die Medien, ww=wenig Vertrauen in die Wirtschaft, wv=grosses Vertrauen in die Wirtschaft.

Tabelle VI

Korrespondenzanalyse Vertrauen: Reihenprofilpunkte

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	sum
	bw	pw	gw	ow	rw	ew	ww	bv	pv	gv	ov	rv	ev	wv	
1 Ma	2.7	3.3	2	1.4	4.5	8.1	3.4	11.8	8.7	14	14.7	11.3	4.5	9.6	100
2 Fr	3.3	3.5	2.1	1.1	4.1	7.7	4.4	11	9.3	13.2	16.4	11.1	5.1	7.8	100
3 li	5.4	4.8	1.9	2.3	9.5	8	8.3	8.8	7.3	15.1	12.3	5.9	5.7	4.7	100
4 Mi	2.6	3.2	2.1	1.1	4.2	7.7	3.5	11.5	9.2	13.8	16.1	11.5	4.8	8.7	100
5 re	1.6	2.3	1.4	0.7	1.2	8	2.3	13.6	10.1	13.1	16.1	14	4.3	11.3	100
6 a1	3.8	3.1	1.2	2.2	6.8	9	4.3	10.1	9.8	14.5	13.2	8	4.8	9.1	100
7 a2	3.3	3.9	2.2	1.1	4.5	8.3	4.2	11.1	8.4	13.6	15.9	11	4.3	8.1	100
8 a3	1.9	2.6	2.3	0.9	2.3	6.3	3	12.8	9.8	12.8	16.2	13.6	5.8	9.5	100
9 ti	3.9	3.5	2.5	1	2.3	6.4	3.3	11.2	8.9	11.8	17.2	13.7	6.6	7.7	100
10 mi	3	3.6	2.3	1.3	4.1	8.1	4.1	11.5	8.8	13	15.6	11.1	4.7	8.8	100
11 ho	2.7	2.9	1.4	1.2	5.3	8	3.6	11.3	9.5	15.5	15	10.5	4.3	8.8	100
12 H2	3.3	4.1	2.6	1.8	4.9	8.3	3.6	10.4	8.3	13.1	15.1	10.4	4.5	9.8	100
13 F2	3.7	3.5	2.6	2.1	3.5	7.7	3.5	11	9.3	12.4	15.1	11.7	5.5	8.4	100
14 l2	4.4	4	1.6	2.9	9.6	8.6	7.5	10.2	9.2	13.3	12.5	5.4	5.1	5.7	100
15 c2	3	3.4	2.4	1.7	3.8	7.5	2.8	11.4	9.1	13.4	15.5	11.4	5.2	9.5	100
16 r2	3.1	3.5	3.4	1.5	1.9	9	2.4	10	8.2	11.8	15.7	14	4.5	11	100
17 22	4.1	3.7	2.3	3.7	6.3	8.9	4.1	9.8	8.6	13.6	12.4	7.9	5.3	9.3	100
18 52	3.8	3.9	2.3	1.7	4.5	8	3.8	10.4	8.6	13.2	15.5	10.8	4.9	8.6	100
19 62	2.4	3.6	3.4	1.2	1.9	7.1	2.6	11.9	9.4	11.2	16.4	14.1	5	9.8	100
20 t2	3	3.7	3.2	2.2	3.2	6.5	3	10.8	9.7	9.8	16.3	14.3	5.3	9.2	100
21 m2	4.2	3.7	2.8	2.1	3.9	7.5	3.3	10.2	8.4	12.2	15.3	11.9	5.2	9.3	100
22 h2	2.4	3.9	1.9	1.7	5.2	9.2	3.9	11.4	9.2	14.9	14.4	8.5	4.7	8.8	100
average	3	3.4	2	1.2	4.3	7.9	3.9	11.4	9	13.6	15.5	11.2	4.8	8.7	100

Bemerkungen: Die Reihen 12–22 zeigen die Reihenprofilpunkte für die supplementären Kennwerte aus dem Jahr 2005, während die vorhergehenden Reihen die Profilpunkte des Jahres für das Jahr 2004 abbilden. Die Variablen der Reihen 12–22 lauten in voller Länge: H2=Männer, F2=Frauen, l2=politisch links stehend, c2=politisch in der Mitte stehend, r2=politisch rechts stehend, 22=18–29-Jährige, 52=30–59-Jährige, 62=ab 60-Jährige, t2=tiefe Bildung, m2=mittlere Bildung, h2=hohe Bildung.

Die Reihenprofilpunkte entsprechen der Zellgröße (vgl. Tabelle V) dividiert durch das Reihentotal und multipliziert mit dem Faktor 100.

Tabelle VII

Korrespondenzanalyse Vertrauen: Kolonnenprofilpunkte

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	average
	bw	pw	gw	ow	rw	ew	ww	bv	pv	gv	ov	rv	ev	wv	
1 Ma	11.4	12.6	12.6	13.8	13.2	12.9	11.1	13	12.2	12.9	11.9	12.7	11.8	13.9	12.6
2 Fr	14.5	13.4	13.3	11.6	12.2	12.5	14.4	12.3	13.2	12.4	13.5	12.7	13.7	11.6	12.9
3 Li	6.7	5.3	3.4	6.9	8.1	3.7	7.8	2.8	3	4	2.9	1.9	4.3	2	3.7
4 mi	13.1	14	15.8	13.5	14.5	14.5	13.3	15	15.1	15.1	15.4	15.3	14.9	14.9	14.9
5 re	3	3.8	3.8	3.3	1.6	5.7	3.3	6.7	6.3	5.4	5.8	7	5	7.3	5.6
6 a1	5.9	4.3	2.7	8.4	7.4	5.3	5.1	4.1	5.1	4.9	4	3.3	4.6	4.9	4.7
7 a2	15.7	16.3	15.3	12.4	14.6	14.7	15	13.6	12.9	13.9	14.3	13.8	12.5	13.1	14
8 a3	4.4	5.3	7.9	5.1	3.6	5.5	5.4	7.7	7.4	6.4	7.1	8.3	8.3	7.5	6.8
9 ti	2.9	2.3	2.7	1.8	1.2	1.8	1.9	2.1	2.2	1.9	2.4	2.7	3	1.9	2.2
10 mi	15.5	16.3	17.2	16	14.6	15.8	15.9	15.3	14.8	14.5	15.3	15.2	15.1	15.4	15.3
11 ho	6.7	6.5	5.2	7.3	9.2	7.6	6.9	7.4	7.9	8.5	7.2	7	6.7	7.6	7.5
sum	0	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Bemerkungen: Die Kolonnenprofilpunkte entsprechen der Zellgröße (vgl. Tabelle V) dividiert durch das Kolonnen total und multipliziert mit dem Faktor 100.

Tabelle VIII

Korrespondenzanalyse Vertrauen: Inertias der einzelnen Dimensionen und Prozentanteile der gesamthaften Inertia

1	0.014547	76.31%	*****
2	0.002543	13.34%	*****
3	0.000791	4.15%	***
4	0.000448	2.35%	**
5	0.000357	1.87%	*
6	0.000255	1.34%	*
7	0.000116	0.61%	
8	0.000005	0.03%	
9	0.000000	0.00%	
10	0.000000	0.00%	
11	0.000000	0.00%	
12	0.000000	0.00%	
13	0.000000	0.00%	

	0.0191		

Bemerkungen: $\chi^2 = 420.99$, $df=130$; die Inertia entspricht dem χ^2 dividiert durch das Gesamttotal (Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Reihen addiert mit der Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Kolonnen).

Tabelle IX

Rohdatenmatrix der Korrespondenzanalyse der Kooperationstypen nach soziodemographischer Gruppenzugehörigkeit in den Jahren 2004 und 2005

	1	2	3	sum
	hoe	woe	aut	
1 ma1	147	173	181	501
2 fr1	136	182	165	483
3 li1	82	48	20	150
4 mi1	151	203	174	528
5 re1	30	71	115	216
6 ws1	98	59	57	214
7 ds1	176	283	276	735
8 ti1	9	13	13	35
9 a11	56	83	61	200
10 a21	169	185	190	544
11 a31	58	87	95	240
12 b11	13	35	46	94
13 b21	141	205	215	561
14 b31	126	105	79	310
sum	1392	1732	1687	4811

Bemerkungen: Die Reihenvariablen lauten in voller Länge: ma1=Männer 2005, fr1=Frauen 2005, li1=politisch links stehend 2005, mi1=politisch in der Mitte stehend 2005, re1=politisch rechts stehend 2005, ws1=wohnhaft in der Westschweiz 2005, ds1=wohnhaft in der Deutschschweiz 2005, ti1=wohnhaft in der Südschweiz 2005, a11=18–29-Jährige 2005, a21=30–59-Jährige 2005, a31=ab 60-Jährige 2005, b11=obligatorische Schulbildung 2005, b21=Mittelschulabschluss / Berufsmatur 2005, b31=Hochschulabschluss 2005

Die Kolonnenvariablen lauten in voller Länge: hoe=„harte Öffnungswillige“, woe=„weiche Öffnungswillige“, aut=für „Autonomismus“.

Tabelle X

Korrespondenzanalyse Kooperationstypen: Reihenprofilpunkte

	1	2	3	sum
	hoe	woe	aut	
1 ma1	29.3	34.5	36.1	100
2 fr1	28.2	37.7	34.2	100
3 li1	54.7	32	13.3	100
4 mi1	28.6	38.4	33	100
5 re1	13.9	32.9	53.2	100
6 ws1	45.8	27.6	26.6	100
7 ds1	23.9	38.5	37.6	100
8 ti1	25.7	37.1	37.1	100
9 a11	28	41.5	30.5	100
10 a21	31.1	34	34.9	100
11 a31	24.2	36.3	39.6	100
12 b11	13.8	37.2	48.9	100
13 b21	25.1	36.5	38.3	100
14 b31	40.6	33.9	25.5	100
15 ma2	27	41.7	31.3	100
16 fr2	30.7	40	29.3	100
17 li2	62.2	31.1	6.8	100
18 mi2	27.3	45	27.8	100
19 re2	12.9	36.4	50.7	100
20 ws2	23.9	42.1	34	100
21 ds2	46	34.4	19.5	100
22 ti2	29.7	54.1	16.2	100
23 a12	29.4	47.2	23.3	100
24 a22	29.9	39.2	30.8	100
25 a32	25.7	40.2	34.1	100
26 b12	20	45.3	34.7	100
27 b22	25.7	40.5	33.8	100
28 b32	37.2	40.5	22.3	100
average	28.9	36	35.1	100

Bemerkungen: Die Reihen 15–28 zeigen die Reihenprofilpunkte für die supplementären Kennwerte aus dem Jahr 2004, während die vorhergehenden Reihen die Profilpunkte des Jahres für das Jahr 2005 abbilden. Die Variablen der Reihen 15–28 lauten in voller Länge: ma2=Männer 2004, fr2=Frauen 2004, li2=politisch links stehend 2004, mi2=politisch in der Mitte stehend 2004, re2=politisch rechts stehend 2004, ws2=wohnhaf in der Westschweiz 2004, ds2=wohnhaf in der Deutschschweiz 2004, ti2=wohnhaf in der Südschweiz 2004, a12=18–29-Jährige 2004, a22=30–59-Jährige 2004, a32=ab 60-Jährige 2004, b12=obligatorische Schulbildung 2004, b22=Mittelschulabschluss / Berufsmatur 2004, b32=Hochschulabschluss 2004.

Die Reihenprofilpunkte entsprechen der Zellgrösse (vgl. Tabelle IX) dividiert durch das Reihentotal und multipliziert mit dem Faktor 100.

Tabelle XI

Korrespondenzanalyse Kooperationstypen: Kolonnenprofilpunkte

	1 hoe	2 woe	3 aut	average
1 ma1	10.6	10	10.7	10.4
2 fr1	9.8	10.5	9.8	10
3 li1	5.9	2.8	1.2	3.1
4 mi1	10.8	11.7	10.3	11
5 re1	2.2	4.1	6.8	4.5
6 ws1	7	3.4	3.4	4.4
7 ds1	12.6	16.3	16.4	15.3
8 ti1	0.6	0.8	0.8	0.7
9 a11	4	4.8	3.6	4.2
10 a21	12.1	10.7	11.3	11.3
11 a31	4.2	5	5.6	5
12 b11	0.9	2	2.7	2
13 b21	10.1	11.8	12.7	11.7
14 b31	9.1	6.1	4.7	6.4
sum	100	100	100	100

Bemerkungen: Die Kolonnenprofilpunkte entsprechen der Zellgrösse (vgl. Tabelle IX) dividiert durch das Kolonnen-total und multipliziert mit dem Faktor 100.

Tabelle XII

Korrespondenzanalyse Kooperationstypen: Inertias der einzelnen Dimensionen und Prozentanteile der gesamthaften Inertia

1	0.034990	92.30%	*****
2	0.002919	7.70%	****

	0.037909		

182.38 (d.f.= 26)

Bemerkungen: $\chi^2 = 182.38$, $df=26$; die Inertia entspricht dem χ^2 dividiert durch das Gesamttotal (Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Reihen addiert mit der Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Kolonnen).

Tabelle XIII

Rohdatenmatrix der Korrespondenzanalyse: Einschätzung alternativer Dienstarten im Spannungsfeld der sicherheitspolitischen Meinungsbildung

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	sum	
fru	148	297	15	515	46	413	102	371	358	199	264	266	276	67	198	252	104	439	114	247	291	241	307	400	146	277	277	224	329	275	248	156	383	315	79	308	119	9066	
1 ma	106	369	15	596	35	509	88	450	426	205	265	291	330	28	261	279	86	458	143	262	337	300	286	492	108	306	306	273	341	321	262	191	404	339	91	299	137	9995	
2 fr	37	116	9	167	14	150	66	80	61	124	64	99	145	6	25	78	80	138	39	68	103	79	92	140	38	90	91	111	71	64	109	84	93	49	54	51	80	2965	
3 li	108	376	10	597	34	507	84	453	423	206	273	312	313	38	238	307	80	496	118	278	334	297	307	490	126	307	315	260	366	324	269	173	434	370	84	321	124	10152	
4 mi	84	105	8	230	29	161	30	195	203	46	132	100	91	44	136	91	20	171	72	98	143	111	131	173	68	129	117	71	174	136	94	52	190	167	21	167	31	4021	
5 re	69	142	6	263	16	238	50	194	162	119	101	154	158	14	76	146	58	213	58	153	111	142	122	233	43	133	144	148	129	127	121	109	148	186	40	148	60	4534	
6 ws	7	176	492	21	801	63	641	133	594	583	273	403	382	424	78	355	369	125	643	192	328	497	364	465	628	199	428	415	319	523	442	373	218	614	431	128	429	185	13724
7 li	9	32	3	47	2	43	7	33	39	12	25	21	24	3	28	16	7	41	7	28	20	35	16	31	12	22	24	30	18	27	16	20	25	37	2	30	11	803	
8 ds	39	138	11	204	17	195	50	150	123	106	88	130	133	20	78	85	64	178	47	88	139	91	132	168	53	99	127	112	111	113	103	87	135	105	42	107	59	3727	
9 at	155	350	15	606	44	494	118	422	404	240	265	325	361	48	210	321	110	497	135	307	309	306	316	486	136	309	328	286	354	304	302	193	425	335	96	286	161	10359	
10 a2	60	178	4	301	20	233	22	249	257	58	176	102	112	27	171	125	16	222	75	114	180	144	145	238	65	175	128	99	205	179	105	67	227	214	32	214	36	4975	
11 a3	34	67	4	123	11	99	15	102	96	33	55	60	12	71	44	18	94	35	71	55	70	51	92	33	80	50	62	68	84	36	54	72	95	13	91	16	2122		
12 b1	140	375	13	642	41	540	93	478	459	220	309	315	344	52	290	288	95	505	151	287	357	312	338	518	131	325	334	277	385	355	281	188	451	377	82	363	124	10825	
13 b2	77	208	12	327	29	263	77	232	211	148	153	179	192	30	90	187	76	282	65	143	202	149	193	265	85	171	184	151	203	143	188	102	246	172	73	151	115	5774	
14 b3	43	180	11	259	14	231	72	148	132	151	94	170	196	15	48	146	83	237	38	151	119	128	147	223	52	142	137	159	118	118	147	110	167	123	68	111	102	4690	
15 c1	52	232	8	329	16	290	45	266	253	100	168	167	164	30	151	163	37	275	68	158	182	185	157	282	62	198	154	143	209	183	150	94	246	219	37	207	48	5738	
16 c2	116	134	5	323	38	228	44	255	258	87	178	147	146	40	172	131	40	244	92	128	209	137	198	238	101	146	197	111	232	199	125	88	247	196	43	190	60	5522	
17 c3	1453	3791	170	6330	469	5235	1096	4672	4448	2327	3013	3216	3468	552	2598	3028	1099	5133	1449	2909	3588	3091	3393	5097	1458	3337	3328	2836	3836	3404	2929	1986	4507	3730	985	3463	1468	108892	

Bemerkungen: Die Reihenvariablen lauten in voller Länge: fru=Gegen Friedenseinsätze Ausland, frw=Für Friedenseinsätze Ausland, giu=Gegen Kata Hi Inl, giw=Für Kata Hi Inl, gau=Gegen Kata Hi Ausl, gaw=Für Kata Hi Ausl, vku=Gegen Verteidigung, vkw=Für Verteidigung, am=Armee: notwendig, aru=Armee: nicht notwendig, mil=Miliz beibehalten, bea=Berufsamnee, auv=Militärausgaben: zu hoch, auw=Militärausgaben: zu tief, ze=Armee: zentrale gesellschaftliche Rolle, ueb=Armee: notwendiges Übel, abs=Armee: abschaffen, idg=Für Durchdiener Idee, ids=Gegen Durchdiener Idee, dae=Durchdiener Modell für alle, dan=Gegen Durchdiener Modell für alle, bee=Für Besserstellung Durchdiener, ben=Gegen Besserstellung Durchdiener, 201e=Für obligatorische Dienstpflcht für Männer: für Wehrpflicht, 201n=Gegen obligatorische Dienstpflcht für Männer, 202e=Für obligatorische Dienstpflcht für alle, 202n=Gegen obligatorische Dienstpflcht für alle, 203e=Freiwilliger Dienst für alle, 203n=Gegen freiwilligen Dienst für alle, 204e=Für Wehrpflicht, 204n=Gegen Wehrpflicht, 205e=Aufhebung aller Pflichtdienste, 205n=Für Pflichtdienste, 225e=Wehrpflicht = Gegenstück Bürgerrechte, 225n=Wehrpflicht ≠ Gegenstück Bürgerrechte, 226e=Armee= Zusammenhalt Schweiz, 226n=Zusammenhalt Schweiz:nein

Tabelle XIV

Korrespondenzanalyse Dienstleistungsformen: Reihenprofilpunkte

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	sum
fru	1.6	3.3	0.2	5.7	0.5	4.6	1.1	4.1	3.9	2.2	2.9	2.9	3	0.7	2.2	2.8	1.1	4.8	1.3	2.7	3.2	2.7	3.4	4.4	1.6	3.1	3.1	2.5	3.6	3	2.7	1.7	4.2	3.5	0.9	3.4	1.3	100
1ma	1.1	3.7	0.2	6	0.4	5.1	0.9	4.5	4.3	2.1	2.7	2.9	3.3	0.3	2.6	2.8	0.9	4.6	1.4	2.6	3.4	3	2.9	4.9	1.1	3.1	3.1	2.7	3.4	3.2	2.6	1.9	4	3.4	0.9	3	1.4	100
2fr	1.2	3.9	0.3	5.6	0.5	5.1	2.2	2.7	2.1	4.2	2.2	3.3	4.9	0.2	0.8	2.6	2.7	4.7	1.3	2.3	3.5	2.7	3.1	4.7	1.3	3	3.1	3.7	2.4	2.2	3.7	2.8	3.1	1.7	1.8	1.7	2.7	100
4mi	1.1	3.7	0.1	5.9	0.3	5	0.8	4.5	4.2	2	2.7	3.1	3.1	0.4	2.3	3	0.8	4.9	1.2	2.7	3.3	2.9	3	4.8	1.2	3	3.1	2.6	3.6	3.2	2.6	1.7	4.3	3.6	0.8	3.2	1.2	100
5re	2.1	2.6	0.2	5.7	0.7	4	0.7	4.8	5	1.1	3.3	2.5	2.3	1.1	3.4	2.3	0.5	4.3	1.8	2.4	3.6	2.8	3.3	4.3	1.7	3.2	2.9	1.8	4.3	3.4	2.3	1.3	4.7	4.2	0.5	4.2	0.8	100
6ws	1.5	3.1	0.1	5.8	0.4	5.2	1.1	4.3	3.6	2.6	2.2	3.4	3.5	0.3	1.7	3.2	1.3	4.7	1.3	3.4	2.4	3.1	2.7	5.1	0.9	2.9	3.2	3.3	2.8	2.7	2.4	3.3	4.1	0.9	3.3	1.3	100	
7ti	1.3	3.6	0.2	5.8	0.5	4.7	1	4.3	4.2	2	2.9	2.8	3.1	0.6	2.6	2.7	0.9	4.7	1.4	2.4	3.6	2.7	3.3	4.6	1.5	3.1	3	2.3	3.8	3.2	2.7	1.6	4.5	3.1	0.9	3.1	1.3	100
8ds	1.1	4	0.4	5.9	0.2	5.4	0.9	4.1	4.9	1.5	3.1	2.6	3	0.4	3.5	2	0.9	5.1	0.9	3.5	2.5	4.4	2	3.9	1.5	2.7	3	3.7	2.2	3.4	2	2.5	3.1	4.6	0.2	3.7	1.4	100
9at	1	3.7	0.3	5.5	0.5	5.2	1.3	4	3.3	2.8	2.4	3.5	3.6	0.5	2.1	2.3	1.7	4.8	1.3	2.4	3.7	2.4	3.5	4.5	1.4	2.7	3.4	3	2.8	2.3	3.6	2.8	1.1	2.9	1.6	1.6	100	
10a2	1.5	3.4	0.1	5.8	0.4	4.8	1.1	4.1	3.9	2.3	2.6	3.1	3.5	0.5	2	3.1	1.1	4.8	1.3	3	3	3	3.1	4.7	1.3	3	3.2	2.8	3.4	2.9	2.9	1.9	4.1	3.2	0.9	2.8	1.6	100
11a3	1.2	3.6	0.1	6.1	0.4	4.7	0.4	5	5.2	1.2	3.5	2.1	2.3	0.5	3.4	2.5	0.3	4.5	1.5	2.3	3.6	2.9	2.9	4.8	1.3	3.5	2.6	2	4.1	3.6	2.1	1.3	4.6	4.3	0.6	4.3	0.7	100
12b1	1.6	3.2	0.2	5.8	0.5	4.7	0.7	4.8	4.5	1.6	2.6	2.6	2.8	0.6	3.3	2.1	0.8	4.4	1.6	3.3	2.6	3.3	2.4	4.3	1.6	3.8	2.4	2.9	3.2	4	1.7	2.5	3.4	4.5	0.6	4.3	0.8	100
13b2	1.3	3.5	0.1	5.9	0.4	5	0.9	4.4	4.2	2	2.9	2.9	3.2	0.5	2.7	2.7	0.9	4.7	1.4	2.7	3.3	2.9	3.1	4.8	1.2	3	3.1	2.6	3.6	3.3	2.6	1.7	4.2	3.5	0.8	3.3	1.1	100
14b3	1.3	3.6	0.2	5.7	0.5	4.6	1.3	4	3.7	2.6	2.6	3.1	3.3	0.5	1.6	3.2	1.3	4.9	1.1	2.5	3.5	2.6	3.3	4.6	1.5	3	3.2	2.6	3.5	2.5	3.3	1.8	4.3	3	1.3	2.6	2	100
15c1	0.9	3.9	0.2	5.6	0.3	5	1.6	3.2	2.9	3.3	2	3.7	4.3	0.3	1	3.2	1.8	5.2	0.8	3.3	2.6	2.8	3.2	4.9	1.1	3.1	3	3.5	2.6	2.6	3.2	2.4	3.6	2.7	1.5	2.4	2.2	100
16c2	0.9	4	0.1	5.7	0.3	5.1	0.8	4.6	4.4	1.7	2.9	2.9	2.9	0.5	2.6	2.8	0.6	4.8	1.2	2.8	3.2	3.2	2.7	4.9	1.1	3.5	2.7	2.5	3.6	3.4	2.6	1.6	4.3	3.8	0.6	3.6	0.8	100
17c3	2.1	2.4	0.1	5.8	0.7	4.1	0.8	4.6	4.7	1.6	3.2	2.7	2.6	0.7	3.1	2.4	0.7	4.4	1.7	2.3	3.8	2.5	3.6	4.3	1.8	2.6	3.6	2	4.2	3.6	2.3	1.6	4.5	3.5	0.8	3.4	1.1	100
average	1.3	3.5	0.2	5.8	0.4	4.8	1	4.3	4.1	2.1	2.8	3	3.2	0.5	2.4	2.8	1	4.7	1.3	2.7	3.3	2.8	3.1	4.7	1.3	3.1	3.1	2.6	3.5	3.1	2.7	1.8	4.1	3.4	0.9	3.2	1.3	100

Bemerkungen: Die Reihenprofilpunkte entsprechen der Zellgröße (vgl. Tabelle XIII) dividiert durch das Reihentotal und multipliziert mit dem Faktor 100.

Tabelle XV

Korrespondenzanalyse Dienstleistungsformen: Kolonnenprofilpunkte

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	average	
	fru	frw	glu	giw	gau	gaw	vku	vkw	arn	atu	mil	bea	auv	auw	zer	ueb	abs	idg	ids	dae	dan	bee	ben	201e	201n	202e	202n	203e	203n	204e	204n	205e	205n	225e	225n	226e	226n		
1ma	10.2	7.8	8.8	8.1	9.8	7.9	9.3	7.9	8	8.6	8.8	8.3	8	12.1	7.6	8.3	9.5	8.6	7.9	8.5	8.1	7.8	9	7.8	10	8.3	8.3	7.9	8.6	8.1	8.5	7.9	8.5	8.4	8	8.9	8.1	8.3	
2fr	7.3	9.7	8.8	9.4	7.5	9.7	8	9.6	9.6	8.8	8.8	9	9.5	5.1	10	9.2	7.8	8.9	9.9	9	9.4	9.7	8.4	9.7	7.4	9.2	9.2	9.6	8.9	9.4	8.9	9.6	9	9.1	9.2	8.6	9.3	9.2	
3li	2.5	3.1	5.3	2.6	3	2.9	6	1.7	1.4	5.3	2.1	3.1	4.2	1.1	1	2.6	7.3	2.7	2.7	2.3	2.9	2.6	2.7	2.7	2.6	2.7	2.7	3.9	1.9	1.9	3.7	4.2	2.1	1.3	5.5	1.5	5.4	2.7	
4mi	7.4	9.9	5.9	9.4	7.2	9.7	7.7	9.7	9.5	8.9	9.1	9.7	9	6.9	9.2	10.1	7.3	9.7	8.1	9.6	9.3	9.6	9	9.6	8.6	9.2	9.5	9.2	9.5	9.5	9.2	8.7	9.6	9.9	8.5	9.3	8.4	9.3	
5re	5.8	2.8	4.7	3.6	6.2	3.1	2.7	4.2	4.6	2	4.4	3.1	2.6	8	5.2	3	1.8	3.3	5	3.4	4	3.6	3.9	3.4	4.7	3.9	3.5	2.5	4.5	4	3.2	2.6	4.2	4.5	2.1	4.8	2.1	3.7	
6ws	4.7	3.7	3.5	4.2	3.4	4.5	4.6	4.2	3.6	5.1	3.4	4.8	4.6	2.5	2.9	4.8	5.3	4.1	4	5.3	3.1	4.6	3.6	4.6	2.9	4	4.3	5.2	3.4	3.7	4.1	5.5	3.3	5	4.1	4.3	4.1	4.2	
7li	12.1	13	12.4	12.7	13.4	12.2	12.1	12.7	13.1	11.7	13.4	11.9	12.2	14.1	13.7	12.2	11.4	12.5	13.3	11.3	13.9	11.8	13.4	12.3	13.6	12.8	12.5	11.2	13.6	13	12.7	11	13.6	11.6	13	12.4	12.6	12.6	
8ds	0.6	0.8	1.8	0.7	0.4	0.8	0.6	0.7	0.9	0.5	0.8	0.7	0.7	0.5	1.1	0.5	0.6	0.8	0.5	1	0.6	1.1	0.5	0.6	0.8	0.7	0.7	1.1	0.5	0.8	0.5	1	0.6	1	0.2	0.9	0.7	0.7	
9at	2.7	3.6	6.5	3.2	3.6	3.7	4.6	3.2	2.8	4.6	2.9	4	3.8	3.6	3	2.8	5.8	3.5	3.2	3	3.9	2.9	3.9	3.3	3.6	3	3.8	3.9	2.9	3.3	3.5	4.4	3	2.8	4.3	3.1	4	3.4	
10a2	10.7	9.2	8.8	9.6	9.4	9.4	10.8	9	9.1	10.3	8.8	10.1	10.4	8.7	8.1	10.6	10	9.7	9.3	10.6	8.6	9.9	9.3	9.5	9.3	9.3	9.3	9.9	10.1	9.2	8.9	10.3	9.7	9.4	9	9.7	8.3	11	9.5
11a3	4.1	4.7	2.4	4.8	4.3	4.5	2	5.3	5.8	2.5	5.8	3.2	3.2	4.9	6.6	4.1	1.5	4.3	5.2	3.9	5	4.7	4.3	4.7	4.5	5.2	3.8	3.5	5.3	5.3	3.6	3.4	5	5.7	3.2	6.2	2.5	4.6	
12bf	2.3	1.8	2.4	1.9	2.3	1.9	1.4	2.2	2.2	1.4	1.8	1.7	1.7	2.2	2.7	1.5	1.6	1.8	2.4	2.4	1.5	2.3	1.5	1.8	2.3	2.4	1.5	2.2	1.8	2.5	1.2	2.7	1.6	2.5	1.3	2.6	1.1	1.9	
13b2	9.6	9.9	7.6	10.1	8.7	10.3	8.5	10.2	10.3	9.5	10.3	9.8	9.9	9.4	11.2	9.5	8.6	9.8	10.4	9.9	9.9	10.1	10	10.2	9	9.7	10	9.8	10	10.4	9.6	9.5	10	10.1	8.3	10.2	8.4	9.9	
14b3	5.3	5.5	7.1	5.2	6.2	5	7	5	4.7	6.4	5.1	5.6	5.5	5.4	3.5	6.2	6.9	5.5	4.5	4.9	5.6	4.8	5.7	5.2	5.8	5.1	5.5	5.3	5.3	4.2	6.4	5.1	5.5	4.6	7.4	4.4	7.8	5.3	
15c1	3	4.7	6.5	4.1	3	4.4	6.6	3.2	3	6.5	3.1	5.3	5.7	2.7	1.8	4.8	7.6	4.6	2.6	5.2	3.3	4.1	4.3	4.4	3.6	4.3	4.1	5.6	3.1	3.5	5	5.5	3.7	3.3	6.9	3.2	6.9	4.2	
16c2	3.6	6.1	4.7	5.2	3.4	5.5	4.1	5.7	5.7	4.3	5.6	5.2	4.7	5.4	5.8	5.4	3.4	5.4	4.7	5.4	5.1	6	4.6	5.5	4.3	5.9	4.6	5	5.4	5.7	5.1	4.7	5.5	5.9	3.8	6	3.3	5.3	
17c3	8	3.5	2.9	5.1	8.1	4.4	4	5.5	5.8	3.7	5.9	4.6	4.2	7.2	6.6	4.3	3.6	4.8	6.3	4.4	5.8	4.4	5.8	4.7	6.9	4.4	5.9	3.9	6	5.8	4.3	4.4	5.5	5.3	4.4	5.5	4.1	5.1	
sum	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Bemerkungen: Die Kolonnenprofilpunkte entsprechen der Zellgröße (vgl. Tabelle XIII) dividiert durch das Kolonnenprodukt und multipliziert mit dem Faktor 100.

Tabelle XVI

Korrespondenzanalyse Dienstleistungsformen: Inertias der einzelnen Dimensionen und Prozentanteile der gesamthaften Inertia

1	0.013936	68.13%	*****
2	0.002864	14.00%	*****
3	0.001378	6.74%	****
4	0.000832	4.07%	***
5	0.000496	2.43%	**
6	0.000288	1.41%	*
7	0.000232	1.13%	*
8	0.000138	0.67%	
9	0.000129	0.63%	
10	0.000092	0.45%	
11	0.000046	0.23%	
12	0.000015	0.07%	
13	0.000007	0.03%	
14	0.000002	0.01%	

	0.020455		

Bemerkungen: $\chi^2 = 2227.36$, $df=576$; die Inertia entspricht dem χ^2 dividiert durch das Gesamttotal (Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Reihen addiert mit der Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Kolonnen).

ANHANG III

SICHERHEIT 2005

**FRAGEBOGEN UND
PROZENTUALE HÄUFIGKEITEN**

Stichprobe:

17. Januar – 4. Februar 2005: Random-Quota-Verfahren, N=1'200

Deutsche, französische und italienische Schweiz

Befragungsinstitut:

Demoscope, Adligenswil

Sicherheit 2005

Mein Name ist ... vom Forschungsinstitut Demoscope.

Wir führen zur Zeit eine telefonische Umfrage zu sicherheitspolitischen Themen durch und ich möchte Sie fragen, ob Sie bereit wären, dazu einige Fragen zu beantworten? Das Interview dauert rund 20 Minuten.

Zunächst einige Fragen für die Statistik

S1

Wie viele in der Schweiz stimmberechtigte Personen (also Schweizer Bürger oder Bürgerinnen über 18 Jahre) leben normalerweise in Ihrem Haushalt?

..... Personen

INT: Untermieter, Pensionäre, Au Pair, Hausangestellte gelten auch als Haushaltsmitglieder, sofern sie:

1. bei Ihnen (in Ihrem Haus / Ihrer Wohnung wohnen UND
2. mindestens eine Hauptmahlzeit pro Tag bei Ihnen zu Hause einnehmen UND
3. keinen eigenen Telefonanschluss haben.

Kinder, die zu Studienzwecken anderswo wohnen und nur am Wochenende zurückkehren, werden hingegen nicht dazu gezählt.

S2

Darf ich Sie fragen, wie alt Sie sind?

... Jahre

S3

INT: *Geschlecht der befragten Person eingeben (nur im Zweifelsfalle fragen).*

Mann..... 1
Frau..... 2

S4

Sind Sie in der Schweiz stimm- und wahlberechtigt?

ja 1
nein 2

---> **bei nein Abbruch!**

Q1.**Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?****Fühlen Sie sich:**

sehr sicher.....	1
eher sicher	2
eher unsicher	3
ganz unsicher.....	4

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht.....	8
keine Antwort...	9

Q2.

Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala. Der Wert 1 bedeutet „völlig unwichtig“, der Wert 10 „ausserordentlich wichtig“. Mit den Werten dazwischen können Sie ihre Meinung abstimmen.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
völlig								ausserordentlich	
unwichtig								wichtig	

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht.....	98
keine Antwort...	99

(REIHENFOLGE A – N ZUFALLSVARIIEREN)

- Sicherheit des Arbeitsplatzes
- Militärische Sicherheit
- Soziale Sicherheit (z.B. AHV oder Arbeitslosenversicherung)
- Sicherheit des Einkommens
- Ökologische Sicherheit, also Umweltschutz
- Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität
- Sicherheit vor Terrorismus
- Verkehrssicherheit
- Sicherheit der demokratischen Grundrechte
- Gute, sichere familiäre Beziehungen, Geborgenheit
- Ruhe und Ordnung
- Schutz vor Gewalt
- Schutz vor Drogenmissbrauch
- Gesicherte Gesundheitsversorgung

Q3.

Und jetzt gehen wir zur Schweizer Armee und ihren Aufgaben. Über diese Aufgaben ist im vergangenen Jahr viel diskutiert worden. Ich lese Ihnen einige Aufgaben für unsere Armee vor. Bitte geben Sie jeweils an, wie wichtig sie persönlich diese Aufgabe finden. Benutzen Sie dazu bitte die gleich Skala wie vorhin. Der Wert 1 bedeutet „völlig unwichtig“, der Wert 10 „ausserordentlich wichtig“. Mit den Werten dazwischen können Sie ihre Meinung abstimmen.

(REIHENFOLGE A – N ZUFALLSVARIIEREN)

- A Einsatz im Ausland als Friedenstruppen, die nur zum Selbstschutz bewaffnet sind
- B Hilfe bei Grosskatastrophen im Inland
- C Hilfe bei Grosskatastrophen im Ausland
- D Verteidigung der Schweiz im Kriegsfall
- E Einsatz zur Aufrechterhaltung der Inneren Ordnung bei Streiks und Demonstrationen
- F Verhinderung von Terroranschlägen
- G Bewachung von internationalen Konferenzen
- H Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes
- I Unterstützung der zivilen Grenzwaache bei grossen Flüchtlingsströmen
- K Bewaffnete militärische Einsätze im Ausland im Auftrag der Uno oder anderer internationaler Organisationen
- L Unterstützung der zivilen Polizei
- M Bewachung von ausländischen Botschaften und Konsulaten in der Schweiz
- N Mithilfe bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens

Q4.

Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? Oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?

- eher besser und entspannter 1
- bleibt etwa so wie heute 2
- eher düsterer und gespannter 3

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht/ 8
- keine Antwort 9

Q5.

Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

sehr optimistisch.....	1
eher optimistisch.....	2
eher pessimistisch.....	3
sehr pessimistisch.....	4

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht/.....	8
keine Antwort...	9

Q6.

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen?

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden	1
eher einverstanden.....	2
eher nicht einverstanden.....	3
gar nicht einverstanden.....	4

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht.....	8
keine Antwort...	9

(REIHENFOLGE A - O ZUFALLSVARIIEREN)

- A Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten.
- B Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.
- C Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.
- D Die Schweiz sollte ihren Stellenwert als Sitz des Roten Kreuzes mehr ins Spiel bringen.
- E Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.
- F Die Schweiz sollte mehr eine aktive Rolle spielen bei internationalen Konferenzen.
- G Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.
- H Die Schweiz sollte auf ihre Neutralität ganz verzichten.
- I Die Schweiz sollte auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.

- K Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.
- L Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben.
- M Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.
- N Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium der Uno, anstreben.
- O Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der Uno einsetzen.

Q7.

Das Verhältnis der Schweiz zur EU ist ja ein ständiges Diskussionsthema. Wir hätten dazu auch eine Frage:

Nehmen wir einmal an, die Schweiz würde jetzt der Europäischen Union (EU) beitreten: Wie glauben Sie würde dann die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land in der näheren Zukunft verlaufen? Eher besser, gleich oder eher schlechter?

- eher besser verlaufen 1
- gleich verlaufen 2
- eher schlechter verlaufen 3
- [INT NICHT VORLESEN]
- weiss nicht 8
- keine Angabe 9

Q8.

Was meinen Sie zur Schweizer Armee?

Halten sie diese für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

- unbedingt notwendig..... 1
- eher notwendig.. 2
- eher nicht notwendig..... 3
- überhaupt nicht notwendig..... 4
- [INT. NICHT VORLESEN]
- weiss nicht 8
- keine Antwort 9

Q9.

Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?

Milizarmee auch in Zukunft genügend.....	1
wir würden eine Berufsarmee brauchen	2
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht.....	8
keine Antwort...	9

Q10.

Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?

viel zu viel	1
zu viel.....	2
gerade richtig.....	3
zu wenig	4
viel zu wenig	5
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht/.....	8
keine Antwort...	9

Q11.

Die Schweizer Armee hat viele Aufgaben. Ich lese Ihnen eine Liste mit Aufgaben vor. Sagen Sie mir bitte für jede Aufgabe, ob sie in Zukunft für die Schweizer Armee

- an Bedeutung gewinnen wird
- die gleiche Bedeutung haben wird wie heute
- an Bedeutung verlieren wird.

wird künftig an Bedeutung gewinnen.....	1
wird künftig die gleiche Bedeutung haben wie heute.....	2
wird künftig an Bedeutung verlieren	3
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht.....	8
keine Antwort...	9

(REIHENFOLGE A - N ZUFALLSVARIIEREN)

- A Einsatz im Ausland als Friedenstruppen, die nur zum Selbstschutz bewaffnet sind
- B Hilfe bei Grosskatastrophen im Inland
- C Hilfe bei Grosskatastrophen im Ausland

- D Verteidigung der Schweiz im Kriegsfall
- E Einsatz zur Aufrechterhaltung der Inneren Ordnung bei Streiks und Demonstrationen
- F Verhinderung von Terroranschlägen
- G Bewachung von internationalen Konferenzen
- H Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes
- I Unterstützung der zivilen Grenzwaache bei grossen Flüchtlingsströmen
- K Bewaffnete militärische Einsätze im Ausland im Auftrag der Uno oder anderer internationaler Organisationen
- L Unterstützung der zivilen Polizei
- M Bewachung von ausländischen Botschaften und Konsulaten in der Schweiz
- N Mithilfe bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens

Q12.

Über die Bedeutung des Militärs für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können: [INT VORLESEN]

- Das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und dies ist auch gut so..... 1
- Das Militär ist ein notwendiges Übel.....2
- Das Militär könnte ruhig abgeschafft werden.3

[INT NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
- keine Angabe 9

Q13.

In der neuen Armee 21 ist es möglich, dass junge Männer ihre Militärdienstpflicht an einem Stück absolvieren können, wenn sie das wollen. Sie leisten dann fast 10 Monate Dienst am Stück und ihre aktive Militärdienstzeit ist nachher beendet. Was halten Sie von dieser Lösung? Finden Sie sie...

- sehr gut 1
- eher gut2
- eher schlecht3
- sehr schlecht.....4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
- keine Antwort ... 9

Q14.

Was halten Sie von der Idee, dass künftig nicht nur einige, sondern alle Schweizer ihren Militärdienst an einem Stück, also etwa 10 Monate lang, absolvieren und nachher keinen aktiven Militärdienst mehr leisten müssen ausser im Kriegsfall. Finden Sie das eine...

- sehr gute Idee 1
- eher gute Idee 2
- eher schlechte Idee 3
- sehr schlechte Idee..... 4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht..... 8
- keine Antwort... 9

Q15.

Heute melden sich weniger Männer für den Militärdienst am Stück als die Armee eigentlich braucht. Um mehr solche jungen Männer zu finden, müsste man sie etwas besser stellen als die, die ihren Militärdienst mit jährlichen Wiederholungskursen leisten. Wären Sie persönlich damit einverstanden, dass man solche Männer, die bereit sind, ihren Dienst an einem Stück zu absolvieren, etwas besser stellen würde als solche, die ihren Dienst mit jährlichen Wiederholungskursen absolvieren? Sind Sie damit...

- sehr einverstanden 1
- eher einverstanden..... 2
- eher nicht einverstanden 3
- gar nicht einverstanden..... 4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht..... 8
- keine Antwort... 9

Q16.

Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen könnte.

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

- sehr einverstanden 1
- eher einverstanden..... 2
- eher nicht einverstanden 3
- gar nicht einverstanden..... 4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht..... 8

keine Antwort ... 9

(REIHENFOLGE A - K ZUFALLSVARIIEREN)

- A Die Schweiz sollte der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen
- B Die Schweiz sollte eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten
- C Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten
- D Die Schweiz sollte ihre Armee verkleinern
- E Die Schweiz sollte beim Aufbau einer europäischen Armee mitmachen
- F Die Schweiz sollte sich der Nato (dem Nordatlantischen Bündnis) annähern
- G Die Schweiz sollte der Nato beitreten
- H Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen
- I Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.
- K Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt.

Q17.

Man kann verschiedener Meinung sein über die Weiterbildung im Militär. Ich habe hier einige Behauptungen. Sagen Sie mir bitte zu jeder, wie sehr Sie mit ihr einverstanden bzw. nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden 1
im Prinzip einverstanden 2
im Prinzip nicht einverstanden..... 3
gar nicht einverstanden 4
weiss nicht 8
keine Antwort ... 9

(REIHENFOLGE A-E ZUFALLSVARIIEREN)

- A Wenn wir nicht mehr genügend Milizoffiziere und -unteroffiziere finden, so sollten mehr Berufsoffiziere und -unteroffiziere angestellt werden.
- B Eine militärische Führungserfahrung bringt auch im Zivilen berufliche Vorteile.
- C Wer heute im Militär weitermacht, muss im Berufsleben und auf dem Arbeitsmarkt mit Nachteilen rechnen.
- D Eine militärische Beförderung ist ehrenvoll.
- E Eine militärische Weiterbildung zum Unteroffizier ist Zeitverschwendung. Man lernt dabei nichts, was im Zivilen nützlich wäre.

Q18.

Sind Sie damit einverstanden, dass Schweizer Soldaten, die sich freiwillig zur Verfügung stellen, ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen? Bitte wählen Sie die Antwortmöglichkeit, die am besten auf Sie zutrifft:

(NUR 1 ANTWORT)

- A Ja, solange es sich bloss um unterstützende Aufgaben handelt
(z.B. medizinische Versorgung). 1
- B Ja, solange es sich um friedenssichernde Aufgaben handelt und die
Bewaffnung nur der Selbstverteidigung dient. 2
- C Ja, auch Kampfeinsätze zur Wiederherstellung des Friedens. 3
- D Nein, überhaupt nicht 4
- [INT. NICHT VORLESEN]
- E weiss nicht/..... 8
- F keine Antwort 9

Q19.

Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen.

Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

- sehr einverstanden 1
- eher einverstanden..... 2
- eher nicht einverstanden 3
- gar nicht einverstanden 4

[INT NICHT VORLESEN]

- weiss nicht..... 8
- keine Angabe.... 9

[AUSSAGEN A BIS H ZUFALLSVARIIEREN]

- A) Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.
- B) Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.
- C) Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.
- D) Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.
- E) Die bewaffnete Neutralität der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.
- F) Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.
- G) Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.

- H) Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.

Q20.

Die Schweiz kennt eine allgemeine Wehrpflicht für Männer. Das heisst, jeder taugliche junge Schweizer muss Militärdienst leisten. Im vergangenen Jahr wurde in den Schweizer Medien und von einigen Politikern die Einführung einer allgemeinen obligatorischen Dienstpflicht anstelle der heutigen Wehrpflicht für Männer diskutiert. Wir haben dazu ein paar Aussagen gesammelt. Sagen Sie uns bitte zu jeder ob sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden	1
eher einverstanden	2
eher nicht einverstanden	3
gar nicht einverstanden	4

[INT NICHT VORLESEN]

weiss nicht	8
keine Angabe	9

[AUSSAGEN A BIS E NICHT ZUFALLSVARIIEREN]

Die Schweiz sollte...

- A) ...die heutige Wehrpflicht in eine obligatorische Dienstpflicht für Männer umwandeln, wobei ein Teil der Männer Militärdienst zu leisten hätte, der andere Teil Sozialdienst oder Zivildienst zu leisten hätte.
- B) ...für Männer und Frauen eine obligatorische Dienstpflicht einführen, wobei Männer und Frauen wählen könnten, ob sie Militärdienst oder Zivildienst oder Sozialdienst leisten.
- C) ...die heutige Wehrpflicht für Männer aufheben und einen freiwilligen Militär-, Zivildienst und Sozialdienst für Männer und Frauen einführen.
- D) ...die heutige Wehrpflicht für Männer so beibehalten und sie auf keinen Fall in eine obligatorische Dienstpflicht umwandeln.
- E) ...die heutige Wehrpflicht für Männer aufheben und auf jede Form einer allgemeinen obligatorischen Dienstpflicht verzichten.

Q21.

Weil das Geld knapp ist, hat der Bundesrat entschieden, dass statt einer Aufstockung der Polizei mehr Milizsoldaten als bis jetzt zur Unterstützung der Polizei eingesetzt werden sollen. Sind Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?

sehr einverstanden	1
eher einverstanden	2
eher nicht einverstanden	3

gar nicht einverstanden	4
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht.....	8
keine Angabe.....	9

Q22.

Ich lese Ihnen nun einige Aussagen zu unserer Sicherheit und zur Armee vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden	1
eher einverstanden	2
eher nicht einverstanden	3
gar nicht einverstanden	4
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht	8
keine Antwort	9

[REIHENFOLGE A BIS F ZUFALLSVARIIEREN]

- A) Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass wir den Terrorismus mit allen Mitteln bekämpfen, auch wenn dabei unsere persönliche Freiheit eingeschränkt werden muss.
- B) Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass unsere Polizei enger als bisher mit der Polizei anderer Staaten zusammenarbeiten
- C) Unsere Polizei sollte auch dann enger mit unseren europäischen Nachbarn zusammenarbeiten, wenn wir Schweizerinnen und Schweizer dabei etwas von unserer Unabhängigkeit aufgeben müssen.
- D) Eine schlagkräftige Armee erhöht auch meine persönliche Sicherheit.
- E) Unsere Wehrpflicht ist das notwendige Gegenstück zu den Bürgerrechten.
- F) Die Armee dient dem Zusammenhalt unserer vielsprachigen Schweiz

Q23.

Sie haben in dieser Umfrage einige Fragen zu Sicherheitspolitik beantwortet.

Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit, sehr stark, recht stark, ein bisschen oder überhaupt nicht?

sehr stark	1
recht stark	2
ein bisschen	3

überhaupt nicht	4
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht	8
keine Antwort	9

Q24.

Kommt es vor, dass Sie von Ihren Freunden oder Bekannten über politische Fragen um Rat und Auskunft gefragt werden, öfters, gelegentlich, selten oder nie?

öfters	1
gelegentlich.....	2
selten.....	3
nie	4
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht	8
keine Antwort	9

Q25.

Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen geniessen oder nicht. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniess, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen bekommt. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten.

(NUR 1 ANTWORT PRO ZEILE)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
überhaupt									volles
kein Vertrauen									Vertrauen
[INT. NICHT VORLESEN]									
weiss nicht									98
keine Antwort									99

(REIHENFOLGE A - G ZUFALLSVARIIEREN)

Wie ist das mit ...

- A dem Bundesrat
- B dem Parlament in Bern
- C den Gerichten
- D der Polizei
- E der Armee

- F den Medien
- G der Schweizer Wirtschaft

Q26.

Welche Schule haben Sie zuletzt besucht?

Primarschule	1
Sekundar-/Real-/Bezirksschule	2
Berufsschule/Gewerbeschule/KV	3
Mittelschule/Gymnasium	4
Technikum/Fachhochschule/Seminar/Hochschule/Uni, Poly/ETH/HWV	5
andere	6
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht	8
keine Antwort	9

Q27.

Wie ist das bei Ihnen? Würden Sie Ihren Wohnort beschreiben als...

grosse Stadt	1
mittlere Stadt	2
Vorort, Aussenbezirk oder Agglomeration einer grossen oder mittleren Stadt	3
Kleinstadt	4
Dorf	5
Siedlung bzw. Weiler	6
[INT. NICHT VORLESEN]	
anderes	7
weiss nicht	8
keine Antwort	9

Q28.

Welches ist Ihre Muttersprache?

Deutsch	1
Französisch	2
Italienisch	3
Rätoromanisch	4
andere Sprache	5
[INT. NICHT VORLESEN]	

weiss nicht	8
keine Antwort	9

Q29.

Sind Sie im Militär eingeteilt oder eingeteilt gewesen?

INT: Vorlesen

Ja, <u>bin</u> im Militär eingeteilt.....	1
Ja, <u>war</u> im Militär eingeteilt	2
Nein, nicht im Militär eingeteilt (gewesen)	3

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht	8
keine Antwort	9

Q30.

“Links, Mitte und Rechts” sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie selber auf einer Skala von 0 (ganz links) bis 10 (ganz rechts) etwa stehen?

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	ganz									ganz
	links									rechts

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht /	98
keine Angabe	99

BESTEN DANK FÜR DAS INTERVIEW!

Online version provided by the
International Relations and Security Network

A public service run by the
Center for Security Studies at the [ETH Zurich](#)
© 1996-2005

